

STUDIA **H**ISTORICA
Academiae Scientiarum Hungaricae

FERENC PÖLÖSKEI

ISTVÁN TISZA

EIN UNGARISCHER STAATSMANN IN KRISENZEITEN

ISTVÁN TISZA

198

2. kötet



5465/7

STUDIA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

198

Herausgegeben von

Z. SZÁSZ

75071

808806

ISTVÁN TISZA

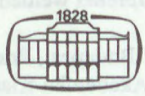
EIN UNGARISCHER STAATSMANN IN KRISENZEITEN

von

FERENC PÖLÖSKEI

Vorwort	7
István Tisza und seine Zeit	9
Im Handreich des Liberalismus	20
Krisenzeichen des Dualismus (Erste Weltkriegszeit)	33
Fera von der Politik	35
Als der Späts der Partei der Nationalen Arbeit	40
Die Wahl zum Hauspräsidenten und die Niederringung der Opposition	71
Die zweite Ministereisenkammer	80
Tiszas außenpolitische Vorstellungen	86
Nationalitätspolitik am Vorabend des Ersten Weltkrieges	95
Tisza und der Erste Weltkrieg	109
Dem Ende entgegen	119
„Dieser Krieg haben wir verloren“	123
Dank und Kritik	124
Die Ermordung Tiszas	140
Die Meinung der Zeitgenossen	151
Zu Quellen und Literatur	157
Nachwort	161

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung
 des Verlages in irgendeiner Form (Photographie, Mikrofiche oder ein anderes Verfahren)
 reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verbreitet oder
 sonstwie in irgendeiner Weise öffentlich zugänglich gemacht werden.



AKADÉMIAI KIADÓ · BUDAPEST

NTAK 0 000005 22200 1

508868

Übersetzt aus dem Ungarischen von

GÉZA SCHMÖR

Deutsche Bearbeitung von

IMRE RESS

MAGYAR
AKADÉMIAI KÖNYVTÁRA

ISBN 963 05 6761 X

HU ISSN 0076-2458

© Ferenc Pölöskei, 1994

© Géza Schmör, 1994 (deutsche Übersetzung)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Akadémiai Kiadó, 1117 Budapest, Prielle Kornélia u. 19-35
Druck und Bindearbeit: Akadémiai Kiadó és Nyomda Vállalat

Printed in Hungary

M. TUD. AKADÉMIA KÖNYVTÁRA

Könyvleltár ..89.82 | p ..34... sz.

INHALT

Vorwort	7
István Tisza und seine Zeit	9
Im Bannkreis des Liberalismus	20
Krisenzeichen des Dualismus (Erste Ministerpräsidentschaft)	38
Fern von der Politik	55
An der Spitze der Partei der Nationalen Arbeit	60
Die Wahl zum Hauspräsidenten und die Niederringung der Obstruktion	71
Die zweite Ministerpräsidentschaft	80
Tiszas außenpolitische Vorstellungen	86
Nationalitätenpolitik am Vorabend des Ersten Weltkrieges	95
Tisza und der Erste Weltkrieg	109
Dem Ende entgegen	119
„Diesen Krieg haben wir verloren“	128
Duelle und mißglückte Attentate	134
Die Ermordung Tiszas	140
Die Meinung der Zeitgenossen und der Nachwelt über Tisza	153
Zu Quellen und Literatur	157
Namenregister	161

VORWORT

Über István Tisza, einen Politiker Ungarns von besonderem Format, dessen Wirken in die Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Untergang der Habsburgermonarchie fällt, hat die Geschichtswissenschaft jahrzehntelang geschwiegen. In der Literatur fanden sich nur Rückerinnerungen von Zeitgenossen, natürlich seine im Druck erschienenen parlamentarischen und anderen Reden sowie Aufzeichnungen und Schriften von ihm, obwohl István Tisza doch eine herausragende Persönlichkeit der 1867 als europäische Großmacht geschaffenen und ein halbes Jahrhundert bestehenden österreichisch-ungarischen Monarchie gewesen ist. Mit ihm hatte ein Staatsmann von eisernem Willen die politische Bühne betreten, der konsequent für die Aufrechterhaltung des Ausgleichs, für die Konservierung des österreichisch-ungarischen Dualismus eintrat. Sein Name ist untrennbar verbunden mit den an Schärfe zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Jahrhundertwende, mit der Außenpolitik der Habsburgermonarchie, mit der nationalen und der Nationalitätenfrage, dem Ersten Weltkrieg und den Umständen, die zum Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution Ende Oktober 1918 führten. Sein politisches Auftreten im Abgeordnetenhaus entfaltete sich in einer zunehmend rauher werdenden Atmosphäre. Die rasante historische Entwicklung führte schon in den 1890er Jahren zur Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze in Ungarn und setzte nicht nur Kräfte frei, die nach Neuem strebten, sondern regte auch die Machthaber zu Experimenten in Politik und Regierungspraxis an. Zur Aufrechterhaltung des dualistischen Systems boten sich verschiedene Möglichkeiten an, wobei die Richtung, die von Tisza vertreten wurde, bestimmend wurde.

Es gibt wohl kaum einen anderen ungarischen Politiker, an dessen Taten, Ideen und Persönlichkeit sich die Emotionen noch zu Lebzeiten so sehr entzündeten. Jahrzehntlang war sein Weg von Begeisterung auf der einen und Haß auf der anderen Seite begleitet. Viele hat eine solche Stellung von zentraler Bedeutung aufgerieben. Tisza aber schöpfte in seiner Laufbahn aus ganz speziellen Kraftreserven. Er ließ sich weder von seinen hingebungsvollen Anhängern noch von seinen Feinden beeinflussen. Er ging seinen Weg, bestimmt von Sendungsbeußtsein, dem Glauben an die eigenen Ideale und Taten und einem ausgeprägten Selbstwertgefühl. Eine Vorahnung der großen Katastrophen veranlaßte ihn dazu, auch Risiken einzugehen. Vor allem daraus ergab sich seine Verschlossenheit und

zugleich das Bemühen, jegliche Popularität abzuwehren. Seine politische Statur war ein Produkt der Zeit, anders hätte er sich wohl kaum fast drei Jahrzehnte lang an der Spitze der – formellen oder informellen – Macht halten können. Auch Tizas politische Gegner mußten eingestehen, daß seine Alarmsignale nicht grundlos waren, vielmehr auf die Schwachpunkte der österreichisch-ungarischen Monarchie aufmerksam machten. Denn Tiza war es, der unter den führenden Politikern Ungarns und der Monarchie überhaupt die außenpolitischen Gefahren, die Radikalisierung der Massenbewegungen und das Gewicht der Nationalitätenfrage am deutlichsten erkannte. Er suchte nach Wegen, die Gefahren abzuwenden und die Monarchie zu festigen, fand sie aber nicht. So lassen sich anhand einer Biographie von István Tiza zugleich die bewegte Jahrhundertwende und die letzten Jahrzehnte des Dualismus darzustellen.

ISTVÁN TISZA UND SEINE ZEIT

Der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn bestimmte für beide Länder gemeinsame Angelegenheiten und solche gemeinsamen Interesses. Gemeinsam geführt wurden das Kriegswesen, die Außenpolitik und das Finanzwesen zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben, während das gemeinsame Zollgebiet, die Notenbank und die Außenhandelsverträge zu den Angelegenheiten gemeinsamen Interesses zählten. Letztere wurden im Sinne des Gesetzes von Zeit zu Zeit durch Verträge – das gemeinsame Zollgebiet z.B. alle zehn Jahre – erneuert. Der Ausgleich machte Ungarn auf diese Weise zum Bestandteil einer mitteleuropäischen Großmacht. Außerdem sicherte er den führenden ungarischen politischen Kräften eine Hegemonie gegenüber den Nationalitäten des Landes. Die gemeinsamen und die Angelegenheiten gemeinsamen Interesses wiederum ermöglichten es den großen und mittleren Grundbesitzern Ungarns, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zollfrei in die industriell entwickelteren österreichischen und böhmischen Gebiete zu verkaufen. Andererseits öffnete sich für die entwickeltere Industrie und das Bürgertum Österreichs in Ungarn ein günstiger Absatzmarkt.

Der Ausgleich schloß das Zeitalter der bürgerlichen Revolution ab und ermöglichte den industriellen Aufschwung, die Verbürgerlichung und die Modernisierung Ungarns. Im Vergleich zum Absolutismus nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes von 1848/49 war der Ausgleich ein großer Fortschritt, denn er übernahm zahlreiche liberale Rechtsinstitutionen aus dem Staatssystem von 1848. Zu nennen sind hier die relative Wiederherstellung der innenpolitischen Selbständigkeit, die Durchsetzung des Parlamentarismus im Staatsleben und die rechtliche Regelung der auch dem ungarischen Parlament verantwortlichen Regierung. Zu diesem Bereich gehören aber auch die Beibehaltung der Geschäftsordnung des Parlaments von 1848 sowie die Wiederinkraftsetzung des Gesetzes über die Pressefreiheit und die Zuständigkeit des Schwurgerichts bei Pressevergehen. Viele Gesetze und Verordnungen der Legislative und Regierung nach 1867 förderten ebenfalls den Ausbau des bürgerlichen Staates und die Modernisierung, wenngleich in einigen Rechtsvorschriften ganz offensichtlich auch Bemühungen zur Aufrechterhaltung bestimmter feudaler Privilegien zum Ausdruck kamen (darauf wird noch zurückzukommen sein). Dessenungeachtet waren alle im Zeichen des Liberalismus konzipiert. Hervorzuheben sind hier das von dem Minister für Kultus und Unterricht, Baron József Eötvös, einer herausra-

genden Gestalt der ungarischen Reformzeit, vorbereitete Volksschulgesetz von 1868, das den Besuch der sechsklassigen Elementarschule für obligatorisch erklärte, und der Gesetzartikel (GA) IV/1869, in dem die Trennung zwischen Verwaltung und Justiz festgelegt wurde. Mit Eötvös' Namen ist auch das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 verknüpft, wonach sämtliche Bürger Ungarns der einheitlichen und unteilbaren ungarischen politischen Nation angehörten, das aber den Nationalitäten dennoch auf der niederen Verwaltungsebene, in der Rechtsprechung und im Unterrichtswesen das Recht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache einräumte. 1870 nahm das Parlament das Gesetz über die öffentliche Verwaltung an, wobei allerdings zur Wahrung der feudalrechtlichen Interessen der Grundherren viele Zugeständnisse gemacht wurden. Zum Strafrecht wurde hingegen ein eindeutig liberales Gesetz verabschiedet. Das Strafgesetzbuch von 1878 ist durchdrungen vom Geist der Gesetzgebung der westlichen bürgerlichen Rechtsstaaten. Es kennt den Begriff der politischen Straftat nicht, und es verbietet auch nicht das Streikrecht der Arbeiter.

Regierung und Parlament, die nach dem Ausgleich amtierten, haben viele Rechtsinstitutionen geschaffen, die die Modernisierung und die industrielle Entwicklung voranbrachten. Die Gewerbegesetze sicherten den Industrieunternehmen staatliche Begünstigungen, ermöglichten Grundstückskäufe und boten ihnen Steuerermäßigungen und Transporterleichterungen. Bereits das erste Gewerbegesetz von 1872 hob die Zünfte auf und trug schon damit zu einer schnellen Entfaltung der modernen Fabrikindustrie bei. Ein wesentliches Spezifikum der industriellen Entwicklung in Ungarn bestand nämlich darin, daß sie geradezu plötzlich vom Zunftgewerbe aus die Schwelle der modernen Fabrikindustrie erreichte und dabei das Manufakturgewerbe völlig übersprang. Gefördert wurde diese Modernisierung unter anderem durch die Schaffung der Börse, des Rechnungshofes und des Verfassungsgerichts. In der Landwirtschaft wirkten sich die Flurbereinigung und die Aufteilung des Weidelandes unter den ehemaligen Grundherren und Hörigen günstig aus, des weiteren die fachgerechte Grundbuchführung und die nach den Katastereintragungen vorgenommene Bestimmung von Wert und Reinertrag des Grund und Bodens, nach der dann die Grundsteuern berechnet wurden.

Der Ausgleich hat aber – obwohl die Periode der bürgerlichen Revolution abgeschlossen und der Weg für die Modernisierung und Verbürgerlichung frei gemacht wurde – die Bodenfrage und die Nationalitätenfrage nicht gelöst. Der Großgrundbesitz feudalen Ursprungs und die Überreste der feudalen Dienstleistungen blieben weiter bestehen, und ungelöst blieb auch die später so folgenschwere Nationalitätenfrage, die schließlich die Existenz der österreichisch-ungarischen Monarchie bedrohen sollte. (Denn die Nationalitäten machten mehr als die Hälfte der Einwohner des Landes aus: 1851 belief sich der Anteil der Ungarn nur auf 44,2 %.) Der junge bürgerliche Staat war in Ungarn also mit schweren feudalen Überresten belastet und mußte im multinationalen Rahmen tätig werden. Es war fraglich, ob das dualistische System mit der Suprematie der Ungarn in der

östlichen Hälfte der Monarchie von den Nationalitäten als endgültige Lösung akzeptiert würde. Der Ausgleich war darüber hinaus aber auch noch mit anderen Problemen belastet. Hierzu gehörten die weitgehenden Prerogative des Monarchen und der besondere, vom Herrscher abhängige Status der gemeinsamen Minister. Der Monarch konnte den Reichstag auflösen oder vertagen, als oberster Kriegsherr stand ihm das Recht der Kriegserklärung zu, und er bestimmte über die Befehlsführung und die Kommandosprache der Armee. Außerdem konnte er Adelsbriefe verleihen, Begnadigungen aussprechen und Amnestien verfügen. Nach Belieben, gänzlich unabhängig von den Ergebnissen der Parlamentswahlen, konnte er den ungarischen Ministerpräsidenten und die Regierung ernennen, und die gemeinsamen Minister waren nur ihm verantwortlich. So war es durchaus kein Zufall, daß er die gemeinsamen Außen-, Kriegs- und Finanzminister stets unter seinen vertrauten Anhängern auswählte. Vor allem bei den Außenministern gab es während des Dualismus auch mehrere ungarische Politiker. Das erklärt sich daraus, daß zwischen den außenpolitischen Vorstellungen Österreichs und Ungarns keine wesentlichen Unterschiede bestanden. Beide Länder betrachteten die Ausweitung und Vertiefung der wirtschaftlichen Expansion auf dem Balkan als ihre Aufgabe und natürlich auch Chance. Nicht von ungefähr ernannte der Monarch 1871 Gyula Graf Andrassy, den ersten ungarischen Ministerpräsidenten nach dem Ausgleich, zum Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie; von diesem wurde dann auch die balkanorientierte Außenpolitik der Monarchie konzipiert.

Eine bedeutende Rolle in der Führung der Monarchie spielte der gemeinsame Ministerrat, an dem außer den gemeinsamen Ministern auch die Ministerpräsidenten der beiden Länder teilnahmen. (Wenn der Monarch – der österreichische Kaiser und ungarische König – an der gemeinsamen Ministersitzung teilnahm, dann nannte man sie Kronrat.) Im gemeinsamen Ministerrat führte der Außenminister den Vorsitz, in seiner Hand liefen alle diplomatischen Fäden von den Botschaften der Monarchie zusammen. Der gemeinsame Finanzminister erstellte den Staatshaushalt, doch seltsamerweise wurde nach der Okkupation von 1878 und später nach der Annexion von 1908 auch die militärische bzw. zivile Verwaltung von Bosnien-Herzegowina in seinen Kompetenzbereich verwiesen.

Eine gemeinsame Legislative kam während des Dualismus nicht zustande. (Die beiden sechzigköpfigen Delegationen, die jährlich vom österreichischen und vom ungarischen Parlament gewählt wurden, waren eine spezielle Institution der Monarchie, denn sie hielten abwechselnd in Budapest und in Wien getrennte Sitzungen ab und befaßten sich beinahe ausschließlich mit der Debatte und der Annahme des gemeinsamen Budgets. Zu einem parlamentarischen Kontrollkörper der Arbeit der gemeinsamen Ministerien wurden sie nicht.)

Nach dem Ausgleich begann in Ungarn eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung, die sich vor allem auf die Kapitalakkumulation, den Bergbau und die verarbeitenden Industriezweige erstreckte. Gefördert wurde sie besonders durch die staatliche Wirtschaftspolitik, den Kapitalimport und auch die Ausweitung des

Binnenmarktes. Das Wachstum beschleunigte sich in erster Linie im Kreditwesen und im Handel, aber auch in Industrie und Landwirtschaft. Die auch im internationalen Vergleich auffallend schnelle Entwicklung zeigte besondere Spezifika. Während mehrere Zweige der Leichtindustrie in der Periode der europaweiten Konjunktur nach dem Ausgleich unter den Bedingungen des gemeinsamen Zollgebiets stagnierten oder eine Regression durchmachten, begann von der Jahrhundertwende an durch die staatliche Industrieförderung und die Ausweitung des Binnenmarktes eine stürmische Entwicklung bei der Ausnutzung der billigen Arbeitskraft. Das Entwicklungstempo der zur Zeit des Ausgleichs besonders florierenden Nahrungsmittelindustrie und der Schwerindustrie fiel dagegen um die Jahrhundertwende zurück, wodurch die ungleichen und ungesunden Strukturen in der Industrie Ungarns etwas günstiger gestaltet wurden.

Volumen und Tempo des Wirtschaftswachstums waren nicht in allen Teilen des Landes gleich. Der näher zu Österreich liegende westliche Teil Ungarns sowie Budapest und seine Umgebung, die von Ungarn bewohnten Gegenden, erwiesen sich im allgemeinen als entwicklungsstärker und -schneller. Nach der Jahrhundertwende belebte sich jedoch das Wirtschaftswachstum auch in den zumeist von anderen Nationalitäten bewohnten Gebieten im Norden und Osten des Landes. Allerdings war dies hauptsächlich eine Folge der Expansion des Wiener und Budapester Kapitals, darin lag der Schlüssel für die hiesige Industrieentwicklung. Die Nationalitäten spielten höchstens beim Aufschwung des Kreditwesens, des Handwerks und des Einzelhandels eine bedeutende Rolle. Dies wiederum wirkte sich weniger auf Entwicklung, Tendenz und Charakter der Fabrikindustrie der Randgebiete aus, sondern genügte gerade für eine Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaftslage der Nationalitäten. Infolge der Umgestaltung veränderte sich die Sozialstruktur der Nationalitäten, und auch ihre politischen Bestrebungen traten markanter hervor. Auf diese Weise verminderten sich die zuvor bestehenden großen Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Teilen des Landes etwas. Auffallend rückständig blieb der Nordosten des Landes, der hauptsächlich von Ruthenen (Karpato-Ukrainern) bewohnt war.

Die umfangreiche industrielle Entwicklung, die zunehmende Rolle des Bankkapitals in der Wirtschaft und die sich durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes verbessernden Transportbedingungen blieben natürlich auch auf die Landwirtschaft nicht ohne Auswirkungen, die durch die große und langanhaltende Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts sehr geschwächt, dadurch aber zu einer intensiveren Produktion veranlaßt worden war. Es entstanden immer mehr Getreideverarbeitungsbetriebe, man verbesserte die Bodenbearbeitung und setzte Landmaschinen ein, es wurden neue Viehrassen heimisch gemacht und die Kapazität der Fleischindustrie erweitert. All das war nicht nur auf die Befriedigung der Nachfrage des erweiterten Binnenmarktes ausgerichtet, sondern führte auch dazu, daß nun anstelle von Getreide mehr Mehl und anstelle von Lebendvieh mehr verschiedene Fleischprodukte ausgeführt wurden.

Die landwirtschaftliche Entwicklung in Ungarn war also insgesamt bedeutend und überflügelte auf fast allen Gebieten das Tempo und den Entwicklungsstand der ähnlich gearteten Landwirtschaftszweige Osteuropas. Im Hinblick auf Mechanisierung, Technologie, Chemisierung, Intensivierung und Ertrag blieb sie aber hinter der westeuropäischen Landwirtschaft zurück. Und das resultierte nicht nur aus der ererbten Rückständigkeit; die Verzögerung in der Entwicklung wurzelte auch im feudalen Erbe bzw. im Weiterbestehen der feudalen Überreste.

Die Veränderung in der Industrie, im Verkehrswesen und in den Kreditverhältnissen wirkte sich natürlich auch auf Bevölkerungszunahme, -zusammensetzung und Siedlungsverhältnisse des Landes aus. Die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung nach dem Ausgleich stellte nämlich im System des ungarischen Siedlungsnetzes ein ganz entscheidendes urbanisierendes Element dar. Einerseits war bei den Orten, die in der Nähe von Rohstoffvorkommen lagen oder günstige Bedingungen für die Rohstoffverarbeitung boten, eine schnelle Entwicklung zu beobachten, andererseits profitierten die Orte, die durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes zu Verkehrsknotenpunkten wurden, und nahmen rasch städtischen Charakter an.

Die schnelle Entwicklung in Ungarn und die friedliche, ruhige Periode nach 1867 wurden aber schon zu Beginn der 90er Jahre durch Krisenerscheinungen beeinträchtigt, die schließlich kaum drei Jahrzehnte später, auch unter dem starken Einfluß äußerer Umstände, das Gebäude der österreichisch-ungarischen Monarchie einstürzen lassen sollten.

In allen Sphären des politischen Lebens verschwand die frühere Idylle der glücklichen franzisko-josephinischen Zeiten. Die Außenpolitik, genauer gesagt die Veränderung der außenpolitischen Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die mit elementarer Kraft aufbrechenden agrarsozialistischen Bewegungen, der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Selbständigkeitsbestrebungen der Nationalitäten spiegelten die Krise des Dualismus ebenso wider wie die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der herrschenden Kreise.

Das Verhältnis der Monarchie zu den westlichen Ländern veränderte sich grundlegend. Während England den starken mitteleuropäischen Staat um 1867 als eine wichtige Voraussetzung für das kontinentale Gleichgewicht gegenüber den russischen Expansionsbestrebungen angesehen hatte, wechselte es seine mitteleuropäische Politik in den 90er Jahren. Der Hauptgrund dafür war, daß die Monarchie zum Verbündeten des nach Kolonien strebenden, Heer und Flotte rasant ausbauenden Deutschland geworden war. Zugleich hatten sich die Gegensätze zwischen der Monarchie und Rußland vertieft, die beide ihren Einfluß auf dem Balkan festigen wollten, wodurch auch die europäische Situation der Türkei, des „kranken Mannes“ Europas, beeinträchtigt wurde. Vor allem die separatistischen Bewegungen der unter türkischer Herrschaft lebenden Südslawen bzw. der Machtkampf um die Gewinnung ihrer Staaten konfrontierte das zaristische Rußland endgültig mit der Monarchie, die auf dem Balkan den Status quo aufrechterhalten wollte. Die Idee von der Schaffung eines großen südslawischen Staates

unter der Führung Serbiens übte nach der Jahrhundertwende immer stärkere Wirkung aus und beschränkte sich nun nicht mehr auf reine Türkenfeindlichkeit, sondern strebte notwendigerweise nach der Gewinnung und Vereinigung der in der Monarchie lebenden Südslawen.

Die Arbeiter- und Bauernbewegungen der 90er Jahre verschärfte die Krise des Dualismus. Die im Dezember 1890 gegründete Sozialdemokratische Partei Ungarns machte sich das Programm der II. Internationale zu eigen, forderte die Übernahme der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und wollte die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft sichern (Arbeiterschutzgesetze, Achtstundentag, allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht, Vereins- und Versammlungsrecht usw.). Die Partei betrachtete es als ihre Aufgabe, die politischen und beruflichen Organisationen der Arbeiter auszubauen. Dieses Programm fand unter der zahlenmäßig angewachsenen und auch in ihrer Zusammensetzung veränderten Arbeiterschaft landesweit Anklang. Hatte sich die Zahl der Arbeiter zur Zeit des Ausgleichs noch auf nur etwa 360 000 belaufen, von denen die meisten im Handwerk arbeiteten, war sie in den 90er Jahren schon auf 700 000 angestiegen, und die Mehrheit arbeitete nun in der Großindustrie. Die sogenannten agrarsozialistischen Bewegungen der 90er Jahre flammten größtenteils unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung auf.

Auch die seit 1890 nicht aufgehenden Regierungskrisen zeigten das Ende der friedlichen, ruhigen Periode des dualistischen Systems an. Sie resultierten aus den immer tiefer werdenden Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klassen. Besonders auffällig waren die Gegensätze zwischen den Agrariern und den Merkantilisten. Der Ausgleich und die europäische Konjunktur hatten die Zwistigkeiten zwischen den führenden politischen Schichten Ungarns, vor allem unter den Großgrundbesitzern, noch eine Zeitlang in den Hintergrund drängen können. Die entstehende Großbourgeoisie war durch viele wirtschaftliche Bande mit den Großgrundbesitzern verknüpft, und ein Großteil letzterer schaltete sich auch selbst in die verschiedenen geschäftlichen Unternehmungen des Großkapitals ein. Aus diesen engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Bourgeoisie mit den Grundbesitzern entwickelte sich das Bündnis, das die erste Politikergarnitur der 1875 gegründeten Liberalen Partei, der Regierungspartei, hervorbrachte, deren führende Gestalt Kálmán Tisza war. Ein Teil der Groß- und mittleren Grundbesitzer stand jedoch außerhalb dieses Bündnisses. Sie waren unzufrieden, und ihre Unzufriedenheit wurde durch die langanhaltende europäische Agrarkrise in der zweiten Hälfte der 80er Jahre noch vertieft. In zahlreichen wirtschaftspolitischen Fragen standen sie in Opposition zu dem von Kálmán Tisza angeführten Bündnis.

Unter diesen schwierigen Umständen der 90er Jahre gelangte István Tisza an die Spitze der Liberalen Partei. Mit viel Elan stellte er sich den politischen Auseinandersetzungen. Es gab keine wirtschaftliche oder soziale Frage, die ihm gleichgültig gewesen wäre. Sein außergewöhnliches Talent und seine beispiellose Energie setzte er jedoch am ehesten dafür ein, Gefahren von der österreichisch-

ungarischen Monarchie abzuwenden, obwohl es ihm letztendlich nicht gelang, diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Er vermochte die sozialen Widersprüche nicht zu lösen; die Nationalitäten suchten immer mehr nach einem Weg zur Selbständigkeit und entschieden sich nach 1900 zunehmend für eine Lostrennung von der Monarchie. Zugleich wurde der Balkan zu einem Kriegsbrandherd, was durch die Politik der einander gegenüberstehenden Großmächte noch genährt wurde, bis schließlich im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach und Europa in Flammen stand. Sehr bald stellte sich dann die Überlegenheit der Entente gegenüber den Mittelmächten heraus. István Tisza verlor auch in dieser neuen Situation nichts von seiner Vitalität, wengleich seine Möglichkeiten in der Führung der Monarchie nun grundlegend eingeengt waren.

Die Einwohnerzahl des Landes hatte sich vom Ausgleich bis zum Ersten Weltkrieg – Kroatien nicht mitgerechnet – von 13 Millionen auf 18 Millionen erhöht. Gleichzeitig hatte sich die städtische Bevölkerung verdoppelt. Von nationalem Gesichtspunkt aus war beinahe die Hälfte der Bevölkerung nicht ungarischer Muttersprache. Der Anteil der Ungarn hatte sich von 44,2% im Jahre 1851 auf 54% im Jahre 1910 erhöht. Dabei spielten die mit der inneren Migration verbundene Assimilation und der Umstand, daß die meisten Auswanderer aus dem Kreis der Slowaken und Karpato-Ukrainer kamen, eine recht große Rolle. Notwendigerweise gab es auch eine bedeutende Verschiebung in der prozentualen Verteilung der Bevölkerung nach Berufen. Im Zeitraum des Dualismus fiel der Anteil der Agrarbevölkerung von 75% auf annähernd 60% zurück, während die Zahl der Beschäftigten in der Industrie von 10% auf fast 25% anstieg.

Der Charakter der gesellschaftlichen Struktur hatte jedoch in zahlreichen Bereichen kaum Veränderungen erfahren. Die mittleren und die Großgrundbesitzer mit über 200 Katastraljoch Land besaßen 44% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes, obwohl ihre Zahl 10 000 nicht überstieg; unter ihnen umfaßten die aristokratischen Riesengrundbesitze ein Drittel der gesamten Bodenfläche. Ein Teil dieser Agrarier nahm aktiv am politischen Leben teil. Sie wirkten als Abgeordnete, und auch viele Minister kamen aus ihrem Kreis. Die meisten frönten ihren aristokratischen Leidenschaften; die Jagd, die Auslandsreisen oder gar ein bis zur Langeweile gesteigertes Nichtstun waren für ihre Lebensführung charakteristisch. Ihre Herrschaftsgüter hatten sie verpachtet, oder sie ließen die Bewirtschaftung ihrer Ländereien von einem nach strengen Regeln ausgebauten hierarchischen Apparat leiten. Neben ihren Schlössern in der Provinz kauften sich die Großgrundbesitzer Grundstücke in der Hauptstadt, auf denen sie ihre Palais errichteten.

Das mehrere Millionen zählende Bauerntum war um die Jahrhundertwende außerordentlich differenziert. Nach der Bauernbefreiung hatte sich sein Zerfall beschleunigt. Eine kleine Oberschicht, die reichen Bauern, beschritten in ihrer Lebensweise und in ihren Gewohnheiten zwar den Weg der Verbürgerlichung, gingen ihn aber nicht zu Ende und entwickelten sich nicht zu modernen Farmern.

Jedenfalls ließen die fast 100 000 reichen Bauern ihren Boden zumeist von fremden Arbeitskräften in Lohnarbeit bebauen. Die Zahl der Mittelbauern mit 8–30 Joch Land betrug nicht ganz eine halbe Million. Die Zahl der Zwergbesitzer kann nach statistischen Erhebungen auf anderthalb Millionen geschätzt werden. Sie besaßen nur ein paar Joch Land, die nicht ausreichten, um die Familie zu ernähren. So arbeiteten sie hauptsächlich als Saisonarbeiter oder Tagelöhner oder verdingten sich in Gruppen auf einzelnen großen Gütern. Das landlose, aber im Rahmen der Dorfgemeinschaft lebende Agrarproletariat hatte um die Jahrhundertwende schon eine Zahl von über zwei Millionen erreicht. Was die Arbeitsverhältnisse und die Situation dieses in der Pyramide der bäuerlichen Gesellschaft ganz unten angesiedelten Lagers betrifft, zerfällt es in mehrere Kategorien. Wir finden hier Gesinde, Tagelöhner, Deputats-, Gedinge- und Erdarbeiter. Diese typisch osteuropäischen Formen der Land- und Lohnarbeiten waren das Ergebnis der agrarischen Überbevölkerung und der verspätet einsetzenden kapitalistischen Entwicklung.

Die Entwicklung und Erstarkung des Bürgertums trug zumeist spezifische Züge der ungarischen Geschichte. Eine besondere Rolle in der kapitalistischen Entwicklung spielte das Handelskapital, in dem das jüdische und das deutschösterreichische Element dominierten. Das sich herausbildende Großkapital kam überwiegend über das Bankwesen und im Bündnis mit einem Teil der Großgrundbesitzer zur Geltung. Dabei näherten sich die Vertreter des Großkapitals hinsichtlich ihrer politischen Auffassung, ihres Verhaltens und ihrer Lebensführung den Großgrundbesitzern. Die Kapitalkraft des Mittel- und Kleinbürgertums blieb schwach und hing weitgehend von der übermäßigen Machtfülle der Großkapitalisten ab.

Neben der Herausbildung des Bürgertums zeigte vor allem die Entstehung der Arbeiterklasse die Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur an. Ihr zahlenmäßiges Wachstum, ihre Zusammensetzung und ihre territoriale und nationale Verteilung wurden von den Spezifika der Industrialisierung bestimmt. Die Zahl der Arbeiterschaft bewegte sich 1910 schon um eine Million. Ihre territoriale Verteilung war jedoch ungleichmäßig. Da die Industrialisierung in der Hauptstadt am schnellsten voranging, nahm vor allem hier auch die Zahl der Arbeiter zu, gefolgt von den westlichen Teilen des Landes und einigen größeren Städten. Die Facharbeiter kamen anfangs zumeist aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland, von wo sie Kenntnisse der entwickelteren Technik mitbrachten. Das Heer der Hilfsarbeiter rekrutierte sich in erster Linie aus den besitzlosen Bauern und verarmten Handwerkern. Viele von ihnen wurden bis zur Jahrhundertwende zu Facharbeitern. Nunmehr bestand die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft schon aus Ungarn. In den Städten entstanden Arbeiterviertel mit ungesunden, muffigen Hütten und vielerorts uniformisierte Bergarbeiter- oder andere Arbeitersiedlungen. Das Proletariat blieb natürlich in jener Zeit durchweg sehr vielschichtig, denn außer den Fabrikarbeitern gehörten zu ihm auch die Aushilfskräfte im Verkehrswesen, öffentlichen Dienst und Handel, die Dienstboten und sogar die armen Schichten des Kleinbürgertums.

Die großen Veränderungen, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Wirtschaft und Gesellschaft europaweit zu beobachten waren, wirkten sich auch unmittelbar auf die Entwicklung der Ideen, der Anschauungen, der Wissenschaften und Künste aus. Die innere, eigenen Gesetzen folgende Entfaltung der Kunst und Wissenschaft wurde um die Jahrhundertwende durch das schnelle Wirtschaftswachstum und die Komponenten der gesellschaftlichen Umgestaltung in großem Maße beeinflusst. Das führte sowohl bei den geistigen Strömungen als auch bei den Wissenschaften und Künsten dazu, daß sie sich in grundlegend neuen Farben präsentierten. Die allermeisten der neuentstehenden oder erstarkenden Geistesrichtungen reichten über die Ländergrenzen hinweg, wobei sie sich allerdings in den einzelnen Ländern und nationalen ethnischen Einheiten in spezifische Formen kleideten. Dafür gab es auch in der Vergangenheit Beispiele, denken wir nur an die Reformation und Gegenreformation, die Renaissance, die Aufklärung und die verschiedenen künstlerischen Stilrichtungen. Um die Jahrhundertwende verbreiteten sich der Sozialismus, der bürgerliche Radikalismus und der Liberalismus bzw. als Gegensatz dazu der Neokonservatismus, und es erstarkten die nationalen Tendenzen. In den Wissenschaften und vor allem in den Künsten herrschten die viele Richtungen und vielerlei Aussagen repräsentierenden Ismen vor. Der schnellen und weitreichenden wirtschaftlichen Entwicklung folgte ein Aufschwung der Zivilisation.

Die Ideen und die künstlerische Sensibilität richteten sich natürlich nicht automatisch nach den skizzierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen. Die Suche nach einem neuen Weg oder Ausweg hatte im Gegenteil auch in Ungarn einen derartigen Wirbel geistiger und künstlerischer Strömungen zur Folge, wie es ihn in der ungarischen Geschichte bis dahin kaum gegeben hatte. Die Abkehr von den traditionellen Kunstrichtungen wurde fast zu einer alltäglichen Erscheinung, und auch im wissenschaftlichen Denken trat die Suche nach Neuem in den Vordergrund. Das Zentrum der wissenschaftlichen und kulturellen Explosion um 1900 bildeten die entwickelten kapitalistischen Länder. Ihre Auswirkung machte sich aber auch in der österreichisch-ungarischen Monarchie und so in Ungarn auf vielen Gebieten mit elementarer Kraft bemerkbar, während ihr Wirkungsgrad in Osteuropa wesentlich schwächer war.

Das Krisengefühl der ungarischen Gesellschaft und ihre Suche nach einem Ausweg kam vor allem in der Poesie von Endre Ady, der den Weg des Symbolismus betrat, voll zum Ausdruck. Die Repräsentanten der modernen literarischen Richtungen schlossen sich überwiegend der 1908 gegründeten Zeitschrift *Nyugat* (Westen) an (Mihály Babits, Gyula Juhász, Dezső Kosztolányi). Zu Beginn dieses Jahrhunderts begann die Laufbahn von Béla Bartók und Zoltán Kodály. Ab 1905 stand das systematische Sammeln der Volksmusik im Mittelpunkt ihres Schaffens, und daraus bauten sie in ihren Werken eine neue Harmonie- und Rhythmuswelt auf, die einen radikalen Bruch mit der konservativen Volkstümelei darstellte und die geistige Inspiration für eine große gesellschaftliche Umgestaltung gab.

Eng verbunden mit den modernen westlichen Kunstrichtungen war die Malerei von Lajos Kassák, die sowohl inhaltliche wie formale Änderungen beinhaltete. In den bildenden Künsten setzten sich besonders Expressionismus, Futurismus und Kubismus durch. In der Baukunst trugen zwar alle anspruchsvollen öffentlichen Gebäude noch Merkmale der Eklektik und des Jugendstils, die Architekten experimentieren aber schon mit neuen Lösungsformen. Einige Künstler versuchten, in dem zunehmenden Durcheinander von Richtungen und Strömungen dem Volkstümlichen und Nationalen in modernem Gewand einen neuen Weg zu ebnet: Károly Ferenczy und seine Gefährten gründeten 1896 die Künstlerkolonie von Neustadt (Nagybánya, Baia Mare), die zu einer Hochburg des ungarischen Impressionismus wurde, und unter Führung von Károly Kernstok kam 1908 die ungarische Künstlergruppe Nyolcak (Die Acht) zustande, die den Geist der Avantgarde vertrat.

Im Unterrichtswesen war – wie erwähnt – 1868 die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden, der Ausbau des Schulnetzes kam aber nicht so schnell voran. Noch 1883 fand einer der Nachfolger des liberalen Kultusministers József Eötvös 811 Gemeinden in Ungarn ohne Schule vor. Außerdem gingen im Landesdurchschnitt nur etwa 70 % der schulpflichtigen Kinder regelmäßig zur Schule. Trotzdem war dies ein bedeutendes Ergebnis. 1910 konnten bereits 70 % der Bevölkerung über sechs Jahre lesen und schreiben. Nun war ein wirklich modernes Netz von Mittelschulen und eine moderne Unterrichtsordnung aufgebaut worden. In diese Zeit reichen auch die Vorläufer der Facharbeiterausbildung zurück.

1914 gab es in Ungarn fünf Universitäten. In den 1870er Jahren hatten im Land nur zwei Universitäten, eine in Budapest und eine in Klausenburg (Kolozsvár, Cluj), bestanden. Es kam dann die Budapester Technische Universität hinzu, und 1912 wurden zwei Universitäten in Debrecen und Preßburg (Pozsony, Bratislava) gegründet. Spezialausbildungen vermittelten die Hochschuleinrichtungen für Musik, bildende Künste und Kunstgewerbe sowie Theaterkunst. Der Ausbildung von landwirtschaftlichen Fachkräften dienten die Veterinärmedizinische Hochschule, die Landwirtschaftsakademie in Ungarisch-Altenburg (Magyaróvár) und landwirtschaftliche Lehranstalten in Keszthely, Debrecen, Kaschau (Kassa, Košice) und Klausenburg.

Auch die technischen Wissenschaften machten, vor allem das Verkehrswesen, den Bergbau und das Hüttenwesen betreffend, eine enorme Entwicklung durch. Hier ist an erster Stelle die theoretische Begründung und praktische Anwendung der Elektrotechnik zu nennen. In der Physik war die Erfindung der Drehwaage von Loránd Eötvös von großer Bedeutung.

Die Zerstörungen und Verwüstungen des Ersten Weltkrieges brachten dann nicht nur für Wirtschaft und Bevölkerung großen Schaden, sie belasteten auch Wissenschaft und Künste. Die Studenten der Hochschulen und Universitäten und ein großer Teil der Lehrer und Professoren mußten in den Krieg ziehen. Viele von ihnen kehrten nicht mehr zurück, sie fielen an der russischen, an der serbischen oder an der italienischen Front im Kampfgebiet an der Piave. Die ältere Genera-

tion der Wissenschaftler und Künstler wiederum hatte ihren früheren Elan verloren, ihre Träume begraben oder ihr Leben abgeschlossen wie Loránd Eötvös und Endre Ady. Wer die blutigen Schlachten überlebt hatte, der war durch das Trauma des verlorenen Krieges, des Vertrages von Trianon und in der Folgezeit der Konterrevolution einer wahren Schockwirkung ausgesetzt und seiner Schaffenskraft beraubt.

IM BANNKREIS DES LIBERALISMUS

Der Stammbaum der Familie Tisza läßt sich Jahrhunderte zurückverfolgen. Die Ländereien von Geszt erhielt László Tisza nach der Vertreibung der Türken als Entschädigung. István Tizas Großvater Lajos Tisza – verheiratet mit der Julia Gräfin Teleki – war bereits ein mächtiger königlicher Administrator im Komitat Bihar und erwies sich als erbitterter Feind der Reformadligen des Vormärz. Die Angehörigen der weitverzweigten Familie Tisza übernahmen bedeutende Aufgaben im öffentlichen Leben des Komitats bzw. des Landes.

Istváns Vater Kálmán Tisza wurde 1830 geboren und starb 1902. 1848 war er Konzipient im Ministerium für Kultus und Unterricht der revolutionären Regierung Batthyány, später ging er mit der Regierung nach Debrecen. Nach der Niederschlagung des ungarischen Freiheitskampfes begab er sich ins Ausland. Als er nach Ungarn zurückkehrte, widmete er sich in Geszt der Leitung seiner ausgedehnten Güter. 1860 heiratete er die Tochter Ilona des aus einem alten schwäbischen Geschlecht stammenden Grafen Degenfeld-Schonburg. Am Reichstag 1861 und später 1865 nahm er als Abgeordneter von Debrecen teil; nach dem Freitod seines Onkels László Teleki wurde er Führer der Beschlußpartei und später des „Linken Zentrums“. Er galt als loyale Opposition der Deák-Partei, die den Ausgleich mit Österreich schloß. Loyal insofern, als er sich abgrenzte von der radikalen Opposition, der sog. extremen Linken, die von László Böszörmény und József Madarász geführt wurde, und auch von der daraus hervorgehenden 48er Unabhängigkeitspartei, der sich die aus der Emigration heimkehrenden Politiker – Ignác Helfy, Ernő Simonyi, Dániel Irányi – anschlossen, die ursprünglich zum Kossuth-Kreis gehört hatten. 1868 veröffentlichte er mit den „Biharer Punkten“ sein Programm, in dem er das 67er System der gemeinsamen Angelegenheiten kritisierte. Seine Richtung, das Linke Zentrum, vermochte jedoch bei den Abgeordnetenwahlen weder 1869 noch 1872 die Mehrheit zu erringen. So gab Kálmán Tisza sein Oppositionsprogramm auf und bereitete eine Fusion des Linken Zentrums mit der regierenden Deák-Partei vor, aus der dann 1875 die Liberale Partei hervorging, deren Führung er übernahm. Fünfzehn Jahre lang, von 1875 bis 1890, war er ungarischer Ministerpräsident. In seiner Regierungszeit folgte er der liberalen Richtung jener Zeit, indem er der wirtschaftlichen Entwicklung den Weg ebnete und sich mit einer ganzen Reihe von Gesetzen und

Verordnungen beim Ausbau des bürgerlichen Konstitutionalismus Verdienste erwarb.

István Tisza wurde am 8. April 1861 in Pest geboren. Die Grund- und Mittelschule absolvierte er, wie das bei vornehmen Familien üblich war, als Privatschüler und mit Klassenzusammenlegungen. Seine Erziehung folgte also dem Muster, das sich in den Familien der politischen Aristokratie herausgebildet hatte. In der Nähe des Vaters hinterließen der auf den Absolutismus folgende Ausgleich und die mit ihm verbundenen Diskussionen bleibende Eindrücke in dem jungen István. Die Mutter gab ihm eine kalvinistische Religionsunterweisung, und seine Hauslehrer sorgten für die Erweiterung seiner Sprachkenntnisse. 1875, im Alter von 14 Jahren, legte er als offizieller Schüler im reformierten Kollegium von Debrecen das Abitur ab. Es folgte ein Studium der Rechte, zunächst in Berlin und später in Heidelberg, das er schließlich in Budapest beendete. Für Deutschland waren in jener Zeit die Entfaltung der modernen Fabrikindustrie und die schnelle Entwicklung der Produktionskräfte kennzeichnend. 1878 trat – als Schlußakt des russisch-türkischen Krieges – der Berliner Kongreß zusammen, der auf Tisza einen prägenden Einfluß hatte, ebenso wie die Zentralisierungspolitik des „eisernen Kanzlers“ Bismarck, „den der seelenverwandte junge ungarische Student mit dem Marschallstab im Tornister“, wie Károly Szász schrieb, „nicht nur bewunderte, sondern von dem er auch viel lernte“. 1879 wurde das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis geschlossen. Tisza verließ Berlin in dem Glauben, daß dieser Zweibund die österreichisch-ungarische Monarchie auf eine feste außenpolitische Grundlage stellte. Er verbrachte einige Monate in Frankreich und dann in England, wo er insbesondere von der englischen Freihandelspolitik beeindruckt war.

Als 18jähriger promovierte er 1879 in Budapest zum Doktor der Staatswissenschaften. Nach der Promotion arbeitete er im Innenministerium, wo er praktische Fragen der zentralen Exekutive, der Staatsverwaltung studieren konnte. Anschließend diente er als Freiwilliger bei den Husaren und übernahm dann in Abwesenheit seines Vaters, des Ministerpräsidenten, die Leitung der Güter von Geszt, wobei er sich aber auch weiterhin mit juristischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Studien befaßte. 1883 heiratete er seine um einige Jahre ältere Cousine Ilona, die Tochter seines Onkels László Tisza. Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor, 1886 wurde István geboren und 1889 Julianna, die jedoch im Alter von fünf Jahren starb.

István Tisza machte unglaublich schnell Karriere. Als 20jähriger war er 1881 bereits ehrenamtlicher Komitatsobertonar. 1886 wurde er Reichstagsabgeordneter des siebenbürgischen Wahlbezirks Salzburg (Vizakna, Ocna Sibiului). Von da an übte er entscheidenden Einfluß auf das Verhalten und die Stellungnahme der führenden Vertreter seiner Partei aus. Seine Entschlossenheit, seine Aktivität und sein Arbeitsvermögen galten als einzigartig. Die Parlamentsschlachten faßte er von Anfang an als eine Mission auf. Da er sich sowohl als Vertreter der Merkantilisten als auch der Agrarier betrachtete, versuchte er im Interesse des nationalen Fortschritts ihre Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Von

der Verwirklichung seiner Vorstellungen ließ er sich auch in den schwierigsten Situationen nicht abbringen. Darauf verwendete er seine ganze Zeit und seine ungewöhnliche Energie, dafür verzichtete er größtenteils auf jene Vergnügungen und Leidenschaften der adligen Kreise wie Kartenspiel, Jagd, Tennis oder glänzende Soireen, denen Leute seines Standes gewöhnlich nachgingen und die auch er früher bevorzugt hatte. Sicher lag es bis zu einem gewissen Grade auch in seiner Natur und an seinem ausgeprägten Sendungsbewußtsein, daß er sich von einer solchen Lebensweise nicht angezogen fühlte, doch mehr noch trug die neue, schwierige Periode des Dualismus dazu bei, daß er zu einem ausgesprochen freudlosen, kalten Staatsmann wurde, der sich nicht um menschliche Kontakte kümmerte. Ausnahmen bildeten nur sein engster Familienkreis, einige Freunde, seine Kinder und später seine Enkel, deren Gesellschaft ihm auch die anderen Seiten des Lebens nahebrachte. Er besuchte zwar den Parteiklub, doch eher nur aus gezwungener Höflichkeit. Die üblichen inhaltslosen, feierlichen Posen mochte er nicht. Über seine Lebensführung, seine Gewohnheiten und seine immer seltener werdenden Freizeitbeschäftigungen erfahren wir vor allem aus den späteren Erinnerungen seiner Freunde. Das Fechten gehörte bis zum Schluß – wie bei allen politisierenden Großgrundbesitzern – zu seinen täglichen Aktivitäten. In der damaligen Zeit war das natürlich nicht nur ein Sport, sondern zugleich auch die Vorbereitung auf eventuelle unumgängliche Duelle, in denen es galt, die Ehre des Edelmannes zu verteidigen. Diesen täglichen Fechtübungen hatte Tisza es zu verdanken, daß er zahlreiche Duelle unverletzt überstand, obgleich sein Sehvermögen eingeschränkt war und er infolge eines ererbten Augenleidens zweimal – 1907 und 1913 – am grauen Star operiert werden mußte. Auf seinem Gut Geszt ritt er viel, in jungen Jahren hatte er sogar an Reitwettkämpfen teilgenommen. Er ging auch gern zur Jagd, aber als seine Augen schlechter wurden, schoß er höchstens noch zum Zeitvertreib auf Kleinwild, das ihm eben vor die Flinte kam. Dem Essen – bei dem er Wein trank – frönte er regelmäßig und ausgiebig, nach dem Essen griff er gern nach einem Likör. Aus ernster Musik machte er sich nichts, und er verstand auch nichts davon. Ins Theater ging er höchst selten, mehr oder weniger anstandshalber. Er hatte zwar Klavierspielen gelernt, hörte aber am liebsten Zigeunermusik. Seine Lieblingsdichter waren Arany und Vörösmarty. In der Freizeit studierte er jedoch meistens die Literatur über das Deáksche Ausgleichswerk oder analysierte die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Ereignisse der Zeit.

Seine parlamentarische Jungfernrede hielt er im Abgeordnetenhaus interessanterweise erst zwei Jahre nach seiner Wahl, am 3. Februar 1888. Mit auffallender Sachkenntnis und Versiertheit in den rechtlichen Bezügen der Finanz- und Volkswirtschaftsprobleme griff er in eine seit langem geführte Budgetdebatte ein. Aus seinen Worten klang die Angst, die Sicherheit des dualistischen Systems könnte erschüttert werden, und indem er seine Argumente streng geordnet vortrug, suchte er nach Möglichkeiten, die sich anstauenden Spannungen zu lösen. Als Leitprinzipien der staatlichen Wirtschaftspolitik betrachtete er – wie die zeit-

genössischen Liberalen – die Schaffung einer Harmonie zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel, die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts und die Verhinderung der Ausgabenerhöhung. All das erhoffte er in erster Linie von effektiven Sparmaßnahmen. Er setzte sich für eine intensive Entwicklung der Landwirtschaft sowie eine qualitative und teils strukturelle Umgestaltung der Viehzucht ein. So drängte er zum Beispiel auf einen Aufschwung der Pferde-, Schaf- und Rinderzucht sowie der Fischerei und Imkerei. Als unentbehrliche Voraussetzung dafür betrachtete er die Erweiterung des Kreditbank- und Sparkassennetzes, wodurch zugleich eine Konkurrenz geschaffen würde, die dem „privaten Wucher“ Grenzen setze. Die Modernisierung der gesamten Wirtschaft hielt er für unaufschiebbar.

Tiszas wissenschaftliche Abhandlungen waren bis zur Jahrhundertwende vom Geist des Liberalismus durchdrungen. In jungen Jahren schrieb er hauptsächlich über ökonomische, finanzielle, finanzpolitische und staatsrechtliche Themen. Die Arbeiten zeichnen sich durch gründliche Sachkenntnis des Autors aus. Tisza schuf zu Theorie und Praxis der Nationalökonomie wissenschaftlich erarbeitete, präzise formulierte Werke, die die Literatur der ungarischen Wirtschaftsgeschichte mit bleibenden Werten bereicherten. Um die Jahrhundertwende herum hörte er jedoch mit dieser schriftstellerischen Tätigkeit auf. Nunmehr traten die täglichen politischen Gefechte in den Mittelpunkt seines Interesses. Hier geriet er natürlich in eine ganz andere, neue Position, denn jetzt konnte er sich die Themen nicht mehr auswählen, sie wurden ihm von den politischen Auseinandersetzungen aufgezwungen. Was die Hauptpunkte dieser Themen betraf, so hatte Tisza hier auch schon früher eine teils konservative Auffassung vertreten, und in der neuen Situation nach 1900 erstarrten diese Elemente seiner politischen Konzeption geradezu. Dazu gehörten die Fragen des Wahlrechts, die Wehrgesetzreform und das staatsrechtliche Verhältnis zu Österreich. Zu wissenschaftlichen Analysen kam Tisza nun nicht mehr, und in der veränderten Lage machte er sich auch nicht mehr an die Erörterung der von ihm früher so bevorzugten, hauptsächlich ökonomischen Fragen, obwohl er auf diesem Gebiet – wie schon erwähnt – wertvolle, bis heute kaum gewürdigte Werke geschrieben hatte.¹

In seiner Schrift *Az adóáthárítás elmélete* (Die Theorie der Steuerüberwälzung) befaßte er sich damit, daß einige Steuern eigentlich nicht den nominellen Steuerzahler belasten, sondern im Laufe der Wirtschaftsprozesse auf andere abgewälzt werden. Der nominelle Steuerzahler kommt – wie Tisza ausführt – über diejenigen, die mit ihm im Bank- und Handelsverhältnis stehen, unter Berufung auf die Rückerstattung seiner Produktionskosten zu höheren Summen, die

¹ Siehe: *Az adóáthárítás elmélete* (Die Theorie der Steuerüberwälzung), 1882; *Amerika versenye az európai búzapiacon* (Amerikanische Konkurrenz auf dem europäischen Weizenmarkt), 1888; *Az agrárius kérdésről* (Über die Agrarierfrage), 1887; *Valutánk rendezéséről* (Über die Ordnung unserer [der ungarischen] Währung), 1890; *Baross Gábor és a rendszere* (Gábor Baross und sein System), 1894.

größtenteils im Verhältnis zu seinem Steuerbetrag gestiegen sind. Die materielle Lage des Steuerüberwälzers bleibt auf diese Weise fast so, als würde es für ihn keine Steuern geben. Natürlich hat sich, wie schon die Ökonomen Ricardo und Smith nachgewiesen haben, eine wahrhafte Hierarchie der Überwälzung herausgebildet, und die Steuern belasten schließlich die unteren „Volksklassen“, die Verbraucher. Da dieser ökonomische Prozeß nicht verändert werden kann, müssen einerseits seine letztendlichen Auswirkungen von einer umsichtigen und tiefgehenden Sozialpolitik ausgeglichen werden, andererseits verlangt der Mechanismus der Steuerüberwälzung eine gründliche analytische und theoretische Arbeit. Deshalb sollten die Steuerarten sowie die Faktoren, die auf Leistung und Gegenleistung Einfluß nehmen – wie Erzeugnispreise, Arbeitslohn, Kapitalzins, Grundrente usw. –, unverzüglich dahingehend untersucht werden, wo eine Überwälzung erfolgen kann. Besonders wichtig ist das im Hinblick auf die Volkswirtschaft insgesamt, denn der Kreislauf der Steuerüberwälzung läßt sie nicht unberührt, da ja eine Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum darin besteht, daß die Steuern im Endeffekt vom steigenden Nationaleinkommen gesichert werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn proportional zum Anstieg der Steuern der Wert der Waren steigt, das heißt, auf volkswirtschaftlicher Ebene stellt die Erzeugung der Gesamtsteuerleistung oder noch mehr die über ihren Wert hinausgehende Produktion eine elementare Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum dar, denn die meisten Staatsausgaben muß das Land für die Befriedigung der geistigen Bedürfnisse aufwenden. Die beiden Hauptposten der modernen Staatshaushalte bestehen jedoch in der Schuldentilgung und in den militärischen Ausgaben. Die bloße Existenz der Armee – die zwar in erster Linie zum Schutze des nationalen Vermögens berufen ist – schadet wirtschaftlich mehr als ein Krieg selbst mit noch so günstigem Ausgang.

An diesem Punkt stoßen wir vielleicht auf den größten Kontrast und den auffallendsten Widerspruch zwischen dem Tisza, der sich mit der Wirtschaft befaßt, und dem späteren Tisza, der in der Tagespolitik agiert. In seiner oben genannten Studie können wir u. a. lesen: „Armee und Krieg werden von einer Reihe edler oder gemeiner Leidenschaften wie Patriotismus, Ruhmsucht und Gehässigkeit, die in den Nationen und in ihren Herrschern stecken, keinesfalls aber von dem Verlangen zur Förderung der Produktion veranlaßt.“ Am Schluß der Studie geht Tisza auch auf die Möglichkeit der Rücküberwälzung der Steuern ein. Es kann nämlich – wie der Autor darlegt – vorkommen, daß die Preissteigerung der besteuerten Waren die Nachfrage und den Verbrauch senkt, was wiederum einen Preisrückgang zur Folge hat. Die Produzenten senken die Preise und können so von der üblichen Praxis der Steuerüberwälzung keinen Gebrauch machen. Wenn aber die Preise unter die Produktionskosten absinken, dann gerät die Produktion selbst in Gefahr. Eine verlustbringende Produktion hingegen läßt sich nicht auf längere Zeit hin aufrechterhalten. Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommt Tisza bei der auf die Arbeiter übergewälzten Steuer, indem er dies mit dem Bevölkerungszuwachs in Verbindung bringt. Die Verbrauchs- und sonstigen Steu-

ern, die den Arbeiter belasten, vermindern automatisch sein Einkommen. Das wiederum führt zur Verminderung des Bevölkerungszuwachses. Damit sinkt die Arbeitsnachfrage, und parallel dazu erhöht sich zu Lasten des Unternehmers der Arbeitslohn. Das heißt, die Steuer wirkt auf den Arbeitgeber zurück.

In seiner Studie *A valutánk rendezéséről* (Über die Ordnung unserer [der ungarischen] Währung) hob Tisza hervor, daß die Länder, die auf ausländisches Kapital angewiesen sind, größere Risiken und Zinslasten übernehmen müssen, denn der Zwangsumlauf weckt Mißtrauen gegenüber der materiellen Kraft und dem ökonomischen Entwicklungsstand einer solchen Nation. Das senkt die Kreditfähigkeit und verteuert auch noch die Goldwährungsdarlehen.

Wenn wir die theoretischen Wirtschaftsstudien Tiszas betrachten, fällt auf, daß er sich in vielen seiner Schriften mit der Situation der Landwirtschaft und den damit verbundenen sozialen Fragen befaßte. Aus seiner Abhandlung *Az agrárius kérdésről* (Über die Agrarierfrage) ist ersichtlich, daß er – im Unterschied zur bisherigen Auffassung der ungarischen Geschichtsliteratur – vor allem zu Beginn seiner Laufbahn in den Auseinandersetzungen zwischen den Agrariern und den Merkantilisten durchaus nicht auf der Seite der Merkantilisten stand. In der großen Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts, als Weizen- und Viehimporte aus Übersee auf den Markt drängten, beschäftigten ihn eher die Wirtschafts- und Absatzschwierigkeiten der Agrarkreise. Er suchte und forschte nach Möglichkeiten, ihre Belastungen zu mindern, wobei er auch an Formen der Hilfe durch die staatliche Wirtschaftspolitik dachte. Andererseits betrachtete er das Thema nicht einseitig, und seine Vorstellungen gingen nicht zu Lasten der Beschleunigung der industriellen Entwicklung und der Verbürgerlichung des Landes, wie das für die Ideen der Agrarier charakteristisch war. Eingehend untersucht er in der genannten Arbeit die Ursachen, die Folgen und die Lehren der Agrarkrise und kommt dabei zu dem Schluß, daß die Grundbesitzer nach rentableren, intensiveren Produktionszweigen suchen, die bestehenden modernisieren und vernünftige Investitionen tätigen müßten. Bei all dem sollten trotz der bestehenden Zölle die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung mehr Beachtung finden. Tisza geht auch auf die Grundbesitzverteilung und diesbezügliche Veränderungen, auf die Erzeugnisstruktur der Landwirtschaft, auf die einzelnen Schichten der Agrargesellschaft u. ä. ein. Hier sind seine Betrachtungen natürlich oft einseitig, und besonders fällt die Idealisierung der Lage des Bauerntums auf.

Tisza sieht die gegebene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung schon als eine kapitalistisch-bürgerliche, und als Politiker sinnt er im Gegensatz zu den Agrariern über eine breite Entfaltung derselben nach. Dementsprechend betont er immer aufs neue, daß es notwendig sei, die kapitalistische Entwicklung und Verbürgerlichung der Landwirtschaft zu intensivieren und einen solchen Prozeß staatlich zu fördern. In seinen Schriften bringt er dazu auch zahlreiche Vorschläge und Entwürfe. Manchmal nennt er seine Zeit eine Epoche des Kredits, der alle Zweige der Wirtschaft betrifft. Gleichzeitig argumentiert er sowohl gegen die einseitigen Auffassungen der Agrarier als auch gegen die Vorstellungen der anderen Seite,

die allein die Interessen des Kapitals verteidigen will. Hauptsächlich aber setzt er sich mit den Ansichten der politisierenden Agrarier auseinander, denn sie brachten vor allem die Gefährdung der Sicherheit und Hegemonie der Großgrundbesitzer durch die Kredite und deren Zinsen, durch die neuen landwirtschaftlichen Investitionen, den freien Besitzverkehr und die Verschuldung zum Ausdruck. Ihren Argumenten gegenüber betont Tisza die Vorteile der Kredite und Investitionen und die Notwendigkeit des Fortschritts, der mit der unvermeidlichen Modernisierung einhergeht.

In seiner Studie *Baross Gábor és rendszere* (Gábor Baross und sein System) nahm er den verstorbenen Verkehrspolitiker und Handelsminister vor den neuerdings gegen ihn vorgebrachten Angriffen in Schutz, die – wie Tisza ausführte – auf „verletzte Interessen“, Unaufgeschlossenheit gegenüber allem Neuen sowie Gleichgültigkeit und Neid zurückgingen. Tisza hebt den zukunftsweisenden, liberalen Reformcharakter der Verkehrspolitik des Ministers, seine ungewöhnliche Arbeitsenergie, sein Organisationstalent und seine Entschlossenheit hervor und weist darauf hin, daß Baross zu seinen Vorhaben vom Parlament beauftragt worden war. Als größtes Verdienst des Ministers führt er natürlich dessen radikale Maßnahme, die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, an, mit der ein für allemal die chaotischen Zustände, die in diesem Bereich die freie Entfaltung des Verkehrs behindert hatten, beseitigt worden waren. Seine neue Waren- und Tarifordnung hatte die staatlichen Einnahmen erhöht. Das vom Staat festgelegte Tarifsystem war zugleich eine Voraussetzung für die planmäßige Gestaltung der Landwirtschafts- und Industrieförderung.

Neben wirtschaftlichen Fragen trat Tisza vor allem in den 90er Jahren auch in einigen strittigen Bereichen der Innenpolitik für die Vorstellungen der Liberalen ein. Hier sind seine Stellungnahme zum Ausbau einer sachgemäßen Verwaltung, seine wiederholten entschiedenen parlamentarischen Äußerungen in den kirchenpolitischen Debatten und teils auch seine verschiedenen Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage der Facharbeiter zu nennen.

Als dann aber um die Jahrhundertwende staatsrechtliche Fragen des Ausgleichs – die Probleme der Armee und des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses usw. – oder die Wahlrechtsreform in den Vordergrund traten, zeigte sich Tisza wesentlichen Veränderungen gegenüber verschlossen und beharrte auf der unveränderten Einhaltung des Ausgleichs. Es traten nun stärker seine konservativen Züge hervor, obwohl Anzeichen dafür vereinzelt schon früher bei ihm zu bemerken gewesen waren, so zum Beispiel in seinem Standpunkt zur einer Heeresreform, in den politischen Diskussionen um die Durchführung des Staatsbürgerschaftsgesetzes oder in seiner Unerbittlichkeit gegenüber den Agrarbewegungen. Zugleich blieben aber recht viele Elemente seines Liberalismus auch nach der Jahrhundertwende bestehen (Arbeiterversicherung, religiöse Toleranz usw.).

Wegen der ständigen Spannungen auf dem Balkan hatten der Herrscher und die Heeresleitung schon Ende der 80er Jahre den Willen bekundet, die gemeinsame Armee zu modernisieren und auszubauen. Der erarbeitete Wehrgesetzent-

wurf schränkte jedoch die früheren Befugnisse des ungarischen Reichstages ein, denn die Festlegung des Rekrutenkontingents war darin nicht mehr wie im ersten Wehrgesetz von 1868 und in dem zehn Jahre später verabschiedeten Wehrgesetz an eine zehnjährige Frist gebunden, und auch der Bereich der Ersatzreserve wäre ausgedehnt worden. Die Einjährig-Freiwilligen sollten nicht mehr die Möglichkeit erhalten, während der Dienstzeit ihre Studien fortzusetzen, und das Offizierexamen sollten sie in deutscher Sprache ablegen; wer durchfiel, wurde zu einem weiteren Dienstjahr verpflichtet. Die Unabhängigkeitspartei und die von Albert Graf Apponyi geführte gemäßigte Opposition protestierten sofort gegen die Rechtsverletzung, und der Ablehnung schlossen sich auch so angesehene führende Politiker der Liberalen Partei wie Dezső Szilágyi, Boldizsár Horváth, Gyula Andrássy und Mór Jókai an. Die Führer der Unabhängigkeitspartei und die Anhänger Apponyis sahen in ihren Angriffen auf den Gesetzentwurf eine Möglichkeit, ihre Popularität zu erhöhen und ihre Massenbasis auszubauen, denn sie trachteten danach, an die Regierung zu gelangen. Deshalb tauchte in ihren Vorschlägen von Zeit zu Zeit auch die Forderung nach einem vollständigen Ausbau der ungarischen Armee auf, wenngleich sie die Existenz der gemeinsamen Armee nicht in Frage stellten und sich bei ihren Protesten gegen den neuen Wehrgesetzentwurf in erster Linie auf das Ausgleichsgesetz selbst sowie auf die beiden genannten Wehrgesetze beriefen. Die Frage, welchen Charakter die gemeinsame Armee und innerhalb dieser die ungarische Armee haben sollten, war übrigens seit 1867 ein neuralgischer Punkt im dualistischen System. Da die staatsrechtlichen Aspekte der Armeefrage – insbesondere um die Jahrhundertwende – zu stürmischen Auseinandersetzungen führten, seien an dieser Stelle die am meisten diskutierten Paragraphen des GA XII/1867 zitiert:

„§ 11. Den in den Kreis des Kriegswesens gehörenden konstitutionellen landesfürstlichen Rechten Seiner Majestät zufolge wird all das, was sich auf die einheitliche Führung, Befehligung und innere Organisation des ganzen Heeres und so auch des ungarischen Heeres, als integrierenden Teiles des gesamten Heeres, bezieht, als durch Seine Majestät zu verfügend anerkannt.

§ 12. Allein die von Zeit zu Zeit erfolgende Ergänzung des ungarischen Heeres und das Recht der Rekrutenbewilligung, die Bestimmung der Bewilligungs-Bedingungen und der Dienstzeit, ebenso die die Dislozierung und Verpflegung des Militärs betreffenden Verfügungen behält das Land, auf Grund der bisherigen Gesetze, sowohl im Kreise der Gesetzgebung als auch der Regierung sich selbst vor.

§ 13. Weiter erklärt das Land, daß die Feststellung oder Umgestaltung des Wehrsystems in bezug auf Ungarn jederzeit nur mit Zustimmung der ungarischen Gesetzgebung erfolgen kann. Nachdem jedoch eine solche Feststellung ebenso wie auch die spätere Umgestaltung zweckmäßig nur nach gleichen Prinzipien bewerkstelligt werden kann: so wird demzufolge in jedem solchen Falle, nach vorheriger Vereinbarung der zwei Ministerien, ein von gleichen Prinzipien ausgehender Entwurf beiden Gesetzgebungen vorgelegt werden. Behufs Ausgleichung der Diffe-

renzen, die etwa in den Anschauungen der Gesetzgebungen auftauchen können, verkehren die zwei Gesetzgebungen durch Deputationen miteinander.“²

§ 11 des Ausgleichsgesetzes nennt also eine nicht näher bestimmte ungarische Armee als ergänzenden Bestandteil der gemeinsamen Armee; die einheitliche Befehlsführung, das Kommando, und die innere Organisation der Wehrmacht gehören jedoch zu den Prärogativen des Herrschers. §§ 12 und 13 räumen – wie es aus den hier zitierten Gesetzesstellen hervorgeht – auch der ungarischen Gesetzgebung und Regierung in zahlreichen Fragen, die den Status der ungarischen Armee und das Verteidigungssystem des Landes betreffen, bedeutende Rechte ein, das heißt, die beiden letztgenannten Paragraphen beschränken in gewissem Sinne die Prärogative des Monarchen über die Armee. Ihre Formulierung gab zudem Anlaß zu unterschiedlicher Interpretation. Denn die besonderen Bestimmungen bezüglich der ungarischen Armee standen nur auf dem Papier, in Wirklichkeit verschmolz sie mit der gemeinsamen Armee, und in der Praxis gab es eine einheitliche Kommandosprache, das Deutsche. Das war das größte Paradoxon im Text der Ausgleichsgesetze: Im Rahmen der gemeinsamen Armee konnte eine ungarische Armee bestehen, doch das gesamte Heer lag im Bereich der Prärogative des Monarchen.

Der Streit um die rechtliche Natur des GA XII/1867 hielt übrigens ständig an, erstreckte sich auch auf Österreich und reichte bis in die 1910er Jahre hinein. Waren die Ausgleichsgesetze – das ungarische und das österreichische – als Grundgesetze der Monarchie zu betrachten? Konnten die gemeinsamen Angelegenheiten und so auch das Kriegswesen nur in Übereinstimmung der beiden Staaten geändert werden? War GA XII/1867 als ein internationaler Vertrag anzusehen oder war er eine von allen anderen Faktoren unabhängige Bestimmung der ungarischen Gesetzgebung? Kálmán Tisza und sein Sohn István vertraten die Meinung, daß GA XII/1867 staatsrechtlich gesehen ein selbständiges ungarisches Gesetz war und als solches durch das parlamentarische Verfahren im Zeichen der nationalen Souveränität auch geändert werden konnte. Ausgehend von der Pragmatischen Sanktion umfaßte die ungarische Gesetzgebung aber auch die königlichen Prärogative.

So schrieben wohl einige Zeitgenossen zu Recht: Der Ausgleich beendete in erster Linie jahrhundertelange Kämpfe und Streitigkeiten zwischen Ungarn und Wien, führte zu einem Kompromiß, seine toten Buchstaben sind aber für die Zukunft ungenügend. Es fehlte der Inhalt, und auffallend waren die zweideutigen Belastungen. Deák – der Schöpfer des Ausgleichs auf ungarischer Seite – hatte sein Werk zwar auf ein sich läuterndes Rechtsempfinden der beiden Ausgleichspartner aufgebaut, aber dennoch nur halbe Arbeit geleistet. Sein Idealismus wurde mit der rauhen Wirklichkeit konfrontiert. Denn später machte es die Krankheit der „staatstragenden Kräfte“ für Ungarn unmöglich, die staatsrechtlichen Teile des Ausgleichssystems mit entsprechendem Inhalt zu füllen. Der

²ZOLGER, Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn (Leipzig 1911) 109–111.

schwerwiegendste Schwachpunkt dieses politischen Systems bestand aber darin, daß es mit neuen Erscheinungen im System der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht rechnete. Anfang 1866 hatte Deák noch selbst betont: Der Ausgleich ist ein Produkt der gegebenen Verhältnisse, kann aber gegenüber neuen, im Wirbel der Geschichte aufkommenden Erscheinungen keinen Schutz bieten. Manó Kónyi berichtete über die Äußerungen Ferenc Deáks bei einer Diskussion am 29. Januar 1866 in dessen Wohnung: „Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, sagte er, daß die Generation, die nach der jetzt lebenden die Politik und Gesetzgebung entscheidend beeinflussen wird, in diesem Teil von anderen Gesichtspunkten ausgeht: Er aber könne unter den bestehenden Umständen nur die Politik verteidigen, die sich auf die bisherigen Gesetze gründet und mit deren Begriffen übereinstimmt.“ Darin lag der Grund für einen großen Teil der Widersprüche in der Struktur und im Text des Ausgleichs, hierauf sind die vielen umständlichen Interpretationen zurückzuführen.

In erster Linie waren es also nicht die Unabhängigkeitspartei und die Anhänger Apponyis, die von den Bestimmungen des Ausgleichsgesetzes und insbesondere von der unmittelbar auf das Gesetz folgenden Praxis abwichen, sondern die „liberale“ Regierung, die unter nicht geringem Druck durch Hof und Heeresleitung stand. Doch auch die Opposition hätte einer neuen Ordnung zugestimmt, wenn sie dafür im Rahmen des weit auslegbaren Ausgleichsgesetzes bestimmte nationale Zugeständnisse erreicht hätte. Kálmán Tisza und seine orthodoxe 67er Gruppe, hauptsächlich jedoch sein Sohn István traten unter Berufung auf die Zwangslage und die Interessen des ungarischen Staates für den Wehrgesetzentwurf ein. In den Ausbildungsinstitutionen der gemeinsamen Armee hielt auch Tisza die Pflege der ungarischen Sprachkultur für wichtig, doch bezeichnete er die Forderung Graf Apponyis, wonach die nationale Kultur in Einklang mit der gemeinsamen Armee gebracht werden müsse, als übertrieben, ja sogar als Phrase. Seiner Meinung nach war der Gebrauch der ungarischen Sprache in der Armee der „nationalen Verteidigungsfähigkeit“ unterzuordnen. Er wies auch die Anklage einer „Verfassungsverletzung“ zurück, denn die Größe der Kriegsstärke der Armee berührte, wie er meinte, nicht das Recht der jährlichen Rekrutenbewilligung, das in die Kompetenz des Parlaments fiel. Der Passus der zeitlichen Begrenzung war nach seiner Ansicht veraltet und bedurfte einer Neuregelung.

Als Hauptziel hatte István Tisza die Entwicklung der Armee vor Augen und ihr ordnete er die Interpretation der Rechtsvorschriften unter. Um 1890 hielt er die Erhöhung der Verteidigungs- und Kampffähigkeit der Monarchie für eine der wichtigsten Aufgaben des Landes und trug sogar der Modifizierung der früheren Wehrgesetze und der Rechtslage Rechnung. Letztere versuchte er jedoch unter den gegebenen Umständen, angesichts der ablehnenden Haltung weiter Kreise gegen die gemeinsame Armee, zu vermeiden, weshalb er – um den Armeeausbau zu fördern – die Gesetzesinterpretation in den Vordergrund stellte. In seinen Parlamentsreden berief er sich auf GA XII/1867, § 12, der nur die Rekrutenbewilligung vorschrieb, die sonstigen Komponenten der Verteidigung und der Mili-

tärausgaben aber nicht terminierte. Die Verallgemeinerung, die er mit dieser Position traf, hatte jedoch schon einen schwachen Punkt: Tisza behauptete damit nämlich, das Wehrsystem sei zeitlich nicht gebunden. Die Gegenargumente der Juristen störten ihn nicht. „Wir müssen vorbereitet sein, und zwar müssen wir uns im Frieden auf den Krieg vorbereiten“, äußerte er sich bereits 1889. Er verurteilte die Obstruktion gegen den Wehrgesetzentwurf und bezeichnete sie als Brutstätte für einen revolutionären Geist, der Nihilismus hervorbringe und die Monarchie zum zweiten kranken Mann in Europa mache. Die Schwäche werde die Nationalitäten erstarken lassen und die inneren Zwistigkeiten schüren. Stets betonte Tisza: Ungarn könne nur im Rahmen einer Großmacht bestehen bleiben. Seine Reden blieben jedoch wirkungslos. Das liberale Mameluckenheer machte sich den Gesetzesvorschlag zwar zu eigen, in der Öffentlichkeit erntete die Regierung aber nur Haß. Der Ministerpräsident, der „alte General“, mußte sich zu Recht vor Straßenüberfällen fürchten und ließ sich von seinem Sohn begleiten, der mit einem eisernen Stock bewaffnet war. Auf dem Budapester Múzeum körút kam es tatsächlich einmal zu einem Zwischenfall, und nur das Eingreifen der Polizei befreite Kálmán Tisza aus dem Ring der ihn bedrohenden Menschenmenge.

Nach dem dramatischen Tod des Thronfolgers Rudolf nutzte Kálmán Tisza die vorübergehende politische Unsicherheit zur Abschwächung des Gesetzentwurfs. Er setzte in Wien durch, daß die Einjährig-Freiwilligen das Offiziersexamen nicht nur in deutscher, sondern auch in ungarischer oder in kroatischer Sprache ablegen konnten. Damit gelang es ihm, die inneren Spannungen etwas zu mildern, in Wien aber fiel der Ministerpräsident in Ungnade. Sein Sturz war nicht mehr zu vermeiden, und Anlaß dafür sollte dann das Staatsbürgerschaftsgesetz werden.

Das Gesetz über die ungarische Staatsangehörigkeit, GA L/1879, bestimmte nämlich, daß jeder Ungar, der sich länger als zehn Jahre im Ausland aufhielt und nicht in irgendeinem Konsulat der Monarchie um die Verlängerung seiner Staatsbürgerschaft ansuchte, die ungarische Staatsbürgerschaft verlor. Das Gesetz sollte Ende Dezember 1889 in Kraft treten. Die Unabhängigkeitspartei reichte jedoch einen Modifizierungsvorschlag ein, wonach sich das fragliche Gesetz nicht auf Kossuth beziehen sollte, denn es war allgemein bekannt, daß sich der „Einsiedler von Turin“ niemals als ein Untertan Franz Josephs zu erkennen geben würde. Die Angelegenheit entfachte großen politischen Sturm, und was viele nicht für möglich gehalten hätten, geschah – es kam im Abgeordnetenhaus zu dem ersten und zugleich letzten Disput zwischen Kálmán Tisza und seinem Sohn. Kálmán Tisza war natürlich gegen eine Streichung des von seiner Regierung erarbeiteten und vom Parlament verabschiedeten GA L/1879, doch neigte er dazu, das Gesetz dahingehend zu interpretieren, daß Träger der Ehrenbürgerschaft von der im Gesetz bestimmten Pflicht ausgenommen seien. (Kossuth war früher in zahlreichen Städten zum Ehrenbürger gewählt worden.)

István Tisza hingegen betonte – unterstützt von der Mehrheit der Liberalen Partei –, daß das Gesetz vollständig zur Anwendung kommen müsse, und wies die „rebellischen“ Vorschläge entschieden zurück. Kossuth habe sich in der Ver-

gangenheit zweifellos Verdienste erworben, sagte er, doch wenn er das bestehende Parlament nicht akzeptiere, den 1867 geschaffenen Zustand und den Herrscher nicht anerkenne, dann werde es unvermeidlich, alle politischen Beziehungen abubrechen. Im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse war dies der konsequente Standpunkt der Regierungspartei. Kálmán Tisza andererseits ging es bei der von ihm vorgebrachten Gesetzesinterpretation um die Rückgewinnung seiner Popularität.

Der Ministerpräsident war auf diese Weise isoliert, und am 13. März 1890 reichte er seine Demission ein. Sein Erbe übernahm der farblose, wenig Phantasie und Willenskraft aufbringende, wenngleich schon lange als Minister wirkende Gyula Graf Szapáry.

Nach dem Sturz von Kálmán Tisza wurde sein Sohn István die führende Persönlichkeit der Stammgarde der Liberalen Partei. Von da an meldete er sich in allen Parlamentsdebatten zu Wort, er stand sozusagen im Mittelpunkt des parlamentarischen Lebens. Auf seine Parlamentsreden, die dicke Bände ausmachen, bereitete er sich in der Regel durch eine ständige Erweiterung seiner Kenntnisse vor, doch bediente er sich auch improvisierter Repliken und schreckte sogar vor den damals so häufigen kurzen Zwischenrufen nicht zurück. Bis zum Jahre 1905 spiegelt sich die politische Aktivität István Tizas größtenteils in seinen Reden im Abgeordnetenhaus wider, die sich auf alle Gebiete der Außen- und Innenpolitik erstreckten. Es war zu jener Zeit geradezu ein Grundsatz seines politischen Katechismus: Was nicht im Parlament debattiert wird, das kann auch in der Politik kein Diskussionsthema sein! Der Sturz seines Vaters blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf ihn, doch dank seiner besonderen Vitalität veranlaßten ihn weder dieses Ereignis noch spätere Niederlagen dazu, sich vom Wirken im öffentlichen Leben abzuwenden, sie führten höchstens dazu, daß er die Richtung oder den Charakter seiner Tätigkeit änderte. So richtete er in der ersten Hälfte der 90er Jahre seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die volkswirtschaftlichen Fragen, ließ dabei aber auch die Entwicklung der Politik und der Parteienverhältnisse nicht außer acht. Auf außenpolitischem Gebiet befaßte er sich vor allem mit den Balkanfragen. „Denken wir an die Ereignisse der vergangenen zwölf Jahre zurück“, schrieb Tisza, „so können wir erfreut konstatieren, daß bei einem nicht geringen Teil dieser Völker staatsbildende Eigenschaften zutage traten, die die kühnsten Hoffnungen übertrafen, und während wir einst befürchteten, daß diese fremden Völker einem Einfluß unterliegen werden, der für unsere Interessen verhängnisvoll werden könnte, haben uns heute die Ereignisse davon überzeugt, daß sich auf der Balkanhalbinsel durchaus ein selbständiges, unabhängiges nationales Leben entwickeln kann, das sowohl der Verbreitung der Zivilisation als auch den Interessen der ungarischen Nation und der österreichisch-ungarischen Monarchie entspricht, und die Rolle, die dabei der österreichisch-ungarischen Monarchie zufällt, ist hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse einerseits einfach und andererseits edel, erhebend und ruhmreich. Der Interessenkreis der österreichisch-ungarischen Monarchie erstreckt sich, meiner Meinung nach, auf die ganze

Balkanhalbinsel, doch es ist sozusagen ein negativer Interessenkreis, der so weit geht, daß die Vorherrschaftsbestrebungen aller anderen Mächte zurückgedrängt und die Unabhängigkeit der kleinen Staaten verteidigt wird ... Ob wir das in Frieden erreichen werden, ist eine andere Frage, denn es wäre in der Tat beispiellos in der Weltgeschichte und eine außerordentlich erhebende Illustration des menschlichen Fortschritts, wenn ein politisches Ereignis von solch großer Tragweite in Frieden erfolgen könnte. Gebe Gott, daß es sich in Frieden vollzieht. Indes dürfen wir nicht vergessen, daß es Kräfte gibt, die nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um die Verhinderung dieser Politik auf kriegerischem Wege zu versuchen: Die ungarische Nation darf nicht vergessen, daß sie in diesem Kampf eine der exponiertesten Nationen ist. Und ich hielte es für einen fatalen Leichtsin, wenn ich die teure Zeit nicht dazu nützte, unsere Kräfte in jeder Hinsicht zu sammeln, damit wir uns vereint auf diesen Weltwettkampf vorbereiten.“

Der Ausgang eines eventuellen Krieges wird seiner Meinung nach nicht nur von der militärischen Stärke, sondern auch von dem materiellen, geistigen und moralischen Gewicht der Nation entschieden. Deshalb hielt er es für notwendig, die Gesamtheit der nationalen Kräfte durch Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie durch die geistige Kultur der Nation zu entwickeln. So hatte also Tisza die Grundprinzipien seiner Balkanpolitik schon früh abgesteckt, und daran sollte sich im wesentlichen auch trotz der wechselnden Umstände bis zum Ende seines Lebens nichts ändern.

In jener Zeit wurde István Tisza Präsident der Ungarischen Bank für Industrie und Handel AG (Magyar Ipar- és Kereskedelmi Bank), und er spielte auch in verschiedenen anderen Industrie- und Handelsunternehmen eine wichtige Rolle, so daß er neben seiner organisatorischen Tätigkeit in der Leitung der regierenden Liberalen Partei zu den führenden Persönlichkeiten des Industrie- und Bankkapitals gehörte. Die wichtigste Voraussetzung für die „innere nationale Entfaltung“ sah er von da an im industriellen Fortschritt, wengleich er auch weiterhin der intensiven Entwicklung der Landwirtschaft großes Gewicht beimaß.

In den 90er Jahren gelangte die Arbeiterfrage – vor allem unter dem Einfluß der erstarkenden Arbeiterbewegung – auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses und nahm in den Parlamentsdebatten immer größeren Raum ein. Zur ersten großen Debatte über Arbeiterfragen – Versicherung, Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw. – kam es 1891. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre blieb das Thema im Rahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung weiterhin präsent, wobei es durchweg von den Widersprüchen zwischen den Agrariern und den Merkantilisten gekennzeichnet war. Über die Rechtsverhältnisse der Arbeiter gab es nämlich kein selbständiges umfassendes Gesetz, recht allgemeine Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen konnten höchstens der Gewerbeordnung entnommen werden.

Anfang 1891 kam ein Gesetzentwurf – besser gesagt ein Rahmengesetzentwurf – über die sonntägliche Arbeitsruhe der Industriearbeiter vor das Parlament, der der Regierung für den Erlaß von Verordnungen breiten Raum gewährte. Die Opposition forderte daraufhin einerseits eine detailliertere gesetzliche Regelung,

andererseits wollte sie den Kompetenzbereich des Gesetzes auch auf die Landarbeiter ausdehnen. Die Sprecher der Agrarier, Graf Apponyi und Sándor Graf Károlyi, begründeten die Forderung damit, daß eine zeitweilige Arbeitsruhe auch in der Landwirtschaft Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsfähigkeit sei. Es gab also in dieser von den Agrariern vorgebrachten Forderung durchaus demagogische Elemente, denn das Gesinde, die ständigen Arbeiter in der Landwirtschaft hatten ja die Aufgabe, gerade den Viehbestand der Großgrundbesitzer zu versorgen, und diese Arbeiten fielen auch sonntags an. Der Gesetzentwurf wurde schließlich in seiner ursprünglichen Form angenommen.

Dann stand ein Gesetzentwurf über „Die Unterstützung der Industrie- und Fabrikbeschäftigten im Krankheitsfalle“ auf der Tagesordnung. Damit in Zusammenhang wurden das Verhältnis zwischen Selbsthilfe und staatlicher Hilfe, die Arbeiterselbstverwaltung, die Mängel der Fabrikgesetzgebung und sogar Fragen der Arbeiterwohnungen debattiert. Später trat István Tisza für eine Trennung zwischen den Fragen der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft ein und forderte die Schaffung bzw. den Ausbau von Arbeiterwohlfahrtsinstitutionen, wobei er hauptsächlich im Auge hatte, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei zu schmälern. Aus dieser Sicht kritisierte er die Schwäche der bestehenden Versicherungseinrichtung und die ungelöste Arbeiterwohnungsfrage, aus denen sich nicht nur soziale Spannungen ergäben, sondern auch Gefahren für die öffentliche Sicherheit und das Gesundheitswesen. Seiner Ansicht nach sollten Unternehmens- und Privatkassen in den einzelnen Industriezweigen die Entwicklung einer nach englischem Vorbild aufgebauten Arbeiterselbstverwaltung stärken. Er war überzeugt, daß auch bei den Nationalitäten nur auf diese Weise eine lebensfähige, produktive und zufriedene Arbeiterklasse entstehen konnte. Diese Rechtsausweitung könne aber, gerade um große soziale Erschütterungen zu vermeiden, nur stufenweise, Schritt für Schritt erfolgen. Später, vor allem nach 1910 sah Tisza in der Einführung eines autonomen Versicherungssystems die größte Chance, die gebildete Arbeiterschaft zu gewinnen, denn die durch die „Zwangsversicherung“ ihrer Selbstverwaltung beraubten Gewerkschaften waren seiner Meinung nach eine Keimzelle des Klassenkampfes, wo „an die Stelle einer ernsthaften Selbstverwaltungstätigkeit Haß, Leidenschaft, Zerstörungswut und ein Kult umstürzlerischer Illusionen traten“. Zwar würde auch die auf einem autonomen Versicherungssystem aufgebaute Arbeiterselbstverwaltung nicht mit einem Schlag idyllische Zustände schaffen, doch könnte sie früher oder später die wertvollen Schichten der Arbeiterschaft aus den Fängen der „seelenlosen Aufwiegler“, der „zu Journalisten mutierten Sozialisten“ des Kleinbürgertums reißen.

Tisza unterstützte den auf Zentralisierung basierenden Verwaltungsreformvorschlag der Regierung Szapáry, die Annahme dieses Gesetzentwurfes scheiterte jedoch am Widerstand der Opposition und der Agrarier in der Liberalen Partei. Tisza, der auf Vorläufer in der Vergangenheit zurückgriff, forderte eine Verstaatlichung der Verwaltung, genauer gesagt, die staatliche Ernennung und Anstellung der Exekutive in der Komitatsverwaltung. Seiner Meinung nach wurde dadurch

die Komitatsautonomie in keiner Weise verletzt, denn der Kompetenzbereich des ständigen Komitatsausschusses würde sich erweitern. Ein Fortschritt im Verwaltungssystem der Komitate war hingegen nur von geschulten Beamten zu erwarten, die die Zielsetzungen der Regierungsmacht gut kannten. Auf die Fragen der Verstaatlichung und der Autonomie in der Verwaltung kam Tisza später im Laufe seiner langen politischen Laufbahn immer wieder zurück. Und da er bei seinen Gegnern auf harten Widerstand stieß, bewies er immer aufs neue, daß die staatliche Ernennung der Beamten die Komitatsautonomie nicht beeinträchtigte. Dabei skizzierte er auch die geplante Reform der Selbstverwaltungsorgane, die die Kontrolle der gesamten Verwaltung, eine Beteiligung an der Disziplinarbefugnis und die Erledigung der wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten ihrem Aufgabenbereich zuordnete, Arbeiten also, die inhaltlich von Bedeutung waren. Die aus mehreren hundert Mitgliedern bestehenden Körperschaften waren aber andererseits nicht in der Lage, die ihnen unterbreiteten Angelegenheiten fachgerecht zu erledigen. Deshalb sollten diese überwiegend vor berufene Fachgremien kommen. In diesen Fachgremien könnten die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane gegenüber den ernannten Beamten in der Mehrzahl sein. Fragen von öffentlichem Interesse würden plenar verhandelt werden, und Fragen von untergeordneter Bedeutung könnten in den Sitzungen der Fachabteilungen behandelt werden. Zweckmäßig wäre auch der Ausbau von Selbstverwaltungsorganen auf Kreisebene, die zwischen den Komitaten und den Gemeinden fungieren könnten, schlug Tisza vor. Sie könnten vom Komitatsmunicipalausschuß gewählt werden. Ihr Zuständigkeitsbereich würde sich auf alle Fragen der Verwaltung und Rechenschaftslegung der Gemeinden erstrecken, wodurch zugleich die ohnehin überbeanspruchte Komitatsverwaltung entlastet werden würde. Der Reformvorschlag stieß jedoch auf großen Widerstand. Tisza bezeichnete die gegen ihn gerichtete Obstruktion geradewegs als ein Attentat auf das Parlament und betonte, die wichtigste Aufgabe, die das Land zu lösen hätte, wäre eigentlich nicht die Verwaltungsreform, vielmehr gelte es, Ansehen und Würde des Parlaments zu wahren sowie den Dualismus und den Parlamentarismus unbeschädigt zu erhalten.

Die größten politischen Schlachten der ersten Hälfte der 1890er Jahre wurden zweifellos über die kirchenpolitischen Reformvorschläge ausgetragen, die in der Nachfolge der Regierung Szapáry Ministerpräsident Sándor Wekerle – ein Finanzmann ersten Ranges, der unter Kálmán Tisza zum Finanzminister befördert worden war – dem Parlament vorlegte. Die Vorgeschichte dieser Streitigkeiten reicht jedoch weiter zurück. GA LIII/1868, § 12 bestimmte, daß bei Mischehen die Knaben den Glauben des Vaters und die Mädchen den der Mutter annehmen mußten. Die katholische Kirche hatte sofort gegen dieses Gesetz opponiert und für die Kinder aus Mischehen ausschließlich die katholische Konfession gefordert, anderenfalls sie auch den betroffenen Katholiken die Kommunion zu verweigern drohte. Es begannen die sog. Wegtaufen, bei denen das in einer Mischehe geborene Kind einer christlichen Konfession eingegliedert wurde, der es aufgrund der staatlichen Gesetze nicht angehören durfte. Vergeblich entschieden die Gerichte,

daß die Taufe an sich nichts an den Vorschriften des Gesetzes von 1868 ändern könne, es entstand ein unüberblickbares Chaos, und die Wegtaufen wurden zu einem rechtlichen Problem. Deshalb erließ Kultusminister Ágoston Trefort am 11. Juli 1884 die sog. erste Wegtaufenverordnung, wonach Geistliche, die unrechtmäßig taufte, diese Taufe nicht im Matrikelbuch eintragen durften, sondern das Taufzeugnis dem Pfarramt der zuständigen Konfession zu übersenden hatten.

Die zweite Wegtaufenverordnung, die 1891 von Kultusminister Albin Csáky erlassen wurde, stellte bereits Sanktionen für die Rechtsverletzer in Aussicht. Die katholische Kirche hingegen forderte das Recht, für die von ihr getauften Kinder auch Taufzeugnisse ausstellen bzw. Matrikelauszüge anfertigen zu dürfen. Unter solchen Umständen gewannen die Gesetzentwürfe über die Einführung des Standesamtsregisters, die freie Religionsausübung und die Rezeption der israelitischen Religion an Bedeutung. Die Familie Tisza kämpfte nicht unbedingt und nicht in erster Linie wegen ihrer reformierten Konfession um die Einschränkung der überhandnehmenden Machtfülle der katholischen Kirche und um die Aufhebung ihrer willkürlichen Maßnahmen gegenüber den protestantischen Konfessionen und der jüdischen Religion, ihr Anliegen war es vor allem, die Konfessionsstreitigkeiten aus dem innenpolitischen Leben zu verbannen. Damit wollte sie auch dazu beitragen, die sich immer mehr verdichtenden Wolken am Himmel des Landes und der Monarchie zu verjagen. Ihr Streben nach kirchenpolitischen Reformen stand unter dem Aspekt der Festigung der nationalen Einheit und der Stärkung des dualistischen Systems. Mit den zweifellos liberalen Reformvorschlägen trachteten sie – insbesondere wegen ihrer erstarkenden Beziehungen zum Industrie- und Bankkapital – zugleich danach, die Positionen und die Massenbasis der Opposition zu schwächen. Die ständig in Petitionen ihren Niederlag findenden konfessionellen Benachteiligungen der reformierten Kirche, vor allem die Wegtaufen, der vom Ultramontanismus gesteigerte katholische Konfessionalismus, das Wirken der Marienkongregationen usw. stärkten natürlich von Anfang an die Entschlossenheit, mit der sie für die kirchenpolitischen Reformen eintrat.

Das Abgeordnetenhaus nahm die Reformen an, das Magnatenhaus lehnte den Entwurf jedoch zunächst mit einer Mehrheit von 21 Stimmen ab. Der Monarch hätte zwar durch einen Pairschub in die Zusammensetzung des Magnatenhauses eingreifen können, doch dies allein hätte auch nicht die Annahme der Gesetzentwürfe garantiert. Damit waren die Auseinandersetzungen in eine neue Phase getreten, und was noch wichtiger war, sie erstreckten sich nun auf den Charakter und das System der Gesetzgebungsgewalt. Die sich selbst als liberal bezeichnende und das System der Gesetzgebungsgewalt. Die sich selbst als liberal bezeichnende gemäßigte Opposition und ein Teil der Unabhängigkeitspartei hatten das Gesetzgebungsexperiment der Liberalen Partei von Anfang an nur schwer ertragen, was zu ersten Auseinandersetzungen in ihren Reihen und zur Herausbildung verschiedener Fraktionen führte. Einige – wie die Grafen Apponyi und Szapáry – hofften auf einen Kompromiß und wollten die Entscheidung verschieben. Andere forderten ein neues Gesetz über das Magnatenhaus und damit eine grundlegende

Veränderung seiner Zusammensetzung. Wieder andere Gruppen drängten auf Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus, bei denen die kirchenpolitischen Reformen die Zäsur der Abstimmung bilden konnten. Der Unabhängige Gábor Ugron und seine Anhänger sprachen sich für eine fakultative Zivilehe aus, während der katholische hohe Klerus – zum Beispiel Fürstprimas Kolos Vaszary – an der bestehenden Praxis festhielt und jeglichen Kompromiß verwarf.

Unter Führung von Gábor Ugron verband sich ein Teil der Unabhängigkeitspartei mit den konservativen Großgrundbesitzern und dem katholischen hohen Klerus und wandte sich gegen die Gesetzentwürfe. Sie ließen dabei völlig außer acht, daß die kirchenpolitischen Reformen auch in ihrem Parteiprogramm enthalten waren und sogar Kossuth zur Annahme der Gesetzesvorlage aufgefordert hatte. Sie hofften auf den Sturz der Regierung. Der Parteivorsitzende Gyula Justh ging allerdings nicht diesen Weg. Am 21. Februar 1894 sagte er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses: „... nicht aus Vertrauen zur Regierung stimmen wir für den zur Debatte stehenden Gesetzentwurf, auch nicht, weil wir die Regierung retten wollen, sondern ganz einfach, weil wir bemüht sind, unseren Prinzipien zum Sieg zu verhelfen ...“

Während der kirchenpolitischen Auseinandersetzungen traf die traurige Nachricht vom Tode Kossuths ein: Der konsequente Gegner des Ausgleichs war am 20. März 1894 im Alter von 92 Jahren in der Emigration in Turin verstorben. Der Monarch verbot die Staatstrauer und untersagte den Kabinettsmitgliedern, den Offizieren der k. k. Armee und den hohen Staatsbeamten die Teilnahme an der Beisetzung, weshalb die Regierung von vielen Seiten der Pietätlosigkeit geziehen wurde. Ministerpräsident Wekerle geriet ins Zielfeuer der Angriffe. Zugleich wurde er auch von Wien wegen seiner liberalen Reformvorschläge kritisiert. Die Beisetzung Kossuths wurde zu einer nationalen Demonstration, deren Spuren aber durch die Fraktionsbildung innerhalb der Unabhängigkeitspartei sowie durch die Rückkehr des Kossuth-Sohnes Ferenc und dessen Politik in Ungarn auf parteipolitischer Ebene bald in Vergessenheit gerieten. Ferenc Kossuth schloß sich der Gruppe um Gyula Justh an, die sich zu den liberalen Traditionen bekannte. Justh selbst sah in Ferenc Kossuth den Mann, der zur Führung der Unabhängigkeitspartei berufen war, und trat zu seinen Gunsten vom Parteivorsitz zurück. Der politische Weg von Ferenc Kossuth mündete dann aber im Konservativismus, was nach 1900 auch durch seine enge Freundschaft zu Albert Apponyi und Gyula Andrássy jun. belegt wird. Erst zum Ende seines Lebens wurde ihm bewußt, daß sein Weg wohl in die Irre geführt hatte. 1913 schrieb er an seinen Bruder Lajos Tódor Kossuth, der in Italien geblieben war: „Wenn ich hier am Grabe unseres seligen Vaters stehe ... denke ich an die Vergangenheit, und mich durchzuckt der Gedanke, wie sehr es mich schmerzte und schmerzt, daß er ganz sicher, hätte er es geahnt, meine Heimkehr und mein Wirken in Ungarn mißbilligt hätte.“

István Tisza, der die Unterstützung des Monarchen genoß, war es also gelungen, die in der Debatte um die Wehrgesetzreform zustande gekommene Einheit der Opposition – wenn auch nicht dauerhaft, so doch für den Augenblick – zu

sprengen, und zwar mit einer Waffe der Opposition, dem Liberalismus. Die oppositionellen Plattformen, die auch einander widersprachen, wies er überlegen und selbstsicher zurück. Die Existenz und die verfassungsmäßigen Rechte des Magnatenhauses stellte er natürlich nicht in Frage, aber von der Regierung verlangte er im Interesse der Durchsetzung der Reformen eine gründlichere und vor allem überzeugendere Argumentation. Seiner Meinung nach konnte der so dringend notwendige Frieden mit der Kirche nur durch die Einführung der obligatorischen Zivilehe erreicht werden. Im Dezember 1894 nahm das Magnatenhaus schließlich den Gesetzentwurf an. Die Verabschiedung der Gesetze über die Rezeption der israelitischen Konfession und über die freie Religionsausübung blieb Aufgabe des Kabinetts von Baron Dezső Bánffy, der das Erbe der inzwischen zurückgetretenen Regierung Wekerle übernahm.

KRISENZEICHEN DES DUALISMUS

(Erste Ministerpräsidentschaft)

1896 feierte Ungarn das tausendjährige Jubiläum seiner Landnahme im Karpatenbecken. Als der Glanz der Millenniumsfeierlichkeiten wieder verloschen war, wurden die vielfältigen Schwierigkeiten des dualistischen Systems noch offensichtlicher.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre kamen erneut die Fragen der Wehrmacht und des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn auf die Tagesordnung. All das zog notwendigerweise eine Umgruppierung der politischen Parteien nach sich und regte auch die bekannten Wortführer der Liberalen Partei zu immer neuen politischen Experimenten an. Einige suchten nach Kompromissen und wollten gar die scheinbar auseinanderfallende Regierungspartei durch eine Fusion mit gemäßigten Oppositionsparteien – der Nationalen Partei Graf Apponyis und der 1895 gegründeten Katholischen Volkspartei – stärken. Tisza aber war nur schwer zu einer Fusion mit derartigen Parteien zu bewegen. (Die Volkspartei zum Beispiel bezeichnete er als den größten Feind des Katholizismus.) Wenn es schon eine Fusion sein sollte, dann war sie seiner Ansicht nach nur mit den strengen 67er Politikern der Parteien zu verwirklichen, denn eine heterogene Regierungspartei würde das ganze dualistische System schwächen. Statt von einer Parteienfusion erhoffte er sich eher von den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus eine parlamentarische Stärkung der Liberalen Partei, wobei er auf die öffentliche Meinung des Landes und die Entschlossenheit der Regierung baute. Die Parlamentswahlen vom Jahre 1896 verliefen dann unter beispiellosem Regierungsterror, und Ministerpräsident Bánffy war von Anfang an den Angriffen der Opposition ausgesetzt. Tisza forderte daraufhin eine Modifizierung und Verschärfung der Geschäftsordnung des Parlaments. Damit begann – von kleineren oder größeren Unterbrechungen abgesehen – eine fast anderthalb Jahrzehnte dauernde Geschäftsordnungsdebatte, begleitet von immer neuer Obstruktion. Die technische Obstruktion ließ nach der gültigen liberalen Geschäftsordnung aus dem Jahre 1848 unter anderem Wortmeldungen vor der Tagesordnung und namentliche Abstimmungen in persönlichen oder anderen unbedeutenden Angelegenheiten wie zum Beispiel Urlaubsanträgen zu. Die inhaltliche Obstruktion wiederum gab die Möglichkeit zu endlos langen Reden.

Nach der Geschäftsordnung durfte über einen Gesetzentwurf nicht abgestimmt werden, solange es noch Wortmeldungen dazu gab. Auf diese Weise vermochte

die Opposition die Verabschiedung jedes Gesetzentwurfes zu vereiteln. Den demokratischen Kräften hatte die Obstruktion einst die Möglichkeit gegeben, antidemokratische Gesetzentwürfe abzulehnen bzw. eventuelle progressive Gesetzentwürfe der Regierungen durch das Parlament annehmen zu lassen. Derartige Funktionen erfüllte sie nach 1900 aber kaum noch.

Die „Probeobstruktion“ der Opposition hatte zur Folge, daß im Juli 1897 die Zeit für die Debatten, die täglichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses, von vier auf fünf Stunden erhöht wurde. Die Obstruktion ließ sich aber mit dieser Maßnahme nicht eindämmen, im Gegenteil, als die fällige Verlängerung der Zollgemeinschaft und die Zoll- und Handelsverträge auf der Tagesordnung standen, verstärkte sie sich noch. Am 31. Dezember 1897 verloren das gemäß dem Ausgleichsgesetz zehn Jahre zuvor geschlossene Zoll- und Handelsbündnis, das Quotenabkommen mit Österreich und das Privileg der Österreichisch-Ungarischen Bank (Osztrák-Magyar Bank) ihre Gültigkeit. Die Erneuerung der Verträge erwies sich in beiden Ländern als außerordentlich schwierig, denn hier kamen die aufgestauten innenpolitischen Spannungen ins Spiel. Auch im österreichischen Reichsrat brach die Obstruktion aus, ein Zeichen für die Verschärfung der sozialen und nationalen Spannungen in Österreich. So kam es nach dem Scheitern verschiedener Versuche, ein Provisorium zu schaffen, am 1. Januar 1898 zur wirtschaftlichen Exlex, dem ersten außergesetzlichen Zustand in der Geschichte des Dualismus. Nach GA XII/1867, § 68 konnte das ungarische Parlament die wirtschaftliche Lostrennung aussprechen. Die tatsächliche Realisierung eines selbständigen Zollgebiets wäre aber gegen die Interessen der ungarischen herrschenden Klasse gewesen. Deshalb hielt man die Wirtschaftsgemeinschaft weiterhin aufrecht, und der alte wirtschaftliche Ausgleich wurde mit GA I/1898 nochmals um ein Jahr verlängert.

Als die parlamentarische Opposition im Oktober 1898 auch in der Liberalen Partei auffallend viele Verbündete fand, begann die erste große Obstruktion. Die von István Tisza wiederholt vorgebrachte Geschäftsordnungsrevision, von der er sich eine Stärkung der Regierungspartei versprach, war nur Öl ins Feuer der Obstruktion.

Ende 1898 beschleunigten sich dann die Ereignisse. Es war ganz offensichtlich, daß das von der Regierung vorgelegte Budget und die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse mit Österreich von der Legislative nicht votiert werden würden. Die Tisza-Fraktion griff daraufhin zu einer bis dahin in der Parteipolitik, genauer gesagt in der Regierungspartei, unbekanntem Methode. Auf der Sitzung der Liberalen Partei vom 6. Dezember 1898 legte Kálmán Tisza, der „alte General“, einen in zwei Abschnitten formulierten Gesetzentwurf über die Erteilung einer Vollmacht an die Regierung vor und forderte die Mitglieder seiner Partei zur Unterzeichnung des Entwurfes auf. Das Verfahren war recht ungewöhnlich, denn Gesetzentwürfe waren nicht in der Partei, sondern im Parlament einzureichen. Ministerpräsident Bánffy machte die Unterzeichnung zur Parteifrage und erklärte: „Wer wirklich den Kampf um die Sicherung der Verfassung Ungarns aufnehmen

will, der komme mit uns; wer den Weg, den wir gehen, nicht für richtig hält, entscheide sich und trete aus.“ Die überwiegende Mehrheit der Liberalen Partei schloß sich dem Gesetzentwurf an, 25 Abgeordnete aber – darunter Dezsó Szilágyi, Albin Graf Csáky, Károly Hieronymi und Graf Andrassy – schieden aus der Partei aus. Szilágyi legte auch sein Amt als Parlamentspräsident nieder. Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurden nun von dem Alterspräsidenten József Madarász geführt.

Die Krise um die Präsidentschaft im Abgeordnetenhaus sollte sich lange hinziehen, nicht zuletzt, weil István Tisza seine Bereitschaft erklärte, die Hauspräsidentenstelle zu übernehmen, um den Mehrheitswillen, aber natürlich auch, um seine Geschäftsordnungsrevision durchzusetzen und die Obstruktion zu bezwingen. Sein Vorhaben erwies sich aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen als verfrüht. Mit seinem Vorpreschen schloß er nicht nur die Reihen der Opposition enger, er spaltete auch das Lager der Unterzeichner der sogenannten Lex Tisza. Während er bereit war, die unpopuläre Aufgabe zu übernehmen, schreckte seine eigene Partei vor einer gewaltsamen Bekämpfung der Obstruktion zurück bzw. wollte zu dem Zeitpunkt noch nicht von diesem Mittel Gebrauch machen. Seine engere Umgebung und sogar sein Vater, Kálmán Tisza, der um die politische Zukunft seines Sohnes fürchtete, plädierten entschieden gegen die Übernahme der Hauspräsidentschaft. Die Lex Tisza kam übrigens nie vor das Abgeordnetenhaus, und anstatt die innenpolitischen Spannungen zu lösen, verschärfte sie sie nur noch. Der in der Regierungspartei eingereichte Gesetzentwurf verkehrte sich ins Gegenteil. Der Plan, István Tisza zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu wählen, desorganisierte geradezu die Parlamentsfraktion der Liberalen. Damit war der Sturz von Ministerpräsident Bánffy unvermeidlich, und letzterer erklärte am 18. Februar 1899 seinen Rücktritt. Der neue Ministerpräsident Kálmán Széll führte Kompromißverhandlungen mit den Oppositionsparteien, die am 23. Februar auch „ohne prinzipielle Opfer“ erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Das Abkommen mit Graf Apponyis Nationalpartei, den Führern der Unabhängigkeits- und 48er Partei und der Volkspartei wurde protokolliert. Die Oppositionsparteien verschlossen sich nicht länger der Präsidenten- und Vizepräsidentenwahl des Abgeordnetenhauses, sie garantierten der Regierung die Erledigung der Vorlagen zum Budget und zur Rekrutenbewilligung und stimmten sogar einem neuerlichen wirtschaftlichen Provisorium mit Österreich zu. Im Gegenzug erklärte sich die neue Regierung bereit, die alte parlamentarische Geschäftsordnung mit der Möglichkeit der Obstruktion in ihren wesentlichen Punkten beizubehalten und gemeinsam mit der Opposition eine dauerhafte Regelung der Wirtschaftsverhältnisse mit Österreich sowie einen neuen Gesetzentwurf über die Wahlprüfung zu erarbeiten.

Nach der Ernennung des Ministerpräsidenten Kálmán Széll gelang es, die wirtschaftlichen, militärischen und innenpolitischen Gegensätze und Streitigkeiten der 90er Jahre vorübergehend einzudämmen. Die finanzpolitische Versiertheit und die

Kompromißbereitschaft des neuen Regierungschefs schienen die Garantie für seine erfolgreiche Amtsführung, für ein traditionelles verfassungsgemäßes Regieren des Landes zu sein. Die Realisierung der Friedenspunkte konnte in Angriff genommen werden. Das Parlament wählte Dezső Perczel zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Vizepräsidenten wurden Béla Tallián und Gábor Dániel. Die Politiker, die der Liberalen Partei wegen der Lex Tisza den Rücken gekehrt hatten, traten wieder in die Partei ein, und Kálmán Széll hielt seine Programmrede im Parlament unter der Losung: „Gesetz, Recht und Gerechtigkeit“. Sein vorübergehender Erfolg wurde noch durch den Beitritt der Nationalpartei in die Regierungspartei erhöht. Den Führer der Nationalpartei, Graf Apponyi, wählte das Haus 1901 zu seinem Präsidenten. Die Windstille auf der politischen Bühne sollte aber nicht von Dauer sein. Schon bald wurde deutlich, daß Bánffys Rücktritt zwar den Zusammenschluß der „Siebenundsechziger“ erleichtert hatte, für eine Beseitigung der Krise aber nicht ausreichte. Die neue Geschäftsordnung, die 1899 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde, brachte keine wesentlichen Veränderungen, denn sie schränkte nur die technische Obstruktion ein und begrenzte die Möglichkeiten der namentlichen Abstimmung und der Debatten über die Authentizität der Protokolle. Die inhaltliche Obstruktion wurde überhaupt nicht eingengt. Eine neue Wahlprüfungsordnung wurde zum Gesetz erhoben, die auch die Einführung einer Kurienwahlprüfung beinhaltete (GA XV/1899). Bis dahin hatte das Abgeordnetenhaus bzw. ein parlamentarischer Ausschuß über die Mandate entschieden, gegen die Petitionen eingereicht worden waren, was zweifellos die Mehrheitspartei begünstigte. Es wurden auch die Inkompatibilitätsbestimmungen neu geregelt und verschärft. Im Sinne der neuen gesetzlichen Festlegungen durften die Abgeordneten in Banken und Unternehmen, die in irgendeiner wirtschaftlichen oder geschäftlichen Beziehung zum Staat standen, keine Ämter bekleiden. Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, die vom 2. – 10. Oktober 1901 stattfanden, gab es weniger Bestechungen, Amtsmißbrauch und Zwangsausübung als bei der vorhergehenden Wahl. Zur allgemeinen Überraschung mußte Kálmán Tisza im Wahlkreis Großwardein (Nagyvárad, Oradea) eine Niederlage hinnehmen. Die Liberale Partei siegte – inklusive der Nachwahlen – in 276 Wahlbezirken, die Unabhängigkeitspartei erhielt 81, die Volkspartei 25 und Ugrons Unabhängigkeitspartei 12 Mandate.

Ein Jahr später, Anfang November 1902, legte Landesverteidigungsminister Baron Géza Fejérváry dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, der das Rekrutenkontingent der gemeinsamen Armee von bisher 103 100 Mann auf 125 000 Mann heraufsetzte. Das hätte für den ungarischen Staat eine Erhöhung von 43 889 Mann auf 53 438 Mann bedeutet. Die Rekrutenzahl der königlichen ungarischen Landwehr (Honvéd) sollte von bisher 12 500 auf 15 000 Mann steigen. Gleichzeitig schrieb der Entwurf eine Erhöhung der anteiligen Ausgaben (der sog. Quote) auf fast 7 Millionen Kronen vor. Der zweite Gesetzentwurf (der sog. Quote) auf fast 7 Millionen Kronen vor. Der zweite Gesetzentwurf befaßte sich mit der Rekrutenbewilligung für das Jahr 1903. Ausnahmsweise sollte die Einberufung des jüngsten einzuziehenden Jahrgangs der Ersatzreserve zum

Präsenzdienst möglich werden. Der Zeitpunkt der Unterbreitung der neuen Wehrgesetzentwürfe war nicht zufällig gewählt. Der politische Sturm, den das Inkompatibilitätsgesetz und die Wahlen von 1896 entfacht hatten, klang allmählich ab, und die Regierung trachtete danach, die Phase der Beruhigung für die Durchsetzung der Wehrreform zu nutzen. Als jedoch im Januar 1903 die allgemeine Debatte über die genannte Wehrgesetznovelle begann, setzte, wie erwartet, sofort wieder die Obstruktion der Unabhängigkeitspartei und der Volkspartei ein.

István Tisza wandte sich diesmal mit besonderer Heftigkeit dagegen. Die Wehrgesetzreform war in seinen Augen unaufschiebbar, und er hielt die Gelegenheit zur Durchsetzung der Reform für günstiger als je zuvor. Die Aufrechterhaltung der Großmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie lag – wie er ausführte – im Interesse der ungarischen Nation, und dazu war der Ausbau der Armee notwendig. Aufs neue wiederholte er die Argumente, die er schon vor zehn Jahren vorgetragen hatte: Unter der Führung ungarischer Staatsmänner ist die Monarchie – gegenüber den Expansionsbestrebungen anderer Großmächte bzw. den Versuchen, das Osmanische Reich unverändert aufrechtzuerhalten – zum Beschützer der Unabhängigkeit der Balkanvölker geworden, und sie erfüllt damit eine Mission von welthistorischer Bedeutung. Zugleich verteidigt sie auch die existentiellen Interessen der ungarischen Nation. Diese historische Mission der Monarchie verlangt jedoch die Aufrechterhaltung einer starken, schlagkräftigen gemeinsamen Armee.

Graf Apponyi, nunmehr schon im Amte des Hauspräsidenten, zeigte demgegenüber auffallende Sympathien mit den Kritikern der Heeresnovelle. Unter diesen Umständen bestand für die Votierung der jährlichen Vorlage über die öffentlichen Ausgaben und die zu deckenden Staatsausgaben, die Finanzminister László Lukács am 30. März 1903 dem Parlament unterbreitete, überhaupt keine Hoffnung, so daß ein neuer Exlex-Zustand betreffs des Budgets nicht mehr abzuwenden war. Am 14. Juni 1903 reichte Kálmán Széll seinen Rücktritt ein. Tisza, der so entschieden für eine Geschäftsordnungsrevision eintrat, wurde mit der Kabinettsbildung betraut. Die Politiker, mit denen er Verhandlungen aufnahm, waren aber – mit Ausnahme von Géza Fejérváry – nicht gewillt, den ihnen angetragenen Ministerposten zu übernehmen. Innerhalb der Partei sonderten sich die Anhänger des jüngeren Andrassy und die ehemaligen Mitglieder der Nationalpartei immer mehr von den Altliberalen unter Tisas Führung ab. So wurde am 27. Juni 1903 Károly Graf Khuen-Héderváry zum Ministerpräsidenten ernannt, dem mit neuerlichem Paktieren wieder nur eine vorübergehende Aufhebung der Obstruktion gelang.

Anfangs schien es zwar, als ob das Kabinett Khuen-Héderváry mehr Erfolg bei der Überbrückung der Gegensätze und der Durchsetzung der Politik der Liberalen Partei hätte. Sogar mit Ferenc Kossuth kam es zu einer Einigung: Die Regierung stellte die Verhandlung der fraglichen Heeresnovellen zurück und verwies die diesbezüglichen „nationalen Fragen“ in den Rahmen eines umfassenderen

Wehrgesetzes. Dafür verzichtete die Unabhängigkeitspartei bei der Debatte des früheren Rekrutenkontingents und des Budgets auf die Anwendung außerordentlicher parlamentarischer Mittel. Doch ein großer Teil der Unabhängigkeitspartei verweigerte Kossuth diesmal die Gefolgschaft. Das Lager der obstruierenden Abgeordneten wuchs immer mehr an, vor allem als noch die sog. Bestechungsaffären hinzukamen. (Die Unabhängigen beschuldigten die Regierung, sie hätte versucht, einige Politiker aus ihren Reihen durch gewisse Geldbeträge von der Obstruktion abzuhalten.) So blieb Khuen-Héderváry nichts weiter übrig, als am 6. August 1903 den Rücktritt seiner Regierung bekanntzugeben. Kaiser Franz Joseph nahm die Demission an, behielt sich aber die Art und Weise der formalen Verfügung vor. Die Parlamentskrise fand also kein Ende, und es gab immer weniger Hoffnung auf eine Einigung. Den größten Widerstand lösten der vom Monarchen am 16. September 1903 erlassene Armeebefehl von Chlopy und das später, am 22. September vom König an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichtete Reskript aus. Damit schien für Ungarn der Weg zu „nationalen Zugeständnissen“ auf militärischem Gebiet geradezu abgeschnitten zu sein. Wie eine Summierung der Erfahrungen aus vorangegangenen Manövern betonte der Armeebefehl energisch die Einheit der Armee: „Je sicherer begründet mein günstiges Urteil über den militärischen Wert, die hingebungsvolle Dienstfreudigkeit und das einmütige Zusammenwirken aller Teile meiner gesamten Wehrmacht ist, desto mehr muß und will ich an deren bestehenden und bewährten Einrichtungen festhalten. ... Getreu ihrem Eide wird meine gesamte Wehrmacht fortschreiten auf dem Wege ernster Pflichterfüllung, durchdrungen von jenem Geiste der Einigkeit und Harmonie, welcher jede einzelne nationale Eigenart achtet und alle Gegensätze löst, indem er die besonderen Vorzüge jedes Volksstammes zum Wohle des großen Ganzen verwertet.“³ Um die Opposition und die öffentliche Meinung zu beruhigen, sah sich der Herrscher allerdings zu der Erklärung gezwungen, daß der Armeebefehl kein staatsrechtlicher Akt sei und auch die Modifizierungen, die die Liberale Partei im Interesse der Parität für wünschenswert erachtete, nicht ausschloße.

Das königliche Handschreiben vom 22. September 1903 berief sich zugleich auf die in GA XII/1867, § 11 verbrieften Rechte des obersten Kriegsherrn, wenn auch die strenge Formulierung des Armeebefehls nun etwas gemildert wurde: „... die auf die einheitliche Führung, Leitung und innere Organisation der gemeinsamen Armee bezüglichen Angelegenheiten durch mich zu ordnen seien ... ebenso bin ich entschlossen, die mir zustehenden Rechte ungeschmälert aufrecht zu erhalten und unberührt meinen Nachfolgern zu überantworten“.⁴

³ B. SUTTER, Die Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn 1867–1918, in: Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867, Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission Bd. 20, hrsg. v. Theodor Meyer (München 1968) 95–96.

⁴ B. SUTTER, ebd. 97.

Khuen-Héderváry verhielt sich zum Armeebefehl und zum Handschreiben des Herrschers loyal, denn seiner Meinung nach wurden dadurch die gesetzlichen Rechte Ungarns letztlich nicht beschnitten. Für die Opposition war all das aber nur neuer Zündstoff, sie sah darin eine starre Zurückweisung ihrer militärischen und nationalen Bestrebungen. Am 26. September bildete die Liberale Partei zwar aus Repräsentanten ihrer Richtungen den sog. Neuner-Ausschuß, der militärische und nationale Vorschläge ausarbeiten sollte, die Mehrheit des Parlaments wendete sich aber gegen den Ministerpräsidenten. Khuen-Héderváry reichte erneut seine Demission ein, und wieder wurde István Tisza mit der Regierungsbildung betraut.

Die neue Situation und ihre Folgen offenbarten ein ziemliches Dilemma. In der Hoffnung, die Mehrheit des Parlaments hinter sich zu haben, schreckte Tisza nicht vor einer Maßregelung der Opposition zurück. Die Einheit der Liberalen Partei war jedoch recht labil, und die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei nahmen immer mehr organisierte Formen an. Tisza vertraute in jedem Fall darauf, daß er die Mehrheit nicht verlieren würde, wenngleich er deutlich die Schwäche seines Lagers erkannte. In welchem Ausmaß seine Position aber eigentlich schon geschwächt war, schätzte er nicht real ein, vielmehr baute er bedingungslos auf die Kraft seiner Argumente sowie auf die außenpolitischen Entwicklungen und die „ernüchternde“ Wirkung der internationalen Aufrüstung.

Anfangs erhoffte er sich vom Neuner-Ausschuß einen Kompromiß in den militärischen Fragen, denn der Vorsitzende des Ausschusses war der als großer Beschwichtiger und guter Taktiker bekannte Kálmán Széll. Tisza gab übrigens auch selbst zu, daß in der Armee noch viele Aufgaben zu lösen seien, z. B. was den Unterricht in ungarischer Sprache, die Ausbildung der ungarischen Offiziere oder die Verwendung nationaler Abzeichen betraf, doch wollte er diese Fragen nur nach und nach auf die Tagesordnung setzen, damit die Harmonie zwischen der Krone und der ungarischen Nation nicht gestört werde. Zunächst hatte es den Anschein, als würde der Kompromiß gelingen, denn es wurde eine Vorlage erarbeitet, die in vieler Hinsicht auch die militärischen und nationalen Forderungen der Opposition enthielt. Das sog. Neuner-Programm legte unter anderem in Punkt 1 fest: „Die Abzeichen der gemeinsamen Armee, welche heute im Gebrauche stehen, entsprechen nicht der staatsrechtlichen Stellung des Landes, weshalb die Frage der Abzeichen dieser staatsrechtlichen Stellung entsprechend zu regeln ist.“⁵ Es forderte weiterhin, dem Reichstag die Militärstrafprozeßreform zu unterbreiten und bei dem auf der Mündlichkeit und der Öffentlichkeit aufgebauten Verfahren die ungarische Staatssprache zur Geltung zu bringen. Der ungarische Charakter der Offiziersausbildung sollte mehr betont und die ungarischen Truppen sollten mit ungarischen Offizieren versehen werden, so wie es bereits im allerhöchsten Reskript vom 11. August 1868 in Aussicht gestellt worden war. Die

⁵ Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, hrsg. v. E. Bernatzik (Wien ²1911) 704.

Lösung zahlreicher strittiger Fragen – so die zweijährige Wehrpflicht, die legislative Feststellung des Friedenspräsenzstandes, die Kontingentierung der Ersatzreserve und die Dienstzeit der Einjährig-Freiwilligen – wurde in den Rahmen einer Revision des Wehrgesetzes verwiesen. Franz Joseph stimmte dem Vorschlag im allgemeinen zu, verlangte nur eine Modifizierung von Punkt 8 des Programms, die GA XII/1867 § 11 hervorhob und auf die uneingeschränkten Rechte des Herrschers als oberster Kriegsherr Bezug nahm. Tisza akzeptierte die Abänderung des Textes trotz der Proteste der Apponyi-Fraktion, und es gelang ihm auch, die Mehrheit seiner Partei dafür zu gewinnen. Nun konnte er sich an die Aufstellung seines Kabinetts machen.

Die Liberale Partei unterstützte schließlich die Bildung der ersten Regierung Tisza. Auch Graf Apponyi blieb in der Partei, obwohl er das Amt des Hauspräsidenten niederlegte und unentwegt betonte, daß er sich seine Aktionsfreiheit vorbehalte. Neuer Präsident des Abgeordnetenhauses wurde Dezső Perczel. Fraglich blieb jedoch, ob der Umstand, daß die Regierungspartei die auf militärisches Gebiet beschränkten und vom Herrscher noch dazu modifizierten Vorschläge des Neuner-Ausschusses akzeptiert hatte, eine dauerhafte Lösung der tiefen Krise bringen konnte, zumal es zur Realisierung der Vorschläge gar nicht kommen sollte.

Für Tisza war es – zumindest in der gegebenen Situation – leichter, mit dem weitergehenden militärischen und nationalen Programm des Neuner-Ausschusses trotz der erwähnten Modifizierung des Programms eine Majorität in der Regierungspartei zu erlangen als mit seinen Plänen zur Geschäftsordnungsrevision des Parlaments. Hinzu kam, daß für viele das entschlossene Bemühen Tiszas, die Armee auszubauen, nicht deutlich wurde. Seine oftmals dargelegten Ansichten über den Parlamentarismus verschleierte seine entschiedene Absicht, die parlamentarische Bewegungsfreiheit der Opposition zu beschränken, und seinen stärker werdenden gesellschaftlichen Konservatismus. Doch war es nur eine Frage der Zeit, wann und auf welche Weise diese Elemente seines damals schon völlig ausgereiften Programms im Parlament und im politischen Leben in den Vordergrund treten würden. Es konnte kein Zweifel bestehen, daß es zwischen Tisza, der eine Politik der „starken Hand“ forderte und durchsetzen wollte, und der Opposition, die ihre kämpferischen Tugenden hervorzukehren suchte, zu großen Auseinandersetzungen kommen würde. Der erste heftige Streit begann schon bei der jährlich anstehenden Parlamentsdebatte über Budget und Rekrutenkontingent. Die Opposition griff wieder zu ihrer bewährten Waffe der Obstruktion, woraufhin Tisza die Einstellung der Obstruktion als ein parlamentarisches und verfassungsmäßiges Verfahren bezeichnete. In der Sitzung der Liberalen Partei vom 25. November 1903 legte er einen Antrag zur Eindämmung der Obstruktion vor. Unter Berufung auf § 203 der parlamentarischen Geschäftsordnungen stellte er den Antrag, zur Behandlung dringender Vorlagen Nachmittagssitzungen – zwischen 17 und 21 Uhr – im Parlament einzuführen. Graf Apponyi nannte die Einführung von Parallelsitzungen eine Verletzung der Geschäftsord-

nung und behauptete, im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit innerhalb der Partei schon „die äußersten Opfer“ gebracht zu haben. Als dann Tizzas Antrag zum Parteibeschuß erhoben wurde, sah sich Apponyi gezwungen, aus der Partei auszutreten. Am 27. November wurde der Antrag Tizzas unter heftigen Protesten der Opposition angenommen.

Die Opposition reichte einen Mißtrauensantrag gegen den Hauspräsidenten ein und bildete einen Schlichtungsausschuß. Die Sitzungen verliefen im Zeichen der technischen Obstruktion, ohne daß die Parallelsitzungen tatsächlich eingeführt worden wären. Die Wortführer der Unabhängigkeitspartei drohten wiederholt damit, die in Nachmittagssitzungen eventuell gefaßten Beschlüsse als ungültig zu betrachten, und forderten als Bedingung für die Wiederherstellung des parlamentarischen Friedens den Rücktritt von Dezső Perczel. Von nun an wurde die Obstruktion trotz einzelner Aussöhnungsversuche zu einer ständigen Erscheinung, und das Lager der Opposition wuchs. Viele traten aus der Liberalen Partei aus. Anfang 1904 verkündete Tizza seine Absicht, die Obstruktion mit einer radikalen Geschäftsordnungsrevision zu bekämpfen. Das fachte die Tumulte im Parlament nur noch weiter an. Zudem brachten Äußerungen des Thronfolgers Franz Ferdinand, der von der Realisierung des Neuner-Programms durchaus nichts hören wollte, weiteren Zündstoff.

Der Thronfolger hatte zu jener Zeit den Belvedere-Kreis gebildet und hielt in Anbetracht der Krisenerscheinungen des Dualismus die Zeit für gekommen, aktiver aufzutreten. Im Gegensatz zum Herrscher war er für eine Stärkung des Zentralismus, und in den Jahren 1903 bis 1906 agierte er auch recht entschieden für seine Vorstellungen. Für seine mit großer Ambition eingeleiteten politischen Experimente konnte er die Schwächen im dualistischen System nutzen. Das Gebäude des Dualismus erwies sich dann in Wien aber doch als massiver, als der Thronfolger angenommen hatte. Das wurde ihm schon bald klar, so daß er zu einer vorsichtigeren Taktik überging, wenngleich er seine Pläne auch später nicht aufgab. Auf jeden Fall bereitete Franz Ferdinand mit seinen Erklärungen und durch die Unterstützung der dualismusfeindlichen Kräfte, zu denen die Nationalitäten und verschiedene kämpferische politische Richtungen gehörten, Tizza viele Schwierigkeiten.

Am 9. März 1904 begründete Tizza seinen Antrag vor dem Parlament. Es handele sich um die Verteidigung der liberalen Institutionen, betonte er, um den Kampf gegen die Anarchie, und Ziel sei die Sicherung des Liberalismus. Die neue und endgültige Geschäftsordnungsreform müsse von einem Ausschuß erarbeitet werden, doch die normale Handlungsfähigkeit des Parlaments sei unbedingt zu gewährleisten. Sein Appell war auch in internationaler Hinsicht geradezu einzigartig, denn er formulierte in seiner Rede: „... eine strengere Geschäftsordnung oder parlamentarische Anarchie, Stärkung der Mehrheit und der Position des Hauspräsidenten und Stärkung der diesem Zweck dienlichen Mittel oder Bankrott der Verfassungsmäßigkeit – das ist die unangenehme und schwierige Alternative, vor die jedes Parlament der Welt gestellt wird.“ In dieser zugespitzten politischen

Situation im Parlament kam es dann durch das Eingreifen des Ehrenpräsidenten der Kossuth-Partei, Kálmán Thaly, der einen Versuch der Friedensstiftung unternahm, zu einer unerwarteten Wende. Tisza zeigte sich nun zwar bereit, seinen Antrag zurückzuziehen, falls ihm das Haus garantierte, die Obstruktion einzustellen, doch weder die Opposition noch Tisza wünschten in Wahrheit die Aufrechterhaltung dieses halbherzigen Zustandes. Und der Kompromiß war auch diesmal nicht von Dauer. Die Streitigkeiten gingen, wenn auch nicht in Form von Obstruktion, in vielen Fragen weiter. Graf Apponyi rief wieder die Nationale Partei ins Leben und forderte die sofortige Durchsetzung der Vereinbarungen des Neuner-Ausschusses. Zur gleichen Zeit erwirkte Tisza ein Reskript des Monarchen vom 18. April 1904, worin er mit der Heimführung der sterblichen Überreste des in türkischer Emigration ruhenden Fürsten Franz II. Rákóczi, des Führers im ungarischen Unabhängigkeitskampf gegen die Habsburgerherrschaft in den Jahren 1703–1711, betraut wurde, was für die ungarische Nation von großer Bedeutung war.

Als der Monarch am 2. Mai 1904 in Budapest eintraf, wurde er begeistert empfangen. Am 13. Mai sprach ihm das Abgeordnetenhaus – ohne Ansicht der Parteien – im Namen der ungarischen Nation Dank für diese erhabene Entscheidung aus. (Zur Überführung der sterblichen Überreste Rákóczis und seiner Kampfgefährten in die Heimat kam es erst später, Ende Oktober 1906, unter dem Kabinett Wekerle.)

Der politische Erfolg Tiszas wurde von dem am 20. April 1904 beginnenden Eisenbahnerstreik überschattet. Die Liberale Partei bezeichnete den Streik als eine Rechtsverletzung, denn im Staatsdienst stehende Bahnbeamte weigerten sich, ihren dienstlichen Pflichten nachzukommen und gerieten so in Konflikt mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Tisza betonte, es handle sich nicht einfach um einen Streik, bei dem eine Gruppe von Arbeitern nur unter bestimmten Bedingungen gewillt ist, eine bestimmte Arbeit zu übernehmen, sondern um eine Rechtsverletzung, und dies mache es prinzipiell notwendig, daß die Regierung Vergeltung zumindest an den Streikführern nehme. Die Regierung habe sich aber von humanen Überlegungen leiten lassen und bei Wiederaufnahme der Arbeit eine völlige Amnestie in Aussicht gestellt. Leider sei das humane Vorgehen Wasser auf die Mühlen der Aufwiegler gewesen. Deshalb sehe er sich nun zu der Mahnung veranlaßt, daß auch der Geduld der Regierung Grenzen gesetzt seien. Inzwischen wurden die Eisenbahnstrecken mit militärischer Assistenz besetzt; alle Eisenbahner, die wehrpflichtig oder Reservisten waren, wurden mobilisiert. So konnte der Verkehr allmählich wieder in Gang kommen, und auch die meisten Eisenbahnangestellten nahmen ihre Arbeit wieder auf. „Dieses Ergebnis ist aber nur dann vollkommen“, äußerte sich Tisza, „wenn die Wiederaufnahme der Arbeit den Keim einer besseren Zukunft in sich trägt, wenn alle Angestellten ihren fatalen Mißgriff erkennen und diesen in der Geschichte der Staatseisenbahnen beispiellosen ‚Schandfleck‘ durch aufopferungsvolle, eifrige Arbeit auslöschen.“

Am 11. August 1904 hielt das Abgeordnetenhaus seine letzte ordentliche Sitzung vor der zweimonatigen Sommerpause ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Koalition gegen die Regierung Tisza im wesentlichen schon herausgebildet. Für Tisza bot der Sommer Gelegenheit zu einer Einschätzung seiner bisherigen Tätigkeit als Kabinettschef, und zugleich bereitete er sich auf die Sitzungsperiode im Herbst vor. Auf seinem Landsitz Geszt arbeitete er vor allem an der Vorlage der Geschäftsordnungsrevision. Er studierte gründlich die englischen und französischen Geschäftsordnungen, insbesondere die darin vorkommenden parlamentarischen Beschränkungen, und machte sich Notizen über die im ungarischen Abgeordnetenhaus zu treffenden Maßnahmen. Sein Geschäftsordnungsentwurf sollte in erster Linie die technische Obstruktion (Reden vor der Tagesordnung, geschlossene Sitzungen, namentliche Abstimmungen usw.) ausschalten. Die Vorlage untersagte auch, Parlamentsreden durch Zitate in die Länge zu ziehen. Außerdem sollte die disziplinarische Befugnis des Hauspräsidenten (Saalverweis für renitente Abgeordnete, Ausschluß dieser Abgeordneten aus den Sitzungen, Aufstellung einer Parlamentswache für den Präsidenten) erweitert werden. Unmittelbar vor der Eröffnung der Herbstsitzungsperiode des Abgeordnetenhauses veröffentlichte Tisza am 4. Oktober 1904 einen „Offenen Brief“ an seine Wähler im Biharer Marktflcken Ugra. Darin wurden für die nächste Zukunft bedeutende militärische, wirtschaftliche und andere Reformen angekündigt, bei denen sich eine womöglich falsche Lösung – wie er schrieb – „für eine ganze Generation rächen könnte“. Die Bedingungen für die Reformen seien günstig, und diese ließen sich mit den freien Institutionen der ungarischen Verfassung auch realisieren. Doch die jüngste Vergangenheit habe gelehrt, erklärte Tisza weiter, „auf welch schwankendem Fundament das ganze parlamentarische Leben in Ungarn steht. Ein Damokles-Schwert hängt über dem Haupt der Nation“.

Der „Ugrauer Brief“, mit dem Tisza seinen unerschütterlichen Willen zur Revision der parlamentarischen Geschäftsordnung manifestierte, erhitze natürlich wieder die Gemüter der Parteien. Für die Opposition und sogar für einen Teil der Liberalen Partei kam er gänzlich unerwartet. So trat das Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 1904 in politisch gespannter Atmosphäre zusammen. Tisza wurde des Friedensbruches beschuldigt und ihm von allen Seiten Widerstand angekündigt. Tisza aber schlug am 14. November auf der Versammlung seiner Partei die Votierung der Geschäftsordnung auf kurzem Wege vor. Am nächsten Tag brachte der Abgeordnete der Liberalen Partei, Gábor Dániel, in der Parlamentssitzung die Beschlußvorlage über die provisorische Revidierung der Geschäftsordnung ein.

Am 18. November 1904 verlas der Parlamentspräsident den Antrag István Tizas über die Einführung von Parallelsitzungen. Das ließ erneut die Kontroversen über die Rechtmäßigkeit einer solchen Verfügung aufleben, die schon Ende November 1903 die Debatte beherrscht hatten. Tisza berief sich darauf, daß das Haus seinerzeit die Anberaumung von Nachmittagssitzungen bereits akzeptiert habe, und bezeichnete eine neuerliche Debatte zu dieser Frage als überflüssig. Hauspräsident Dezső Perczel erklärte, daß das Haus ohne Debatte durch einfache

Abstimmung über den Antrag entscheiden werde. Die Opposition handelte schnell. 133 Abgeordnete unterzeichneten einen Mißtrauensantrag gegen den Hauspräsidenten und verließen zum Zeichen ihres Protestes noch am Vormittag, das revolutionäre Kossuth-Lied singend, den Sitzungssaal. An der Abstimmung nahmen sie nicht mehr teil, so daß der Antrag leicht durchgebracht werden konnte.

Die Nachmittagssitzung des gleichen Tages verlief größtenteils im Zeichen der technischen Obstruktion. Zum Ende der geschlossenen Sitzung, abends nach 21 Uhr, schloß István Tisza seine Rede mit den Worten: „Uns bleibt nichts weiter übrig, als das Land seinem Schicksal zu überlassen oder die Komödie zu beenden.“ Soviel vermochten die Stenographen in dem lauten Stimmengewirr noch aufzuzeichnen, die Worte des Präsidenten Perczel aber wurden von niemandem mehr gehört. Nach vorheriger Absprache winkte der Präsident mit dem Taschentuch, worauf sich die Mehrheit der Abgeordneten der Liberalen Partei erhob und der Präsident den Gesetzentwurf über die neue Geschäftsordnung für angenommen erklärte. Die sog. Taschentuchabstimmung des Dánielschen Beschlußentwurfes durch das Abgeordnetenhaus verstieß gegen die Geschäftsordnung, denn mehrere Abgeordnete waren nicht mehr zu Wort gekommen. Es wurde noch ein königliches Reskript verlesen, das die Parlamentssession vertagte. Die neue Sitzung wurde erst zum 13. Dezember anberaumt.

Am 19. November kamen nun auch formell die Oppositionskoalition und ihr „Führungsausschuß“ zustande. In der Koalition fanden sich die beiden großen Fraktionen der Unabhängigkeitspartei unter Führung von Ferenc Kossuth und Gábor Ugron, die Katholische Volkspartei, die Neue Partei Baron Bánffys, die Demokratische Partei unter Führung von Vilmos Vázsonyi und die Nationale Partei Apponyis zusammen. Zum Vorsitzenden des Führungsausschusses wurde Ferenc Kossuth gewählt, die tatsächliche Führung lag aber in den Händen von Apponyi. (Später schlossen sich auch die Liberalen um Andrassy der Koalition an, in der Andrassy dann die führende Rolle übernahm und 1905 die Verfassungspartei gründete.)

Die Parlamentspause vom 18. November bis zum 13. Dezember nutzte die Regierungspartei einerseits dazu, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, andererseits bereitete sie sich darauf vor, die zu erwartenden Angriffe der Opposition abzuwehren. Auf der Parlamentssitzung vom 13. Dezember 1904 wurden die Präsidententribüne und die Bankreihen auf der rechten Seite von einer fast 40 Mann starken Saalwache umstellt, die jedoch den Befehl erhalten hatte, sich völlig passiv zu verhalten. „Mit weißen Handschuhen standen sie da wie Statuen ...“, berichtete eine Zeitung. „Als die Opposition sah, daß sie sich nicht wehren, wurden sie angegriffen, geschlagen und hinausgeworfen, man riß ihnen die Kleider herunter, manch einem zog man gar die Schuhe aus.“ Noch bevor die Regierungsmitglieder den Sitzungssaal betraten, zertrümmerte man den Präsidententisch und demolierte das Mobiliar. Die Opposition bezeichnete ihre Saalschlacht als Vergeltung für den vorausgegangenen Gewaltakt. Tisza brandmarkte die uner-

hörten Vorkommnisse als ein gemeinsames Verbrechen und drohte den Tätern mit strafrechtlicher Verfolgung. Im weiteren erklärte er, sofern die Ordnung im Parlament nicht wiederhergestellt werden würde, sei es seine Absicht, an das Urteil der Nation zu appellieren, mit anderen Worten, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Die Schuldigen sollten sich vor dem Richterstuhl der Nation für ihre Taten verantworten. Tisza hatte also weder durch Argumente noch durch Entschlossenheit sein Ziel erreicht. Die neue Geschäftsordnung kam auch niemals zur Anwendung. Ende 1904 setzte Tisza bereits all seine Hoffnungen auf die Neuwahlen, damit wollte er die Opposition bezwingen und das Vertrauen „der Nation“ für sein weiteres Vorgehen gewinnen. Inzwischen traten immer mehr Mitglieder aus der Liberalen Partei aus. Ein Teil von ihnen bildete Ende Dezember 1904 unter Führung von Ignác Darányi einen oppositionellen Kreis und nahm Kontakt zum Führungsausschuß der Oppositionskoalition auf. Apponyi trat Anfang Januar 1905 mit seinen Parteianhängern in die Unabhängigkeitspartei ein.

Bei der Parlamentswahl im Januar 1905 erhielten die Liberale Partei 159, die Unabhängigen 166, die Volkspartei 25, die Anhänger Andrássys 27, die Neue Partei Bánffys 13, die Demokraten 12, die Nationalitäten 10 und die Parteilosen 9 Mandate. Die Koalition hatte also die absolute Mehrheit errungen. Allerdings prallten in ihr große Gegensätze aufeinander, die nicht nur die 67er und die 48er Plattform betrafen, sondern die widersprüchlichen Interessen der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten miteinander konfrontierten, denn hier waren die Tisza-feindlichen Agrarier ebenso anzutreffen wie das völlig andere Interessen vertretende Mittel- und Kleinbürgertum oder die wahlberechtigten bäuerlichen Massen. Diese Schichten hatten sich von der Wahlpropaganda der Koalition beeinflussen lassen, die „Verfassungsschutz“, allgemeines und geheimes Wahlrecht und ein selbständiges Zollgebiet forderte. Außerdem war es auch die Ablehnung Tiszas, die all diese gesellschaftlichen Schichten mit den unterschiedlichsten Interessen vereinte.

Das Wahlergebnis war für Tisza auf jeden Fall erschütternd, es verunsicherte ihn, und seine allgemein bekannte Entschlossenheit wich einem zögerlichen Nachdenken. Am 1. Februar 1905 reiste er nach Wien, um seine Demission einzureichen und unter Berufung auf die Prinzipien des bürgerlichen Parlamentarismus die Bildung einer Koalitionsregierung aus den Mehrheitsparteien vorzuschlagen. Als Ministerpräsident empfahl er Gyula Graf Andrassy. Innerhalb der Koalition regte er den Zusammenschluß der Siebenundsechziger an, hütete sich aber vor einer direkten Einmischung. Für seine eigene Partei bestimmte er die Rolle der Opposition, denn die Liberale Partei konnte sich nicht hinter jene stellen, deren Verhalten sie jüngst noch verurteilt und für schädlich befunden hatte. Der öffentlichen Sache vermochte sie seiner Meinung nach am besten zu dienen, wenn sie einen von der neuen Regierung unabhängigen Standpunkt vertrat und der Kabinettsbildung keine Hindernisse in den Weg legte. Der Monarch nahm die Demission Tiszas jedoch vorerst nicht an.

Der neue Reichstag trat am 17. Februar 1905 zusammen. Im Abgeordnetenhaus erkannte der 91jährige Alterspräsident József Madarász nur die Gültigkeit der alten Geschäftsordnung an. Am 21. Februar wurde Gyula Justh zum Hauspräsidenten gewählt. Da sich die Regierungskrise hinzog, hielt das Abgeordnetenhaus aber nur selten Sitzungen ab, und sachliche Vorlagen wurden nicht behandelt. Die Verhandlungen zur Regierungsbildung waren nacheinander zum Scheitern verurteilt, da die koalierende Opposition an ihren militärischen Forderungen festhielt und Andrassy andererseits nicht mit seinen neuen Verbündeten brechen wollte. Der Monarch wiederum verlangte die Votierung eines 450-Millionen-Armeekredits – für Kanonen, Kriegsschiffe und andere militärische Ausrüstungen – sowie eine Erhöhung des Rekrutenkontingents.

Am 18. Juni 1905 entließ Franz Joseph endlich das Kabinett Tisza aus der Verantwortung und ernannte den Kapitän der Trabanten-Leibgarde Feldzeugmeister Baron Géza Fejérváry zum Ministerpräsidenten. Tisza vermochte ihm – wenngleich er selbst an der Aufstellung des neuen Kabinetts fördernd mitwirkte – nicht das Vertrauen auszusprechen. Die Regierung Fejérváry bezeichnete er zwar nicht als gesetzwidrig, denn der Monarch hatte das Recht, einen Ministerpräsidenten zu ernennen, aber doch war sie unparlamentarisch. Trotzdem unterhielt er enge Beziehungen zum neuen Ministerpräsidenten. So ersuchte er zum Beispiel Fejérváry, die der Liberalen Partei angehörenden Obergespanne in ihren Ämtern zu belassen. Sie sollten auch nicht aus der Partei austreten, wie das die Minister des neuen Kabinetts getan hatten. Die Situation Tiszas schien nach dem Juni 1905 noch komplizierter und ungeklärter als zuvor. Vorerst verzichtete er aber nicht darauf, die Regierungspolitik zu beeinflussen.

Näheres über sein Verhältnis zum Kabinett Fejérváry und über seine Vorschläge zur Lösung der Krise erfahren wir vor allem aus seiner vertraulichen Korrespondenz. Tisza hielt es für möglich, eine Fusion der Siebenundsechziger zustande zu bringen, in der dann eventuell auch die Liberale Partei mitarbeiten konnte. Dabei hätte seine Partei eine kluge, den praktischen Notwendigkeiten Rechnung tragende Reformpolitik betreiben und auf die Weise ihre frühere zentrale Position zurückerobern können. Anfangs erwartete Tisza von Fejérváry, daß er aufgrund eines auch dem Monarchen genehmen Programms die Siebenundsechziger der Koalition an die Regierung bringen würde. Das verlangte jedoch – wie Tisza meinte – außer friedlichen Verhandlungen auch besondere Entschlossenheit und Tatkraft. „Wenn ihr den Großtuern eins auf die Nase gebt“, schrieb er am 23. Juni 1905 in einem privaten Brief an den neuen Ministerpräsidenten, „dann ermutigt ihr jene, die von der Koalition terrorisiert werden, und das könnte eine Stimmung erzeugen, in der sich mit ihnen klug reden ließe. Wenn ihr ihnen aber gefällig seid und überall in den Komitaten die Siebenundsechziger im Stich laßt, dann werden ihnen immer mehr die Hörner wachsen, die 67er Partei wird vernichtet, und Seiner Majestät bleibt kein anderer Weg als die Demütigung oder der Absolutismus.“ In seiner Zwangslage fühlte sich Tisza zu neuer politischer Meditation inspiriert. Obwohl ein Teil seiner engeren Umgebung ihm zu einem Rück-

zug aus der Politik riet, dachte er vorerst nicht daran. Das Politisieren hinter den Kulissen war ihm jedoch fremd. Seine verschwommenen und noch unsicheren Vorstellungen teilte er nicht einmal engeren Parteifreunden mit. Solange er noch die Mehrheit hinter sich gewußt hatte, war ihm das Parlament der wichtigste Schauplatz für offene politische Auseinandersetzungen gewesen. Jetzt, nach dem so offensichtlichen Verlust der parlamentarischen Mehrheit schloß er die Öffentlichkeit und sogar den engeren Kreis der Anhänger von seinen vertraulichen Verhandlungen und seiner Korrespondenz mit Fejérváry aus. Er nahm die Konspiration wörtlich und brauchte keine Kontrolle seiner Zielsetzungen, obwohl seine Freunde ständig versuchten, ihn im Interesse des Zusammenhalts der Partei zu einem Meinungsaustausch zu bewegen.

Das Kabinett Fejérváry übernahm anfangs nur die Leitung der staatlichen Administration und die Schlichtung der Widersprüche zwischen der Krone und der parlamentarischen Majorität. Tisza vertraute zu dem Zeitpunkt noch auf eine Neuordnung der Parteien. Seine Entbindung von der Ministerpräsidentschaft empfand er für ein selbständiges politisches Handeln als ausgesprochen günstig. Allerdings beunruhigten ihn die Erklärungen von Innenminister József Kristóffy bezüglich der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Am 31. August wandte er sich in einem Brief an Fejérváry: „Wenn ich eure Pläne richtig beurteile, dann habt ihr euch auf einen verhängnisvollen Abstieg begeben und werdet vielleicht für ewig die öffentlichen Verhältnisse des Landes und eine den wahren Bedürfnissen entsprechende kluge Politik begraben.“ Schon die bloße Losung des allgemeinen Wahlrechts wäre die endgültige Zerstörung der ungarischen Verfassungsmäßigkeit. Die Durchführung einer Wahl nach allgemeinem Wahlrecht würde eine gewaltige Mehrheit der extremen Linken zur Folge haben. „Mit einem Wort, mein lieber Freund“, schrieb Tisza weiter, „zum ersten Mal in meinem Leben bin ich der Verzweiflung nahe. Wohin ich auch schaue, die Lage der Nation erscheint mir hoffnungslos. Ich bitte dich, informiere und beruhige mich.“ In einem Antwortbrief vom 4. September verheimlichte ihm Fejérváry nicht, daß er einen anderen Standpunkt vertrat: „Das allgemeine Wahlrecht ist keineswegs so gefährlich, wenn es mit entsprechenden Korrekturen versehen wird ... und, sollte es das Unglück wollen, daß ich vorerst die Regierungsgeschäfte weiterführen muß, dann werde ich alles auf der Welt tun, und wenn es sein muß, auch mit dem Teufel paktieren, um diese Bande [die Koalition, Anm. d. Autors], die dieses Land an den Rand des Abgrunds drängt, zu zerschlagen.“ Der Antwort des Ministerpräsidenten war also zu entnehmen, daß er sich den Plan Kristóffys zu eigen gemacht hatte und in dem Programm des allgemeinen Wahlrechts ein Mittel sah, den „nationalen Widerstand“ zu brechen. Auch der Monarch verschloß sich nicht gänzlich dem Plan zur Wahlrechtsreform, doch untersagte er zunächst, sie zum Regierungsprogramm zu erklären, und nahm sie nur als eine individuelle Aktion des Innenministers zur Kenntnis. Im gemeinsamen Ministerrat vom 22. August benannte Fejérváry als Schlüssel zur Bewältigung der Krise die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen. Der öster-

reichische Ministerpräsident Freiherr von Gautsch und der gemeinsame Minister des Äußern Agenor Graf Goluchowski waren jedoch gegen das allgemeine Wahlrecht, weil es ihrer Meinung nach die Ordnung der Monarchie in Gefahr brachte. Nachdem die Regierung zum Wahlrechtsprogramm nicht die Zustimmung des Monarchen erhielt, meldete sie am 12. September ihren Rücktritt an. Franz Joseph nahm die Demission an, betraute das Kabinett aber mit der Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Die Koalition erstellte für die zum 15. September einberufene Abgeordnetenhaussitzung einen Antrag, der die Regierung unter Anklage stellte.

Am 16. Oktober kam es erneut zur Ernennung des Kabinetts Fejérváry. Nunmehr änderte sich aber seine frühere, eng begrenzte Funktion. Während der Regierung nach dem königlichen Handschreiben vom 18. Juni nur die Rolle zuge-dacht gewesen war, zwischen der Krone und der Oppositionskoalition zu vermitteln, konnte sie jetzt aufgrund eines auch vom König akzeptierten politischen Programms die Geschäfte führen.

Fejérváry gab am 28. Oktober 1905 im Palais des Ministerpräsidenten seine politischen Vorstellungen bekannt. Er umriß den Auftrag seines Kabinetts und skizzierte die neue Lage, in der es darauf ankam, eine konstitutionelle Lösung herbeizuführen, nachdem die Majorität nicht gewillt war, eine Regierungsbildung gemäß den Wünschen der Krone zu übernehmen. Sein Programm würde, ganz gleich, welches Schicksal ihm bei der Vorlage im Parlament zuteil wurde, in jedem Fall anstandslos die Verfassungsmäßigkeit garantieren. Entweder wurde es vom Parlament gebilligt und konnte damit von selbst eine Verfassungskrise abwenden, oder es ergab sich, sollte das Programm im Parlament nicht die Mehrheit bekommen, die andere Möglichkeit der verfassungsmäßigen Weiterentwicklung, nämlich die Auflösung des Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen. An erster Stelle des Regierungsprogramms stand die Wahlrechtsreform. Des weiteren versprach es die Verwirklichung der Forderungen des Neuner-Ausschusses und auf wirtschaftlichem Gebiet bis 1917 die Vorbereitung der Realisierung eines selbständigen Zollgebiets. Außerdem stellte es eine demokratische Landwirtschaftspolitik, eine energische Industriepolitik, eine umfassende Sozialpolitik, die Verstaatlichung von Gesundheitswesen und Verwaltung, die Regelung der Beamtenbezüge, die Förderung der Städte, eine Strafgesetzreform und die Pflege guter, friedlicher Beziehungen zu den ausländischen Mächten in Aussicht.

Auf der Parteiversammlung der Liberalen vom 30. Oktober 1905 wurde ein Antrag Tizzas angenommen, wonach die Partei das Regierungsprogramm nicht unterstützte, mit der Begründung, was darin gut sei, sei nicht neu, und was neu sei, nicht gut. Hauptsächlich opponierten die Liberalen gegen den Plan der Wahlrechtsreform. Sie würde für die sozialdemokratischen Aufwiegler eine riesige Begünstigung sein, die klerikalen und Nationalitätenströmungen hervorbrechen lassen und dazu führen, daß die extremen Richtungen gegenüber den gemäßigten an Raum gewinnen. Damit hatte Tisza die Lage der Regierung Fejérváry ziemlich erschwert. Er vereitelte deren Vorstellungen von der Schaffung und Festigung

einer neuen Regierungspartei. Auch die bis dahin in ihren Ämtern verbliebenen Obergespane aus der Liberalen Partei gingen in die Opposition und dankten, der neueren Intentionen Tizsas folgend, ab. Die Koalitionspolitiker wiesen das Programm der Regierung Fejérváry natürlich ebenfalls zurück und setzten ihre Hoffnungen auch weiterhin darauf, selbst an die Macht zu kommen. Dabei fühlten sie sich durch die Regierungsfeindlichkeit der Liberalen Partei zusätzlich ermutigt. Deshalb verhinderten sie zum Beispiel die Amtseinsetzung der neu ernannten Obergespane. Unter solchen Umständen wuchs die Isoliertheit der Regierung immer mehr, und ihre Niederlage war unvermeidlich.

Zu Beginn des Jahres 1906 entließ der Herrscher schließlich das Kabinett Fejérváry.

FERN VON DER POLITIK

Die Grundlage für die Übereinkunft zwischen der Krone und der Koalition bildete der Pakt vom April 1906. Seine wichtigsten Punkte waren: die vollkommene Ausklammerung der Frage der Befehlsführungs- und Kommandosprache aus den weiteren Parlamentsdebatten, die Votierung des Rekrutenkontingents für 1905 und 1906, die gesetzliche Verankerung der Handelsverträge und des „autonomen“ Zolltarifs sowie die Entlastung der Regierungen Tisza und Fejérváry von jeglicher materieller und rechtlicher Verantwortung. Der Pakt sah vor, daß die Regierung zur Realisierung dieser Aufgaben Neuwahlen ausschrieb. Die Übereinkunft war in Wirklichkeit gleichbedeutend mit dem völligen Verzicht auf das Koalitionsprogramm. Dieser innere Widerspruch bei der Machtübernahme durch die Koalition barg zugleich die Unvermeidbarkeit ihres Sturzes in sich.

Die führenden Kreise der Monarchie wollten die Einhaltung der einzelnen Punkte des Paktes auch durch die Vergabe der Ministerportefeuilles sichern, deshalb wurde Sándor Wekerle, der sich offen zur 67er Plattform bekannte, zugleich aber konzilianter auftrat und anders als der zu gewaltsamen Methoden greifende Tisza großes taktisches Geschick besaß, Ministerpräsident der neuen Regierung. Das Innenministerium übernahm der Führer der Verfassungspartei, Andrassy. Seine Person war die Garantie dafür, daß die Koalitionsregierung weder von der Basis des Ausgleichs abwich noch das allgemeine Wahlrecht – einen früheren Programmpunkt der Unabhängigkeitspartei – verwirklichte. Zum Minister für Kultus und Unterricht wurde Apponyi ernannt. Die Zusammensetzung der Regierung zeugte vom Zusammenschluß der Repräsentanten der Macht, wobei auch die führende Rolle der Großgrundbesitzer erhalten blieb. Vilmos Vázsonyi, der noch zum „nationalen Widerstand“ gehörte und sich als bürgerlicher Demokrat bezeichnete, wurde bei der Vergabe der Ministersessel übergangen. Die Komitatsmunicipalausschüsse und Stadtvertretungen sicherten der neuen Regierung ihre Unterstützung zu.

Begrüßt wurde die Ernennung der Koalitionsregierung auch von den gesellschaftlichen Schichten, die sich, obwohl sie mit den Interessen der führenden Politiker aus den Großgrundbesitzerkreisen nicht konform gingen, bisher der Unabhängigkeitspartei angeschlossen hatten. Das Besitzbaurntum und das Mittel- und Kleinbürgertum erwarteten von der Regierung, der ja auch Lajos Kossuths Sohn Ferenc angehörte, nationale und demokratische Maßnahmen.

Die Liberale Partei löste sich am 11. April 1906 auf, so daß die Koalition im Grunde genommen ohne Opposition in die neuen Parlamentswahlen ging und siegte. Tisza hielt die Koalition für geeignet, die revolutionären Massenbewegungen niederzuhalten, deshalb hatte er schon früher auf die Ernennung einer Koalitionsregierung gedrängt. Die Auflösung seiner Partei war für ihn aber nicht gleichbedeutend mit einer endgültigen Hinnahme der Niederlage. Im Gegenteil, Tisza sah deutlich die inneren Widersprüche, die in der Machtübernahme der Koalition lagen, und wartete nur auf den geeigneten Augenblick, um wieder die politische Arena betreten zu können. Die Chancen, daß seine Pläne Wirklichkeit wurden, standen um so besser, als der Monarch die mit nationalen Losungen auftretende Koalition nur gezwungenermaßen, zur Beseitigung der politischen Krise an die Macht gelassen hatte.

Ein Teil der Mitglieder der Liberalen Partei schloß sich der Verfassungspartei Andrássys an, die liberalen Parteiführer zogen sich jedoch fürs erste aus der Politik zurück. Sie gründeten einen „unpolitischen“ Nationalen Geselligkeitsklub, der die Parteikasse übernahm und auch die Räumlichkeiten und das Personal der Partei weiter behielt.

Tisza zog sich auf seine Geszter Güter zurück. 1907 übernahm er das Amt des Oberkurators im Reformierten Kirchendistrikt Transdanubiens und von 1907 bis 1909 bildeten für ihn dessen Versammlungen das Forum seiner öffentlichen Auftritte. In seiner Antrittsrede als Oberkurator wies er auf zwei große Gefahren hin, zum einen auf „Anarchie“ und „Umsturz“, die beide vom Materialismus genährt wurden, und zum anderen auf das konfessionelle Vorurteil, das für die Koalitionsregierung, hauptsächlich für die kirchenpolitische Tätigkeit der darin vertretenen Katholischen Volkspartei und Apponyis kennzeichnend war. Seine Rede war von der ungarischen Staatsidee und vom Wunschbild der nationalen Einheit durchdrungen. Dazu sollten seiner Meinung nach auch die Kirchen beitragen, indem sie von ihren konfessionellen Vorurteilen abgingen. „Wir müssen die gegen uns gerichteten Bestrebungen des Konfessionalismus und Klerikalismus bekämpfen“, sagte er. „Doch hier heißt es achtgeben: Es handelt sich um eine ansteckende Krankheit, um eine Aktion, die leicht eine ähnlich geartete Gegenaktion auslösen kann. Deshalb dürfen wir unseren Kampf und unseren Widerstand nicht auf konfessioneller Grundlage aufbauen. Wir dürfen uns nicht zu einer ähnlichen religiösen Unduldsamkeit hinreißen lassen. Wir vertreten nicht die Sache einer Konfession, sondern das gemeinsame Anliegen der ganzen aufgeklärten Gesellschaft, und unser Platz ist wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart in dem vereinten Lager der ganzen aufgeklärten ungarischen Öffentlichkeit.“ Tisza formulierte die Zielsetzungen für eine einheitliche, auch durch Glauben und Wissenschaft miteinander verbundene geistige Entwicklung aller Klassen der Gesellschaft und wies in diesem Zusammenhang auf Fragen des Bildungswesens hin: „All dies zugrunde legend, könnte ich für eine Verstaatlichung des Unterrichtswesens eintreten, sofern ich selbige tatsächlich für eine Vorbedingung der einheitlichen nationalen Kultur hielte, denn dann würde ich auch hier alles andere den nationa-

len Gesichtspunkten unterordnen. Doch ich bin zutiefst davon überzeugt, daß dieser Gesichtspunkt die Verstaatlichung nicht notwendig macht. Die Einheit der nationalen Kultur erfordert nicht, daß wir das gesamte Unterrichtswesen nivellieren und durch gewisse Reformen mit einer behördlichen Glasur versehen, vielmehr sollten alle Unterrichtsinstitutionen und jedes Atom der nationalen Kultur vom nationalen Geist und von einer nationalen Gesinnung durchdrungen sein. Es ist kein Verlust, im Gegenteil ein Gewinn: eine Quelle der geistigen Kraft, der reichen Vielfalt und des überschäumenden Lebens, wenn auf dem Gebiet der kulturellen Institutionen ein gesunder Wettbewerb zustande kommt und wenn alle dazu berufenen Kräfte der ungarischen Gesellschaft ihre eigene Auffassung miteinbringen und die guten Eigenschaften ihrer Persönlichkeit zur Geltung bringen.“

Politische Beziehungen unterhielt Tisza in jener Zeit nur zu ganz wenigen vertrauten Anhängern. Dennoch sandte ihm Freiherr József Szerényi, Staatssekretär im Handelsministerium der Koalitionsregierung, bereits 1908 die Gesetzesvorlagen zum neuen Gewerbegesetz und betreffs der Lokalbahnen mit der Bitte um ein Gutachten zu. Auch erhielt Tisza, vor allem aus dem Komitat Bihar, immer wieder vertrauliche Briefe, in denen er gebeten wurde, doch in die Politik zurückzukehren. Die Koalition hätte ihre frühere Popularität bereits eingebüßt, und ein Sturz der Regierung würde dem Sozialismus den Weg öffnen, hieß es als Begründung. Tisza hielt den Zeitpunkt für seine Rückkehr ins politische Leben aber noch nicht für gekommen. Und mit dieser Einschätzung hatte er recht. Denn in den Jahren 1909/10 sollte es zu einem völligen Zusammenbruch der Koalition kommen, so daß er dann unter diesen weit günstigeren Umständen mit einer Neuorganisation der altliberalen Garde, mit der Realisierung seiner Pläne zur innenpolitischen Umgestaltung und mit der Liquidierung einzelner Elemente des 67er Liberalismus beginnen konnte.

Ursache für den Auflösungsprozeß in der Koalition war die tiefgreifende Krise des Dualismus, beschleunigt wurde er aber auch durch die Gegensätze innerhalb der Koalition sowie durch die Widersprüche zwischen dem verkündeten Regierungsprogramm und der Regierungstätigkeit entsprechend dem April-Pakt. Die bäuerlichen Massen, das Mittel- und Kleinbürgertum und ein Teil der Intelligenz hatten die nationalen und demokratischen Losungen der Unabhängigkeitspartei ernst genommen und sich deshalb zu dieser Partei bekannt. Nach 1906 aber, als die Koalitionsregierung anstelle von Gesetzen zum Schutze der Bauern 1907 das neue patriarchalische Gesindegesetz, anstelle eines Gesetzes über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht eine Gesetzesvorlage über das Pluralwahlrecht erarbeitete und anstatt für die nationale Unabhängigkeit einzutreten, die Zollgemeinschaft mit Österreich verlängerte und die Quote der gemeinsamen Ausgaben erhöhte, wurde immer deutlicher, daß ein großer Teil des Programms, das der von Apponyi geführte Flügel der Partei zuvor verkündet hatte, nur den einen Zweck gehabt hatte, die Machtübernahme sicherzustellen.

Auch das Verhältnis zwischen der Regierung und den Nationalitäten verschlechterte sich, obwohl die Koalitionsparteien vor ihrem Machtantritt mit den Führern der Nationalitätenparteien zu einer Übereinkunft gekommen waren. GA XXVI/1907 über die Rechtsverhältnisse der nichtstaatlichen Elementarschulen, ein von Apponyi ausgearbeitetes Gesetz, bestimmte in den von Nationalitäten bewohnten Gebieten die Ausweitung des Unterrichts der ungarischen Sprache. Mehrere kirchliche Nationalitätenschulen wurden geschlossen, für andere kürzte die Regierung die staatliche Unterstützung. Das Gesetz über die Dienstpragmatik für Eisenbahnbeamte wiederum bedeutete eine Revision des ungarisch-kroatischen Ausgleichs von 1868, denn es schrieb den Angestellten der Eisenbahnen in Kroatien die Kenntnis der ungarischen Sprache vor.

Zum endgültigen Ende der Koalition führte 1909 die Spaltung der Unabhängigkeitspartei. Ende 1910 lief das Privileg der Österreichisch-Ungarischen Bank aus, und ein Teil der Unabhängigkeitspartei forderte gemäß des Parteiprogramms die Schaffung einer selbständigen ungarischen Nationalbank. Gyula Justh verlangte in diesem Zusammenhang den Bruch mit den Siebenundsechzigern der Koalition und trat auch für eine gewisse Erweiterung des sozialen Reformprogramms vor allem hinsichtlich des Wahlrechts ein. Der Apponyi-Flügel der Unabhängigkeitspartei sträubte sich. Diese Periode der politischen Laufbahn von Gyula Justh zeigt, daß der Oppositionsgeist der Unabhängigkeitspartei – wie von Gábor Ugron, Ferenc Kossuth oder Apponyi vertreten – nicht nur in eine Sackgasse führen konnte. Justh, der zwar nicht in vollem Umfang die gesellschaftliche und nationale Problematik des Dualismus erkannte, wollte an dem ursprünglichen, liberalen Programm seiner Partei festhalten und ging dann von 1909 an gar über die positiven Traditionen seiner Partei hinaus, indem er mit der Sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Radikalen ein politisches Bündnis schloß. Mit dem Zerfall der Unabhängigkeitspartei verloren die staatsrechtlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft an Gewicht, und gleichzeitig traten die sozialen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund.

Im April 1909 kündigte Wekerle seinen Rücktritt an, und es begann für die Koalition eine lange Zeit der Agonie. Der rechte Flügel unter Andrassy, Apponyi und Ferenc Kossuth unternahm mehrere ergebnislose Versuche, ein neues Kabinett zu bilden, bis sich der Monarch schließlich an die alten liberalen Politiker wandte.

Jetzt war für István Tisza die Zeit gekommen. Er kehrte nach Budapest zurück. Am 27. November reiste er nach Wien, wo ihn der König empfing. Das war seit seiner Ministerpräsidentenschaft die erste öffentliche Audienz für ihn. Welchen Inhalts die Unterredung zwischen dem Monarchen und Tisza war, ist uns nicht bekannt, doch können wir aus einer Rede, die Tisza am 28. November im Nationalen Geselligkeitsklub hielt, Schlüsse ziehen. Danach bestand die wichtigste Zielsetzung darin, die Reihen der Liberalen zu organisieren und sie an die Regierung zu bringen, wenngleich Tisza den Zeitpunkt für die unmittelbare Verwirklichung dieser Ziele noch nicht gekommen sah. Grund dafür war nicht nur die Befürch-

tung, die Unabhängigkeitsparteien könnten sich wieder zusammenschließen, sondern auch das gemeinsame Bemühen der Krone und der Liberalen, die Koalition für den Exlex-Zustand verantwortlich zu machen, der unweigerlich durch die unübersichtlichen Verhältnisse im Parlament eintreten mußte. Das war – wie sie meinten – ein neuer Beweis für die Unfähigkeit der Koalition und konnte die Position der Liberalen stärken. Damit ließ sich eine außerparlamentarische Ernennung der Regierung begründen. Diese Möglichkeit wurde aber auch von der Koalition erkannt, weshalb sie den König ersuchte, die Demission der Regierung anzunehmen und ein Übergangskabinett mit der Geschäftsführung zu betrauen.

Der Nationale Geselligkeitsklub war bereit, sich an den Sondierungsgesprächen über die Kabinettsbildung zu beteiligen. Altfinanzminister László Lukács begann sogar eine lange Verhandlungsserie mit den verschiedenen Richtungen der früheren Koalition, allerdings mehr aus taktischen Überlegungen heraus, denn dadurch wurden nur die ohnehin schon bedeutenden Gegensätze innerhalb der Koalition verschärft. Die Gruppe um Tisza war mit den Aktionen von Lukács einverstanden, sie wollte damit die Voraussetzungen für den Sieg einer neuen 67er Gruppierung schaffen. In der Ausgabe des *Nagyvárad Napló* (Großwardeiner Journal) vom 9. Januar 1910 hieß es: „Das Vorgehen von László Lukács müssen wir befürworten, denn unserer Überzeugung nach ist er ein Vorläufer jener Periode, in der István Tisza wieder auf dem Olymp des wahren parlamentarischen Lebens wird erscheinen können.“

Die ehemaligen Liberalen machten die Koalition auch für das Fehlen der parlamentarischen Budgetbewilligung verantwortlich. Sie wiesen auf die Widersprüche zwischen dem Programm und den Taten der Koalition hin. „Die große Regierung, die nationale Regierung, die Regierung der Erlösung verschwindet“, schrieb *Az Újság* (Die Zeitung). „Sie freut sich selbst, und es freut sich auch das Land, daß sie endlich hinweggefegt wird. Seit acht Monaten liegt sie da in der Arena des Parlaments, getreten und überfahren, in unrühmlicher Blöße ... Was nach ihr kommt, kann nicht so schlecht sein, daß es nicht wünschenswerter wäre als dieser elende Anblick, den sie geboten hat.“ Um die Bourgeoisie und die Intelligenz zu gewinnen, beschuldigten die Liberalen die Koalitionspolitiker, Industrie und Handel beeinträchtigt und den Liberalismus aus der nationalen Kultur verbannt zu haben. All das, wozu die 67er Regierungen nicht bereit gewesen wären, hätten sie dem Herrscher ohne Gegenleistung zugestanden. Ab Januar 1910 suchte der Nationale Geselligkeitsklub nicht nur die Konfrontation mit einzelnen Gruppen der Koalition, um diese selbst in Mißkredit zu bringen, er verkündete nun auch ganz offen die Notwendigkeit, „nach einem neuen Weg zu suchen“.

AN DER SPITZE DER PARTEI DER NATIONALEN ARBEIT

Die aktivste Periode in der politischen Laufbahn von István Tisza fällt in die Jahre 1910 bis 1914. Die Festigung des dualistischen Systems war schon früher das Hauptziel seiner Konzeption gewesen, doch hatte er die Schwierigkeiten in der Monarchie und in Ungarn am Ende der ruhigen Periode nach dem Ausgleich durch seine damaligen Regierungsmethoden nicht beseitigen können. Seine hartnäckig wiederholten Argumente waren größtenteils ohne Widerhall geblieben, und Neuerungen auf Regierungsebene, die sich den veränderten Verhältnissen anzupassen suchten, wurden im Parlament oder in Wien immer wieder abgelehnt. Seine Vorstellungen über die Verhinderung des Zerfallsprozesses der österreichisch-ungarischen Monarchie und innerhalb dieser des ungarischen Staatssystems fügten sich nicht zu einer organischen Einheit; die einzelnen Elemente seiner Konzeption fielen auch zeitlich unterschiedlich ins Gewicht. Um 1910 nun war international eine neue Situation entstanden, die Existenzbedingungen für die Monarchie hatten sich geändert, und in der Innenpolitik wuchs die Bedeutung der sozialen Fragen. All das war für Tisza günstig, der auf eine aktive Außen- und Innenpolitik drängte, und die Koalitionsjahre bestärkten ihn nur noch mehr in seiner Absicht, das bestehende Regierungssystem und die Regierungspraxis grundlegend zu verändern.

Nach dem Bankrott der 1906 bis 1910 amtierenden Koalitionsregierung wurde Graf Khuen-Héderváry aus der früheren Liberalen Partei mit der neuen Kabinettsbildung beauftragt. Er schien geeignet, die seit März 1909 anhaltende Regierungskrise reibungslos beizulegen. Khuen-Héderváry hatte sich seit 1903 nicht mehr am politischen Leben in Ungarn beteiligt. Er versprach das allgemeine Wahlrecht und andere Zugeständnisse, wodurch es ihm gelang, die Sozialdemokraten, die bürgerlichen Radikalen und auch die gegen die Koalition auftretenden Bauernparteien vorübergehend zu neutralisieren oder auf seine Seite zu ziehen. Tisza, der zweifellos unter den Siebenundsechzigern die führende Rolle spielte, kam zu diesem Zeitpunkt als Regierungsoberhaupt noch nicht in Frage. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten hätte die auseinandergefallene Koalition allein aus Furcht vor ihm wieder zusammengeschweißt.

Das Kabinett Khuen-Héderváry konstituierte sich am 17. Januar 1910. Seine Zielsetzung war die Beseitigung der Koalition und die Stärkung der konservativen Einheit der herrschenden Klassen. Graf Khuen-Héderváry übernahm außer der

Ministerpräsidentenschaft vorübergehend noch drei weitere Ministerposten: den des Inneren, den am allerhöchsten Hoflager und den für Kroatien, Slawonien und Dalmatien. Handelsminister wurde Károly Hieronymi, ein alter Anhänger Tizas. Das Finanzministerium erhielt László Lukács, das Landwirtschaftsministerium Béla Graf Serényi, das Landesverteidigungsministerium Samu Hazay, und Minister für Kultus und Unterricht wurde János Graf Zichy, der damals noch zur Verfassungspartei Andrássys gehörte, die an der Koalition teilgenommen hatte. Zum Justizminister wurde Ferenc Székely ernannt, der in Fragen des Wahlrechts und anderen bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten einen liberaleren Standpunkt als seine Ministerkollegen einnahm.

Tizas neue Partei, die Partei der Nationalen Arbeit, wurde am 19. Februar 1910 gegründet. Ihre Führung rekrutierte sich vor allem aus Mitgliedern des Nationalen Geselligkeitsklubs, es fand hier aber auch – angeführt von Graf Zichy und Lajos Návay – ein Teil der inzwischen aufgelösten Verfassungspartei Aufnahme. (Graf Andrassy begünstigte mit der Auflösung seiner Partei in hohem Maße die Festigung der neuen Partei.) Das von Tiza verfaßte Manifest der Partei der Nationalen Arbeit war am 15. Februar 1910 veröffentlicht worden. Es sprach einfühend der Koalitionspolitik ein höfliches Lob aus, um dann darzulegen, daß die Gründung der neuen Partei durch die verschärften Gegensätze innerhalb der Koalition notwendig geworden sei, um eventuell daraus erwachsenden schädlichen Folgen vorzubeugen und die „Ordnung“ zu garantieren. Es betonte die Einheit der Nation und das Gebot der Stunde, „auf tausend Gefahren vorbereitet zu sein“. Weil die Anarchie das Land zur Beute „seiner Feinde“ werden lassen würde, „muß für die Nation ... der sichere Boden nationaler Krätesammlung und Entfaltung zurückgewonnen werden“. Um all dies zu erreichen, sei die vollständige Harmonie zwischen dem Herrscher und der Nation eine unverzichtbare Voraussetzung.

In der Partei der Nationalen Arbeit spielten die Großkapitalisten und die mit ihnen in enger wirtschaftlicher und politischer Beziehung stehenden Großgrundbesitzer im Hintergrund die führende Rolle, doch da die Zielsetzungen der Partei die gemeinsamen Interessen der herrschenden Kreise besonders betonten, wurde sie – in einer Zeit, da die Spannungen auf dem Balkan zunahmen und die echten oppositionellen Kräfte erstarkten – auch von den Beamten unterstützt, die ja von der Regierung abhingen. Die Basis der Partei wurde darüber hinaus von der Mehrheit der Mitglieder der Komitatsmunicipien verstärkt, die sich 1905/06 noch zum nationalen Widerstand bekannt hatten.

Vorübergehend beruhigten sich auch die Nationalitäten. In Kroatien wurde anstelle des verhaßten Pavao Rauch Nikola Tomašić zum Banus ernannt. So gelang es der Regierung, ein störungsfreies Arbeiten des kroatischen Landtages zu gewährleisten. Khuen-Héderváry stellte der rumänischen und der slowakischen Nationalpartei – als Gegenleistung für ihre Unterstützung – eine Modifizierung der von ihnen beanstandeten Bestimmungen der Volksschulgesetze von 1907 und Abhilfe bei den sog. Aufwieglerprozessen in Aussicht. Die Regierung, die vorerst

noch keine parlamentarische Unterstützung hatte, erweckte durch ihre demokratischen Losungen anfangs auch in der Sozialdemokratischen Partei und beim von der Koalition enttäuschten Bauerntum Illusionen.

Ein Teil der Unabhängigkeits- und 48er Partei wandte sich unter Führung von Gyula Juth gegen die Regierung. Sie genossen die Unterstützung des Mittel- und Kleinbürgertums und der oppositionellen Intelligenz und suchten den Kontakt zu den demokratischen Kräften. Die Juth-Partei bemühte sich vor allem, die wahlberechtigten Schichten der Gesellschaft zu gewinnen. Zwar legte sie auch auf die Unterstützung der nicht wahlberechtigten gesellschaftlichen Kräfte Wert, hütete sich aber davor, mit ihnen eine so enge Zusammenarbeit einzugehen, die eventuell die mittleren Schichten, die Intelligenz und die vermögendere Bauern aberschreckt hätte. Im Wahlkampf erhielten demokratische Forderungen wie das allgemeine und gleiche Wahlrecht im Programm der Juth-Partei größeren Raum, doch ihre entscheidende Losung blieb weiterhin die selbständige ungarische Nationalbank. Zu dieser Zeit machte sie sich die Forderung nach dem geheimen Wahlrecht noch nicht zu eigen. Sie erkannte nicht, daß die Bankfrage zwar ausge-reicht hätte, die Unabhängigkeitspartei zu spalten, aber weniger geeignet war, einen Wahlsieg herbeizuführen.

In den Wahlen Anfang Juni 1910 erhielt die Partei der Nationalen Arbeit 258, die Kossuth-Partei 55 und die Juth-Partei 41 Mandate. Außerdem zogen 10 außerparteiliche Unabhängigkeitspolitiker, die sich unter Führung von Mihály Károlyi zusammengeschlossen hatten, 21 zur außerparteilichen Gruppe Andrássys gehörende Abgeordnete, 13 Abgeordnete der Volkspartei, 8 der Nationalitäten, 2 der Demokratischen Partei, 3 der Partei der Kleinen Landwirte und 1 christlichsozialer Abgeordneter ins Parlament ein. Franz Joseph äußerte seine allerhöchste Zufriedenheit über den Ausgang der Wahlen: „Es war seit langem mein Wunsch, daß die liberale Politik von 67 Genugtuung erfahre. Ich freue mich, daß dies bei den Wahlen in Ungarn jetzt geschehen ist. Ich vertraue darauf, daß die ungarische Nation auch in Zukunft am Deákschen Werk festhalten werde.“

Der Wahlsieg der Partei der Nationalen Arbeit war in entscheidendem Maße darauf zurückzuführen, daß sie in ihrem Wahlprogramm die Gewährleistung der „Ordnung“ in den Vordergrund gestellt hatte. Die Machthaber erkannten immer deutlicher, daß jedwede Modifizierung des Ausgleichs zu einer Krise, wenn nicht gar zur Beseitigung des dualistischen Systems führen konnte. Auf dieser Erkenntnis beruhten auch weitgehend die Beziehungen zwischen der Partei der Nationalen Arbeit und der Andrassy-Gruppe, die darauf gerichtet waren, die Kossuth-Partei zurückzudrängen und zu isolieren.

In der siegreichen Partei der Nationalen Arbeit war die Gruppe um István Tisza die stärkste Fraktion. An ihm orientierten sich die Kleriker und Freimaurer, die Agrarier und Merkantilisten in der Partei. Tizas Ansehen war im allgemeinen für die parteiinternen Diskussionen über politische, wirtschaftliche, kulturelle, kirchliche oder Nationalitätenfragen ausschlaggebend. Er bestimmte die Aufgaben

und die Form ihrer Durchsetzung. Indem Tisza die Gefahren erkannte, die dem innenpolitischen System von 1867 drohten, wuchs er über seine Mitstreiter hinaus. Er sah die erstarkenden sozialistischen und demokratischen Bewegungen, er bemerkte die Veränderung und die Schwächung der außenpolitischen Stellung der Monarchie, und er beobachtete auch die monarchiefeindlichen nationalen Bewegungen der kleinen Staaten auf dem Balkan. Ihm wurde die ungelöste Nationalitätenfrage in Ungarn deutlich, und es beunruhigte ihn, wie sich Materialismus und Freidenkertum ausbreiteten und die „freien Organisationen“ der Gesellschaft immer mehr zunahmen. Er bemühte sich, die Interessen der Agrarier und der Merkantilisten aufeinander abzustimmen und übernahm in ihren Auseinandersetzungen die Vermittlerrolle. Er betonte auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Parlamentsparteien. Dies interpretierte er allerdings auf eigene Art, und wie sich später herausstellen sollte, war seine Beurteilung unreal, denn er vertraute darauf, daß es der Partei der Nationalen Arbeit aufgrund ihrer wichtigsten Zielsetzungen gelingen würde, die übrigen Parlamentsparteien zur Zusammenarbeit zu bewegen. In dieser Hinsicht rechnete er vor allem damit, daß die Kossuth-Partei, die Volkspartei und Andrassy ihre politischen Opposition aufgeben würden. Den Kontroversen wich er zumeist dadurch aus, daß er die Großmachtstellung und die expansive Politik der Monarchie und eine effektivere Durchsetzung der ungarischen Suprematie betonte. Wie widersprüchlich seine Vorstellungen waren, zeigte sich aber schon bald. Die Oppositionsparteien fanden, anstatt sich unter die Fittiche der mächtigen Partei der Nationalen Arbeit zu begeben, immer mehr zueinander, und ihre Kritik an der Regierungspartei wurde zunehmend schärfer. Ende 1910 erwachte aufs neue der Gedanke der Obstruktion. Da wandte sich Tisza mit einem mahnenden Apell an die Opposition, die letzte Stunde habe geschlagen, und sie solle endlich ihre zerstörerischen Absichten aufgeben und die Programme, die die Partei der Nationalen Arbeit aufgestellt habe, als Verhandlungsgrundlage akzeptieren, denn sie entsprächen auch den Interessen der Opposition.

Nachdem die Obstruktion wieder eingesetzt hatte, wurde Tisza jedoch mehr und mehr klar, daß sich der ungarische Parlamentarismus nicht für den Schutz des dualistischen Systems eignete. Tisza stand nun vor der Wahl, auf das in erster Linie von ihm konzipierte Programm der Festigung des Dualismus zu verzichten oder sich über die parlamentarischen Regeln und die geltende Regierungspraxis hinwegzusetzen. Er entschied sich für die zweite Möglichkeit. Aus diesem Grunde hielt er in den Jahren 1911–1912 Kontakte zur Opposition für überflüssig und war auch nicht mehr geneigt, sich auf Verhandlungen über eine Revision der parlamentarischen Geschäftsordnung einzulassen, er verlangte vielmehr eindeutig die Bezwingung der Obstruktion. Auf diesem Weg folgten ihm die Abgeordneten der Regierungspartei aber nur zögerlich. Albert Berzeviczy, der liberal gesinnte Präsident des Abgeordnetenhauses, Justizminister Ferenc Székely und andere hielten nicht nur die Verhandlungen über die parlamentarische Geschäftsordnung, sondern auch den sachlichen Meinungs austausch für notwendig. Albert Berzeviczy

versprach, die bestehende Geschäftsordnung einzuhalten. Er erachtete es für seine Pflicht, die Opposition zu verteidigen, denn ohne sie gab es – wie er meinte – keinen wahren Parlamentarismus. Ein Teil der Abgeordneten, die zumeist keineswegs liberal waren, fürchtete die zu erwartende Verschärfung der Parteikämpfe und schreckte deshalb vor einer brutalen Niederringung der Opposition zurück. Es dauerte fast ein Jahr, bis Tisza die Mehrheit der Partei der Nationalen Arbeit für seinen neuen Plan gewonnen hatte.

Mit dem Namen Tiszas ist auch eine eigene Kirchen- und Nationalitätenpolitik der Partei der Nationalen Arbeit verbunden. Er verurteilte die Zwistigkeiten zwischen den Konfessionen, die vor allem durch die päpstlichen Enzykliken und die verschiedenen Verfügungen des Kultusministers hervorgerufen wurden, der unter dem Einfluß des römisch-katholischen Klerus in Ungarn stand. Auf dem Konvent des reformierten Kirchendistrikts Transdanubiens am 28. September 1910 erklärte Tisza: „... die konfessionellen Gegensätze, das stark pulsierende geistige Leben der jüngsten Zeit, haben die Atmosphäre elektrisiert, und das verhindert, daß sich jede einzelne Kirche ungestört und mit ganzer Kraft ihrer moralischen Mission widmet“. Einzelne päpstliche Enzykliken enthielten – wie Tisza weiter ausführte – gegen den Protestantismus gerichtete Behauptungen, denn „nicht die bösen Geister des sittlichen Verfalls haben die sittliche Ordnung angegriffen, sondern unmoralische Entartungen der mittelalterlichen Kirche brachten die Menschen, die auf einer strengen, ernsthafteren sittlichen Grundlage standen, in moralische Empörung ... Der Protestantismus war auch im Hinblick auf die katholische Kirche ein Mittel der sittlichen Erneuerung und Läuterung ...“ Tisza wünschte die katholische Kirche als seinen würdigen Verbündeten zu sehen, der unter den eigenen Gläubigen aufgrund der eigenen Wahrheiten, das heißt seiner Grundsätze, eine ähnliche Arbeit leistete, „die edle Arbeit, die in der Bewahrung des seelischen Friedens, der seelischen Ruhe und der moralischen Läuterung der sittlichen Fürsorge besteht“. Papst Pius X. hatte in einer Enzyklika zum Gedenken an den Erzbischof von Mailand, Carl Borromäus, einen unermüdlichen Streiter gegen die Reformation, in spöttischem Ton von den deutschen Fürsten der Zeit der Reformation und den Reformatoren gesprochen. Obwohl der Papst dann auf Intervention der deutschen Diplomatie seine Enzyklika bald wieder zurückgezogen hatte, war sie von Gyula Városy, dem Erzbischof von Kalocsa, trotzdem als Hirtenbrief verkündet worden.

Tisza, der sich der reformierten Kirche eng verbunden fühlte, fand – wie seiner vertraulichen Korrespondenz zu entnehmen ist – gleichwohl auch für die religiöse Unduldsamkeit der protestantischen Kirchen kritische Worte. Dazu kam es anläßlich der Gründung der Universität Debrecen im Zusammenhang mit einer Kontroverse über den Charakter der Universität. Von den Städten, die sich als Universitätssitz beworben hatten, hatte Tisza Debrecen, eine Stadt mit ungarischsprachigen Bewohnern reformierter Konfession, unterstützt. Der Ministerrat beschloß am 21. November 1911, in Debrecen und in Preßburg je eine Universität zu errichten. Der Munizipalrat der Stadt Debrecen nahm in Zusammenarbeit mit

dem reformierten Kirchendistrikt jenseits der Theiß in die Gründungsurkunde der neuen Universität sogleich die Forderung nach einer protestantischen Erziehung auf. Dieser Artikel wurde vom Staatssekretär im Kultusministerium, Jenő Balogh, einem Vertrauten Tiszas, beanstandet. „Das wichtigste Charakteristikum und ein unverzichtbarer Bestandteil des Universitätsstudiums“, schrieb Balogh an den Bürgermeister von Debrecen, „ist die Freiheit der Lehre, die mit einschließt, daß Richtung und Inhalt der Vorlesungen des Universitätsprofessors keinerlei Zensur unterworfen sind ... Verstehe mich nicht falsch, meinerseits wünsche ich natürlich aus tiefstem Herzen, daß an unseren Universitäten eine patriotische Lehre erfolgt; ich als Protestant kann den protestantischen christlichen Geist der Lehre nur als Vorteil ansehen, aber mein Wunsch und meine Überzeugung befreien mich nicht davon, die Wahrheit hervorzuheben, nämlich daß bei der Fülle der Hochschullehrfächer die Beurteilung dessen, was wirklich mit dem Geist des Protestantismus übereinstimmt, auf die größten Schwierigkeiten stößt. Vor allem bei den juristischen und naturwissenschaftlichen Fächern würde dieser Punkt zweifellos zu ständigen, tagtäglichen Streitigkeiten und zu den unangenehmsten geistigen Auseinandersetzungen führen.“ In einem Antwortschreiben vom 2. August 1911 akzeptierte der Debrecener Bürgermeister zwar nicht die Argumente des Staatssekretärs im Kultusministerium – denn seiner Meinung nach war der protestantische Geist an sich gleichbedeutend mit der freien Lehre und Forschung –, aber er kündigte trotzdem eine Änderung der Gründungsurkunde an.

Während Tisza also eindeutig gegen jegliche religiöse Übertreibung auftrat, sprach er der Religion bei der Durchsetzung seiner Hauptzielsetzungen, der Eindämmung der demokratischen und revolutionären Bewegungen, eine durchaus wichtige Rolle zu. In diesem Sinne äußerte er sich auch in seiner Eigenschaft als Oberkurator auf den Konventen des reformierten Kirchendistrikts Transdanubiens. Am 12. März 1911, als er in Neutra (Nyitra, Nitra) eine Kirche weihte, äußerte er unterwegs auf dem Bahnhof von Neuhäusel (Érsekújvár, Nové Zámky) in einer Rede: „Die reformierte Kirche wird das gleiche Ziel haben wie die katholische, nämlich die sittliche Weltanschauung, die die Grundlage unserer Gesellschaft bilden soll, zu stärken ... Das war nie zuvor so notwendig wie heute, da sich der Zeitgeist dem Materialismus und dem Atheismus dermaßen geneigt zeigt. Mit zwei Schwertern müssen wir gegen diese Gefahr kämpfen, und unsere beiden Schwerter sind der Protestantismus und der Katholizismus. Letzterer kämpft mit dem Autoritätsprinzip. Wen jedoch das Autoritätsprinzip nicht überzeugt, wer sich die Freiheit der unabhängigen Forschung bewahren will, für den sei der Protestantismus in den Wirren der materialistischen Zeit das schützende und bezwingende Schwert. Mögen die beiden Religionen gemeinsam die Nation zu Christus zurückführen.“

Tisza verurteilte die demokratischen und Freidenkerorganisationen der Gesellschaft, warnte aber davor, brutal gegen sie vorzugehen. Er war der Ansicht, daß administrative Maßnahmen allein nicht ausreichten, um die gefährlichen Tendenzen innerhalb des Freimaurertums zu bremsen. Die allgemeinen menschlichen

Beziehungen und speziell die ungarischen Verhältnisse trügen überhaupt viel zu ihrer Verbreitung bei. Die Entwicklung der Naturwissenschaften hätte zum Beispiel bei vielen die Weltanschauung ins Wanken gebracht, die Freiheit des Denkens erkühne die menschliche Phantasie und stürze die Autoritäten, was nicht selten mit vorübergehendem Unheil einhergehe.

Nach den Wahlen von 1910 befeißigte sich Tisza auch auf der Ebene der traditionellen 67er Regierungspartei und der „48er Opposition“ einer ausgleichenden Politik. Während der Koalitionsregierung hatten sich diese politischen Grenzen zwar endgültig verwischt, doch übernahm Tisza jetzt fast unbemerkt viele ihrer früheren Losungen. Am 6. Oktober 1910 führte er eine Delegation des Abgeordnetenhauses in Arad zum Denkmal der Märtyrer von 1848 und begrüßte mit warmen Worten die Wiederherstellung des Friedens zwischen dem König und der Nation: Vereint in Frieden und Harmonie bezeugen König und Nation den alten Kämpfern gemeinsam ihre Ehrfurcht, sprach Tisza zu den Abgeordneten.

Im Frühjahr 1911 beschleunigte das Kabinett Khuen-Héderváry, gedrängt durch den deutschen Generalstab und die Heeresleitung der Monarchie, in fieberhafter Eile die Vorbereitungen zur Wehrreform. Honvédminister Baron Samu Hazay legte dem Parlament am 23. Mai 1911 unter großem Protest einen Gesetzentwurf zur Reform der gemeinsamen und der Honvéddarmee vor. Demnach sollte das auf Ungarn entfallene Rekrutenkontingent um mehr als 40 000 Mann und die Summe der Militärausgaben von bisher 220 Millionen auf 345 Millionen Kronen erhöht werden.

So standen von Mai 1911 bis Juni 1912 wieder die Debatten über die Wehrgesetzreform im Mittelpunkt der Innenpolitik. Die Notwendigkeit, die Armee zu verstärken, wurde nicht nur von der Partei der Nationalen Arbeit betont, sondern auch von der parlamentarischen Opposition anerkannt. Die Parlamentsschlachten um die Wehrgesetzreform und insbesondere die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Frühjahr 1912 zogen auch nicht so sehr die Notwendigkeit eines neuen Wehrgesetzes in Zweifel als vielmehr die Bedingungen und Formen seiner Durchsetzung. Die Justh-Partei verband ihre Zustimmung zum Wehrgesetz mit der Vorbereitung und Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes.

Die Mehrheit der Partei der Nationalen Arbeit dachte trotz der parlamentarischen Obstruktion, die nach der Vorlage der Heeresnovelle wieder auflebte, zunächst nicht an eine Revision der Geschäftsordnung, denn es widerstrebe ihr eine Wiederholung der „Taschentuchabstimmung“ vom 18. November 1904. Sie wollte zunächst die Opposition ermüden und dann das Wehrgesetz mit auch für Wien annehmbaren Reformen ergänzen, die für die Armee als nationale Errungenschaften galten. Von allen möglichen Kompromissen lehnte Khuen-Héderváry ein Junktim zwischen Wahlreform und Wehrgesetz von vornherein ab, denn die Wahlgesetzvorlage war seiner Meinung nach nicht ohne die langwierige Auswertung der Volkszählung möglich. Am 5. August 1911 richtete er ein Rundschreiben an alle Universitäten, Hochschulen und Wirtschaftsvereine, an den Juristenverband, den Landesbildungsrat, die Gesellschaft für Sozialwissenschaft, die Wahl-

rechtsliga, den Ungarischen Landes-Agrikultur-Verein, den Bund der Ungarischen Landwirte, den Bund Ungarischer Fabriksindustrieller, die Sozialdemokratische Partei und andere Organisationen und Körperschaften, in dem er sie ersuchte, sich über die Wahlrechtsreform zu äußern. Mit diesem Schachzug wollte er die Opposition beruhigen. Tisza hielt nichts von diesem Täuschungsmanöver.

Nachdem die Regierung die gleichzeitige Behandlung von Wahlrechtsreform und Armeefrage im Parlament als Kompromißlösung abgelehnt hatte, holte der Justh-Flügel im Juli 1911 wieder das gesamte aus früherer Zeit bekannte Arsenal der technischen Obstruktion hervor: namentliche Abstimmungen, Diskussionen und Mehrheitsbeschlüsse über Urlaubsgesuche von Abgeordneten, Forderung nach geschlossenen Sitzungen u. ä. m. Die restliche Zeit wurde mit mehrstündigen belanglosen Reden ausgefüllt. Khuen-Héderváry mahnte die Ungeduldigen zur Geduld. In der Neuen Freien Presse vom 20. Juli 1911 erklärte der Ministerpräsident, man werde sich streng an die Geschäftsordnung halten und nichts tun, was der Opposition das Vergnügen an der Obstruktion verderben könnte. Diese Obstruktion werde nicht ewig dauern. Das Volk aber brauche Ruhe, und dies werde schließlich mit zwingender Kraft zum Sieg führen. Es bestehe nicht der geringste Grund, den Gang der Dinge zu beschleunigen, man würde warten, bis sich die Obstruktion selbst ad absurdum führe.

Die abwartende Taktik der Partei der Nationalen Arbeit brachte aber keinen Erfolg, weshalb die Regierung nach einer anderen Lösung suchen mußte. Dazu wurde sie auch durch die internationalen Spannungen, den Besuch Kaiser Wilhelms II. von Deutschland im September 1911 in Wien und das Drängen der neuen Heeresleitung auf die Wehrmachtsverstärkung gezwungen. So revidierte die Regierung im September ihre frühere Politik bezüglich der parlamentarischen Vorbereitung des Wehrgesetzes und versuchte, die Heeresnovelle durch Kompromisse in militärischen Fragen und hinsichtlich der ungarischen Sprache durchzusetzen. Zugleich ging sie dazu über, die Obstruktion durch eine strengere Anwendung und Interpretation der Geschäftsordnung zu schwächen. In der Parlamentssitzung vom 27. September 1911 erklärte Khuen-Héderváry, die Regierung würde alle dringenden Interpellationen sofort beantworten, für eine neuerliche Behandlung von bereits abgeschlossenen und erledigten Fragen sei jedoch keine Zeit.

Im Zeitraum Oktober/November 1911 erhoffte sich die Regierung von der Vermittlungsaktion des Hauspräsidenten Albert Berzeviczy eine Begrenzung der technischen Obstruktion. Anfang Oktober hatten sich Mihály Graf Károlyi, Ferenc Kossuth und János Baross geeinigt, Berzeviczy mit der Vorbereitung und Durchführung von Kompromißverhandlungen zu beauftragen. Berzeviczy übernahm die Vermittlung – mit Wissen von Khuen-Héderváry und Tisza –, und wenige Tage später wurden auch die Friedensbedingungen konzipiert. „Das Hauptziel der Verhandlungen ist die einvernehmliche Festlegung der Modifizierungen, eventuellen Reformen und Bestimmungen, bei deren Behandlung die Verabschiedung der Heeresnovelle in einer normalen Parlamentsdebatte gewährleistet ist“, hieß es in

einem der wichtigsten Punkte des Vorschlages. János Baross versuchte Tisza zu überzeugen, daß eine friedliche Lösung sie dem Ziel näher bringen würde als eine Geschäftsordnungsrevision. „So würde Khuen bleiben, und auch die militärischen Vorschläge würden ohne Gewalt votiert werden, es bliebe keine Bitternis zurück –, sogar die von Dir gewünschte Geschäftsordnungsrevision wäre in Verbindung mit der Wahlrechtsreform gesichert, und all das ohne jegliches Forcieren, was nicht zuletzt ein politisches Interesse ist; so wäre es tatsächlich überflüssig, daß Du Dir den Kopf einrennst für etwas, was Du sowieso erhältst.“

Ende 1911 übergab die konservative Opposition Berzeviczy eine insgesamt 22 Punkte umfassende Wunschliste bezüglich der Wehrmacht. Unter anderem forderte sie darin die Senkung des Rekrutenkontingents, die strenge Einhaltung der zweijährigen Dienstzeit, die Errichtung von Unteroffiziersschulen mit ungarischsprachigem Unterricht und die Realisierung der früheren die ungarische Sprache betreffenden Vorschläge des Neuner-Ausschusses. Diese Forderungen wurden von der Heeresleitung und der Regierung nicht angenommen. Berzeviczy wollte die Schlichtungsverhandlungen trotzdem weiter fortführen. Dazu blieb ihm aber keine Zeit mehr.

Am 5. November 1911 beratschlagten die Regierung und der Parteivorstand gemeinsam die neue Friedensaktion. Tisza widersetzte sich energisch einem neuen Kompromißplan und erklärte seine Bereitschaft, im Interesse der Niederringung der Obstruktion die Hauspräsidentschaft zu übernehmen. „Mit dem ganzen Ungestüm seines Temperaments wies Tisza den bloßen Gedanken an einen neuerlichen Kompromißversuch von sich“, stellte Berzeviczy fest. „Die Ausrottung der Obstruktion, die den Parlamentarismus zerstörte, war für ihn geradezu zu einer Lebensaufgabe geworden, und er zögerte nicht zu erklären, daß er bereit sei, seinen Mann zu stehen, sofern der gegenwärtige Präsident diese Aufgabe, die im Notfall mit Gewalt durchgesetzt werden müsse, nicht übernehme.“ Berzeviczy trat daraufhin zurück, und Tisza wurde von seinen Anhängern bereits als Hauspräsident gefeiert.

Die „Herren-Kasinos“ sollten aber – angeregt durch Andrassy – in den nächsten Tagen die Pläne der Tisza-Gruppe noch einmal durchkreuzen. Khuen-Héderváry ließ sich auf einen Kompromiß ein, und die Opposition fand sich damit ab, daß die Heeresnovelle wöchentlich zweimal im Parlament behandelt wurde. Neuer Hauspräsident wurde Lajos Návay, der sogleich das Versprechen gab, die Geschäftsordnung im Sinne Berzeviczys zu handhaben. Inzwischen wollte man die Bedingungen für eine endgültige Übereinkunft erarbeiten.

Der engere Kreis um Tisza, der hauptsächlich aus Abgeordneten des Komitats Bihar bestand, beobachtete mit Skepsis die Verhandlungen, die mal mit der einen, mal mit der anderen oppositionellen Gruppe einen Kompromiß suchten und die Geschäftsordnungsrevision verwarfen. Sie waren eindeutig gegen die Behandlung der Wahlrechtsreform, traten aber nicht offen gegen die Bemühungen Khuen-Hédervárys auf, die Gruppen um Apponyi und Andrassy zu gewinnen. Vielmehr versuchten sie, anhand der ergebnislosen Kompromißverhandlungen die eigene Par-

tei von der Notwendigkeit der Geschäftsordnungsrevision und der vorbehaltlosen Verabschiedung der Heeresnovelle zu überzeugen. Dazu sah sich die Partei der Nationalen Arbeit auch durch die Politik der Krone gezwungen. Anfangs hatte sogar Wien zu Kompromissen angeregt, die die Einhaltung der Geschäftsordnung zur Bedingung machten. Doch zeigte sich der Hof nicht geneigt, auch nur die allerkleinste nationale Forderung zu erfüllen. So wurden die Schlichtungsversuche zwischen der Regierung und der Opposition stets vereitelt. Zugleich hatte die Opposition seit ihrer Wahlniederlage im Jahre 1910 ihre Reihen wieder schließen können, und wenn es auch, was die Basis und das Programm ihrer einzelnen Richtungen betraf, bedeutende Unterschiede gab, schweißte sie das Schreckgespenst der Geschäftsordnungsrevision doch zusammen. 1912 kam es erneut zu einem Exlex-Zustand. Die Bezwingung der Obstruktion schien aussichtsloser als noch vor einem halben Jahr.

Ab Februar 1912 mußte sich der Ministerpräsident nun unter weit ungünstigeren Umständen um einen Konsens bemühen. Am 22. Januar 1912 hatte er in einer königlichen Audienz für die Verabschiedung der Wehrgesetzreform bis hin zur Auflösung des Parlaments freie Hand erhalten. Khuen-Héderváry war aber unverändert einer Geschäftsordnungsrevision abgeneigt. Ohne konkrete Bevollmächtigung seitens des Hofes verhandelte er mit Ferenc Kossuth und Apponyi. Sein Friedensangebot lautete, die Verhandlungspartner sollten ohne Obstruktion die Heeresnovelle behandeln und die Verabschiedung des Gesetzes nicht behindern, als Gegenleistung wollte sich die Regierung in Wien für die Verwirklichung der gemäßigten Vorschläge des Neuner-Ausschusses einsetzen. Kriegsminister Freiherr von Auffenberg zeigte sich im Interesse einer schnellen Votierung der Wehrgesetzvorlage diesen Forderungen gegenüber auch nicht völlig verschlossen.

Die Verhandlungen im Februar und März 1912 stellten das diplomatische Geschick Khuen-Hédervárys besonders auf die Probe. Der Kossuth-Partei gegenüber war er gezwungen, in der schon so lange strittigen Frage bezüglich der Berücksichtigung der ungarischen Sprache in der Armee irgendein Ergebnis zu erreichen. Die Anhänger Kossuths gewann er damit, daß er sich bereit zeigte, die Rechte der Krone zu beschränken. Den Monarchen wiederum versuchte er mit dem Versprechen zu überzeugen, eine effektivere Durchsetzung seiner Rechte erreichen zu wollen. Bei der Realisierung der Vereinbarungen mußte das unredliche Vorgehen des Ministerpräsidenten dann offenbar werden, denn in dieser Periode des Dualismus waren die sozialen und nationalen Gegensätze nicht einmal mehr vorübergehend durch diplomatische Schachzüge auszusöhnen.

Nach Ermahnungen aus Wien suchte Khuen-Héderváry nach einem neuen Konsens. Er erarbeitete eine Resolution, die GA XVIII/1888 neu interpretierte. Nach dem genannten Gesetz konnte ein Teil der Ersatzreserve auf königlichen Befehl vorübergehend zum aktiven Dienst einberufen werden, um das Rekrutenkontingent aufzufüllen. Khuen-Hédervárys Resolutionsvorschlag war eine Interpretationsanmerkung zu diesem Gesetz, die die Anwendung dieser Bestimmung

einschränkte. Die österreichische Regierung sah jedoch in der Resolution eine Verletzung der Parität. Am 4. März 1912 legte der Monarch sein Veto ein.

Tisza hatte am Erfolg der Schlichtungsversuche der Regierung von Anfang an Zweifel gehegt. Er war nicht gegen die Bildung eines konservativen Blocks, sah aber in dem aufgrund der Resolution geplanten Parteienbündnis nicht unbedingt eine Vorbedingung für die Annahme des Wehrgesetzes. Den Resolutionspakt mit der Kossuth-Partei und mit Graf Andrassy wertete er als einen Erfolg des Ministerpräsidenten. Doch war ihm andererseits klar, daß die Gefahr der Obstruktion damit noch nicht gebannt war, denn die Justh-Partei war auch allein in der Lage, die Heeresnovelle im Rahmen der bestehenden parlamentarischen Geschäftsordnung zu boykottieren. Deshalb erwartete er die Lösung des Problems nicht von den Schlichtungsverhandlungen der nach Kompromissen suchenden Regierung, sondern von der Handhabung der Geschäftsordnung durch das Parlamentspräsidium. Offen erklärte er, bei der Bewältigung der Aufgabe liegen alle Möglichkeiten für die weitere Entwicklung in der Hand des Parlamentspräsidiums.

Franz Joseph drohte – bei der Audienz Khuen-Hédervárys am 25. März 1912 – für den Fall, daß die Regierung und die Partei der Nationalen Arbeit die Resolution nicht zurückzogen, mit seinem Rücktritt. (Als der Ministerpräsident die Resolution zurücknahm, war der Monarch sofort wieder guter Dinge und lobte die Weisheit des Grafen.) Am 29. März tagte in Wien der ungarische Ministerrat. Khuen-Héderváry teilte mit: Die Regierung „steht vor einer schweren Entscheidung von großer Tragweite“, und dann berichtete er von seiner letzten Audienz bei Hofe. „Diese allerhöchste Erklärung würde, falls sie zur Verwirklichung gelangte, nicht nur für Ungarn, sondern auch für die ganze Monarchie einen solch schweren Schlag bedeuten und solch unberechenbare Folgen nach sich ziehen, daß nach Auffassung des vortragenden Herrn Ministerpräsidenten auch nicht einen Augenblick gezauert werden könne, vielmehr alles aufgeboten werden müsse, daß die Gefahr einer solch verhängnisvollen Wendung von der Nation und vom Vaterland abgewendet werde.“⁶ Der außerordentliche Ministerrat zog die Resolution zurück. Khuen-Héderváry aber blieb damit nichts weiter übrig, als seine Demission einzureichen.

⁶ HHSStA, Kabinettskanzlei KZ 8/9 p. VIII-1912.

DIE WAHL ZUM HAUSPRÄSIDENTEN UND DIE NIEDERRINGUNG DER OBSTRUKTION

Der neue Ministerpräsident, László Lukács, wurde im April 1912 ernannt. Er verkündete kein Regierungsprogramm, und so blieben die Bedingungen seiner Kabinettsbildung vorerst im dunkeln. Die Justh-Partei hoffte bei seiner Ernennung, daß er durch demokratische Reformen eine Möglichkeit zur parlamentarischen Verständigung suchen werde. Lukács bestärkte sie auch in diesen Illusionen, indem er wiederholt mit Tivadar Batthyány von der Unabhängigkeitspartei verhandelte. Tisza in seiner gewohnten Offenheit verheimlichte andererseits nicht seine Zufriedenheit über die Ministerpräsidentschaft von Lukács, woraus die Opposition entsprechende Schlußfolgerungen ziehen konnte. Außerdem erregte Lukács auch dadurch, daß er überall als Freund auftrat, Verdacht und Mißtrauen. So wuchs, ohne daß er es wollte, die Abneigung gegen ihn. In seiner Antrittsrede vor dem Parlament verwies er darauf, daß das gültige Wahlsystem veraltet sei, betonte aber gleichzeitig die Notwendigkeit eines Überganges. Die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht nannte er eine Politik der Schlagworte. Was das Wahlrecht betreffe, müßten die berechtigten Aspirationen mit den berechtigten Befürchtungen in Einklang gebracht werden. Für leere Losungen dürfe man nicht den tausendjährigen nationalen Charakter des ungarischen Staates riskieren. Deshalb wollte er das allgemeine Wahlrecht nur auf einige Wahlbezirke beschränken. Er erklärte, daß er mit allen politischen Faktoren Übereinstimmung suche, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wiederherzustellen. Doch fügte er drohend hinzu: „Sollte die Übereinkunft aus irgendeinem Grunde nicht zustande kommen, dann stehen mir alle Mittel zur Verfügung, die zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments geeignet sind. In dieser Hinsicht habe ich die Unterstützung aller Faktoren.“

So wandelte sich die zuversichtliche Erwartung der Opposition nach den ersten Tagen der Regierung Lukács in Mißtrauen. Der Kritik der Sozialdemokraten an Lukács schlossen sich schon bald auch die Mitglieder der Justh-Partei und die parteilosen Unabhängigen unter der Führung von Mihály Károlyi an. Mitte Mai kündigte die Regierung dann die Fortsetzung der Debatte über die Wehrgesetzreform an. Die Ereignisse der nächsten Tage bewiesen, daß hinter Lukács der feste Entschluß der Partei der Nationalen Arbeit zur Niederringung der Obstruktion stand.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Lajos Návay, gewährte am 18. Mai 1912 den Abgeordneten der Opposition kein Rederecht vor der Tagesordnung. Am 20. Mai lehnte der Vizepräsident Pál Beóthy, ein Freund Tizas, die Wortmeldungen von Gyula Justh, Béla Egri und anderen ab. Am 21. Mai stand die Partei der Nationalen Arbeit schon einmütig hinter Tisza. Nicht nur der enge Kreis seiner Vertrauten, auch jener Teil der Partei der Nationalen Arbeit, der früher vor einer Geschäftsordnungsrevision zur gewaltsamen Bezwungung der Obstruktion zurückgeschreckt war, feierte ihn jetzt als die führende Persönlichkeit. Unter allgemeiner Zustimmung der Partei nominierte Lukács am 22. Mai 1912 Tisza zum Hauspräsidenten. Die Opposition hielt den Wahlakt über das Amt des Hauspräsidenten für regelwidrig und nahm nicht daran teil. Tisza wurde mit 210 Stimmen der Partei der Nationalen Arbeit zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt.

Die Sozialdemokratische Partei rief für den 23. Mai den Generalstreik aus. Am Streik und an dem nicht ohne Zusammenstöße ablaufenden Demonstrationzug in Budapest beteiligten sich fast hunderttausend Arbeiter. Die Demonstrationen hielten auch am 24. Mai an und breiteten sich sogar auf die Provinz aus. Eine Massendemonstration ähnlichen Ausmaßes hatte es bisher in Ungarn nicht gegeben. Auch die Schichten des Klein- und Mittelbürgertums formierten sich gegen die um Niederringung der Obstruktion bemühte Regierung, wengleich sie sich von der Demonstration der Arbeiter abgrenzten.

Am 23. Mai besetzten bewaffnete Polizeikräfte die Hauptstadt. Während die Arbeiterschaft gegen die Hauspräsidentenwahl demonstrierte, kündigte Tisza im Parlament die Durchführung der Geschäftsordnungsreform an. Er kenne nichts anderes als den Befehl seines Gewissens, erklärte er.

Angesichts der Ereignisse des „blutroten Donnerstags“ erschrak die parlamentarische Opposition vor der Kraft der Massenbewegungen. Ohne von der Partei der Nationalen Arbeit dazu aufgefordert worden zu sein, suchte sie nach einer Möglichkeit zur Vereinbarung. Ferenc Kossuth wollte – in Übereinstimmung mit den Anhängern von Justh – den Wehrgesetzentwurf in Form eines fünf bis sechs Jahre umfassenden Provisoriums verabschieden lassen. Vor fast leerem Abgeordnetenhaus gab er am 1. Juni die Friedensbedingungen der Opposition bekannt. Die Wiener Presse wandte sich sofort gegen die Vorschläge der Opposition. Kossuths Bedingungen hätten die Lage noch mehr verschärft, hieß es in der *Neuen Freien Presse*. Wieder wären die kaum vernarbten Wunden aufgerissen worden. Der Vorschlag der Opposition wäre durchtränkt von dem staatsrechtlichen Gift, das die einheitliche politische Entwicklung der beiden Staaten der Monarchie schon seit zehn Jahren unmöglich mache. Wer auf diesem Wege den Frieden suche, der wolle Krieg finden, denn niemand könne bezweifeln, daß die Opposition ein Kampfprogramm gegen die ungarische Regierung und die Majorität, vor allem aber gegen die Krone und gegen Österreich aufgestellt habe. Auf die Forderung nach einem Wehrgesetzprovisorium könne die Mehrheit nur mit entschiedener Ablehnung antworten. In ihrer Sitzung vom 2. Juni wies die Partei

der Nationalen Arbeit den Friedensplan der Opposition einstimmig zurück, und Lukács überreichte Kossuth noch am gleichen Abend den Beschluß. Als Begründung unterstrich er, daß die vorgelegte Wehrgesetznovelle keinerlei staatsrechtliche Bestimmung enthalte, die gegen die Verfassung verstoße.

Am 4. Juni wurde eine große Zahl von Gendarmen in die Hauptstadt beordert, nach vorgefaßtem Plan waren im Abgeordnetenhaus die Bankreihen der Partei der Nationalen Arbeit voll besetzt, und auf den Stufen zur Präsidentenestrade nahm die Parlamentswache Aufstellung. Dann reichte der Abgeordnete der Partei der Nationalen Arbeit Imre Szepesházi nach Absatz 203 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Einführung von Parallelsitzungen ein. Der vorsitzende Tisza ließ den Vorschlag ohne Zögern votieren.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Ereignisse der vorangegangenen Jahre. István Tisza hatte sich nach der Obstruktion der Wehrgesetzreform bewußt auf die Hauspräsidentschaft vorbereitet. Die um die Jahrhundertwende einsetzenden und seitdem zunehmend erstarkenden Bewegungen für eine Demokratisierung des Wahlsystems lehnte er entschieden ab, doch in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts hatte er auch keine grundlegende Veränderung der Geschäftsordnung gefordert. Er wollte zwar stets der Obstruktion Grenzen setzen, ohne aber ihre Formen abzuschaffen. Angesichts der heftigen Empörung der erstarkenden Opposition über eine Modifizierung der Geschäftsordnung hatte er unter Berufung auf die Nation Neuwahlen ausschreiben lassen, und als die Opposition in den Wahlen vom Januar 1905 siegte, war er, das Recht der Mehrheit anerkennend, von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten und hatte sich aus dem politischen Leben zurückgezogen. Doch war er dann zu der festen Überzeugung gekommen, daß der 67er Parlamentarismus den Hauptzielsetzungen des Ausgleichs nicht gerecht wurde. Der weitgehende Sieg der Partei der Nationalen Arbeit im Jahre 1910 bot ihm deshalb die seit langem ersehnten Möglichkeiten zum Handeln, zur sog. nationalen Arbeit. Ein Amt hatte er zu dem Zeitpunkt aber noch nicht übernommen. Als ihm dann im Herbst 1910 die Präsidentschaft der ungarischen Delegation angeboten wurde, lehnte er ebenso ab, wie er das Portefeuille des Handelsministers ausschlug, das durch den Tod von Károly Hieronymi frei geworden war. Für die Niederlage, die die Liberale Partei 1905 hatte hinnehmen müssen, war er durch den Wahlsieg der Partei der Nationalen Arbeit 1910 entschädigt worden, doch die Last der einstigen Niederlage mußte er weiter tragen. Das wurde durch die erfolglosen Verhandlungen der Regierung Khuen-Héderváry, die anfangs gar nicht an eine Geschäftsordnungsrevision dachte, nur noch verschlimmert.

Die Illusionen der Partei der Nationalen Arbeit begannen zu verfliegen, als ein wesentlicher Faktor der „nationalen Arbeit“, das Wehrgesetz, auf das führende Kreise der Monarchie so drängten, in den Vordergrund trat und die parlamentarische Opposition – wenn zahlenmäßig auch geschwächt – wieder zum Mittel der Obstruktion griff und für die Abstimmung der Wehrgesetznovelle Zugeständnisse verlangte. Die Ähnlichkeit der Situation ließ Tisza und seine Anhänger besonders

aktiv werden. Sie erinnerten sich ihrer Niederlagen von 1904, und es kamen wieder die Befürchtungen in bezug auf den 67er Parlamentarismus auf. Allerdings sah Tisza 1910 den Weg des Handelns noch nicht deutlich vor sich. Die Mehrheit der Partei der Nationalen Arbeit wollte nicht die gleiche Niederlage erleiden, die die Liberale Partei hatte hinnehmen müssen. Als Tisza ihr Zaudern sah, wurde ihm klar, daß er eine sofortige Verschärfung der Geschäftsordnung von der Mehrheit der Partei der Nationalen Arbeit nicht fordern konnte. In dieser Situation konnte er vorerst nur gegen die Demokratisierung des Wahlsystems auftreten. In seiner Zeitschrift *Magyar Figyelő* (Ungarischer Beobachter) schrieb er am 15. Juni 1911: Das allgemeine Wahlrecht gefährde die Gesellschaft, denn es bringe „eine vollkommene Verkümmern der mit Pflichtbewußtsein ausgestatteten, staats-erhaltenden politischen Richtungen, das Erstarken aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, religiösen und Nationalitätenopposition, mit einem Wort der Zentrifugalkräfte, das Ende des Einflusses der Intelligenz und die Verdrängung der Prominenten der Nation, im Tausch dafür setzen sich die politischen Analphabeten und die Demagogie durch – siehe, das ist das Klassen-Volksparlament“. Deshalb beanstandete Tisza die Kompromißverhandlungen der Regierung Khuen-Héderváry zwar nicht offen, machte aber auf die Gefahren und die schweren Folgen für die Armee aufmerksam, die ein Hinauszögern mit sich bringen würde. Am 19. Oktober 1911 reiste er in Begleitung von 50 Abgeordneten der Partei der Nationalen Arbeit nach Arad und betonte in seiner dortigen Rede: „Die Armee legt der Nation schwere Belastungen auf, doch trotzdem dürfen wir es nicht länger hinausschieben, denn eine Vernachlässigung der militärischen Organisation kann auch für die Innenpolitik Schaden bringen und eine erfolgreiche nationale und Nationalitätenpolitik behindern.“ Mit bitteren Worten erinnerte er an die „Taschentuchabstimmung“: „In gutem Glauben mögen sich jene verhalten haben, die am 18. November nicht zuließen, daß es durchgeführt wurde, jetzt könnte das Land schon woanders stehen.“ Fast ständig kritisierte er scharf die Hauspräsidentschaft der Partei der Nationalen Arbeit. „Die Zeit ist gekommen“, erklärte er am 31. Oktober 1911, „endlich den eigenen Weg zu gehen und durch eine strenge Anwendung der Geschäftsordnung die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wiederherzustellen. Es ist allgemein Brauch, daß sich der Präsident gegenüber einer Minorität, die loyal von der Geschäftsordnung Gebrauch macht, ganz anders verhält als gegenüber einer Minorität, die alle verborgenen Mittel der Geschäftsordnung dazu nutzt, um zu randalieren.“

Am 4. Juni 1912 nun ließ der Hauspräsident István Tisza die obstruierenden und sich widersetzenden Parlamentsabgeordneten der Opposition unter Verletzung der noch gültigen parlamentarischen Geschäftsordnung von 1848 durch Polizeikräfte aus dem Parlamentssaal führen, um anschließend über den Wehrgesetzentwurf abzustimmen. Nach dem parlamentarischen Kontakt vom Juni wollte die Partei der Nationalen Arbeit vor allem der inneren Gefahren, die den Dualismus bedrohten, Herr werden. Ihr Erfolgsinstrument sah sie in erster Linie darin, daß sie den Mechanismus der Regierung und des gesetzgebenden Parlaments in

Bewegung brachte. Man bemühte sich um den Ausbau einer starken Einpartei-herrschaft, bemerkte jedoch nicht, daß das Stocken des parlamentarischen Lebens nur ein Anzeichen für die Vertiefung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Krise des Dualismus war. So beschleunigte die bloße Behandlung des Symptoms nur die weitere Ausbreitung der Krankheit. Tisza ließ auch in den Tagen nach dem 4. Juni Polizeikräfte gegen die renitenten Oppositionsabgeordneten vorgehen. Der Immunitätsausschuß der Partei der Nationalen Arbeit schloß sie in der Regel für 15 Tage vom Parlament aus.

Zur Rechtfertigung ihres Vorgehens berief sich die Regierung auf GA IV/1848 §§ 10 und 14, die festlegten, daß derjenige, der die Ruhe und Ordnung des Landtages stört, vom Präsidenten durch die Nationalgarde des Saales verwiesen werden kann. Nach Meinung der Partei der Nationalen Arbeit bestimmte der Präsident die Art und Weise der Saalentfernung, und da es keine Nationalgarde gab, konnten auch andere Kräfte der Staatsgewalt in Anspruch genommen werden. Die Opposition hingegen behauptete, daß sich das Recht des Präsidenten, einen Saalverweis auszusprechen, nur auf die Zuhörerschaft beziehe. Der Präsident gehe also mit der Hinausweisung von Abgeordneten ungesetzlich vor. Die Partei der Nationalen Arbeit stellte das Verfahren zur Debatte. Der Justizminister führte in seiner Begründung unter anderem aus, da die Opposition die Rechtmäßigkeit der Interpretation der genannten Gesetzabschnitte in Zweifel ziehe, wäre es wünschenswert, von der Legislative selbst eine sog. Authentizitätsinterpretation zu verlangen, die feststellte, ob die fragliche Präsidialverfügung aus GA IV/1848 §§ 10 und 14 folge. Die Regierung ließ für den 12. Juni 1912 einen Gesetzentwurf über die Interpretation und Ergänzung des GA IV/1848 bezüglich der Aufstellung einer Parlamentswache erarbeiten, der später in Abwesenheit der ausgeschlossenen Opposition von dem als „Rumpfparlament“ bezeichneten Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde.

Tisza faßte seinen Standpunkt später im *Magyar Figyelő* vom 16. September 1913 wie folgt zusammen: „Das Ansehen des Abgeordnetenhauses kann besser bewahrt werden, wenn dem Präsidenten anstelle der zivilen Saalwache – die gezwungen ist, die Beschimpfungen und Insultationen der Skandalhelden zu ertragen – eine bewaffnete Truppe zur Verfügung steht, die die Insulte nicht duldet und den Widerstand mit der Waffe bricht.“ Nach der Aufstellung einer solchen bewaffneten Parlamentswache drängte er dann auch nicht weiter auf die Revision der Geschäftsordnung, sondern verschob diese auf das Jahr 1913.

Mit der Ausweitung der Rechtsbefugnisse des Parlamentspräsidenten und der Aufstellung der Parlamentswache endete in der Geschichte Ungarns der Zeitabschnitt der Obstruktion. Dieses Instrument hatte zweifellos die Gesetzgebungsarbeit der jeweiligen regierenden Partei – vor allem die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung – erschwert. Die Obstruktion hatte die Regierungen beunruhigt und auch die Position einzelner führender Politiker ins Wanken gebracht, ihre Macht aber hatte sie nicht bedroht.

Bei der Durchsetzung der Wehrgesetzreform wollte Tisza verhindern, daß sich für seine Partei die Wahlniederlage von 1905 wiederholte. Deshalb drängte er neuerlich auf eine Reform des Wahlrechts und der Verwaltung. Er trieb die Führung der Partei der Nationalen Arbeit geradezu an, eine Umgestaltung des ganzen innenpolitischen Systems vorzunehmen. Aus diesem Grunde hatte er die Hauspräsidentschaft angenommen, und deshalb war er auch später, im Sommer 1913 bereit, das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen. Das veranlaßte ihn ebenso, mit unermüdlichem Eifer Memoranden an den Herrscher und den gemeinsamen Minister des Äußern, Leopold Graf Berchtold, zu schreiben. Tisza fürchtete den Thronwechsel, und er wollte die außen- und innenpolitische Lage der Monarchie noch im Einverständnis mit Franz Joseph festigen. Die Ereignisse des Balkankrieges im Herbst 1912, das stärkere Auftreten der Arbeiterbewegung, die antimilitaristischen und republikanischen Organisationen, die Schwäche der Außenpolitik der Monarchie und die Verselbständigungsbestrebungen der Nationalitäten, insbesondere der Südslawen, führten den herrschenden Klassen immer deutlicher die Gefahren für den Dualismus vor Augen. Tisza erschien den Vertretern der herrschenden Klassen nun in der Tat als der weise Prophet. Ab Herbst 1912 sprachen die Zeitgenossen von Tisza als von dem Parteivorsitzenden, dem Hauspräsidenten und dem Regierungschef in einer Person, womit sie nicht unrecht hatten, denn ohne seine Zustimmung wurde kein Minister, kein Staatssekretär oder Obergespan ernannt, ja sogar das Schicksal einzelner Ministerialdirektoren hing von ihm ab. Die Gesetzentwürfe, die dem Parlament vorgelegt wurden, kannte Tisza angeblich besser als die Fachminister. Anfang November 1912 erwirkte er sogar die Entscheidung über die Person des Fürstprimas. Den immer unfähigeren Kolos Vaszary ließ er durch János Csernoch ablösen. Csernoch war früher aktiver Politiker und Parlamentsabgeordneter der katholischen Volkspartei gewesen und damit politisch weit erfahrener als andere ungarische Präläten. Außerdem hatte er auch recht schnell die innenpolitischen Gefahren erkannt, deren sich zuerst István Tisza bewußt geworden war. Die gemeinsamen Überlegungen ließen sie bald gute Freunde werden. Die Mehrheit der Volkspartei folgte dem Fürstprimas allerdings nicht auf diesem Weg. Csernoch nahm den Kampf mit dem Materialismus und dem Sozialismus nicht nach dem alten Rezept der Volkspartei auf, sondern versuchte, die Organisationen der katholischen Kirche mit den Idealen des christlichen Sozialismus anzuspornen.

Ende November 1912 legte die Regierung dem „Rumpfparlament“ die beiden Gesetzentwürfe über Ausnahmemaßnahmen im Kriegsfall und über die Kriegseinstellungen vor. Der Beginn der Arbeit an der Konzipierung der Gesetzesvorlage über die Ausnahmeverfügungen im Kriegsfall ging noch auf die Koalitionsregierung zurück. Wekerle hatte bereits 1906 grundsätzlich zugestimmt, daß die ungarische Regierung ein Kriegsgesetz ähnlich dem in Österreich verabschiedeten Orientierungsbehelf schaffen wird. Auch der damalige Innenminister Gyula Graf Andrassy hatte keine Einwände gegen das Gesetz erhoben, jedoch Informationen über die österreichischen Ausnahmeverfügungen erbeten. Als die Bestimmungen

zur Machterweiterung des gemeinsamen Kriegsministers und der Heeresleitung dann der Koalitionsregierung bekannt wurden, hatte sie die Ausarbeitung des Gesetzes behindert. Andrassy und seine Anhänger kritisierten in dem Gesetzentwurf nicht in erster Linie die wesentlichen Beschränkungen der politischen Freiheitsrechte, sie verwahrten sich eher gegen die für Ungarn nachteiligen staatsrechtlichen Bestimmungen. Sie beanstandeten die Errichtung des sog. Kriegsüberwachungsamtes, eines gemeinsamen Amtes, das die Verwaltungsbehörden zusammenfassen sollte. Während der Annexionskrise hielt dann aber auch Andrassy das Gesetz über die Ausnahmeverfügungen im Kriegsfall für notwendig und unaufschiebbar. Ende März 1909 wurde deshalb die Gesetzesvorlage regierungsintern angenommen und zur Vorsanktionierung nach Wien gesandt. Das Gesetz wollte die Möglichkeit einräumen, daß Regierungskommissare, deren Kompetenz sich auf ein oder mehrere Munizipien erstreckte, zur besseren und schnelleren Durchsetzung der Beschlüsse entsandt werden.

Diese Gesetzesvorlage von 1909 wurde – aufgrund eines Gutachtens des gemeinsamen Kriegsministers – vom Herrscher nicht gebilligt. Franz Joseph schickte sie an die ungarische Regierung zurück, mit dem Vermerk, daß sie derzeit dem Abgeordnetenhaus nicht vorgelegt werden könne, weil sie in verschiedener Hinsicht nicht den Erfordernissen der Kriegsführung entspreche, und er forderte Wekerle auf, zur baldmöglichen Ausfertigung eines in Zukunft vielleicht notwendig werdenden Gesetzentwurfes Verhandlungen mit dem gemeinsamen Kriegsminister aufzunehmen. Da die Annexionskrise vorüberging und die Koalitionsregierung in der Zwischenzeit auch gestürzt wurde, kam es nicht mehr zu sachlichen Verhandlungen. Der gemeinsame Kriegsminister Moritz von Auffenberg drängte erst im Frühjahr 1912 wieder auf die Konzipierung der Ausnahmeverfügungen. Franz Joseph ermächtigte am 19. November 1912 die ungarische Regierung, die Gesetzesvorlage über die Ausnahmemaßnahmen im Kriegsfall dem Parlament vorzulegen. Das am 9. Dezember 1912 verabschiedete Gesetz gab der Regierung das Recht, bereits in einer Zeit drohender Kriegsgefahr außergewöhnliche Mittel anzuwenden. Nach § 9 des Gesetzes konnte die Regierung die Gründung neuer Vereine verbieten und auch Versammlungen untersagen. Das Gesetz schrieb vor, daß die Verlage ihre Presseerzeugnisse noch vor dem Erscheinen der Anwaltschaft und den Polizeibehörden vorlegen mußten. Es gab der Regierung auch die Möglichkeit, Standgerichte und Internierungen anzuordnen.

Das Gesetz über die Kriegsleistungen sollte die Wirtschaft militarisieren. Es ordnete zum Beispiel an, daß im Kriegsfall die unter militärischem Gesichtspunkt wichtigen Betriebe einer Militäraufsicht unterstellt wurden.

Außer den Gesetzen über die Ausnahmemaßnahmen der Regierung im Kriegsfall und die Kriegsleistungen kam es noch zu zahlreichen anderen „Kriegs“-verordnungen. Durchführungsbestimmungen zu GA XXX/1912 und XXXI/1912 über die gesamte Wehrmacht und die Honvédarmee erweiterten zum Beispiel die Kompetenz der Militärvertreter in den Musterungskommissionen.

Als oberster Kriegsherr ließ Franz Joseph gegen Ende November 1912 unter Berufung auf die außenpolitischen Verhältnisse nach GA XVIII/1888 und GA XXXI/1912 §§ 8 und 43 einen Teil der Reservisten und Ersatzreservisten einberufen beziehungsweise zurückbehalten, um die Stärke der Armee zu erhöhen. Der Innenminister untersagte in seiner Verfügung vom 28. November 1912 alle geplanten Versammlungen und Demonstrationen gegen die militärischen Maßnahmen.

Im Dezember 1912 wurde der Wahlgesetzentwurf der Regierung fertiggestellt. Die Frage des Wahlrechts stand seit einem Jahrzehnt im Vordergrund des innenpolitischen Interesses, denn nach der Jahrhundertwende spielte sie nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch in den Programmen der Oppositionsparteien eine immer wichtigere Rolle. Auch Tisza hielt eine Revision des Wahlgesetzes von 1874 für erforderlich. Er plante ein Gesetz, das den Wahlsieg der Opposition unmöglich machen sollte, weshalb er – natürlich entsprechend den gegebenen Verhältnissen – einzelne liberale Bestimmungen des Gesetzes von 1874 eher einschränken wollte. Im Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform hatte Tisza die demographischen, kulturellen, sozialen und Nationalitätenverhältnisse in Ungarn studiert und auch Artikel über das österreichische Parlament und die Abgeordnetenhäuser anderer europäischer Staaten geschrieben. Ganz besonders hatte er sich mit dem Einfluß des allgemeinen Wahlrechts auf die österreichischen Parteienverhältnisse beschäftigt. Das österreichische Beispiel schien ihm auf Ungarn nicht übertragbar und für die ungarischen herrschenden Klassen geradezu verhängnisvoll. Hatte die ungarische Gesetzgebung früher stark unter österreichischem, belgischem, französischem und englischem Einfluß gestanden, so war dies 1912 bei der Vorbereitung der Gesetzesvorlage für das Wahlrecht nicht mehr der Fall, im Gegenteil, die ungarischen führenden Kreise hielten diese Beispiele nun für gefährlich und zur Nachahmung ungeeignet. Man sprach von der Hervorhebung der speziell ungarischen Wesenszüge. Das aber war gleichbedeutend mit der Ablehnung der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften des Westens und auch mit der Verleugnung der demokratischen Zielsetzungen in Ungarn. „Wir richten uns nicht nach fremden Staaten“, sagte Lukács in seiner Neujahrsrede 1913, „wir berücksichtigen unsere eigenen Verhältnisse, und wir folgen nicht Schlagworten, die für uns keinen Sinn haben oder gar von Nachteil sind.“ Im Dezember 1912 hatte die Regierung den Gesetzentwurf angenommen, und Anfang 1913 wurde er dem Parlament vorgelegt. Staatsbürger mit Mittelschulabschluß erhielten das Wahlrecht mit Vollendung des 24. und die übrigen mit Vollendung des 30. Lebensjahres. Außerdem gab es aber auch noch weitere Einschränkungen beim Wahlrecht. Wer nur sechs Klassen der Volksschule durchlaufen hatte, durfte zum Beispiel nur dann wählen, wenn er Steuern zahlte oder ein selbständiger Gewerbetreibender oder Händler war. Für alle, die keinen Schulabschluß hatten, obgleich sie ungarisch lesen und schreiben konnten, war der Vermögenszensus noch höher: Sie mußten wenigstens 20 Kronen Steuern zahlen oder 8 Joch Land besitzen. Wer überhaupt nicht lesen und schreiben konnte,

mußte 40 Kronen Steuern zahlen oder 16 Joch Land besitzen, um das Wahlrecht zu erhalten. Beim Wahlakt blieb, mit Ausnahme der größeren Städte, die offene Stimmabgabe auch weiterhin bestehen.

Gegen das Gesetz protestierten nicht nur die Sozialdemokratische Partei, die Bürgerlich-Demokratische Partei unter Vázsonyi, die das Budapester Mittel- und Kleinbürgertum um sich scharte, und die Justh-Partei, sondern auch ein Teil der Kossuth-Partei. Sogar einige Mitglieder der Partei der Nationalen Arbeit forderten entsprechend der früheren Versprechen der Partei ein umfassenderes Wahlrecht. Ferenc Székely, Lajos Návay und andere traten nach diesem Gesetzentwurf aus der Partei der Nationalen Arbeit aus.

Inzwischen machte sich die Regierung an die Ausarbeitung von neuen Verordnungen, die im Gegensatz zu geltenden Gesetzen, Verordnungen oder geltender Rechtspraxis und Rechtsgewohnheit standen und eine weitere Einschränkung der bestehenden bürgerlichen Freiheitsrechte brachten.

DIE ZWEITE MINISTERPRÄSIDENTSCHAFT

Ein Jahr nach der im Juni 1912 begonnenen „neuen“ Politik der Partei der Nationalen Arbeit machten sich die ersten Krisenzeichen bemerkbar, die sich jedoch vor allem auf die Person des Ministerpräsidenten beschränkten. Es war nicht so sehr die Regierungspolitik, die die Stellung von Lukács unmittelbar ins Wanken brachte, sondern der sog. Désy-Lukács-Prozeß, der die Kritik auf die persönliche Ebene lenkte und die Situation für den Politiker unhaltbar machte. Der Umstand an sich zeigte, wie schwach die Opposition in ihrem Auftreten war. Zoltán Désy, ein Abgeordneter der Unabhängigkeitspartei, hatte Lukács noch Ende Mai 1912 als den größten Panamisten Europas bezeichnet, weil er 1910 für Wahlzwecke der Partei der Nationalen Arbeit 4,5 Millionen Kronen verwendet hatte. Damit die Angelegenheit nicht vor ein Schwurgericht kam, hatte die Regierung die Pressemeldung Désys außer acht gelassen und Anfang Oktober 1912 die königliche Oberstaatsanwaltschaft in Budapest ermächtigt, aufgrund eines Klubgesprächs gegen Désy Anklage wegen Verleumdung und Amtsbeleidigung zu erheben. Die königliche Staatsanwaltschaft brachte die Sache vor das Strafgericht.

Die weitere Amtszeit des Ministerpräsidenten Lukács war von einer großen Pressekampagne begleitet, die sich um den Begriff Panama drehte. Die Regierungsblätter hielten den Ausdruck Panama für gleichbedeutend mit einem Diebstahl oder einer Unterschlagung, bei der sich der Betreffende an öffentlichen Geldern bereicherte. So mußte Désy bei der Gerichtsverhandlung am 17. Februar 1913 beweisen, daß Lukács die bei der Ungarischen Bank abgehobenen Millionen für private Zwecke verwendet hatte. Alle Schattierungen der Opposition hingegen – von Andrassy über Apponyi und Ferenc Kossuth bis zu Justh – schränkten den Begriff Panama nicht auf die Fälle individueller Nutznießung ein. Das Gericht verurteilte Désy am 18. Februar 1913 wegen öffentlicher Ehrbeleidigung zu einem Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 400 Kronen. Désy legte Berufung ein, und die Sache kam vor das königliche Tafelgericht. Der Rat der Tafel hob das Urteil des Gerichts auf und wies den Gerichtshof an, neu zu verhandeln. „Nicht nur derjenige ist ein Panamist, der öffentliche Gelder für eigene Zwecke oder für ihm nahe stehende Personen der eigentlichen Bestimmung entzieht“, entschied die königliche Tafel, „sondern auch derjenige, der in egoistischer Weise und niederträchtig seine öffentliche Stellung mißbraucht und mit staatlichem oder

anderem Vermögen eine Handlung begeht, die ihm selbst oder seiner Interessengemeinschaft materiellen Nutzen bringt, was im Widerspruch zu der allgemeinen Ehrauffassung steht.“

Danach ordnete das königliche Strafgericht die Beweisführung an. Damit kam nun aber auch Lukács auf die Anklagebank. Am 27. Mai 1913 wurde in einer neuen Verhandlung des Prozesses bewiesen, daß Lukács tatsächlich die fragliche Summe von der Ungarischen Bank für Wahlzwecke der Partei der Nationalen Arbeit erhalten hatte. So sprach das Gericht Désy von der Anklage der öffentlichen Verleumdung frei. In der Urteilsbegründung hieß es: „Das königliche Gericht erklärt, daß es in der Bestimmung des Begriffes Panama zwar abweichende und unterschiedliche Auffassungen geben kann, es ist aber trotz der unterschiedlichen Auffassungen der Überzeugung, daß es im Hinblick auf die moralischen Gesetze nicht statthaft ist, daß irgendein Minister, der rechtliche und politische Verantwortung trägt, von Unternehmen, die in einem Vertragsverhältnis zum Staat stehen und deren Kontrolle in den Kompetenzbereich der Regierung fällt, irgendwann, hauptsächlich beim Abschluß längerfristiger Verträge, für irgendwelche Zwecke irgendwelche Geldsummen annimmt.“ Das Urteil wurde am 3. Juni 1913 verkündet. Danach dankte die Regierung Lukács ab.

Nach der Demission von László Lukács ernannte der Herrscher István Tisza zum Ministerpräsidenten Ungarns. In der Zusammensetzung des Kabinetts gab es aber kaum Veränderungen. Samu Hazay behielt sein Portefeuille aus der vorangegangenen Regierung, László Beöthy wurde Handelsminister, János Teleszky Finanzminister, Jenő Balogh übernahm das Justizministerium und Béla Jankovich das Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht, Baron István Burián wurde Minister am allerhöchsten Hoflager, der bisherige Staatssekretär im Innenministerium, János Sándor, ein alter Anhänger von Tisza und dessen Schwager, erhielt das Innenministerium und Imre Ghillány das Landwirtschaftsministerium. Das Amt des Ministers für Kroatien, Slawonien und Dalmatien behielt sich Tisza wegen der unruhigen Verhältnisse in Kroatien selbst vor. Am 11. Juli 1913 wurde die Regierung Tisza in Schönbrunn vereidigt.

Die Vertretungskörper der Komitate und Städte sicherten der neuen Regierung ihre Unterstützung zu. Vielerorts wurde Tisza zum Ehrenbürger gewählt. Einige Komitate feierten in der Person des neuen Ministerpräsidenten den konsequenten Verteidiger des 67er Ausgleichs, den Politiker, der die ungestörte Harmonie zwischen der Krone und der Nation wiederhergestellt und das Parlament arbeitsfähig gemacht hatte. Der neue Fürstprimas Csernoch zeigte sich erfreut über den Ministerpräsidentenwechsel. „Unter den heutigen traurigen Verhältnissen“, schrieb er, „tut es gut, die Macht in den Händen Eurer Exellenz zu wissen.“

In der Parlamentssitzung vom 12. Juli 1913 gab Tisza das Programm seiner Regierung bekannt, das die früheren Zielsetzungen der Partei der Nationalen Arbeit beinhaltete. Mehrmals betonte er auch, daß der Kabinettswechsel in der Politik keine Veränderung bringen werde.

Nach der Annahme des Wahlgesetzentwurfs durch das Parlament erfolgten nunmehr schon unter der Regierung Tisza die Einteilung der Wahlbezirke, die Festlegung der Wahlkreise und die ministeriellen Verfügungen zu den Details des neuen Wahlgesetzes. Diese Details waren – wie die sofort einsetzende Beschwerdeflut bewies – sehr wesentlich. Die größte Verbitterung löste die strenge Verordnung des Kultusministers über die Feststellung des Schulabschlusses aus.

Die Zahl der Wahlbezirke wurde von bisher 413 auf 435 festgelegt. Die tatsächliche Einteilung innerhalb der einzelnen Komitate oblag nicht mehr den Komitaten, sondern dem Innenminister, die Munizipalausschüsse konnten nur die Wahlkreise bestimmen. Auch den Sitz der Wahlbezirke schrieb das Gesetz vor. Die neue Wahlbezirkseinteilung ließ natürlich auch die Ergebnisse der seit 1874 erfolgten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht unberücksichtigt. Die langwierigen statistischen Berechnungen gründeten sich aber nicht auf die gegebene gesellschaftliche Struktur, sondern dienten den Interessen der Partei der Nationalen Arbeit. Es war zwar nicht zu umgehen, daß sich die Zahl der städtischen, hauptsächlich der Budapester Wahlbezirke erhöhte, man achtete aber darauf, daß die Opposition dadurch keine Vorteile bekam. Deshalb wurde die Zahl der Wahlbezirke in der Provinz unverändert beibehalten, und die Wahl sollte nur in 66 städtischen Wahlbezirken geheim sein.

Die Verabschiedung des seit langem geplanten Gesetzentwurfes zur Verwaltungsreform sollte durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhindert werden. Die Regierung legte den Gesetzentwurf zwar noch dem Parlament vor, doch nach dem Attentat von Sarajevo kam es nicht mehr zu einer sachlichen Debatte. Die zentralistische Umgestaltung der Verwaltung hatte aber schon früher begonnen und war am weitesten bei der Reorganisation der Verwaltung der Landgemeinden vorangekommen. Die Regierungen hatten sich nämlich darum bemüht, den Kompetenzbereich der fachlich geschulten und von den Oberstuhlrichtern der Bezirke unabhängigen Notare zu erweitern. Die Zuwendungen und Nebeneinkünfte der Notare wurden erhöht, und abweichend vom gültigen Gemeindeverwaltungsgesetz betrachtete man sie als die ausschließlichen Leiter der Gemeindeverwaltung, was eine Einschränkung der Befugnisse der gewählten Richter bedeutete. Es wurde von ihnen erwartet, daß sie konsequent die Politik der Regierung durchsetzten.

Diese Reform genoß auch die Unterstützung der Munizipalausschüsse der Komitate, die gleichzeitig gegen eine staatliche Ernennung der Komitatsbeamten waren. Sie hielten es für notwendig, autonome Bezirksvertretungen zu schaffen. Das Gemeindebudget und die Revision der Abschlußbilanz sowie die Billigung der Beschlüsse des Gemeinderates gehörten nämlich bis dahin direkt zur Kompetenz der Komitate.

Die Debatten über die Verwaltungsreform beschränkten sich ausschließlich auf die Fragen der Komitatsverwaltung. Seit dem Vormärz waren die Auseinandersetzungen um Autonomie oder Zentralisierung, um Wahl oder Ernennung der

Beamten wichtige Themen in der ungarischen Innenpolitik. Unter den komplizierten nationalen und gesellschaftlichen Verhältnissen Ungarns und der wechselnden politischen Machtsituation fiel die Antwort auf diese Fragen nicht leicht.

Der von Eötvös vertretene Zentralismus hatte in der Zeit der Revolution und des Freiheitskampfes dem Fortschritt gedient. Ebenso war auch die gegen den Ausgleich aufkommende Oppositionsbewegung in den Komitaten in vielfacher Hinsicht zur gesellschaftlichen Progression zu zählen. Die Zentralisierung, die Aufhebung der Komitatsautonomie feudalen Ursprungs, die zentrale Ernennung der Beamten und die Kontrolle ihrer Arbeit waren an sich zweifellos bürgerliche Forderungen. Die Verwaltungsreformen nach dem Ausgleich, vor allem die zentrale Ernennung der Obergespanne, schränkten dann zwar die frühere weitgehende Autonomie der Komitate ein, beseitigten aber nicht deren Fundamente. Als Tisza darauf drängte, endlich die unaufschiebbare Verwaltungsreform vorzunehmen, ging er nicht von den Forderungen einer liberalen bürgerlichen Umgestaltung aus, sondern hatte die Festigung der Staatsmacht im Auge. Und die oppositionellen Agrarier und Großgrundbesitzer, die die bestehende Form des Komitatssystems verteidigten, taten dies ebenfalls nicht, weil sie die Demokratie schützen wollten.

So wie sich die Regierungen der Partei der Nationalen Arbeit mit ihren Zentralisierungsbestrebungen von dem fortschrittlichen Erbe des 19. Jahrhunderts entfernten, fühlte sich auch die Opposition der Agrarier keineswegs den Traditionen der demokratischen Komitatsbewegungen nach dem Ausgleich verpflichtet. Angesichts der zunehmenden Gefahren der Demokratie kamen die beiden konträren Richtungen ab 1912 einander näher. In dem bis Mai 1914 erarbeiteten Verwaltungsgesetzentwurf manifestierten die Reformpläne für die Komitate deshalb eine Aussöhnung der beiden Standpunkte.

Die Regierungen Lukács und Tisza hatten bei der Umgestaltung des innenpolitischen Systems schon frühzeitig die früheren Presseverordnungen verschärft, die Verbreitung der oppositionellen Presseerzeugnisse eingeschränkt, den Wirkungsbereich des Schwurgerichts modifiziert und auch das Vereins- und Versammlungsrecht beschnitten. Das „Rumpfparlament“ stimmte sozusagen ungelesen für die ihm vorgelegten Gesetzentwürfe. Aus der Partei der Nationalen Arbeit war endgültig jede Gegenmeinung verbannt worden, und die Mameluckenabgeordneten begannen unter Führung von Tisza, die noch verbliebenen liberalen Errenschaften des Systems zu beseitigen.

Von den Kodifizierungen des 1843 aufgrund der Rechtsschöpfung der westlichen bürgerlichen Staaten ausgearbeiteten Strafgesetzentwurfs waren während der Revolution von 1848/49 nur die auf die Presse bezüglichen Vorschläge angewandt worden. Das Pressegesetz von 1848 hob die Zensur auf, verkündete die Pressefreiheit und führte bei Pressedelikten das Schwurgerichtsverfahren ein. Justizminister Ferenc Deák erließ 1848 eine Verordnung für das Presseschwurgericht. Nach dem Ausgleich wurde das Pressegesetz von 1848, das in der Zeit des Neoabsolu-

tismus abgeschafft worden war, wieder eingeführt. Das Schwurgerichtsverfahren wurde jedoch modifiziert. Die Verordnung des Justizministers Boldizsár Horváth vom 17. Mai 1867 organisierte nur am Sitz der königlichen Tafel und der Bezirkstafeln Schwurgerichte, und deren Berufsrichter wurden nicht gewählt, sondern durch die Tafeln delegiert. Zur Schuldfeststellung hatte das Gesetz von 1848 Zweidrittelmehrheit, also 8 Geschworenenstimmen gefordert, die Verordnung von 1867 begnügte sich mit 7 Geschworenenstimmen. Obwohl die Bestimmungen also etwas strenger waren als die Rechtsschöpfung von 1848, hatte die Regierung Andrassy in bezug auf das Presseverfahren insgesamt das liberale Erbe des Vormärz nicht beseitigt.

Die Strafprozeßordnung aus den 1890er Jahren beinhaltete auch das Schwurgerichtsverfahren. GA XXXIII/1897 schrieb für alle Strafgerichte die Einrichtung von Schwurgerichten vor, gewährte dem Justizminister aber das Recht, aus mehreren aneinandergrenzenden Gerichten einen Schwurgerichtsbezirk bilden zu können. Laut Gesetz bestimmte die Schwurgerichtsordnung, daß 12 gewählte Geschworene ihr Urteil über die Schuldfrage fällten und ein aus drei Berufsrichtern bestehender Rat aufgrund der Entscheidung der Geschworenen gemäß dem Strafgesetzbuch von 1878 die Strafe festlegte. Diese Schwurgerichte nahmen um die Jahrhundertwende ihre Tätigkeit auf, gerieten aber sogleich in den Mittelpunkt der Kritik. Viele forderten Einschränkungen in der Wählbarkeit der Geschworenen und eine Erweiterung der Aufsichtsbefugnisse der königlichen Kurie; sie beanstandeten die Freisprüche der Schwurgerichte, vor allem wenn es um „Aufwiegelung“ durch die Nationalitäten und traditionell um Presseprozesse ging. Nach dieser Vorgeschichte sah es die Partei der Nationalen Arbeit als ihre entscheidende Aufgabe an, die zu schwachen Presserechtsvorschriften und die Schwurgerichtsinstitution von 1897 zu modifizieren. Immer mehr, hauptsächlich ausländischen Presseerzeugnissen, die die soziale und Nationalitätenpolitik der Regierung angriffen, entzog sie das Recht der postalischen Beförderung, was gleichbedeutend mit dem Verbot der Zeitung war. Vom Sommer 1912 an stand dieser Rechtsentzug fast ständig auf der Tagesordnung der Ministerratsitzungen.

Bald darauf wurde auch eine umfassende Reform der Schwurgerichtsinstitution in Angriff genommen. GA XXXIV/1913 beschränkte die Befugnisse der Schwurgerichte, indem er ihnen die Verhandlungen der gegen die monarchische Staatsform begangenen Straftaten entzog. GA XIII/1914 modifizierte das Schwurgerichtsverfahren und erweiterte den Kompetenzbereich der königlichen Kurie. Damit war die Bedeutung der Schwurgerichte als Rechtsinstitutionen im wesentlichen aufgehoben.

Am 11. November 1913 begann im Parlament die Debatte über den neuen Pressegesetzentwurf. Seine Verfasser bemühten sich, die Vorlage als eine liberale Rechtsschöpfung der Regierung hinzustellen, obwohl das aus 44 Abschnitten bestehende Gesetz die Presse den Behörden auslieferte. Der Vertrieb von Presseerzeugnissen war an strenge Bedingungen geknüpft, und die Genehmigung

oblag dem ersten Beamten der örtlichen Verwaltung. Die Vorzensur erstreckte sich auch auf Maueranschläge und Aushänge.

Die Partei der Nationalen Arbeit begnügte sich aber nicht mit dieser wesentlichen Einschränkung der Befugnisse des Schwurgerichts und der Verabschiedung des neuen Pressegesetzes, sondern plante auch noch eine Reform des Strafgesetzbuches von 1878 bezüglich des materiellen Strafrechts. Dafür war die Zeit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedoch zu kurz. Im Juli 1914 trat das 1912 verabschiedete Gesetz über die Ausnahmegehalt in Kraft, wodurch sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Verwaltung fast alle liberalen Rechtsvorschriften und Rechtsgewohnheiten beseitigt waren.

TISZAS AUSSENPOLITISCHE VORSTELLUNGEN

Die Annexion von Bosnien-Herzegowina im Jahre 1908 beschleunigte den Prozeß der internationalen Diplomatie und verschärfte vor allem die nationalen Spannungen auf der Balkanhalbinsel. Aber auch die Gegensätze zwischen den Großmächten nahmen zu. Nicht nur zwischen den einander gegenüberstehenden Großmächtegruppierungen, der Entente und den Mittelmächten, wurden die Widersprüche tiefer, auch innerhalb der einzelnen Machtblöcke machten sich abweichende Auffassungen der Bündnispartner bemerkbar. Obwohl István Tisza sozusagen nur im Endstadium, in den letzten ein bis anderthalb Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in die Führung der Außenpolitik der Monarchie eingriff, müssen wir doch einen Überblick über die internationale politische Entwicklung dieser Jahre vorausschicken.

Deutschland und Italien verband hauptsächlich der Wunsch, die afrikanischen Küstengebiete zu erwerben. Gemeinsam mit der Monarchie widersetzten sie sich gleichzeitig den nationalen Einigungsbestrebungen der kleinen Länder auf dem Balkan. Unter diesem Gesichtspunkt trat Italien 1882 dem 1879 geschlossenen Zweibund zwischen Deutschland und der Monarchie bei. Der Dreibund war aber von Anfang an mit schweren inneren Widersprüchen, vor allem zwischen Italien und der Monarchie, belastet. Der ungeordnete Status der größtenteils von Italienern bewohnten Stadt Fiume (Rijeka) und ihres Umlandes sowie Triest (Trieste) und Südtirol führten zu einem gespannten Verhältnis zwischen den beiden Bündnispartnern. Die Streitigkeiten wurden aber durch die Vermittlungsdiplomatie Deutschlands bis zum Ausbruch des Weltkrieges in den Hintergrund gedrängt, so daß der Dreibund Anfang Oktober 1911 erneuert wurde.

Auch der Machtblock auf der anderen Seite war nicht frei von inneren Widersprüchen. Dem 1894 ratifizierten französisch-russischen Bündnis hatte sich 1904 eine lockere Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich angeschlossen, aus der 1907 durch den Beitritt Rußlands die Tripelentente hervorging. Trotz der gegenseitigen freundschaftlichen Gesten und Erklärungen war den führenden Politikern sowohl der Entente als auch der Mittelmächte klar, daß die Annexionskrise nur das Vorspiel für größere Auseinandersetzungen von internationalem Ausmaß war. Vorübergehend hütete man sich aber vor offenen Zusammenstößen und war bemüht, lokale Konflikte, ja sogar diplomatische Reibungen zu vermeiden.

Bis zum Herbst 1912, dem Beginn des Balkankrieges, hatte es schon verschiedene Brandherde gegeben, die die Interessensphären der europäischen Großmächte berührten. Man hatte versucht, sie zu lokalisieren, um eine Ausweitung der Konflikte zu verhindern. Die Auseinandersetzungen hingen in erster Linie mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches und den Nationalbewegungen der kleinen Balkanländer zusammen. Das Streben Bulgariens, Serbiens und Montenegros, ihre verwandten Völker von der türkischen Herrschaft zu befreien, ließ erkennen, daß die Annexion erst der Beginn für eine Neuordnung der Balkanfragen war. Auch das zaristische Rußland begann mit der Aufrüstung seiner Armee, und es wurde deutlich, daß es bei den nächsten Zusammenstößen nicht neutral bleiben würde.

Angesichts der wachsenden Gefahren suchten die herrschenden Kreise der Monarchie ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen vor allem durch eine weitere Festigung des Bündnisses mit Deutschland zu sichern. Deutschland sah die Annäherung gern und schaltete sich immer mehr in die politische Neuordnung auf dem Balkan ein. Als Verbündeter der Monarchie verschärfte es andererseits die Gegensätze zu Rußland.

Während die Ereignisse auf dem Balkan auf ungelöste Probleme in diesem Raum hinwiesen, gingen die nordafrikanischen Konflikte auf schwerwiegende Gegensätze zwischen der Entente und den Mittelmächten – insbesondere Deutschland – zurück, die schon seit Jahrzehnten bestanden. In Nordafrika war die wirtschaftliche und politische Hegemonie der Engländer über Ägypten nicht anzuzweifeln. Der Streit um den Besitz Marokkos führte jedoch in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 zu langanhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen.

Während der Marokko-Krise brach zwischen Italien und der Türkei der Krieg um Tripolis aus. Die Monarchie geriet damit in eine schwierige Situation. Italien war ihr Verbündeter, und die Türkei betrachtete sie im Streit mit den Balkanstaaten als befreundet. Deutschland verpflichtete sich, einer italienischen Expansion in Nordafrika nichts in den Weg zu legen. Auf deutschen Druck hin unterstützte die Monarchie die militärische Aktion Italiens, versuchte aber, diese auf Tripolis zu beschränken.

Italien hatte jedoch mit dem lokalen Krieg um Tripolis keinen Erfolg, und die italienische Heeresleitung setzte deshalb entgegen dem Versprechen, das Italien der Monarchie gegeben hatte, Mitte November 1911 ihre Flotte in Richtung Ägäis in Bewegung, wodurch der Kriegsschauplatz auch auf Europa ausgeweitet wurde. Rußland und Frankreich stellten sich gegen die Italiener auf die Seite der Türkei, und auch die englische Flotte kreuzte im Ägäischen Meer auf.

Der Tripolis-Krieg war noch nicht beendet, da kam es zu Zusammenstößen auf dem Balkan, die die Interessen der Monarchie unmittelbar berührten. Dieser Konflikt konnte nicht mehr mit diplomatischen Manövern abgewürgt werden.

Im März 1912 schlossen Bulgarien und Serbien ein Bündnis, dem später auch Montenegro und Griechenland beitraten. Die Staaten des Balkanbundes einigten sich untereinander über die Aufteilung der türkischen Gebiete. Bulgarien ver-

langte Mazedonien, Griechenland Kreta, Serbien und Montenegro wiederum albanische und mazedonische Gebiete. Das gemeinsame Ultimatum der vier Staaten, in dem für Altserbien, Mazedonien, Albanien und Kreta die Unabhängigkeit gefordert wurde, war der Vorbote des Krieges. Als Antwort verfügte die Türkei die Mobilmachung.

Unter dem Eindruck der Kriegsvorbereitungen auf dem Balkan belebte sich die internationale Diplomatie. Berchtold, der neue gemeinsame Minister des Äußern, erklärte am 24. September 1912 vor dem außenpolitischen Unterausschuß der ungarischen Delegation: „Die ständigen Blitze über dem Balkan zeugen von der elektrischen Spannung der politischen Atmosphäre, ohne daß sie das um die ungelösten Probleme herrschende Dunkel erhellen. Die Diplomatie wacht darüber, daß die drohenden Konflikte zu vermeiden sind und die Gefahr, daß der Balkan in Flammen aufgeht, gebannt wird. Infolge unserer geographischen Lage stehen wir dem feuergefährdeten Boden nahe, und es geht um wichtige Interessen der Monarchie.“ Die Botschafter der Monarchie und Rußlands überreichten den Mitgliedstaaten des Balkanbundes eine Warnung der Großmächte und ließen sie wissen, daß sie keinerlei territorialer Veränderung auf dem Balkan zustimmen würden. Die Diplomaten des Balkanbundes kannten aber die Schwäche der Türkei, und sie waren sich auch darüber im klaren, daß die Übereinstimmung unter den Großmächten nur scheinbar war. So griffen sie die Türkei an. Ihre Armeen versetzten dem Gegner einen entscheidenden Schlag, und im November 1912 mußte die Türkei die Großmächte um Vermittlung bei der Aufnahme von Friedensverhandlungen bitten. Im Dezember fand eine Botschafterkonferenz in London statt. Auch die Vertreter der kämpfenden Parteien begannen zu verhandeln. Fast ein halbes Jahr lang lösten Verhandlungen und bewaffnete Auseinandersetzungen dann einander ab. Durch die Siege der Verbündeten verschwand nicht nur eine Großmacht von der Landkarte Europas, es entstanden auf dem Balkan auch neue Gegensätze. Die Entwicklung der Ereignisse zwang die Großmächte zu einer Stellungnahme. Die Londoner Botschafterkonferenz wurde nicht zu einem Forum von übereinstimmenden Mächten, die alle strittigen Fragen lösten, sie war vielmehr eine Beratung von Staaten, die ihre Stellung gegenseitig neu bewerteten. Die Eroberungsbestrebungen der kleinen Balkanländer waren auf die Weise mit der Politik der Großmächte verbunden. Als erster sprach es der russische Außenminister Sasonow aus: Nach dem Krieg kann man nicht mehr zu dem ursprünglichen Status quo auf dem Balkan zurückkehren.

Auch die Monarchie sah sich gezwungen, die neue Situation anzuerkennen und ihre Politik von nun an auf die Gegensätze der Balkanstaaten zu gründen. Mazedonien zum Beispiel wurde nicht nur von Bulgarien beansprucht, sondern zum Teil auch von Serbien und Montenegro. Zwischen Bulgarien und Griechenland kam es zu Zwistigkeiten wegen der Saloniki-Frage. Serbien forderte zwei Seehäfen auf albanischem Territorium und geriet so in Konflikt zur Monarchie.

Das zum Dreibund gehörende Rumänien hielt, da es die Gegensätze zwischen den Verbündeten erkannte und sich vor übermäßigen Gebiets Erweiterungen Bul-

gariens fürchtete, bereits im November 1912 die Zeit für gekommen, in den Streit auf dem Balkan einzugreifen. Es forderte von dem erschöpften Bulgarien, das im Krieg die meisten Opfer gebracht hatte, als Kompensation eine Grenzkorrektur. Seine Gebietsforderungen wurden nicht nur von Deutschland unterstützt, sondern auch von dem russischen Außenminister Sasonow, der in den Streitfragen auf dem Balkan außerordentlich geschickt manövrierte.

Inzwischen wurde der sog. erste Balkankrieg durch Waffenstillstände unterbrochen, doch konnte der Konflikt weder durch die Vermittlung der Großmächte noch durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Verbündeten und der Türkei beigelegt werden. Die Großmächte einigten sich unter diesen Umständen nur auf die Schaffung eines selbständigen Albanien. Das unter dem Protektorat der Monarchie und Italiens stehende Albanien proklamierte im November 1912 seine Unabhängigkeit. Montenegro und Serbien nahmen jedoch im März 1913 die Albanien zugesprochene Stadt Skutari (Iskodra, Shkoder) unter Kanonenfeuer. Die Monarchie entschloß sich zu einer Flottendemonstration. Sasonow forderte Montenegro in einem umfangreichen Kommuniqué auf, die Kanonade einzustellen. Ungeachtet dieser Warnungen wurde Skutari von den vereinigten serbisch-montenegrinischen Truppen besetzt. Damit trat der Balkankrieg in eine neue Etappe. Berchtold drängte die Großmächte am 24. April 1913 in einer Zirkularnote zu energischem Auftreten. Die Monarchie hatte am 20. April ein Ultimatum in die Hauptstadt von Montenegro, Cetinje (Cettigne), gesandt und die montenegrinische Regierung darin scharfen Tones aufgefordert, Skutari sofort zu räumen, andernfalls würde die Monarchie sie mit Waffengewalt dazu zwingen. Montenegro räumte daraufhin die Stadt.

Kaum war die Kriegsgefahr bei Skutari gebannt, tauchten schon wieder neue Konflikte auf: In den Brandherden des Balkans glimmte die Glut eines neuen Krieges. Im Mai 1913 beschloß der serbische Ministerrat, trotz der vorangegangenen Vereinbarungen nicht zugunsten Bulgariens auf sein erworbenes Recht auf die östlichen Teile Mazedoniens und Altserbiens zu verzichten, und auch Griechenland wollte Saloniki nicht aufgeben.

Die Veränderungen auf dem Balkan stellten die führenden Außenpolitiker der österreichisch-ungarischen Monarchie auf eine harte Probe und verschärfen die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der kriegerischen Richtung und den Vertretern eines friedlichen, kompromißbereiten Kurses. Scheinbar gewannen die ersteren die Oberhand. Franz Conrad von Hötzendorf wurde Generalstabschef, und das Kriegsministerium ging von Auffenberg an Alexander Freiherr von Krobatin, einen Vertreter der Kriegspartei. Vorübergehend scheiterte der Ansturm der kriegerischen Richtung jedoch an Graf Berchtold. Die Position des gemeinsamen Ministers des Äußern wurde auch durch die Haltung Rußlands gestärkt, das vorläufig keine neuen, eventuell die bisherigen Ergebnisse des Balkankrieges gefährdenden Konflikte wünschte. Rußland unterstützte auf der Londoner Botschafterkonferenz die Wiener Forderungen nach einem selbständigen Albanien und einem starken Bulgarien.

Das Verhältnis der Mächte zueinander wurde aber durch die unerwarteten Ereignisse des zweiten Balkankrieges wieder verändert. Kaum hatten nämlich die Balkanverbündeten mit der Türkei einen Vorfriedensvertrag geschlossen, kamen auch schon neue Gegensätze auf. Als Bulgarien die Forderungen Serbiens, Rumäniens und Griechenlands zurückwies, überfielen letztgenannte ihren früheren Verbündeten.

Die Diplomatie der Monarchie versuchte, die territorialen Streitigkeiten der Balkanstaaten zur Rückgewinnung des gesunkenen Einflusses der Monarchie zu nutzen. Sie war vor allem über die Gebietseroberungen Serbiens besorgt. Deshalb knüpfte sie engere Beziehungen zu dem Hilfe suchenden Bulgarien und vertraute darauf, daß Bulgarien, noch bevor sich die Rumänen einmischen könnten, Serbien besiegen würde. Der russische Zar Nikolaus II. sandte jedoch am 8. Juni 1913 ein Telegramm an den bulgarischen König Ferdinand und den serbischen König Peter, worin er erklärte, daß er einem Bruderkrieg nicht gleichgültig zusehen könne.

István Tisza bemühte sich in seiner Rede vor dem Abgeordnetenhaus am 19. Juni 1913, als Wächter über die Unabhängigkeit der Balkanstaaten aufzutreten und damit die Wirkung der zaristischen Initiative auszugleichen. Es war zu der Zeit seine erste bedeutendere außenpolitische Rede, und er hatte sie vorher eingehend mit Berchtold abgesprochen. Von nun an nahm der ungarische Ministerpräsident aktiv an der Lenkung der Außenpolitik der Monarchie teil. Das Amt des Ministers am Hof gab er seinem Vertrauten, Baron István Burián, der in den Balkanfragen besonders bewandert war. Fast täglich tauschten sie ihre Meinung aus zu allen Fragen, die die Außenpolitik und die gesamte Monarchie betrafen. Tisza erkannte, daß nicht nur das innenpolitische System von 1867 in eine Krise geraten war, sondern auch die internationale Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie ins Wanken geriet. Trotzdem hielt er unverändert daran fest, der Monarchie ihren früheren Einfluß auf dem Balkan zu bewahren, und lehnte eigentlich einen demokratischen, nationalen Weg, der die Balkanstaaten zur Unabhängigkeit geführt hätte, ab.

Rumänien verfügte in den ersten Julitagen 1913 die Mobilmachung. So waren die erneuten Kampfoperationen auf dem Balkan keineswegs im Sinne der Monarchie. Im sog. zweiten Balkankrieg stand das diplomatisch von der Monarchie unterstützte Bulgarien gleichzeitig Serbien, Griechenland und Rumänien gegenüber, und als letztere militärische Siege errangen, besetzte auch die Türkei wieder einen Teil der Gebiete, die sie zuvor an Bulgarien verloren hatte. Burián schrieb bereits am 6. Juli verbittert, daß die bisherige Unterstützung der Rumänen Schaden gebracht hätte und andererseits in Berlin die Interessen der Monarchie nicht genügend Berücksichtigung fänden. Wäre der Balkanbund bestehen geblieben, hätte Rumänien von einer Berichtigung seiner Grenzen nicht einmal träumen können, höchstens im Einverständnis mit dem Dreibund.

Aufgrund der Ergebnisse des zweiten Balkankrieges begannen bald darauf in Bukarest Friedensverhandlungen. Die außenpolitische Führung der Monarchie

wollte – in Übereinstimmung mit Tisza – ähnlich wie beim Berliner Kongreß von 1878 die auf den Schlachtfeldern entstandene neue Situation durch einen Beschluß der Großmächte revidieren. Sie bemühte sich, Bulgarien mit möglichst geringem Verlust aus dem Krieg herauszuholen. Diese Vorstellung war 1913 aber nicht mehr realisierbar. Einerseits waren die Siegerstaaten zu stark, und andererseits gab es zu viele Widersprüche unter den Großmächten. Der größte Interessengegensatz in diesem Raum bestand natürlich zwischen Rußland und der Monarchie. Die österreichisch-ungarische Monarchie, die lange Zeit für den Status quo auf dem Balkan eingetreten war, wollte Rußland jetzt durch Türkeifeindlichkeit und die Ablehnung der türkischen Revanchebemühungen für sich gewinnen. Tisza schrieb am 26. Juli an Burián unter anderem, daß er die Gefahr eines türkischen Angriffes befürchte, weil die Türken von Deutschland ermutigt würden. Dann setzte er fort: „Ich denke, wir sollten alles tun, um Berlin zu einer besseren Einsicht zu bringen. Die Frage ist nicht, für wen jemand Sympathie empfindet, es würde aber eine Gefahr für Europa darstellen, wenn die im Süden befreiten Gebiete erneut unter türkische Herrschaft kämen. Das muß um jeden Preis verhindert werden ...“ Tisza ersuchte Burián dann, seinen Standpunkt bezüglich der Türkei mit Berchtold zu besprechen. „Eine türkeifreundliche Aktion wäre für uns ein verhängnisvoller Fehler“, schrieb er, „dafür könnte ich nicht die Verantwortung übernehmen ... Wir würden unsere Zukunft kompromittieren, wenn wir bei der Wiederherstellung der früheren Balkanverhältnisse auch nur passiv die helfende Hand reichen würden.“

Die russische Diplomatie wollte selbstverständlich von einer Revision der Ergebnisse des zweiten Balkankrieges nichts hören. Dadurch gewann sie die Sympathie Serbiens, Montenegros und Griechenlands und legte zugleich die Fundamente für ein russisch-rumänisches Bündnis. Der Friede von Bukarest fixierte die Kriegsergebnisse, wodurch vor allem Serbien und Rumänien Territorien hinzugewannen. Am 16. August 1913 fand bei Berchtold eine Beratung statt, an der auch Tisza und der österreichische Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh teilnahmen. Man kam zu dem Schluß, daß sich die Monarchie, angesichts des konträren Standpunktes der übrigen Mächte, mit den unabänderlichen Tatsachen abfinden mußte.

Die diplomatische Niederlage der Monarchie bewies unwiderlegbar die Nutzlosigkeit der konservativen versöhnlichen Haltung in der Außenpolitik. Deshalb schlugen die führenden Außenpolitiker einen anderen Weg ein und vertraten jetzt eine mit Deutschland abgestimmte aggressive Kriegsdiplomatie. Anfangs rechnete man nur mit einem auf Serbien beschränkten lokalen Krieg. In der ersten Hälfte des Jahres 1914 erkannten aber sowohl Tisza wie Berchtold, daß Rußland bei einem solchen Krieg nicht neutral bleiben würde. So drohte man Serbien vorerst nur mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens.

Serbien besetzte unterdessen einzelne Grenzgebiete Albaniens. Der Generalstabschef forderte eindeutige Verhältnisse auf dem Balkan, und das konnte seiner Meinung nach nur dann erreicht werden, wenn „sich Serbien uns komplett oder in

einem Verhältnis wie Bayern zum Deutschen Reich anschließt; oder wir müssen zu offener Feindschaft übergehen, wozu jetzt der geeignetste Augenblick wäre“. Tisza und Berchtold lehnten die zum Krieg führenden Vorschläge des Generalstabschefs ab, waren aber nicht gegen die Anwendung von schärferen Methoden.

Tisza schrieb im Zusammenhang damit an Burián: „Wenn die Deutschen uns zurückhalten wollen, dann müssen auch wir sagen, daß das unmöglich ist. Es ist für uns eine Existenzfrage, und unser Bündnis würde für sie wertlos werden, wenn wir im Hinblick auf die Frechheiten Serbiens nicht handeln würden.“ Am 19. Oktober 1913 teilte der deutsche Kaiser mit, daß er die Monarchie unterstütze. Tisza war hocheifrig und schrieb auf die gute Nachricht hin am 20. Oktober 1913 an Burián: „Die Nachricht des deutschen Kaisers ist sehr erfreulich. Das soll nicht heißen, daß Zweifel bestanden hätten, ob er seine Bündnisverpflichtungen erfülle, aber ein ablehnendes oder unwilliges Verhalten seinerseits hätte bei uns ein neuerliches Schwanken auslösen können.“ Tisza bat Burián, ihn sofort zu informieren, wenn er in Wien oder Deutschland Wankelmütigkeit bemerken sollte, denn Stillstand, Zögern oder Schwanken seien schlimmer, als hätte man die Aktion überhaupt nicht in Angriff genommen. Die Monarchie hatte nämlich die deutsche Antwort gar nicht abgewartet und Serbien schon am 16. Oktober den Krieg angedroht, sofern es nicht innerhalb von acht Tagen die besetzten albanischen Gebiete räume. Serbien versprach daraufhin am 20. Oktober, das Ultimatum zu erfüllen, und Burián konnte Tisza bereits vom Rückzug der serbischen Truppen berichten.

Die Friedensverträge legten den Keim für neue Konflikte, die die Großmächte, vor allem die Monarchie und Rußland, endgültig miteinander konfrontierten. Die genaue Festlegung der Grenzen Albaniens, die zunehmende monarchiefeindliche Tätigkeit der südslawischen Nationalbewegungen, die sich neuerdings an Rußland ausrichtende Außenpolitik Rumäniens und die Revanchegehalte Bulgariens gingen gleichermaßen über die Grenzen des Balkans hinaus.

Die Diplomaten, die mit den Ereignissen auf dem Balkan vertraut waren, wußten alle, daß die Kriegsgefahr von der Halbinsel nicht gebannt war. In den politischen Kreisen der Monarchie war es – nach den zur Verfügung stehenden Quellen – wohl István Tisza, der als erster erkannte, daß bei einer kriegerischen Lösung durch die zu erwartende Einmischung Rußlands mit der Möglichkeit eines Weltkrieges zu rechnen war. In seinen Memoranden an Franz Joseph vom 11. und 25. August 1913, doch insbesondere in seiner Denkschrift vom 15. März 1914 ersuchte er um die möglichst schnelle diplomatische Gestaltung einer neuen Balkankonstellation, die die Position der Mittelmächte stärken würde. Er schlug in diesem Sinne eine effektivere Unterstützung Bulgariens vor und wies auf die Notwendigkeit hin, die Balkanpolitik Deutschlands und der Monarchie baldmöglichst wieder in Einklang zu bringen.

Es waren schon früher, aber ganz besonders während der Friedensverhandlungen in Bukarest Gegensätze zwischen Deutschland und der Monarchie deutlich geworden. Während die außenpolitische Führung der Monarchie – im Sinne Tiszas – seit der Beendigung des ersten Balkankrieges eine bulgarienfremdliche

Politik betrieb, stützte sich Deutschland auf die Inseln im „slawischen Meer auf dem Balkan“, das heißt auf Rumänien und Griechenland sowie auf die Türkei. Tisza bat Burián, eine Möglichkeit zur „Meinungsklärung“ mit dem deutschen Kaiser zu suchen. In seinem Memorandum vom 15. März 1914 betonte Tisza, daß der Balkan nicht nur für die Machtstellung der Monarchie, sondern auch für Deutschland von entscheidender Bedeutung sei. Deutschland müsse sich ebenfalls auf Bulgarien stützen, denn nur so könne es auf der Halbinsel eine günstige Position erringen. Zu Bulgarien bestünden für den Dreibund nicht solche Gegensätze wie zu Rumänien. Außerdem wäre ein Bündnis mit Bulgarien auch wahrscheinlicher, weil Bulgariens Revancheabsichten gegen Serbien den Mittelmächten näher lägen.

Den zweiten wichtigen Schritt in der gemeinsamen Balkanpolitik sah Tisza darin, daß Griechenland und Rumänien zu Lasten Serbiens mit Bulgarien ausgesöhnt werden müßten. Sollte dies der Diplomatie der Mittelmächte nicht gelingen, dann würde auf dem Balkan mit Unterstützung Rußlands ein starkes Bündnis slawischer Staaten entstehen. In diesem Falle hätte die Entente auf dem Kontinent das militärische Übergewicht und könnte dann auch Deutschland angreifen. Deshalb läge der Schwerpunkt der europäischen Außenpolitik auch für Deutschland auf dem Balkan.

In einem vertraulichen Brief an Burián, ebenfalls vom 15. März 1914, verwies Tisza auch auf die Gegensätze zu Rußland: „Ich bin der Überzeugung, daß sie zum Krieg rüsten, aber sie wollen den Krieg nicht beginnen, solange sie nicht den größten Teil des Balkans gegen uns vereint haben. Daran arbeiten sie, und daran werden sie arbeiten, was wir auch mit ihnen besprechen; dem dient auch ihr Säbelrasseln, und dagegen gibt es keine andere Abhilfe als eine weitsichtige, zielbewußte, besonnene und konsequente Balkanpolitik. Diese wiederum können wir nur in Übereinstimmung mit Deutschland herbeiführen. Deshalb ist es unsere vorrangigste, wichtigste und dringlichste Aufgabe, mit Deutschland ins reine zu kommen.“ Burián und Berchtold stimmten den Ausführungen Tizas zu.

Die außenpolitische Führung der Monarchie und Deutschlands konnten sich auch lange Zeit nicht in der Frage des türkischen Bündnisses einigen. Tisza hatte – wie gesehen – während des zweiten Balkankrieges noch im Interesse einer Einigung mit Rußland türkeifeindliche Erklärungen abgegeben. Nach dem Krieg kehrte er aber zu der türkeifreundlichen Politik zurück und nahm auch in bezug auf Griechenland den deutschen Standpunkt an. Das Verhalten Rumäniens war sogar noch nach Ausbruch des Weltkrieges ein strittiges Thema zwischen Deutschland und der Monarchie. Rumänien, das mit dem Dreibund einen Vertrag geschlossen hatte, war im ersten Balkankrieg neutral geblieben, hatte später aber seine Außenpolitik revidiert. Mit Zustimmung Rußlands wandte es sich im zweiten Balkankrieg gegen Bulgarien und knüpfte immer engere diplomatische Beziehungen zu St. Petersburg. Allerdings löste es auch seine Bande zum Dreibund, vor allem zu Deutschland, nicht. Bei den Bukarester Friedensverhandlungen sprach es

zum Beispiel auf Wunsch Deutschlands als weiser Mahner zur Mäßigung einer zu großen serbischen Vereinnahmung bulgarischer Gebiete.

Vom Sommer 1913 an, mit dem Beginn des zweiten Balkankrieges, forderten Tisza und Berchtold, ja sogar der österreichische Ministerpräsident Stürgkh, Deutschland ununterbrochen auf, Rumänien zu einer eindeutigen Stellungnahme zu zwingen. Die führenden Politiker der Monarchie mißtrauten nämlich Rumänien trotz seiner wiederholten Treueerklärungen. Ende Oktober 1913 wurde Ottokar Graf Czernin als k. u. k. Gesandter nach Bukarest geschickt, um die Freundschaft wiederherzustellen. In Ungarn nahm Tisza auf Drängen Berlins mehrmals Verhandlungen mit den rumänischen Nationalitätenführern in Ungarn auf. Obwohl seine Schritte keinen Erfolg hatten, bestürmte er weiterhin Wien mit Memoranden. „Wir dürfen keine Verzagtheit zeigen und müssen jede Gelegenheit nutzen“, schrieb er noch wenige Tage vor dem Attentat von Sarajevo, „um mit Bulgarien zu einer Vereinbarung zu kommen und dann Rumänien die Frage stellen zu können: Schließt es sich uns an oder nicht? Nur wenn wir es vor diese Alternative stellen, werden wir es zwingen, zu uns zu gravitieren. Das ist der einzige und sichere Weg zum Erfolg. Das muß in Berlin vorbereitet werden.“ Die Frage sollte dann aber erst durch die Ereignisse des Weltkrieges entschieden werden.

NATIONALITÄTENPOLITIK AM VORABEND DES ERSTEN WELTKRIEGES

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges erkannte Tisza, daß die Tendenzen in den Nationalitätenbewegungen, die sich gegen das staatsrechtliche und gesellschaftliche System des Dualismus richteten, eine schicksalsentscheidende Kraft darstellten. Er sah ein, daß alle Maßnahmen, die die Rechte der Nationalitäten einschränkten, nur Öl aufs Feuer ihrer Empörung waren und sie nur dazu anregten, sich mit ihren Brüdern und Schwestern jenseits der Grenzen zu vereinen. Deshalb entschloß er sich, den Nationalitäten Zugeständnisse zu machen. Allerdings wurden diese Absichten von vornherein durch seine antidemokratische Innenpolitik abgeschwächt, die sich natürlich auch auf seine Haltung zu den Nationalitäten auswirkte. Mit der Konsolidierung der Verhältnisse in Kroatien und durch Vereinbarungen mit den Führern der Siebenbürger Rumänischen Nationalpartei verfolgte Tisza ein und dasselbe Ziel: die Festigung des 67er Systems und die Sicherung der Macht der herrschenden Klassen gegenüber den Kräften, die den Dualismus zu zerstören drohten.

Tisza und seine Partei stellten vor allem die rumänische Frage in den Mittelpunkt ihrer Nationalitätenpolitik. Ihrer Meinung nach war es leichter, zuerst in der Sache der Rumänen in Siebenbürgen zu einem Ruhepunkt zu gelangen, als mit den Südslawen in der Nachbarschaft Serbiens einen dauerhaften Frieden zu schließen. Dazu wurden sie auch durch die rumänenfreundliche Politik Deutschlands veranlaßt. Tisza hatte schon unmittelbar nach den Wahlen von 1910 in einem Aufruf an den rumänischen hohen Klerus in Ungarn um Vermittlung und Unterstützung gebeten. Zugleich hatte die Regierung den in Ungarn lebenden Rumänen einzelne Zugeständnisse in Aussicht gestellt. In einer vertraulichen Anordnung forderte der Kultusminister die Schulinspektoren auf, bei der Durchsetzung der Verfügungen betreffs der ungarischen Unterrichtssprache milde vorzugehen und sich gegenüber den rumänischen Kirchen- (und Schul-) Behörden besonders verständnisvoll zu zeigen. Der Justizminister wiederum wies die Staatsanwälte an, keine rumänischen Aufwiegelungsprozesse anzustrengen.

Ionel Brătianu, der Führer der Bukarester Liberalen, schrieb am 10. September 1910 in einem Brief an den gemeinsamen Minister des Äußern, Aehrenthal, daß er den Verständigungsbemühungen der ungarischen Regierung zustimme, es aber für zweckmäßig halte, die Verhandlungen mit der Siebenbürger Rumänischen

Nationalpartei zu führen. Einer solchen Forderung wollten Tisza und die Regierung nach den Wahlen im Juni 1910 noch nicht zustimmen. Sie erkannten die Rumänische Nationalpartei nicht an, verlangten sogar die Auflösung der Partei als Vorbedingung für eine Übereinkunft. Sie verhandelten nur mit den rumänischen Bischöfen und mit dem Großgrundbesitzer Mihu, der als Vermittler auftrat. Letzterer übersandte Tisza im September 1910 ein aufgrund von Gesprächen mit dem rumänischen hohen Klerus und mit Politikern der verschiedensten Richtungen verfaßtes Memorandum, das kirchliche, nationale und politische Forderungen enthielt. Die rumänischen hohen Geistlichen von Siebenbürgen hatten aber keine Massenbasis. Ohne die Vertreter der Rumänischen Nationalpartei war eine Vereinbarung mit den Rumänen in Siebenbürgen von Anfang an aussichtslos.

Wenn wir uns die konservative Innenpolitik der Partei der Nationalen Arbeit nach dem 4. Juni 1912 vergegenwärtigen, dann muten die im Dezember 1912 zwischen Tisza und der Rumänischen Nationalpartei aufgenommenen Verhandlungen recht sonderbar, ja überraschend an, denn früher hatte Tisza ganz entschieden die Auflösung der Partei gefordert. Was veranlaßte ihn jetzt zu solcher Nachgiebigkeit? Der Wandel in seinem Auftreten ging nicht auf eine Veränderung seiner innenpolitischen Vorstellungen zurück, sondern hing vor allem mit der Außenpolitik, der Balkanpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschlands und der spezifischen Situation Rumäniens zusammen.

Der Wert des Geheimvertrages zwischen der Monarchie und Rumänien von 1883 war durch die Frage der rumänischen Nationalität in Ungarn schon immer zweifelhaft gewesen. Die deutsche Diplomatie hatte mit Zustimmung einzelner österreichischer Politiker mehrfach versucht, die Hindernisse, die einer Vertiefung des Bündnisses mit Rumänien im Wege standen, auszuräumen. 1912 wurde auch Rumänien von den Siegen der Balkanstaaten überrascht. Rußland ließ an der Grenze zu Rumänien mobilisieren, um das Land von einem militärischen Eingreifen an türkischer Seite abzuhalten. Ministerpräsident Brătianu, einer der geschicktesten rumänischen Politiker der 1910er Jahre, nahm jedoch die Veränderungen auf dem Balkan schnell zur Kenntnis und leitete eine Reihe von komplizierten diplomatischen Schritten ein. Er erkannte, daß er seine Positionen auf dem Balkan ohne Rußland nicht festigen konnte und suchte deshalb vor allem die Freundschaft der zaristischen Regierung. Andererseits beherzigte er aber auch den Rat Deutschlands und suchte Ende November 1912 den neuen Bukarester Gesandten der Monarchie, Fürst Fürstenberg, auf. In dem Gespräch erklärte er, daß er die Wiederherstellung der völligen Harmonie zwischen Ungarn und Rumänien für notwendig halte und daß dafür auch die gesamte Öffentlichkeit des Königreiches zu gewinnen wäre, wenn die ungarische Regierung den in Ungarn lebenden Rumänen gegenüber eine verständnisvollere Haltung zeigen würde. Daraufhin bat Berchtold Tisza in einem Brief, die ungarische Regierung möge den Vorstand des Klubs der rumänischen Abgeordneten zu einem Gespräch einladen und ihre Forderungen entgegennehmen. Da Berchtold Tizas Standpunkt kannte,

untermauerte er seinen Wunsch mit einer ausführlichen Begründung. Insbesondere machte er Tisza darauf aufmerksam, daß Rußland einen Keil zwischen die Monarchie und Rumänien treiben wolle, was für die Außenpolitik des Zweibundes recht verhängnisvoll wäre. „Unter diesen Umständen wirst du begreifen, daß ich keine Gelegenheit versäumen möchte, den scheinbar unseren Händen sanft entgleitenden südöstlichen Nachbarn aufzuhalten. Eine solche Gelegenheit wird uns nun unerwartet geboten, und zwar von jenem Teile, welcher dem gefährlichen Treiben unserer Feinde am nächsten steht, den rumänischen Liberalen.“⁷

Tisza zeigte sich der Initiative Brätianus gegenüber nicht ablehnend, betonte sogar auffallend seine Verständigungsbereitschaft. Auf die erwünschten „schönen Gesten“ verzichtete man allerdings auf beiden Seiten. Tisza suchte die Lösung auch nicht bei der Rumänischen Nationalpartei, sondern wollte wieder Verhandlungen mit Mihu aufnehmen. Berchtold sandte am 2. Dezember 1912 ein Telegramm an Fürstenberg und ersuchte den Gesandten, Brätianu über Tiszas Absicht zu informieren und ihn gleichzeitig zu fragen, ob er Mihu für den geeigneten Vermittler der Versöhnungsaktion halte oder der Meinung sei, daß für erfolgreiche Verhandlungen die Kontaktaufnahme zwischen der ungarischen Regierung und dem Abgeordneten und Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der Rumänischen Nationalpartei, Mihali, unerlässlich sei. Der Streit um die vermittelnden Personen wurde so eigentlich zwischen den führenden Staatsmännern der beiden Länder, Tisza und Brätianu, ausgetragen.

Brätianu hielt Mihali und nicht Mihu für den geeignetesten Verhandlungspartner. Tisza hingegen versuchte, den gerade in Budapest weilenden ehemaligen rumänischen Minister Alexandru Constantinescu von Mihu als Vermittler zu überzeugen, mußte aber, wie er dann in seinem Brief an Berchtold berichtete, im Laufe seines Gesprächs einsehen, daß Brätianu nicht umzustimmen war. Brätianu ließ Tisza wissen, daß Mihu in Bukarest als „der sehr unbedeutende Anwalt einer Kleinstadt“ gelte und man bei den Verhandlungen die Hinzuziehung von bedeutenderen Personen wünsche. Zugleich beruhigte er Tisza aber auch, daß die Führer der Rumänischen Nationalpartei von Bukarest Anweisung erhalten hätten, aufgrund „der gegenwärtigen Rechtsverhältnisse“ Frieden zu schließen. Daraufhin nahm Tisza den Vorschlag Brätianus an.

So erwartete Tisza also im Dezember 1912 die Delegierten der Rumänischen Nationalpartei am Verhandlungstisch. Am 18. Dezember 1912 verständigte er den Vorsitzenden der Rumänischen Nationalpartei, daß er Gespräche mit ihm aufnehmen wünsche, und damit begann der zweite Abschnitt der Verhandlungen über den sog. rumänischen Pakt.

Tisza forderte die Rumänische Nationalpartei auf, ihre Forderungen schriftlich auszuarbeiten. Am 12. Januar 1913 entsandte die Partei eine dreiköpfige Delegation – Teodor Mihali, Iuliu Maniu und Valeriu Branişte – zu den Verhandlungs-

⁷ HHStA, Liasse Interna, 1912–14, LXIX, 27. 11. 1912.

gesprächen. Am 21. Januar übergab diese Tisza eine 11-Punkte-Liste mit folgenden wichtigsten Forderungen: „Dem Grundsatz der Lehrfreiheit entsprechend ist dem rumänischen Volk das Recht zuzustehen und die institutionelle Möglichkeit zu gewähren, sich auf allen Unterrichtsstufen in der eigenen Sprache zu bilden, und zwar sowohl in den staatlichen und Gemeindeschulen als auch in den konfessionellen Lehranstalten. Zur Verwirklichung der Religionsfreiheit und der konfessionellen Gleichberechtigung ist sowohl bei der kirchlichen und schulischen Verwaltung als auch bei der Administration von Stiftungen und der internen Amtsverwaltung die Autonomie der rumänischen griechisch-katholischen Kirche zu gewährleisten und zu achten beziehungsweise die Autonomie der rumänischen griechisch-orthodoxen Kirche herzustellen ... Der rumänischen Kirche ist für kirchliche und auch für schulische Zwecke eine Unterstützung zu gewähren, und zwar proportional zu den Beträgen, die den übrigen Kirchen zur Verfügung gestellt werden ... Es ist die Pressefreiheit zu sichern und die politische Verfolgung der rumänischen Presseerzeugnisse einzustellen.“ Außerdem wurde ein wirksames Recht zur Vereins- und Versammlungsfreiheit gefordert. Die Organisationsfreiheit der Rumänischen Nationalpartei solle strikt gewährleistet werden, und in den von Rumänen bewohnten ungarischen Gebieten solle in der Verwaltung die institutionelle Einführung der rumänischen Sprache und die Beschäftigung rumänischer Beamter erfolgen. Das Memorandum enthielt also nicht nur Forderungen, die Konfession, Kirche und Schule betrafen, sondern erstreckte sich auch auf wichtige politische Rechte.

Tisza beantwortete die Liste der demokratischen und nationalen Forderungen der Rumänischen Nationalpartei Punkt für Punkt. Da seine antidemokratischen und nationalistischen Vorstellungen bekannt sind, mag es nicht überraschen, daß er die meisten rumänischen Forderungen ablehnte. Einzelne Versprechungen, die er in bezug auf die Kirche, die Verwaltung und die Wirtschaftspolitik der Regierung machte, konnten andererseits die Rumänische Nationalpartei, die ihre Ansprüche immer mehr ausweitete, von vornherein nicht befriedigen. Diese zweite Etappe der rumänischen Verhandlungen Tiszas bestand also zunächst aus einem ergebnislosen Notenwechsel. Nach einer solchen Vorgeschichte konnten dann auch die persönlichen Beratungen kaum zum Erfolg führen. Hinzu kam, daß inzwischen die Spannungen zwischen Rußland und Rumänien abklungen, die Brătianu im November 1912 veranlaßt hatten, den Verhandlungen zuzustimmen. Im Frühjahr 1913 hatte sich das Blatt gewendet, und Rumänien – auch Brătianu selbst – erwartete in erster Linie von Rußland Unterstützung bei seinem Streben nach Gebietserweiterung. Auch die außenpolitische Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie war schwieriger geworden. Deshalb zwang Brătianu die Rumänische Nationalpartei nun nicht mehr zu größerer Nachgiebigkeit. Auf ihre immer umfangreicheren Forderungen reagierten außerdem die verschiedenen Gruppen der ungarischen herrschenden Klassen noch abweisender als Tisza selbst.

Obwohl die Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zunehmend schwand, bemühte sich Tisza, die Kontakte aufrechtzuerhalten. Zu neuerlichen Verhandlungen kam es dann im Herbst 1913, nach der Ernennung des Kabinetts Tisza. Keiner wünschte sich wohl so stark wie Tisza eine Gestaltung der europäischen Kräfteverhältnisse, bei der der Dreibund auf dem Kontinent das Übergewicht erhielt. Die Absicht, Serbien zu isolieren, Bulgarien zu gewinnen und Rumänien und Griechenland zu neutralisieren, sowie die Vereitelung einer konservativen Übereinkunft mit Rußland verlangten notwendigerweise eine Überprüfung der Lage der Nationalitäten in Ungarn und Kroatien sowie der Lage der Südslawen, Rumänen, Slowaken und Karpato-Ukrainer. Tisza erkannte, daß eine aktive Außenpolitik illusorisch bleiben mußte, solange die im Lande lebenden Nationalitäten sich nach außen orientierten und die Führer ihrer politischen Parteien der ungarischen Regierung feindlich gegenüberstanden. Die Außenpolitik und die Nationalitätenfrage waren eng miteinander verbunden. In jener Zeit kam es zwischen dem gemeinsamen Minister des Äußern und dem ungarischen Ministerpräsidenten zu regelmäßigem Meinungsaustausch in der Frage der Südslawen, aber auch bezüglich der Rumänen und der Karpato-Ukrainer.

Doch auch innenpolitisch beschäftigte Tisza die Nationalitätenfrage. Ihn beunruhigte die wachsende Stärke der Nationalitätenparteien, und es blieb ihm auch nicht verborgen, daß der dem Dualismus freundlich gesinnte hohe Klerus der Nationalitäten an Einfluß verlor. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges mußte Tisza einsehen, daß die Maßnahmen der Regierung gegen die demokratischen und nationalen Bewegungen eine kräftige Zunahme der dualismusfeindlichen Nationalitätenströmungen nicht verhindern konnten. Deshalb stellte er vor allem den in Ungarn lebenden Rumänen sowie Kroatien weitere Zugeständnisse in Aussicht und erteilte auch den Auftrag, die Beschwerden der Slowaken schriftlich festzuhalten. Ende Oktober 1913 waren die Bedingungen für Vereinbarungen schon auf beiden Seiten in umfangreichen Memoranden fixiert. Vertraulichen Aufzeichnungen sowie den Parlamentsreden und Presseerklärungen Tiszas können wir entnehmen, daß er sich immer stärker von dem Wunsch nach einer Übereinkunft mit den Nationalitäten leiten ließ, daß dem aber auch immer größere Hindernisse im Weg standen. Zu den Beschwerden, die sich auf Kirche, Schule und Kultur bezogen, kamen Auseinandersetzungen über wichtige innenpolitische Verordnungen. Die Rumänische Nationalpartei forderte zum Beispiel, daß die Rumänen in der Rechtsprechung erster Instanz und in der öffentlichen Verwaltung die eigene Muttersprache gebrauchen konnten. Bei der Einteilung der Wahlbezirke stellte sie die Bedingung, 50 Wahlbezirke mit rumänischer Mehrheit festzulegen. Das System der Exekutive sollte dahingehend modifiziert werden, daß auch rumänische Obergespanne ernannt und in den Ministerien rumänische Staatssekretäre eingestellt wurden. Tisza versprach nur Abhilfe bei den Beschwerden, die Kirche und Schule betrafen, alle übrigen Forderungen lehnte er ab.

Die unterschiedlichen Standpunkte der Verhandlungspartner machten damit eine Übereinkunft von vornherein aussichtslos. Außerdem nannte Tisza noch

weitere strenge Auflagen. Auch die schulischen und kulturellen Zugeständnisse wollte er der Rumänischen Nationalpartei nur dann „bescheren“, wenn sie das Versprechen einging, mit diesem Kompromiß die Nationalitätenfrage ein für allemal als erledigt zu betrachten.

Im Dezember 1913 übergaben die Rumänen Tisza eine neue Auflistung ihrer Forderungen, die über die bisherige hinausging. Dazu hatte sie Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ermutigt, der nicht an einer Einigung Tiszas mit den Rumänen interessiert war. Als Ausgangspunkt hielt das neue rumänische Memorandum zwar fest, daß die Partei die nationalen Interessen des rumänischen Volkes mit der territorialen und politischen Integrität des ungarischen Staates in Einklang wissen wolle, von den gestellten Bedingungen aber wußte man, daß Tisza sie niemals würde erfüllen wollen. Der Unterricht der rumänischen Schüler sollte ausschließlich in rumänischer Sprache vor sich gehen. Die Regierung sollte GA XXXVII/1907, das Volksschulgesetz „Lex Apponyi“, ändern und den beiden rumänischen Konfessionen auch dort das Recht auf die Einrichtung von Schulen zubilligen, wo die konfessionellen Schulen schon abgeschafft worden waren. Das Aufsichtsrecht über die konfessionellen Volksschulen sollte der Kirche zustehen, und staatliche Schulinspektoren sollten nur Personen sein, die dem rumänischen Unterricht entsprechendes Verständnis und Wohlwollen entgegenbrachten. Die Traditionen des rumänischen Volkes sollten in Ehren gehalten und dementsprechend auch im Lehrplan berücksichtigt werden. Man forderte Pressefreiheit, die ungehinderte Einfuhr rumänischer Presseerzeugnisse, das Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit, freie und korrekte Abgeordnetenwahlen für das Parlament usw. Im Dezember 1913 und im Januar 1914 verhandelten die beiden Parteien mehrmals über die Vorschläge. Im Januar tagte das rumänische Nationalkomitee und lehnte Tiszas Angebot ab. Czernin, der Bukarester Gesandte der Monarchie, ersuchte den ungarischen Ministerpräsidenten, in dieser Situation die Verhandlungen und die Entscheidung hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen. Das gleiche riet Brătianu der Leitung der Rumänischen Nationalpartei. In seinem Telegramm vom 15. Januar 1914 empfahl Czernin Tisza, die Verhandlungen, wenn nicht anders möglich, zu vertagen, wobei der Ministerpräsident mit Bestimmtheit erklären sollte, daß sie in ein paar Wochen wieder aufgenommen werden würden. Ein offizieller Abbruch sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Franz Joseph ersuchte Tisza über Burián, trotz des Mißerfolges der Verhandlungen die außenpolitischen Interessen der Monarchie nicht aus den Augen zu verlieren und sich weiter darum zu bemühen, die rumänische Minderheit in Ungarn zu gewinnen. Burián teilte mit, daß Franz Joseph den Wunsch geäußert habe, „die Rumänen sollen nicht völlig der ihnen in Aussicht gestellten Zugeständnisse beraubt werden, auch wenn die Gespräche wegen der Uneinsichtigkeit ihrer Führer vorerst nicht zu der gewünschten Übereinkunft führten“. Tisza berichtete am 20. Februar 1914 im Parlament über die Einigungsverhandlungen mit der Rumänischen Nationalpartei und deren Ergebnislosigkeit. Entsprechend dem Wunsche Franz Josephs erklärte er seine Bereitschaft, die Verhandlungen

fortzusetzen. Nachdem der Kompromiß gescheitert war, ließ er im Frühjahr 1914 einige Bestimmungen des Schulgesetzes modifizieren. Er erleichterte die Führung von konfessionellen Schulen nichtungarischer Sprache, milderte die Vorschriften für Schulgebäude, genehmigte an staatlichen und Gemeindevolksschulen den Religionsunterricht in rumänischer Sprache und schrieb in den von Rumänen bewohnten Gebieten an den staatlichen Volksschulen den Unterricht der rumänischen Sprache vor.

Die Verhandlungen aber setzte Tisza erst unter dem Zwang neuer außenpolitischer Ereignisse, nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, fort. Eingedenk der Kritik, die ihn bei seinen ersten Gesprächen von der Parlamentsopposition erreicht hatte, teilte er seine neuerliche Verhandlungsabsicht zunächst nicht den Führern der Rumänischen Nationalpartei mit, sondern wandte sich in dieser Sache am 22. September 1914 mit gleichlautenden Briefen an die obersten Würdenträger der beiden rumänischen Kirchen. Er versprach eine Reform des Volksschulgesetzes von 1907. Im Gegensatz zu dem Standpunkt, den er noch um die Wende 1913/14 vertreten hatte, war er nun bereit, den Gebrauch der rumänischen Sprache auch bei den staatlichen Behörden zu genehmigen, weiterhin kündigte er verschiedene Modifizierungen des Wahlrechts und eine Amnestie für die Verurteilten aus Nationalitätenprozessen an. Die rumänische Regierung suchte aber bereits das Bündnis mit der Entente, und dieser Umstand genügte, um Tizas Berechnungen zu durchkreuzen.

In Kroatien wurde die Methode der für die dualistische Epoche charakteristischen Nationalitätenpolitik der herrschenden Klassen hauptsächlich während der Balkankriege von der historischen Wirklichkeit zunichte gemacht. Amt und Würde des Banus sanken im wesentlichen auf die Funktion eines in Kroatien beamteten Polizeiministers der ungarischen Regierung herab; die gesetzlich vorgeschriebene Regierungsform konnte einfach nicht angewendet werden. So bestand das Erbe Kroatiens in den Jahren nach 1910 aus Titeln, die ihres Inhalts beraubt waren, und die Verfassung von 1868 enthielt nichts als leere Buchstaben. Diese „Zerstörung der Verfassung“ hing natürlich mit der Entwicklung der kroatischen innenpolitischen Verhältnisse zusammen. Kroatien, das man versucht hatte, mit dem Ausgleich von 1868 zufriedenzustellen, war zusammen mit Bosnien-Herzegowina in den Jahren nach 1910 im Süden der Monarchie zum Zentrum der dualismusfeindlichen südslawischen Nationalkräfte geworden.

Nach dem Ausbruch der Balkankriege und dem Sieg der verbündeten Balkanstaaten nahm die Dualismusfeindlichkeit noch zu und kleidete sich in neue Formen. Neben den dualistischen Vorstellungen verbreitete sich auch sehr schnell die Idee von einem selbständigen großen südslawischen Staat. Der königliche Kommissar Kroatiens, Slavko Cuvaj, beklagte sich bei Berchtold über die Ausbreitung der südslawischen revolutionären Bewegung an den Mittel- und Hochschulen. Am 10. Juli 1912 schrieb er: „Wenn sie heute auch noch als unreife Phantasten und als ein Produkt der Hetze zu betrachten sind, so stellen sie, herangewachsen, doch eine allgemeine Gefahr dar, denn sie tragen ihre Ideen in die Öffentlichkeit.“ Um

eine weitere Ausdehnung der Bewegung zu verhindern, sah der königliche Kommissar Polizeimaßnahmen vor, darunter die Entfernung von „fremden, wirren Elementen“ aus den Hochschulen von Agram (Zágráb, Zagreb). Weiterhin schlug er vor, den Hochschülern das Stipendium zu entziehen und nach neuen Bemessungsgrundsätzen zu vergeben. „Vor allem diejenigen, die in Prag studieren, dürften kein Stipendium mehr erhalten, denn dieser Ort ist als der Sitz einer Ablegerorganisation besonders gefährlich.“ Der gemeinsame Kriegsminister schrieb bereits am 1. April 1913, daß die allgemeine Lage in Kroatien völlig verworren sei. Ein jeder stehe unter dem Einfluß der Ereignisse auf dem Balkan. Die südslawische Idee und die serbisch-kroatische Brüderschaft seien in der letzten Zeit besonders erstarkt; es breite sich ein revolutionärer, antimonarchistischer Geist aus. Das Ziel zahlreicher Geheimorganisationen sei, Kroatien, Serbien, Slawonien, Dalmatien, Bosnien und Herzegowina zu vereinen. Es verbreite sich die Nachricht, daß man in Altserbien Landparzellen von zehn Joch Land verteile und eine demokratische Verwaltung einführe. Viele sagten schon, wenn sie in den Krieg ziehen müßten, würden sie nicht auf die Serben, sondern auf die Offiziere schießen. – Von den Hochschulabsolventen aus Kroatien gingen viele in die neuen serbischen und montenegrinischen Gebiete. Nach Ausbruch des Balkankrieges wurden nicht nur in Kroatien, sondern auch in Ungarn Schlachtenbilder verbreitet, die die Taten der Armee der vereinigten Balkanstaaten rühmten, und wie der Obergespan von Temesch berichtete, wurden im Grenzgebiet Bildnisse vom serbischen und vom montenegrinischen König sowie vom russischen Zaren verbreitet. In den von Serben bewohnten Gebieten begann man auf Zusammenkünften für die Verwundeten zu sammeln. Gleichzeitig kam es in der gemeinsamen Armee immer häufiger zu Desertationen und Protesten gegen die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen.

Auf ihrer Sitzung vom 28. Februar 1913 befaßte sich die Regierung „mit den Nationalitätenunruhen, die den Frieden des Staates gefährden“, und ordnete eine Untersuchung an, die die Motive und die geistigen Urheber der Bewegungen aufspüren sollte. Die Regierung beschloß, die Grenzpolizei zu verstärken und personell aufzustoßen.

Während des Balkankrieges gewann also in der kroatischen, serbischen und slowenischen Nationalbewegung die Tendenz Raum, die eine Lostrennung von der österreichisch-ungarischen Monarchie forderte. Solche Bestrebungen waren zur gleichen Zeit bei den Rumänen, Slowaken und Karpato-Ukrainern noch nicht anzutreffen. Der entscheidende Grund dafür lag in der Politik ihrer Mutterländer. Die in der Monarchie lebenden Brudervölker der Slowaken versuchten, ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte in erster Linie im Reichsrat durchzusetzen, und betrachteten die Lostrennung nicht als ihre wichtigste Aufgabe. Die russische Außenpolitik wiederum war vorsichtig genug, um bei den in der Monarchie lebenden Karpato-Ukrainern nicht den Wunsch nach einer Trennung zu verstärken. Und Rumänien hatte – wie gesehen – bedingt durch seine spezielle Lage den Rumänen in Ungarn geradewegs untersagt, an dem bestehenden staatsrechtlichen

Zustand zu rühren. Der Krieg der slawischen Balkanstaaten gegen die Türkei jedoch war ein organischer Bestandteil der nationalen Einheitsbewegungen. Als im Herbst 1912 die serbisch-montenegrinische Einheitsbewegung gegen die Türkei zu den Waffen griff, wurde die südslawische Idee in der Monarchie als das brüderliche Zusammengehörigkeitsgefühl der Serben, Kroaten und Slowenen lebendig.

Für die außenpolitische und militärische Führung der Monarchie und ihre beiden Regierungen kamen die Ereignisse und Ergebnisse des Balkankrieges recht unerwartet, und auch auf die sich anschließenden Nationalbewegungen, die die Schaffung eines großen südslawischen Staates proklamierten, waren sie nicht vorbereitet. Die führenden Kräfte der Monarchie wollten selbstverständlich die Südprowinzen dem Reich erhalten. Unterschiede gab es vielleicht nur hinsichtlich der Art und Weise, wie dieses allseits angestrebte Ziel erreicht werden sollte. Die für anwendbar gehaltenen Methoden waren jedoch recht bescheiden und äußerten sich hauptsächlich in Vergeltungsmaßnahmen. Nur in Österreich tauchte von Zeit zu Zeit der Gedanke an eine trialistische Lösung der südslawischen Frage auf. Die slawischen Abgeordneten im Reichsrat – vor allem der böhmische und der polnische Klub – hatten nämlich wiederholt die Unterdrückungsmaßnahmen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina beanstandet.

Unter dem Eindruck der Beständigkeit des südslawischen Problems glaubten einzelne österreichische Politiker und zeitweilig auch Thronfolger Franz Ferdinand, durch eine trialistische Umstrukturierung der Monarchie und die Schaffung einer österreichisch-ungarisch-südslawischen Dreiermonarchie ihre Macht in Mittel- und Südosteuropa sichern und die führende Rolle der österreichischen herrschenden Kreise in diesem neuen Staatsgebilde festigen zu können. Die an eine strukturelle Umgestaltung der Monarchie geknüpfte südslawische Politik schien ihnen geeigneter, Kroatien, Dalmatien, Slawonien und Bosnien-Herzegowina im Verband des Reiches zu halten, als die unveränderte Beibehaltung des Dualismus. Der österreichische trialistische Gedanke konnte aber nicht zu einem Heilmittel gegen die Vorstellung von einem selbständigen großen südslawischen Staat werden, und hauptsächlich nach den Siegen der Serben über die Türken vermochte er mit der Idee von einem selbständigen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen, der auch von Österreich unabhängig sein sollte, nicht zu konkurrieren. Die geringeren Chancen des trialistischen Gedankens waren nicht nur darauf zurückzuführen, daß die nationalen Einheitsbestrebungen der Südslawen im Herbst 1912 einander näher gekommen waren. Einfluß und Überzeugungskraft des Trialismus wurden von Anfang an durch seinen antidemokratischen, klerikalen und dynastischen Charakter abgeschwächt. Außerdem ließ der Widerstand der ungarischen Regierung und des Monarchen auch starke Zweifel an der praktischen Realisierung des Trialismus aufkommen.

Slavko Cuvaj, der königliche Kommissar in Kroatien, hatte sich noch während des Kabinetts Lukács unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand für unbestimmte Zeit beurlauben lassen. Die Lösung der Problematik wurde nun von der

neuen Regierung Tisza erwartet. Der Ministerrat erklärte auf seiner Sitzung vom 19. Juli 1913 die Beibehaltung der Institution des königlichen Kommissars weiterhin für notwendig, hielt aber die Herstellung normaler Verhältnisse für wünschenswert. Franz Joseph ernannte auf Vorschlag Tiszas Ministerpräsidialrat Iván Skerlec, der sich bisher von allen Parteiangelegenheiten ferngehalten hatte, zum königlichen Kommissar. Dieser rief sofort die Führer der kroatischen Parteien zu einer Beratung zusammen. An dem Gespräch vom 28. Juli 1913 nahmen aber nur die Fortschrittliche Partei und die Gruppe Rauch teil. Die über den größten politischen Einfluß verfügende kroatisch-serbische Koalition reichte schriftlich ihre Forderungen ein. In einem Brief an Jenő Balogh vom 12. Februar 1932 berichtete Skerlec über die Anfänge seiner Tätigkeit wie folgt: „... im Juli 1913 wurde ich zum königlichen Kommissar der Länder Kroatien-Slawonien ernannt, mit der Aufgabe, die baldmögliche Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände vorzubereiten. Als ich nach Agram ging, führte ich sofort intensive Beratungen mit den Vertretern aller Parteien, um mich über die Entwicklungsmöglichkeiten und die Wahlchancen zu informieren. Das Ergebnis meiner Verhandlungen besprach ich Mitte August in Geszt mit István Tisza, und wir vereinbarten, daß ich mich um die Aufstellung einer neuen Partei bemühen werde, und zwar auf einer möglichst breiten Basis, auf jeden Fall unter Einbeziehung der alten sog. Unionisten und der zur kroatisch-serbischen Koalition gehörenden Massen.“ Aufgrund der Ermächtigung durch Tisza sagte Skerlec im Rahmen der Durchsetzung des Nationalitätengesetzes von 1868 eine Modifizierung der Dienstpragmatik für Eisenbahnbeamte von 1907, ein Ortsnamengesetz und die Klärung der strittigen Fragen bezüglich des Küstenlandes und der Fischerei zu.

Die Verhandlungen wurden zwar wegen des mißglückten Attentates auf Skerlec am 18. August 1913 vorübergehend unterbrochen, doch im November war die kroatisch-serbische Koalition zu einer Verlängerung des Finanzvertrages bereit und versprach auch, in dem bevorstehenden Landtag keine neuen Fragen aufzuwerfen. Tisza berichtete in der Ministerratssitzung vom 20. November 1913, daß es gelungen sei, den Verhandlungen einen Verlauf zu geben, „der die Aufhebung des königlichen Kommissariats und den erneuten Beginn einer normalen Verfassungsmäßigkeit in Aussicht stellt“. Der Monarch suspendierte den königlichen Kommissar und ernannte ihn gleichzeitig zum Banus. Ende November 1913 hob Skerlec die Vorzensur auf und zog die früheren Verfügungen über die Aufhebung des Versammlungsrechtes zurück. Am 16. Dezember 1913 fanden in Kroatien Wahlen statt, bei denen die kroatisch-serbische Koalition siegte. Die Widersprüche zwischen der kroatisch-serbischen Koalition und der ungarischen Regierung ließen sich allerdings langfristig nicht lösen. Im kroatischen Landtag folgte auf die anfangs lärmenden Szenen eine Reihe von Skandalen. Am 4. Januar 1914 konnte der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Finanzvertrages nur auf dem Wege der Clature angenommen werden. Im Verlaufe des Jahres 1914 forderte die kroatisch-serbische Koalition, die Abteilungsleiterposten mit ihren Leuten besetzen zu können. Skerlec und die ungarische Regierung verfolgten

nämlich immer noch ihr ursprüngliches Ziel, aus dem rechten Flügel der kroatisch-serbischen Koalition und den Unionisten eine regierungsfähige, starke Partei aufzubauen. Deshalb hatten sie zwar den offenen Absolutismus beseitigt, hatten die verfassungsmäßigen Zustände aber noch nicht wiederhergestellt. Es kam zu Streitigkeiten über den Proporz der Abgeordneten Kroatiens im ungarischen Reichstag, und auch in Wirtschaftsfragen ergaben sich bedeutende Differenzen, denn die ungarischen Regierungen hatten die im Finanzausgleich zugesagten Investitionsbeträge verspätet und unvollständig überwiesen. Hinzu kam, daß auch die Einigungsversuche Tizzas ins Kreuzfeuer der Angriffe gerieten. Der alte Unionist Levin Rauch, der sich als Banus von Kroatien zur Zeit des Kabinetts Wekerle einen schlechten Namen gemacht hatte und später königlicher Kommissar geworden war, schrieb über die Einigungsbemühungen Tizzas: „Es würde der Beginn für den Zerfall der Monarchie sein, denn die Koalition ist schon lange nicht mehr kroatisch-serbisch, sondern rein serbisch, und das bedeutet, daß sie mit ganzer Kraft die Politik des Königreiches Serbien unterstützt; wir aber müssen gerade diese Politik durch eine kroatische katholische Richtung ausgleichen, in der es natürlich sehr auf die Unterstützung durch die ungarischen und deutschen Elemente ankommt, die vor allem in Slawonien recht beträchtlich sind.“ Tizzas unbefriedigende Verhandlungsergebnisse wurden auch von der ungarischen Parlamentsopposition angegriffen, was zum Scheitern des ohnehin labilen Kompromisses beitrug. Im Reichsrat forderten zur gleichen Zeit die slawischen Abgeordneten eine vollständige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Kroatien.

Bereits in der Zeit des Ausgleichs von 1867 war der rechtliche Status des Seehafens Fiume, der auf dem Gebiet des Mitlandes Kroatien-Slawonien und Dalmatien lag, in den Vordergrund der Debatten geraten. Kroatien betrachtete ihn als zu sich gehörig, während die führenden Politiker Ungarns in der Hafenstadt eine bedeutende Bastion für die Entfaltung von Wirtschaft und Handel sahen und deshalb unter Berufung auf die historischen Traditionen die unmittelbare Zugehörigkeit der Stadt zu Ungarn forderten. Die nach dem Ausgleich einsetzende schnelle Wirtschaftsentwicklung steigerte die Bedeutung Fiumes für den Außenhandel weiter. Die nationale Zusammensetzung der Bewohner der Stadt war recht gemischt; es lebten hier Italiener, aber auch Kroaten, Serben, Ungarn, Slowenen und Deutsche. In ihrem Umland war hingegen schon ein deutliches Übergewicht der Südslawen zu beobachten. Diese Umstände veranlaßten die ungarische Regierung, den Rechtsstatus von Fiume und sein Verhältnis zu Ungarn als eine Sonderform und nur provisorisch festzulegen. Auch später gelangte die Frage nie vor das Parlament. Doch gab es zwischen Ungarn und Kroatien einen ständigen Rechtsstreit über den Charakter dieser provisorischen Verwaltungslösung.

Der königliche Erlaß vom 28. Juli 1870 betraute vorübergehend den ungarischen Reichstag mit den legislativen Aufgaben bezüglich der Verwaltung der Stadt und des Bezirks Fiume und übertrug der ungarischen Regierung die Ausübung der Exekutivgewalt. Außerdem garantierte er aber auch die Autonomie des

munizipalen Vertretungskörpers, der „Rappresentanza“ von Fiume. 1872 wurde dann ein Statut zur Regelung der inneren Verwaltung Fiumes herausgegeben. Es gewährte der gewählten Rappresentanza und dem ständigen Ausschuß eine breite Rechtsbefugnis und bestimmte die Kompetenz des Gouverneurs, der von der ungarischen Regierung ernannt wurde. Das Statut wurde auch von der ungarischen Regierung gebilligt. In der Präambel des Statuts hieß es, daß die Beschlüsse solange Gültigkeit haben würden, wie Fiume eine freie Stadt bleibe und die innere Verwaltung seines Gebietes gesetzlich nicht endgültig geregelt sei. Gemäß § 127, dem letzten Paragraphen des Statuts, konnte selbiges nur unter der tatkräftigen Mitwirkung der Rappresentanza der freien Stadt und des Bezirks Fiume umgestaltet oder modifiziert werden. Die Rappresentanza war mit Zweidrittelmehrheit beschlußfähig. In der Zeit des Dualismus wurde mehrmals versucht, die staatsrechtliche Stellung Fiumes gesetzlich zu regeln, jedoch ohne Erfolg.

István Tisza erkannte den labilen Charakter der Verwaltungslösung und registrierte sehr wohl die von Anfang an um den Status von Fiume geführten Diskussionen und die bestehenden Spannungen. Schon zu Beginn seiner Laufbahn schrieb er mehrere Studien über die staatsrechtliche Lage Fiumes. Er befürchtete den Verlust des bedeutenden Seehafens und verteidigte das Statut gegen alle Angriffe von seiten Kroatiens und Fiumes. In der Zeitschrift *Budapester Szemle* (Budapester Rundschau), Jahrgang 1883, veröffentlichte er zwei Artikel zu diesem Thema. „Es wäre in der Tat nicht nur eine Torheit, sondern auch die größte Undankbarkeit, diese Stadt mit einer so großen Zukunft den Expansionswünschen der Gesellschaften zu opfern, wo doch die Bewohner der Stadt in ungebrochener Treue an uns festhalten und für uns gelitten haben“, schrieb er unter anderem.

Tisza sträubte sich aber gegen alle Vorschläge, die darauf abzielten, daß das ungarische Parlament die Angliederung Fiumes an Ungarn ohne Befragung beziehungsweise gegen den Protest von Kroatien und Fiume einseitig gesetzlich verankerte und damit die Grenzen Ungarns bis an die Save ausdehnte.

Die ungarischen Regierungen haben dann bis hin zur zweiten Ministerpräsidentenschaft Tiszas die im Statut festgeschriebene Rechtsbefugnis der autonomen Organe der Stadtverwaltung auch nicht beschnitten. In den Jahrzehnten nach dem Ausgleich nahm der Verkehr des Hafens bedeutend zu, wobei auch der Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Fiume eine Rolle spielte. Die Einwohnerschaft der Stadt blieb weiterhin gemischt. Die immer mehr erstarkende Bewegung für die Schaffung eines großen südslawischen Staates setzte sich auch die Einverleibung Fiumes zum Ziel und forderte, das staatsrechtliche Statut für ungültig zu erklären. Die ungarische Regierung blieb die Antwort nicht schuldig. Der Ministerrat beschloß auf seiner Sitzung vom 17. Juni 1913 die Auflösung der Rappresentanza von Fiume. Er berief sich darauf, daß diese zuvor verschiedene Maßnahmen des Gouverneurs, wie zum Beispiel die sog. Ausweisung verdächtiger Personen aus dem Gebiet Fiumes, für ungesetzlich erklärt und auch die Ausdehnung einzelner

Gesetze auf Fiume beanstandet hatte. Nach der Auflösung der Rappresentanza übernahm der ständige Ausschuß ihre Kompetenzen. Von den zehn ordentlichen und fünf Ersatzmitgliedern des ständigen Ausschusses dankten aber elf Mitglieder ab. Die so entstandene Situation war weder im Gesetz noch im Statut vorgesehen, so daß es damit keine Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Ordnung der Verwaltung von Fiume mehr gab. Man dachte an die Aufhebung der Selbstverwaltung Fiumes, die staatsrechtliche Form für diese Maßnahme bereitete der Regierung Tisza aber große Probleme. Es war zu entscheiden, ob man Kroatien um Mitwirkung ersuchen sollte und ob ein Regierungsbeschluß oder die Ermächtigung durch das Parlament für die Durchführung erforderlich waren. Nach Ansicht des Justizministers bildeten die Stadt und der Bezirk Fiume einen der ungarischen Regierung angegliederten „corpus“, der also nicht von den Beschlüssen des kroatischen Landtages berührt werden konnte. Eine gesetzliche Ermächtigung war laut dem Justizminister nicht erforderlich, denn Fiume hatte seine Autonomie auf dem Verordnungswege erworben. Die Regierung traf in den strittigen Fragen vorerst trotzdem keine Entscheidung. Sie wollte die erfolgreiche Einigung mit Kroatien nicht durch eine umfassende rechtliche Aufhebung der Selbstverwaltung Fiumes gefährden.

Die Auflösung der Rappresentanza war aber eigentlich nur der Anfang für die Neuorganisation des gesamten politischen Status von Fiume. Mit der Aufstellung einer zentral organisierten Grenzpolizei schränkte der Ministerrat die Befugnisse der Stadtpolizei Fiumes ein, und durch die Anmeldepflicht kontrollierte er die Bevölkerung der Stadt und den Verkehr im Hafen. Am 13. Juni 1913 wurde ein Vorschlag des Innenministers angenommen, wonach die Rechte der Rappresentanza auf den Gouverneur übergingen. Der Ministerrat ermächtigte den Gouverneur, in Ausnahmekompetenz direkt über die Beamten und andere Organe der Stadt sowie über die Angestellten der städtischen Werke verfügen zu können.

Während die Regierung Tisza versuchte, Kroatien und die in Ungarn lebenden Rumänen durch Zugeständnisse zu befrieden, wurden die Karpato-Ukrainer weiterhin durch strenge Willkürmaßnahmen niedergehalten. Im Dezember 1913 begann die Vorbereitung des sog. Schisma-Prozesses von Máramarossziget (Sighetul Marmatiiei), der sich gegen die karpato-ukrainische Nationalbewegung richtete. Es wurden massenweise Verhaftungen vorgenommen, und gegen die Angeklagten trat vor Gericht eine ganze Heerschar von Zeugen auf. Hinter der Konvertierungsbewegung der karpato-ukrainischen Bauern vermutete man einen für die Monarchie gefährlichen Panslawismus.

Die panslawistische Bewegung fürchtete Tisza auch in den von Slowaken bewohnten Gebieten. In seinen Briefen erkundigte er sich nach „den Ausmaßen und den Nuancen der panslawistischen Aufwiegelung“. Er fragte nach dem Charakter ihrer Presse, ihrer Vereinigungen und ihrer wirtschaftlichen Institute, nach den Auswirkungen der Auswanderung, nach den Beziehungen der Bewegung zu anderen Slawen innerhalb der Monarchie und anderem.

Während aber die südslawische und die rumänische Nationalbewegung auch außenpolitische Bedeutung hatten, blieb die slowakische Frage im Hinblick auf die internationale Lage der Monarchie bis zum Ersten Weltkrieg im Hintergrund. Hier gab es auch keine mit Drohungen gekoppelten Versprechungen, denn ein Rühren an der slowakischen Frage hätte nicht nur im böhmischen Landtag, sondern auch im Reichsrat ein weit lebhafteres Echo zur Folge gehabt als die südslawische oder rumänische Politik der ungarischen Regierung. Tisza verhandelte zwar mit der Gruppe der Nationalpartei der Slowaken in Sankt Martin (Turócszentmárton, Martin), kam aber zu keinerlei Ergebnis.

TISZA UND DER ERSTE WELTKRIEG

Am 28. Juni 1914 wurden der Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin in Sarajevo ermordet. Damit traten außenpolitische und militärische Fragen in den Vordergrund, die in ihrer Tragweite über die Entwicklung des innenpolitischen Regierungssystems in Ungarn hinausgingen und das weitere Schicksal der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie betrafen.

Die Heeresleitung hielt – in Übereinstimmung mit den Deutschen – die Zeit für gekommen, mit Serbien abzurechnen. Generalstabschef Conrad von Hötzendorf schrieb in seinen Memoiren: „Die ganze Schwere des Schlages stand sofort vor mir, und auch die Folgen, die er haben mußte. Der Mord in Sarajevo schloß eine lange Kette als letztes Glied. Er war nicht die Tat eines einzelnen Fanatikers, er war das Werk eines wohlorganisierten Anschlags, er war die Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn. Sie konnte nurmehr mit Krieg erwidert werden.“⁸ Der Standpunkt des gemeinsamen Ministers des Äußern kam dem des Generalstabschefs nahe, allerdings hielt Berchtold eine entsprechende diplomatische Vorbereitung des Krieges für notwendig. Der österreichische Ministerpräsident Stürgkh erhoffte sich von einer kriegerischen Lösung die Zerschlagung der zunehmend erstarkenden Beziehungen zwischen den innerhalb und außerhalb der Monarchie lebenden Slawen, vor allem den Südslawen. Anfang Juli verlangte auch Kaiser Wilhelm II. den sofortigen Kriegsbeginn.

Unter diesen Umständen fällt die damalige Auffassung Tizas auf. Zur Zeit des Attentates hielt sich der ungarische Ministerpräsident in Geszt auf, und als er die Schreckensnachricht erfuhr, reiste er sofort nach Budapest und dann nach Wien. Wie Tiza schon früher dargelegt hatte, sah er in der Gestaltung einer neuen, günstigeren Balkankonstellation die Vorbedingung für einen erfolgreichen Krieg. Andernfalls würde sich der Krieg seiner Meinung nach unvermeidlich ausweiten. Vor allem mußte Rußland von einem militärischen Balkankonflikt ferngehalten werden, denn sein Eingreifen konnte, mit Hinblick auf Rußlands Verbündete, unabsehbare Folgen haben. Tiza beunruhigte auch die Möglichkeit eines rumänischen Angriffs. Er ließ sich also bei der Ermordung des Thronfolgers nicht von Gefühlen übermannen und wollte auch das Schiff der Monarchie, vor allem den

⁸ Conrad von HÖTZENDORF, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918. I–IV, Wien–Berlin–Leipzig–München 1921–1925, Bd. IV, 17–18.

Monarchen, aus diesem Sog herausreißen. In seinen Stellungnahmen dominierten deshalb Zweckmäßigkeitsüberlegungen und Vernunftgründe, die die Zukunft der Monarchie im Auge hatten. Natürlich bewahrten ihn auch seine nie verheimlichte Abneigung gegen Franz Ferdinand und die Differenzen, die es in ihren politischen Vorstellungen gegeben hatte, davor, sich der Stimmung des Augenblicks hinzugeben, doch sah auch er gerade im Interesse der Bewahrung des Ansehens der Monarchie in der Vergeltung des Unrechts, das der Krone zugefügt worden war, eine wichtige staatspolitische Aufgabe. Am 1. Juli schrieb Tisza an Franz Joseph: „Ich halte diesen Zeitpunkt, da wir Rumänien so gut wie verloren haben, ohne einen Ersatz dafür bekommen zu haben, und da der einzige Staat, auf den wir rechnen könnten, Bulgarien, erschöpft darniederliegt, überhaupt für einen recht ungünstigen. Die gegenwärtige Situation auf dem Balkan ist derart, daß nichts leichter fällt, als einen passenden Casus belli zu finden. Wenn die Zeit für einen Schlag gekommen sein wird, dann können wir aus den verschiedensten Fragen einen Grund für den Krieg ableiten.“ Auf der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates in Wien am 7. Juli forderte Tisza, Serbien harte, aber nicht unerfüllbare Bedingungen zu stellen. Die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion hielt er nun schon für wahrscheinlicher als unmittelbar nach dem Attentat. Eine Annexion Serbiens lehnte er zwar entschieden ab, doch die Forderung nach teilweisen Gebietsabtretungen unterstützte er. Der Minister am allerhöchsten Hoflager Burian übermittelte ihm am 12. Juli die Wünsche des Herrschers, der „großes Gewicht darauf legt, daß die Differenzen zwischen Deiner Auffassung und der der übrigen Faktoren, die S. Majestät übrigens nicht für wesentlich erachtet, möglichst bald ausgeglichen sein mögen“. Den Quellen zufolge gab Tisza bereits zwei Tage später auf mehreren Foren seinen Sonderstandpunkt auf, ohne daß ihn noch irgendwelche Zweifel geplagt hätten. Er beteiligte sich auch an der Konzipierung des für Serbien unannehmbaren Ultimatums. Warum Tisza innerhalb weniger Tage seine so felsenfest anmutende Überzeugung, daß der Krieg gegen Serbien hinausgezögert werden müsse, scheinbar leichthin aufgab, ist eine Frage, zu der es schon geradezu historische Literatur gibt. Warum schloß er sich dem Standpunkt der Militärführung an und übernahm mit seiner Zustimmung die Verantwortung für den Krieg? Die Meinungsänderung Tiszas war lange Zeit Gegenstand von Diskussionen, und deshalb soll die Frage auch an dieser Stelle nicht ausgeklammert werden, vor allem, weil man Tisza nach Kriegsende für dessen ganzes Odium verantwortlich machte und er auch nicht dagegen protestierte (ebenso wie er sich bei Ausbruch des Krieges nicht über die ihm plötzlich zuteil werdenden Ovationen freute).

In Deutschland hat Tisza – auch wenn es Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der außenpolitischen Orientation oder der Beurteilung der Politik der kleinen Balkanländer gab – seit Beginn seiner Laufbahn einen Hauptpfeiler der Großmachtstellung der Monarchie gesehen. Dieses Bündnis zu bewahren, hielt er zugleich für das Unterpfand des endgültigen Triumphes. Sein blinder Glaube an Deutschland, der die materielle, militärische und geistige Kraft dieses Landes

überbewertete, war und blieb zweifellos der schwächste Punkt seiner umfassenden politischen Konzeption, doch davon ging er mit der für ihn charakteristischen Konsequenz – wir könnten auch sagen, Sturheit – nicht ab. Als er sich dann vergewissert hatte, daß Kaiser Wilhelm von der Notwendigkeit des Krieges ganz entschieden überzeugt und auch Franz Joseph zu einem ähnlichen Entschluß gekommen war, konnte es an seiner Entscheidung keinen Zweifel mehr geben. Dazu trug natürlich auch das nachdrückliche Versprechen Deutschlands bei, daß es Rumänien vom Krieg fernhalten, eventuell sogar gegen Rußland wenden werde. In dem vorübergehenden Dilemma Tizas gewannen somit notwendigerweise die stärkeren Argumente über die sekundären die Oberhand. Letztendlich verdrängte das Ganze das Teilstück, und das in der speziellen, István Tisza eigenen Art, nämlich mit elementarer Kraft und so radikal, daß von nun an in seiner Stellungnahme keine Spur mehr von der einst von ihm selbst bestimmten Priorität der neuen politischen Ordnung des Balkans zu finden war. Tisza beugte sich also nicht gezwungenermaßen den Wünschen des Monarchen, sein Ja sprach er nicht aus Angst, sondern aufrichtig, und hatte er früher Zweifel gehegt, so riß er sie nun mit der Wurzel aus. Nur auf diese Weise vermochte er sein außergewöhnliches Arbeitsvermögen und die Regierungsmaschinerie in den Dienst der Kriegsziele zu stellen.

Schon bisher hatte es für Tisza in der Innenpolitik kaum ein Gebiet gegeben, in dem er nicht bewandert gewesen wäre, jetzt aber äußerte er in den kleinsten sozialen oder Nationalitätenangelegenheiten seine Meinung, und auch das Entscheidungsrecht behielt er sich immer mehr selbst vor. Seine Möglichkeiten waren allerdings eingeengt, denn im Krieg sprechen doch eher die Armee und die Waffen das entscheidende Wort, und in dem bestehenden System des Dualismus war die Lenkung und Führung der Armee bei der gemeinsamen Heeresleitung zentralisiert. Als ungarischer Ministerpräsident erfuhr er oft nur aus zweiter oder dritter Hand vom Kriegsglück und später dann immer häufiger von den verlorenen Schlachten. Die gemeinsamen Ministerratssitzungen wurden äußerst selten abgehalten. Die Kriegsminister oder die Generalstabschefs andererseits sahen es nicht als ihre Aufgabe an, die beiden Regierungen zu informieren, und was ihre Pläne betraf, so waren sie geradezu verschwiegen und betrachteten sie auch für die Ministerpräsidenten als Kriegsgeheimnis. In erster Linie erhielt Tisza vom Minister am ah. Hoflager – anfangs in der Person Buriáns – Informationen über die diplomatischen Schritte des gemeinsamen Ministers des Äußern, und auch das geschah ziemlich oberflächlich. Auf diese Weise waren die militärische und die zivile Verwaltung der Monarchie während des Krieges strikt voneinander getrennt und die Regierungen der beiden Länder sozusagen der Militärpolitik ausgeliefert, wengleich sie das nicht von dem schweren Gewicht der Verantwortung entband. In den anderen kriegführenden Ländern – inbegriffen auch das verbündete Deutschland – kam es eher zu einer Vereinigung von militärischer und ziviler Führung.

Nach Kriegsausbruch veränderte sich also Tizas früherer politischer Spielraum, seine Laufbahn erhielt einen Bruch, und seine Persönlichkeit stand nun im Schatten der Heeresleitung der Monarchie. Wenn er auch von Zeit zu Zeit einzelne falsche Schritte der Militärführung kritisierte oder eigene strategische Vorschläge unterbreitete, fand er in dem geschlossenen Wiener Kreis des obersten Offizierskorps doch kaum Gehör. Diese Funktion mit stark begrenztem Wirkungsbereich hätte eigentlich jeder zeitgenössische durchschnittlich begabte Routinepolitiker ausfüllen können, aber ein anderer hätte es wohl bei weitem nicht mit solcher Überzeugung getan, unbeeindruckt vom Auf und Ab und dem Wechsel der Ereignisse, wie es Tisza tat. Er erkämpfte sich in den außenpolitischen und militärischen Fragen ein direktes (natürlich eigentlich doch eher indirektes) „Mitspracherecht“, wozu später seine Nachfolger nicht mehr fähig waren. Neue Elemente sind hingegen in seiner politischen Konzeption und Praxis kaum noch zu finden. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand die Sicherung der Kriegserfordernisse. Er sammelte Daten über politische und gesellschaftliche Bewegungen, mit besonderer Berücksichtigung der Nationalitätenbewegungen. Seine offiziellen und privaten Briefe füllen Bände. Ohne auch nur im geringsten innezuhalten, erledigte er als Ministerpräsident seine nun ganz anders gearteten Aufgaben, die hauptsächlich aus der täglichen Administration bestanden. Er versuchte, die Neutralität Italiens und Rumäniens zu erhalten. Letzterem dienten auch die wieder aufgenommenen Verhandlungen mit den Führern der Rumänischen Nationalpartei.

Als besonders gefährlich beurteilte Tisza in Kroatien die Agitation für die Schaffung eines großen südslawischen Staates. Um die Gemüter zu beruhigen, wandte er sein altes, bekanntes Rezept an: Er besänftigte die Friedfertigen und disziplinierte mit aller Strenge die Agitatoren, die gegen die Monarchie und gegen Ungarn auftraten. Unter den veränderten Verhältnissen hatte seine Politik aber recht wenig Erfolg, denn in Kroatien waren die Lostrennungsbestrebungen bereits zu einer Massenerscheinung geworden, die durch das Auftreten der k. u. k. Armee und ihre Vergeltungsaktionen unter den Südslawen, vor allem natürlich unter den Serben Kroatiens, noch verstärkt wurde. Das heißt, die Armee und zum großen Teil auch die Beamtenschaft befolgten nicht einmal Tizas Mahnungen. Deshalb griff er wiederholt zur Feder und verlangte eine Wiedergutmachung der Maßnahmen, die das kroatische Nationalgefühl verletzten. Er kritisierte zum Beispiel die überflüssigen Schikanen gegen die kroatischsprachigen Schulen oder das Verbot für die Rekruten, beim Einzug in die Kaserne die kroatischen Nationalfarben zu tragen.

Nach den anfänglichen Kriegserfolgen befaßte er sich mit der Skizzierung einer neuen politischen Ordnung entsprechend den Verhältnissen, die ein Sieg im Krieg bringen würde. Vor allem machte er sich über das künftige Schicksal und den staatsrechtlichen Status der Slawen in der Monarchie und der zu Rußland gehörenden Polen Gedanken. Die Schaffung eines selbständigen polnischen Königreiches zog seiner Meinung nach früher oder später den Verlust der westgalizischen Polen nach sich, die bisher die österreichische Regierung – vor allem gegen die

Tschechen und die Südslawen – unterstützt hatten. Der polnische Block konnte deshalb nicht als gleichberechtigter Faktor in die Organisation der Monarchie eingefügt werden. Tisza empfahl, alle Polen in den österreichischen Staat zu übernehmen, denn das würde das Deutschtum in Österreich zu einer gemäßigteren und nüchterneren Politik zwingen. Zugleich schien es ihm vorstellbar, daß Ostgalizien zusammen mit der Bukowina innerhalb Österreichs eine große Provinz bildete. Diese staatliche Ordnung hätte nur ein Problem aufgeworfen: Hinter der politischen Parität zwischen Österreich und Ungarn würden Staaten mit unterschiedlicher Bevölkerungszahl stehen, und die Einwohnerzahl Österreichs würde weiter ansteigen, denn mit der Angliederung von Russisch-Polen erhöhte sich die Zahl von bisher 29 Millionen auf 40 Millionen. Diese Verschiebung der Bevölkerungsproportion ließ sich durch die Angliederung Bosniens an Ungarn nur geringfügig ausgleichen, denn Ungarns Bevölkerung würde dann – zusammen mit Kroatien – von 21 Millionen nur auf knapp 23 Millionen anwachsen. Eine Angliederung Dalmatiens müßte andererseits gut durchdacht werden, denn Ungarn hatte schon „durch Kroatien-Slawonien und Bosnien genügend zu verdauen“. Tisza beruhigte sich bei seinen Überlegungen damit, daß die Differenz zwischen den Bevölkerungsquoten nicht so hoch war, daß sie den Dualismus und die Parität in Frage gestellt hätte.

Unter dem Eindruck der ersten Kriegssiege schmiedete Tisza also weitgehende Pläne für die Umgestaltung der Monarchie. Er grübelte darüber nach, wie die staatsrechtliche Grundlage von 1867 aufrechterhalten werden konnte, und sah die Monarchie schon als Sieger, obwohl es zahlreiche Anzeichen dafür gab, daß die Front zu einem Stellungskrieg erstarrt war, Rußland die Aufrüstung seiner Armee verstärkte, seine westlichen Verbündeten ebenfalls ihre Kriegsvorbereitungen beschleunigten und so bedeutende deutsche Militärkräfte gebunden waren. Die diplomatischen Manöver Rumäniens waren ihm gut bekannt, und trotz der Versprechen Deutschlands konnte er keine Zweifel daran hegen, daß es sich letztendlich der stärker erscheinenden Machtgruppierung anschließen würde. In der ungarischen Innenpolitik sah sich Tisza – wenigstens zu Beginn des Krieges – mit relativ wenig Problemen konfrontiert. Die Parteien, auch die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Radikalen, betrachteten den Krieg als einen grundlegenden Kampf um die nationale Existenz. So hatte Tisza mit den Führern der Parlamentsparteien vereinbart, daß sie während des Krieges bei anstehenden Wahlen keine Parteienkämpfe führen, sondern in den einzelnen Wahlbezirken die früheren Abgeordnetenmandate der Parteien zugrunde legen und bei neuen Kandidaten keine Gegenkandidaten aufstellen würden.

Ende 1914 geriet die Stellung des Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf ins Wanken. Die erwarteten Kampferrfolge blieben aus, an der Ostfront wurde eine Überlegenheit der russischen Soldaten deutlich, die serbischen Kriegsfrenten verhärteten sich, und die Hoffnung auf einen schnellen Sieg verflieg. All das schwächte das Ansehen des Generalstabschefs auch bei der Militärführung. Die so sehr ersehnte deutsche Militärhilfe zeigte sich nicht, obwohl die Öffentlichkeit

noch gut die optimistischen Worte Kaiser Wilhelms bei Ausbruch des Krieges im Ohr hatte: Wenn die Blätter fallen, werden unsere Soldaten wieder zu Hause sein. Nun schrieb man schon Anfang 1915, in Galizien fiel Przemyśl, und auch die zu seiner Rückeroberung eingeleitete Gegenoffensive scheiterte. Der gemeinsame Minister des Äußern, István Graf Burián, machte deshalb bereits am 9. März den Versuch, Italiens weitere Neutralität durch die Zusage territorialer Zugeständnisse zu sichern. Die italienische Regierung forderte Südtirol und den Süden des österreichischen Küstenlandes; aus Triest sollte nach Italiens Vorstellungen ein selbständiger Staat werden. Tisza mußte also für den Fall, daß Italien und Rumänien die Monarchie angriffen, starke Zweifel am Ausgang des Krieges haben. Es stellt sich die Frage, wie der Kriegseintritt dieser Staaten auf ihn wirkte beziehungsweise welche Faktoren seine früheren Befürchtungen aufheben könnten. Für Ungarn war nach Tizas Ansicht ein rumänischer Angriff natürlich weit gefährlicher, und deshalb bemühte er sich, mit Italien die Verhandlungen aufrechtzuerhalten, eventuell auch um den Preis schneller Gebietskonzessionen.

Als Italien dann tatsächlich den Krieg erklärte, forderte die Opposition den Rücktritt Tizas. Die Partei der Nationalen Arbeit bestand aber auf dem Verbleib des Ministerpräsidenten und war nur zu einer möglichen Erweiterung des Kabinetts durch oppositionelle Politiker bereit. Die Opposition wiederum wollte sich an einem Kabinett Tisza nicht beteiligen und vereitelte den Plan einer nationalen Konzentration der politischen Kräfte. Die Nachricht vom italienischen Angriff versetzte Tisza trotz seiner früheren Auffassung nicht in eine pessimistische Stimmung völliger Aussichtslosigkeit. Er nahm die neue Situation umgehend zur Kenntnis und hielt auch jetzt außer seiner eigenen Person niemanden in Ungarn für geeignet, die Regierung in der veränderten Lage erfolgreich führen zu können. Er verdrängte seine früheren Zweifel und war trotz zunehmender Oppositionskritik bereit, das Amt des Ministerpräsidenten weiterhin auszuüben. Motiviert wurde er bei dieser Entscheidung wohl auch durch den eben in Galizien errungenen Sieg.

Nun sah Tisza in der militärischen und diplomatischen Sicherung der Neutralität Rumäniens eine lebensnotwendige Aufgabe. Dabei war er nach wie vor der Meinung, daß vor allem ein durchschlagender Sieg über die russischen Truppen, die militärische Verteidigung Siebenbürgens und militärische Erfolge gegen Serbien Rumäniens Haltung und seinen endgültigen Entschluß bestimmen würden. In der Diplomatie drängte Tisza auf eine Festigung der Bündnistreue Bulgariens. Seine Vorstellungen waren aber von schweren inneren Widersprüchen belastet. Der Krieg mit Italien fesselte bedeutende militärische Kräfte, so daß der erhoffte Siegeszug an der Ostfront schließlich nicht eintrat, eine Offensive gegen Serbien illusorisch wurde und auch die von Tisza gewünschte, starke Verteidigung Siebenbürgens nicht garantiert werden konnte, da die Militärfähigkeit der Monarchie auf den Kriegsschauplätzen schon jetzt nicht ausreichte. Tisza hatte deshalb immer häufiger heftige Auseinandersetzungen mit der Militärführung. Besonders schwerwiegend waren seine Meinungsverschiedenheiten mit Deutschland, das, um die Rumänen zu gewinnen, dem Land sogar territoriale Zugeständnisse machte. Tisza

erschien all das für die Zukunft Ungarns verhängnisvoll. Seiner Ansicht nach waren nur die von ihm in Aussicht gestellten Erleichterungen für die Rumänen notwendig, und eine Autonomie Siebenbürgens oder territoriale Zugeständnisse an Rumänien schloß er völlig aus.

Im Parlament erstreckten sich die Interpellationen der Opposition nun auch auf das Verhältnis zu Österreich und zur Armee. Am 16. Januar 1916 beklagte sich Tisza in einem Brief an Graf Apponyi verbittert, daß sich die Opposition über so heikle Fragen auslasse, was „mit der seit Ausbruch des Krieges an den Tag gelegten patriotischen Selbstbeherrschung nicht zu vereinbaren ist“. Doch Tisza bat Apponyi vergebens, ihn bei der Beseitigung dieser bedenklichen Erscheinungen zu unterstützen, denn Apponyi beanstandete zum Beispiel selbst, daß die ungarischen Truppen in der Regel an die schwierigsten Frontabschnitte geführt wurden und daß sich an den höchsten Stellen der Heeresleitung die ungarneidlichen Äußerungen häuften. Mihály Károlyi wiederum ging neue Wege und hatte endgültig mit dem konservativen Flügel der Unabhängigkeitspartei unter Apponyi gebrochen. Mit etwa 20 Gesinnungsgenossen, darunter Gyula Justh, Lajos Holló und János Hock, trat er im Sommer 1916 aus der einheitlichen Unabhängigkeitspartei aus und gründete eine neue Partei. In seinem Programm forderte er unter anderem eine Personalunion mit Österreich, ein selbständiges Zollgebiet und eine selbständige ungarische Armee, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, die Beendigung des Krieges und eine „tiefgreifende“ Grundbesitzpolitik. Seine Vorschläge machten deutlich, welche Leidenschaften der Krieg geweckt hatte, wie groß die Opfer an der Front waren, mit welchen Versorgungsschwierigkeiten die Bevölkerung zu ringen hatte und welche schwerwiegenden Folgen die Inflation nach sich zog. Die gesellschaftliche Basis seiner Partei bildeten einzelne deutschfeindliche Groß- und Mittelgrundbesitzer, das Mittel- und Kleinbürgertum und die Bauern. Andrassy nahm angesichts der Häufung der außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten lieber zur Erneuerung der alten Oppositionstaktik Zuflucht. In der Politik der Sozialdemokratischen Partei gewann immer mehr die pazifistische Richtung die Oberhand. Auch die Gewerkschaften wurden aktiver. Betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder Ende 1916 noch 55 000, so belief sie sich 1917 bereits auf 200 000 und hatte im Oktober 1918 dann schon 700 000 erreicht.

Als Rumänien im August 1916 an der Seite der Entente in den Krieg eintrat, nahm die Isolierung Tiszas noch zu. Die Illusionen von einem siegreichen Frieden zerstoßen allmählich, auch wenn die Mittelmächte von Zeit zu Zeit noch beeindruckende Siege verzeichnen konnten. Die Armeen der Entente hatten Deutschland und die österreichisch-ungarische Monarchie fast eingeschlossen. Zwar konnten sie sie noch nicht vernichten, aber die Lage der Mittelmächte wurde immer aussichtsloser. Ihre früheren Kriegsziele waren nun geradezu anachronistisch, hätten sie sie aber aufgegeben, dann wäre das ganz eindeutig einer Flucht, wenn nicht gar einer Niederlage gleichgekommen. So befanden sie sich in einer Sackgasse. Die einzelnen Friedensvorschläge und Friedensbemühungen mußten – vor allem wegen der deutschen Regierung und der Militärführung der Monarchie –

notwendigerweise scheitern. Tisza, der zwar bis zum Schluß an seinem Standpunkt festhielt und jegliche Annexion ablehnte, war nicht für einen Sonderfrieden. Auch unter den veränderten Umständen hielt er an seiner in jungen Jahren entwickelten Konzeption fest, daß die Monarchie ein lebensfähiges Staatsgebilde war, das im Herzen Europas aber nur im Bündnis mit Deutschland bestehen und seine Souveränität bewahren konnte. Dieses derart in Fesseln gelegte paradoxe System seiner Konzeption vermochte er nicht zu lockern, gar nicht zu reden davon, daß er es womöglich gänzlich gesprengt hätte. In ähnlicher Weise klammerte er sich fast krankhaft an seine früheren innenpolitischen Vorstellungen, obwohl er auch hier in unlösbare Widersprüche geriet. Von den erstarkenden gesellschaftlichen Bewegungen behauptete er, daß diese nicht nur der seelischen Befindlichkeit, den politischen Wünschen und dem Willen der „Intelligenz“ fremd seien, sondern auch dem Anliegen der unteren Volksklassen nicht entsprachen, weshalb er sie als ungefährlich für das in seinen Augen feste Gefüge der Monarchie einstufte. Aus diesen Überlegungen heraus kam er zu der Schlußfolgerung, daß es ein leichtes sei, diese Bewegungen zu beseitigen oder wenigstens in den Hintergrund zu drängen, während ihre Berücksichtigung oder die Erfüllung ihrer Forderungen die Monarchie und mit ihr das bestehende Gesellschaftssystem rettungslos in Gefahr bringen konnte. Aus diesem Grunde hielt er es zeit seines Lebens für notwendig, sie strikt abzulehnen. So war seine Niederlage auch auf diesem Gebiet unvermeidlich.

Am 21. November 1916 starb 86jährig Franz Joseph I., seit 68 Jahren Kaiser von Österreich und seit 49 Jahren Ungarns gekrönter König. Thronfolger Karl konnte mit 29 Jahren den Thron besteigen. (Im Oktober 1911 hatte er die Herzogin Zita aus einem verarmten Zweig des berühmten französischen Hauses Bourbon geheiratet.)

Am Morgen des 30. Dezember 1916 bestätigten die beiden Häuser des ungarischen Parlaments die auf alte Traditionen zurückgehende Krönung Karls zum ungarischen König. Dann zogen die Reichstagsabgeordneten in die Matthiaskirche. Rings um die Kirche waren prunkvoll geschmückte Kutschen vorgefahren, und es versammelten sich zu Fuß und beritten Magnaten in ungarischer Gala, Munizipalabordnungen aus der Provinz, Vereinsmitglieder und Vertreter von Organisationen. Bald darauf tauchte die Kutsche des Königspaares auf, gezogen von acht Schimmeln. Voran ritt der Ministerpräsident von Ungarn, István Graf Tisza, der zuvor zum stellvertretenden Palatin gewählt worden war. Unter den Klängen der ungarischen Hymne schritten Karl und seine Gemahlin zum Altar. Der Fürstprimas salbte den König nach alttestamentarischem Ritus, legte ihm den Krönungsmantel um die Schultern und band ihm das Schwert um. Die Salutschüsse dröhnten, und die Glocken läuteten. Dann setzten der Fürstprimas und Tisza dem König die Krone auf das Haupt und gaben ihm die Krönungsinsignien in die Hand. Der König setzte sich auf den Thron. Seine Vereidigung erfolgte vor der Kirche auf dem Dreifaltigkeitsplatz. Der König hieb mit dem Schwert in die vier Himmelsrichtungen, zum Zeichen dessen, daß er das Land

gegen jede Gefahr, woher sie auch komme, verteidigen werde. Der Glanz und Prunk, das Funkeln von Gold und Brillanten hielt bis in die Abendstunden an, dann reiste das königliche Paar wieder nach Wien zurück.

Recht bald sollte sich herausstellen, daß Tisza nicht auf die unbedingte Unterstützung Karls IV. rechnen konnte. Auch die bürgerlichen Radikalen und die sozialdemokratischen Führer setzten große Hoffnungen auf den neuen Herrscher. Der namhafte ungarische Dichter Árpád Tóth widmete dem jungen Monarchen das Gedicht *Óda az ifjú Caesarhoz* (Ode an den jungen Caesar), in dem er ihn voller Vertrauen den Retter des Landes nannte, der Ungarn von dem „traurigen Weg“ zurückholen werde, auf den es „von dem großen dunklen Rappen des Schicksals“ gezerrt wurde.

Karl IV. ließ sich natürlich regelmäßig über die innenpolitische Entwicklung in Ungarn informieren und empfing auch die führenden ungarischen Politiker in Privataudienz. Die Oppositionspolitiker brachten Einzelheiten dieser Audienzen an die Öffentlichkeit, wobei es vor allem um die Schaffung eines neuen Konzentrationskabinetts ging. Im April 1917 trat Tisza noch mit dem ihm eigenen kategorischen Ton gegen diese Erklärungen auf. Er beschuldigte die Opposition der Verbreitung vertraulicher Mitteilungen und betonte, daß er die Bildung eines Konzentrationskabinetts zwar für möglich halte, zugleich aber schwerwiegende objektive Hindernisse sehe, die dem im Wege stehen. Außerdem „wollen die Oppositionsparteien, die von Konzentration sprechen, keine Konzentration, sondern nutzen das Schlagwort, um die Mehrheit zu lähmen, um ihnen nicht genehme Faktoren zu verdrängen und eine Entwicklung in die Wege zu leiten, die ihnen die Führung in die Hände gibt“. Ende April 1917 trug Tisza den Oppositionellen Móric Graf Esterházy und István Graf Bethlen ein Ministeramt im Kabinett an, welches diese aber ablehnten. Inzwischen traten schwere Probleme in der Lebensmittelversorgung auf. Tisza zeigte trotz aller Schwierigkeiten keine Anzeichen von Verzagtheit, wengleich seinen vertraulichen Briefen zu entnehmen ist, daß er die Tragik der Situation wohl erkannte. Er sah die Wirkung der russischen Revolution vom Februar 1917 auf Ungarn voraus und versuchte mit kühler Zielstrebigkeit, so wie es seinem Charakter entsprach, den revolutionären Prozessen in Ungarn entgegenzuwirken. Auch der sich hinziehende Krieg und seine Folgen konnten ihn nicht zur Änderung seiner früheren Ansichten bewegen. Unbeirrt hielt er seine Partei und seine Politik für unbesiegbar, obgleich ihm die kaum verhohlenen Gegenaktionen der Oppositionsführer im Parlament bekannt waren.

In den Audienzen Karls IV. war schon im Januar 1917 eine Entfernung der Person Tizas aus dem Ministerpräsidentenamt angesprochen worden. Der neue Monarch setzte keineswegs das gleiche Vertrauen in Tisza wie Franz Joseph. Die Entscheidung verzögerte sich aber, denn der Herrscher konnte sich angesichts der Entschlossenheit und Konsequenz Tizas und des Übergewichtes seiner Partei im Parlament vorerst nicht dazu durchringen, die Regierung abzulösen. Ein solcher Schritt hätte unabschbare Folgen haben können. In einem Handschreiben vom 28. April 1917 sprach er Tisza sogar das Vertrauen aus und ließ ihn wissen, daß er von

ihm entsprechende Vorschläge erwartete: Maßnahmen zum Wohle des Volkes und eine Ausweitung des Wahlrechts, „wie es unter Berücksichtigung der grundlegenden Interessen des ungarischen Staates den gegenwärtigen großen Zeiten und den vom Volk gebrachten Opfern entspricht“.⁹ In einem halboffiziellen Kommentar versprach die Regierung die Ausarbeitung der meisten Vorschläge: die Befriedigung der Forderungen des Volkes auf dem Gebiet der Sozialfürsorge und der Kultur, die Reform der Arbeiterversicherungsinstitutionen, eine entsprechende Regelung der rechtlichen Stellung der Arbeitergewerkschaften usw. In der Frage des Wahlrechts hielt sie aber an ihrem früheren, starren Standpunkt fest. Ihrer Meinung nach gewährte das Wahlgesetz von 1913 weitgehende Rechte, „weshalb es im gegenwärtigen Augenblick eher nur um eine Ergänzung dieses noch nicht erprobten Reformwerkes gehen kann“.

Da sich in der wichtigsten Angelegenheit, in der Frage des Wahlrechts, kein Modus vivendi fand, wurde Mitte Juni 1917 der Rücktritt Tizas unumgänglich. Der entscheidende Faktor für den Entschluß Karls IV. war – wie aus den Aufzeichnungen Buriáns, nunmehr gemeinsamer Finanzminister, hervorgeht – das Anliegen, den Ausbruch einer Revolution zu verhindern. Zur Abdankung István Tizas kam es im Sonderzug des Königspaares auf der Fahrt von Wien nach Gyöngyös. Das Blatt *Az Est* (Der Abend) beschrieb den Volkszorn auf Tiza: „Nun ist es eingetreten. István Tiza ist zu seiner Demission gekommen. Aber das ist keine Abdankung. Das ist schon ein Sturz. Das große Götzenbild ist eingestürzt.“

⁹ Gróf Tiza István összes munkái (István Graf Tizas sämtliche Werke), I–VI, Budapest 1923–1937, Bd. VI, 277.

DEM ENDE ENTGEGEN

Tizas Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten bedeutete aber nicht seinen Rückzug aus der Politik. In der stürmischen Zeit, in der sich die österreichisch-ungarische Monarchie in höchster Gefahr befand, zog er sich nicht aus dem öffentlichen Leben zurück, so wie er es nach seiner ersten Ministerpräsidentschaft in den Jahren 1905/06 getan hatte. Er spielte weiterhin eine große politische Rolle und hatte politisches Gewicht, denn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses stand unverändert hinter ihm. Und auch seine politische und menschliche Veranlagung ließen es nicht zu, daß er in dieser kritischen Zeit freiwillig den Rückzug angetreten hätte. In der neuen Situation steigerte sich eher noch sein Sendungsbewußtsein. Seine Parlamentsmajorität gab ihm nicht nur die Möglichkeit, politisch aktiv zu bleiben, sondern spornte ihn regelrecht zu politischen Taten an. Er verspürte noch immer ausreichende Kraft, um seine Entschlüsse durchzusetzen und das Wirken der von den Minderheiten getragenen Regierungen zu bremsen. Zur Rückeroberung der Regierungsmacht war er allerdings nicht mehr in der Lage. In diesem von dramatischen Ereignissen im In- und Ausland erfüllten Kraftfeld erlebte zugleich auch die österreichisch-ungarische Monarchie ihre letzte, kaum länger als ein Jahr währende Lebenszeit.

Noch aus dem Büro des Ministerpräsidenten schrieb er am 3. Juni 1917 an die Ober- und Vizegespane: „Nach dem Verlassen meiner Stellung will ich meinem König und meinem Vaterland ein treuer Diener bleiben, und im vollen Bewußtsein meiner Pflicht und meiner Verantwortung werde ich der Sache dienen, der ich das Beste meines Lebens und meiner Arbeitskraft von Herzen und mit Freuden geopfert habe. Der Erfolg des Kampfes für das Lebensinteresse dieser Nation liegt in den Händen der Nation.“ Nach seinem Rücktritt begann Tisza mit seinen alten Parteianhängern einen ausgedehnten Briefwechsel und blieb so unverändert in der Rolle des unfehlbaren Führers. Auf die Meinung der Opposition war er auch jetzt nicht neugierig, sie blieb seiner geschlossenen Gedankenwelt, die keinen Widerspruch duldete, fremd. Er glaubte unbeirrt daran, daß das weitere Schicksal des Landes ausschließlich in der Hand der „ungarischen Nation“ selbst lag, und diesem Bannkreis konnte er sich nicht entziehen.

Als wichtigste Aufgaben erachtete er zu dieser Zeit die Verhinderung der radikalen Wahlrechtsreformpläne, die Ausnüchterung des „jungen Monarchen“ und die Gewinnung der Dynastie für seine Ansichten. In diesem Sinne betonte er, daß

eine Voraussetzung für die Großmachtstellung des Reiches die Bewahrung der führenden Rolle der ungarischen „Intelligenz“ in Ungarn sei. Eine Wahlrechtsreform, das heißt die radikale Erweiterung des Wahlrechts, sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ihre Führungsrolle und stelle eine Unterwerfung unter den äußeren und inneren Feind dar. „Ich bezweifle nicht“, schrieb er an mehrere Freunde, „daß sich unser von so viel edler Intention durchdrungener junger Herrscher schon bald davon überzeugen wird, daß ihn jene, die ihn für den Wahlrechtsradikalismus gewannen, auf einen Irrweg führten, doch unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß es bis dahin keine vollendeten Tatsachen gibt, die die Zukunft der Dynastie und der ungarischen Nation auf ewig kompromittieren würden.“

Da er seinen Glauben und seine Tatkraft demonstrieren wollte, meldete sich Tisza am 10. August 1917 im Alter von 56 Jahren an die Front und diente im Rang eines Husarenoberst bis September 1918, wobei er sich allerdings zu den Parlamentssitzungen regelmäßig beurlauben ließ. An der Ostfront passierte damals nicht mehr viel, zu größeren Kampfoperationen kam es nicht mehr, so kam Tisza später noch an die italienische Front.

Die neue Regierung unter Graf Esterházy formierte sich vor allem mit dem Programm des demokratischen Wahlrechts. Dem Kabinett gehörten der Führer der Bürgerlich-Demokratischen Partei, Vilmos Vázsonyi, und auch Tivadar Graf Batthyány von der Unabhängigkeitspartei an. Die neue Regierung sah sich aber in einer äußerst schwierigen Lage. Die Störungen in der Wirtschaft, die Probleme bei der Ernährung der Bevölkerung und die Versorgungsschwierigkeiten des Militärs stellten schier unüberwindliche Hindernisse dar. Außerdem geriet auch das gemäßigte Reformprogramm der Regierung ins Kreuzfeuer der Angriffe. Einerseits wurde es von der Partei Tiszas attackiert, andererseits waren die Gegenaktionen der parlamentarischen und außerparlamentarische Opposition jetzt besser abgestimmt und organisiert. Im Juni 1917 kam unter Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei, der von Mihály Károlyi geführten Unabhängigkeitspartei und der Bürgerlich-Radikalen Partei der Wahlrechtsblock zustande. Sein Programm ging schon weit über die Reformvorstellungen des Kabinetts Esterházy hinaus und beschränkte sich nicht nur auf den Bereich des Wahlrechts. Es umfaßte auch die Erweiterung der politischen Freiheitsrechte und beinhaltete sogar den Gedanken einer Bodenreform, hatte also eine radikale gesellschaftliche Umgestaltung zum Ziel. So mußte sich die Regierung nun nach zwei Seiten hin verteidigen und kam ins Wanken.

Der Monarch erschrak vor den Folgen seiner Schritte und sah sich veranlaßt, von seiner früheren Entscheidung Abstand zu nehmen. Er reaktivierte zwar nicht den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten, wandte sich aber dem Kreis des konservativen Grafen Andrassy zu. In den Zugeständnissen, die er der Opposition gemacht hatte, glaubte er nun die Gefahr einer Zerrüttung des Systems der Monarchie und seiner Großmachtstellung zu erkennen. So zog er sich nach diesem

erfolglosen Experiment auf das alte Gleis zurück und hütete sich in Zukunft vor dem Risiko, neue Wege zu suchen.

Tisza verbuchte erfreut den offensichtlichen Wandel in der Auffassung Karls IV. In seinen Erklärungen mied er von nun an Bemerkungen über die Unerfahrenheit, die Verblendung und den Leichtsinns des jungen Herrschers. Im Bewußtsein seiner angeblichen Wahrheit teilte er nicht nur an den neuen Ministerpräsidenten Wekerle und an Andrassy, sondern auch an den Hof geradezu überheblich seine Ratschläge aus. Und jene, die unmittelbar die Macht ausübten, nahmen seine „selbstlosen“ Gesten dankbar entgegen.

Angesichts der immer neuen Kriegsniederlagen, der Überlegenheit der Entente und der Bestrebungen der Nationalitäten, sich von der Monarchie loszusagen und selbständig zu werden, griffen die führenden Kreise Österreichs im Sommer 1918 den Gedanken an eine neue Ordnung der südslawischen Frage auf. Da sich die Idee von einem selbständigen, von Österreich unabhängigen und die von Südslawen bewohnten Gebiete Ungarns sowie die zu Österreich gehörenden Kronländer Krain und Istrien umfassenden slawischen Staat immer schneller verbreitete, wollten die führenden politischen Kreise Österreichs – und auch die Regierung Hussarek – diesem Staatsideal ihre eigenen Pläne entgegensetzen. Danach sollten Kroatien-Slawonien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina einen großen südslawischen Staat bilden, der sich organisch in das System der Monarchie einfügte, wodurch der Dualismus in einen Trialismus übergehen würde. Der ungarische Ministerpräsident Wekerle aber lehnte, den Intentionen Tizas folgend, jegliche föderalistische oder trialistische Lösung ab und beharrte auf dem Dualismus. Im Gegensatz zu dem Programm eines südslawischen Staates schlug er die Vereinigung von Kroatien-Slawonien mit Dalmatien vor, und Bosnien-Herzegowina empfahl er als „corpus separatum“ an Ungarn anzugliedern. Diese Variante war zu der Zeit aber schon überholt. Den Serben, Kroaten und Slowenen innerhalb der Monarchie bot sie zu wenig. Das Programm wurde höchstens noch von den Unionisten Kroatiens unterstützt, deren Basis jedoch ziemlich geschrumpft war. Karl IV. entsandte deshalb Anfang September 1918 Tisza nach Kroatien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina, damit dieser sich an Ort und Stelle mit den Verhältnissen bekannt mache und die Lage ergründe. Der Monarch hoffte, daß Ungarn danach seinen Standpunkt ändern und eventuell einen Ausweg finden würde. Für Ende September erwartete der Herrscher Tizas Lage- und Stimmungsbericht.

István Tisza kam als Kommandeur des Debrecener 2. Husarenregiments am 12. September 1918 im Range eines Obersten geradewegs von der Piave-Front. Am 13. traf er im Salonwagen auf dem Bahnhof von Agram ein, wo ihn Oberst Béla Nádasdy, der Generalstabschef des VI. Agramer kroatisch-slawonischen Honvéd-Distrikts der königlich-ungarischen Armee, empfing. Die Bedeutung seines Auftrages, die lange Reise und das verhangene, regnerische Wetter hatten Tisza ziemlich erschöpft. Er schien müde und schlecht gelaunt. Im Hotel Palace legte er Nádasdy einen von der Militärkanzlei Seiner Majestät ausgestellten offe-

nen Befehl vor, der als Tizas Auftrag das Studium der Versorgungslage in Kroatien-Slawonien, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina nannte, und bat dafür um behördliche Unterstützung. Wie wir wissen, war der Zweck seiner Reise in Wahrheit weit bedeutender und erstreckte sich auf das Studium der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des brodelnden Südens, umfaßte sogar die Erarbeitung von Lösungen, mit denen die Spannungen behoben werden konnten.

Oberst Nádasdy, der Tisza auf seiner Reise begleiten sollte, berichtete ihm von den Stimmungsschwankungen in den einzelnen Mitländern, vor allem von dem zusehens wachsenden politischen Gewicht der Serben, was Tisza äußerst überraschte, ihn in seiner Auffassung aber nicht wankend werden ließ. Sie besprachen die Reiseroute und fügten, abweichend von dem ursprünglichen Plan, auch einen kurzen Besuch in Montenegro ein. Tisza wollte sich mit den ethnischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zentren gründlich bekannt machen und gedachte deshalb nicht nur mit offiziellen Politikern, Militärs und führenden Geistlichen der verschiedenen Kirchen zusammenzutreffen, sondern auch mit Oppositionellen. „Ich will nicht nur Politiker sehen“, betonte er, „ich will unmittelbar mit dem Volk in Kontakt kommen.“ Tisza ging nämlich von der Annahme aus, daß die Idee von einem großen südslawischen Staat mit serbischem Zentrum, die unter der Intelligenz dominierte, durch eine Verstärkung der ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Unterschiede ausgewogen werden konnte. Das heißt, er baute bei der Realisierung seiner Konzeption vor allem auf die alte Serbenfeindlichkeit der Kroaten und Slowenen, die seiner Meinung nach durch die konfessionellen Unterschiede hervorgehoben werden konnte. Denn während die Kroaten zumeist katholisch waren, gehörten die Serben eher der griechisch-orthodoxen Konfession an. Doch fehlte in Tizas Konzeption das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Programm, ohne welches die genannten Unterschiede und Gegensätze nicht gegeneinander auszuspielen waren. An seiner allgemein bekannten konservativen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Auffassung aber wollte Tisza nichts ändern.

Auch am Verhältnis Ungarns zu den angeschlossenen Mitländern wünschte er keine wesentlichen Modifizierungen, er zeigte sich höchstens bereit, die Angliederung Dalmatiens an Kroatien-Slawonien zu akzeptieren. Tisza war in Kroatien-Slawonien äußerst unbeliebt, denn während seiner Ministerpräsidentenschaft hatte er mehrmals den kroatischen Landtag aufgelöst und anstelle des Banus einen königlichen Kommissar ernannt. Sein unerschütterlicher Glaube an den Dualismus brachte ihn unvermeidlich in Widerspruch zu den Verfechtern des Trialismus und noch mehr zu den Anhängern eines selbständigen großen südslawischen Staates. Hinzu kam, daß es ihm auch seine reformierte Konfession erschwerte, die katholischen Kroaten zu gewinnen. Die entscheidenden Faktoren für seine Isolierung lagen jedoch in der Veränderung, die durch die internationalen politischen und militärischen Ereignisse eingetreten war. So stellte sich Tisza also von Anfang an nicht in den Dienst des ihm erteilten königlichen Auftrages, erfüllte nicht in

diesem Sinne seine Mission, sondern versuchte eher, seine Gesprächspartner für eigene Vorstellungen zu gewinnen.

Wenngleich er nur geringe Hoffnungen hegte, nahm er doch mit ganzer Energie den schweren Kampf auf, in dem er auch berücksichtigen mußte, daß alle, die er anhörte, zum einen Furcht vor der ungewissen Zukunft hatten und zum anderen aus dieser Furcht heraus nicht ihre wahren Karten auf den Tisch legten. In Agram blieb Tisza einige Tage. Er sprach hier mit vielen, hauptsächlich kroatischen Politikern und betonte in seinen Gesprächen immer wieder, daß die Ungarn und die Kroaten aufeinander angewiesen seien. Er vertraute auf die Mehrheit der kroatisch-serbischen Koalition, die sich früher zu der unionistischen Auffassung bekannt hatte. „Ihre Ungarnfreundlichkeit läßt sich zwar in Frage stellen“, erklärte er, „aber ihre Unionstreue ist schon durch den Gegensatz zwischen Kroaten und Serben gegeben.“ Mit dem Auto fuhr Tisza auch in die Dörfer der Umgebung. An seinem Wagen flatterten zwei rot-weiß-blaue kroatische Standarten.

Von Agram brachte ihn der Fiumer Zug nach Karlstadt (Károlyváros, Karlovac), wo der Salonwagen abgekoppelt wurde. Der Bahnhofswirt teilte Tisza unter vier Augen mit, daß ein Attentat gegen ihn geplant sei. Auch hier in Karlstadt verhandelte Tisza mit verschiedenen Politikern, darunter mit dem Rechtsanwalt Lukinich, der zu der Zeit Präsident des kroatisch-slawnischen Landtages (Sabor) war. Während seiner fast zwei Wochen dauernden Reise machte Tisza manchmal Nádasdy gegenüber Äußerungen, die uns von keiner anderen Seite überliefert sind. Andererseits sind diese vertraulichen Aussagen natürlich auch mit Vorbehalt zu behandeln. Es kam zwischen ihnen zum Beispiel die Frage der Kriegserklärung zur Sprache, oder sie sprachen über die Beweggründe, warum Tisza im Juni 1917 sein Ministerpräsidentenamt aufgegeben habe. Tiszas Konflikt mit Karl IV. hatte sich – wie allgemein bekannt – vor allem aus der Wahlrechtsfrage ergeben. Wie Nádasdy berichtet, gab Tisza an, eine Wahlrechtserweiterung damals wegen der Revolution in Rußland abgelehnt zu haben, und zu Neuwahlen hätte es wegen der vielen Einberufungen zum Kriegsdienst nicht kommen können. Nádasdy hielt auch die spezielle Meinung seines Begleiters über Mihály Károlyi fest: „Er ist kein dummer Mann, man könnte eher sagen, er ist etwas überdreht! Er ist von unendlichem Geltungsdrang erfüllt. Mit ihm wird es noch viel Ärger geben!“ Über Andrassy hat sich Tisza nie geäußert.

Von Karlstadt fuhren sie im Auto weiter nach Süden bis Gospić und dann nach Zara (Zadar). In dieser Gegend war die Bevölkerung schon überwiegend serbisch. Von Zara aus setzten sie den Weg in einem Torpedobootzerstörer fort. Konteradmiral Miklós Horthy von Nagybánya, der Befehlshaber der k. u. k. Kriegsmarine, begrüßte Tisza in einem Brief. Er drückte sein Bedauern aus, daß er durch seine örtlichen Verpflichtungen daran gehindert sei, sich persönlich bei ihm zu melden. Dann skizzierte er die vergifteten politischen Verhältnisse in den südlichen Grenzgebieten; seiner Meinung nach kam jegliche Regelung der südslawischen Frage für die Monarchie zu spät. Am 19. September fuhren Tisza und seine

Begleitung mit dem Auto nach Cetinje (Cettigne), der Hauptstadt von Montenegro. Sie hielten vor dem Palais des Fürsten Nikolaus. Der militärische Generalgouverneur von Montenegro, Graf Clam-Martinić – ehemals österreichischer Ministerpräsident – hielt sich nicht im Amt auf, und so wurden sie von dem alten General Petrović über die schlimmen Zustände im Lande unterrichtet.

Noch am Abend des gleichen Tages reiste Tisza mit seinem Gefolge mit dem Zug weiter nach Sarajevo, Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina. Der bosnische Landeschef Freiherr von Sarkotić begleitete sie unter auffallend strengen Sicherheitsmaßnahmen in ihr Quartier. Gleich nach der Ankunft meldeten sich im Vorzimmer Tizas die Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen. Der Vizebürgermeister von Mostar, Rechtsanwalt Vojislav Sola, der bis zur Auflösung des Landtages von Bosnien-Herzegowina dessen Präsident gewesen war, betrat als erster, ein dickes Aktenbündel in der Hand, das Zimmer des Gastes. Seine Parteianhänger hatten ihre Anliegen in einem Memorandum festgehalten, und deshalb bat er Tisza, alle 23 Unterzeichner gemeinsam zu empfangen. Tisza nahm das in serbokroatischer Sprache abgefaßte Memorandum entgegen und leitete es an amtliche Übersetzer weiter. Die meisten der Unterzeichner waren Serben, es fanden sich auch zwei Franziskanermönche und ein muslimischer Geistlicher unter ihnen. Tisza überraschte der Inhalt und der Ton des Memorandums, das mit ungewöhnlicher Heftigkeit gegen die erbarmungslose Verfolgung der orthodoxen Serben protestierte. Es wurden die verschiedenen Atrozitäten, die ungesetzlichen Todesurteile der Gerichte, Internierungen, Kriegsleistungen und Requirierungen aufgezählt. Dann hieß es weiter im Text: „Obwohl wir unterschiedlicher Konfession sind, sind wir doch Söhne einer Nation und Blut vom selben Blut. Die Idee von der nationalen Einheit der Kroaten, Serben und Slowenen umfaßt alle Schichten des Volkes. Sie wurde zum politischen Glaubensbekenntnis und Dogma unserer nationalen Existenz! Die Qualen und Leiden, die der serbische Teil unserer einheitlichen Nation ertragen mußte, haben auch im Herzen und in der Seele der Kroaten und Slowenen tiefen Widerhall gefunden.“

Voraussetzungen für eine andere Stimmung und überhaupt für die weitere Arbeit sind: 1. die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, 2. eine Entschädigung für alle unschuldig Geschädigten, 3. die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung, 4. die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit durch die Einberufung des aufgelösten Landtages und freie interimistische Wahlen und 5. die Übergabe der Landesverwaltung an Personen, die das Vertrauen des Landtages genießen.

Erst, wenn all diese Bedingungen erfüllt sind, kann über die Volksvertretung die Lösung der übrigen Fragen in Angriff genommen werden ...

Wir fühlen mit allen unseren kroatischen, serbischen und slowenischen Brüdern und Schwestern gleichen Blutes, wo sie auch sein mögen! Wir wissen, daß wir auf dem Erdenrund nicht isoliert leben können, daß uns vielmehr schon unsere Lage zu einem aufrichtigen und ehrlichen Einvernehmen mit dem Volk des uns geographisch am nächsten liegenden ungarischen Königreiches verpflichtet.

Damit diese Übereinkunft wirklich aufrichtig und ehrlich wird, ist es notwendig, daß sie von zwei gleichberechtigten und staatlich selbständigen Nationen geschlossen wird. Wir Serben, Kroaten und Slowenen sind heute mit der ungarischen Nation nicht gleichberechtigt. Wir sind heute nichteingeschlossene Gefangene, die die verlogene Bezeichnung Staatsbürger tragen.

Solange die genannten Bedingungen nicht erfüllt sind, solange wir in dieser politischen und zivilen Gefangenschaft leben müssen, haben wir keine Gelegenheit zur freien Meinungsäußerung. Unsere nationale Frage kann nicht ohne das Volk gelöst werden, und sie kann nicht teilweise, sondern nur vollständig und auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden. Jede andere Lösung, zu der wir auch die geplante direkte und ohne Zustimmung des Volkes durchgeführte Angliederung an Ungarn zählen, wäre eine gewaltsame Handlung, die sowohl für die innere Sicherheit als auch für den äußeren Frieden die schlimmsten Folgen haben könnte. Wenn wir durch Gewalt und Unrecht auseinandergerissen werden, dann wird die leidvolle Seele des einheitlichen Volkes der Serben, Kroaten und Slowenen einen Märtyrerkampf führen, um entweder darin zu verbrennen und unterzugehen oder die Einheit und Freiheit zu erreichen!“ (Unterschriften)

In erregter Verfassung erwartete Tisza am 21. September nachmittags um 5 Uhr in seinem engen Zimmer die Abgesandten der Unterzeichner des Memorandums. Sie waren schon früher eingetroffen: drei serbische und drei kroatische Politiker. Tisza begann zu sprechen: „Meine Herren! Ich habe die Herren in der Annahme zu mir bitten lassen, daß die Denkschrift, die mir im Namen einer breiteren Schicht überreicht wurde, einem Gedankenaustausch zugrunde gelegt werden könnte, der geeignet ist, unseren gemeinsamen Interessen und Zielen zu dienen.“

Leider habe ich mich darin völlig getäuscht.

Ich will mich hier nicht weiter in die Sache vertiefen, doch einige Dinge muß ich doch hervorheben. Die Herren sagen, daß die nationale Einheit der Kroaten, Serben und Slowenen zum Dogma ihrer nationalen Existenz wurde. Wer das Dogma der politischen Einheit mit den Slowenen in sich trägt, der steht in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Lebensnotwendigkeiten der Monarchie. Die Herren weisen alle Lösungen von sich, die das nationale Problem nur teilweise lösen, und sie sagen, daß die Lösung vollständig auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes erfolgen muß. Meine Herren! Wenn wir ernsthaft miteinander sprechen wollen, dann lassen Sie das Schlagwort vom nationalen Selbstbestimmungsrecht! ...“

Damit warf Tisza die Übersetzung des Memorandums auf den Tisch. Ein Mitglied der Delegation rief: „Gehen wir!“ Worauf Tisza in lautem, gereiztem Ton erwiderte: „Gehen Sie! Es ist besser so.“ Als die Delegation den Raum verlassen hatte, sprach er – nun nur noch für den Stenographen: „Ich wollte noch hinzufügen, daß die dualistische Struktur der Monarchie und eine Staatsgemeinschaft mit Kroatien die unumstößlichen Grenzen sind, zwischen denen sich alle Pläne und

Bestrebungen Bosnien-Herzegowinas bewegen können, und ich wollte die ernste Aufforderung an sie richten, ihre nationalen Forderungen mit diesen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen.“ Vom Monarchen war Tisza übrigens zu einer derartigen Erklärung nicht ermächtigt worden.

Damit war der offizielle Teil der Reise von István Tisza im wesentlichen beendet. Von Sarajevo fuhr er mit dem Zug zurück nach Agram und von dort nach Budapest. Inzwischen notierte Nádasdy Tizas Worte bezüglich des Kriegsausbruches, die inzwischen schon alltägliches Gesprächsthema waren. Tizas Meinung nach waren beide Parteien für den Kriegsausbruch verantwortlich, wer in welchem Maße, würde einst die Geschichtsschreibung entscheiden müssen. Er wollte den Monarchen ersuchen, die diesbezüglichen Dokumente veröffentlichen zu können. Die Reise Tizas war in jedem Fall ein Beweis dafür, daß er noch im Augenblick des Auseinanderfallens der Monarchie an seiner Auffassung vom dualistischen System festhielt. Der Auftrag des Monarchen hatte das Gegenteil von dem bewirkt, was er bezwecken sollte.

Der Zerfallsprozeß erstreckte sich natürlich auf die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie. Am 7. Oktober 1918 sprach sich der Regentschaftsrat in Warschau (Warszawa) für die Bildung eines selbständigen polnischen Staates aus, der auch Galizien einschloß. Später fällt in Krakau (Kraków) der aus Abgeordneten der polnischen Parteien im österreichischen Reichsrat gebildete Ausschuß eine ähnliche Entscheidung. Die deutschösterreichischen Abgeordneten des Reichsrates deklarierten am 21. Oktober 1918 die Schaffung eines selbständigen deutschösterreichischen Staates. Am 28. Oktober wurde in Prag (Praha) der Beschluß gefaßt, eine von der Monarchie unabhängige Tschechoslowakei ins Leben zu rufen. Einen Tag später erklärte der kroatische Landtag den Beitritt Kroatiens zum unabhängigen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen. Mihály Károlyi hatte noch am 15. Oktober im auswärtigen Ausschuß der Delegation nach dem Exposé des gemeinsamen Ministers des Äußern, Burián, in einer dramatischen Rede zur Monarchie geäußert, Burián hätte zur heutigen Sitzung Traueranzeigen verschicken sollen, in denen sich die Regierungen der beiden Länder für den Niedergang der österreichisch-ungarischen Monarchie verantwortlich erklärten. Den Kern seiner Rede wiederholte er auch am nächsten Tag im ungarischen Abgeordnetenhaus.

All das ereignete sich natürlich parallel zu den Vorgängen im internationalen politischen Leben und zu den Veränderungen auf dem Kriegsschauplatz und in der Innenpolitik. Im Juni 1918 war die Armee der Monarchie an der Piave vernichtend geschlagen worden, im September brach die bulgarische Armee auf dem Balkan zusammen. Auch die deutsche Wehrmacht erlitt an der Westfront schicksalsentscheidende Niederlagen und befand sich ständig auf dem Rückzug. In der ungarischen Innenpolitik setzte das Bündnis zwischen der Unabhängigkeitspartei Károlyis, den Sozialdemokraten und den Bürgerlich-Radikalen zunehmend seinen Willen durch, während Tisza, Wekerle und ihre politischen Anhänger isoliert wurden. Wekerle, der über größeres taktisches Geschick verfügte, erwog ernsthaft den

Gedanken, sich zurückzuziehen. Am 14. Oktober legte er das Amt des Ministerpräsidenten nieder, aber der König nahm seine Demission nicht an. Am 16. Oktober verkündete er im Abgeordnetenhaus das Programm der Personalunion und die politische, wirtschaftliche und militärische Selbständigkeit Ungarns. Tisza schloß sich gezwungenermaßen Wekerle an, versuchte aber weiterhin das Unmögliche und bestand in allen außen- und innenpolitischen Fragen von einiger Bedeutung auf seiner entschiedenen Führungsrolle. Aus diesem Grunde stand seine Person im Abgeordnetenhaus, in der Presse und bald auch auf der Straße im Kreuzfeuer der Angriffe. Eine Zeitung bezeichnete Tisza als den „meistgehaßten Mann Europas und der ganzen Welt“. Ein anderes Blatt forderte seine Verbannung, weil er das Land in den Krieg geführt hätte und auch den Friedensschluß verhindere. Diese Tisza-Feindlichkeit verstärkte sich dann in den letzten Oktobertagen noch, als sich das Ende abzeichnete.

„DIESEN KRIEG HABEN WIR VERLOREN“

Nachdem István Tisza sein Amt als Ministerpräsident verloren hatte, nutzte er vor allem das Parlament, um seinen Standpunkt darzulegen. Seine Ausführungen betrafen den Krieg, außen- und innenpolitische Fragen und das Nationalitätenproblem, mit einem Wort alle Fragen, die für das historische Ungarn von schicksalsentscheidender Bedeutung waren. Eine Summierung seiner Ansichten waren seine Parlamentsreden, die er am Vorabend der Revolution am 17. Oktober und am 22. Oktober 1918 hielt. Selbstverständlich unternahm er wieder das Unmögliche: Er forderte die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland, die Verhinderung eines unumkehrbaren Revolutionsprozesses und den Fortbestand des historischen Ungarn mit der ungarischen Suprematie über die Nationalitäten. Zu Zugeständnissen war er höchstens in einzelnen Detailfragen bereit beziehungsweise nahm gewollt oder ungewollt die eingetretene Zwangslage zur Kenntnis. Die auffallendste Passage in seiner Rede vom 17. Oktober bezog sich auf das Eingeständnis, den Krieg verloren zu haben, denn bisher hatte man ihn nur vom endgültigen Sieg reden hören. „Ich will Ihnen mit meinen Worten nichts vorgaukeln. Ich gestehe ein, was der ehrenwerte Herr Abgeordnete Mihály Graf Károlyi gestern sagte, diesen Krieg haben wir verloren.“ Seine Erklärung löste in der Opposition und in den Reihen der eigenen Partei der Nationalen Arbeit, die im Parlament die Mehrheit hatte, große Überraschung aus. Tisza verwies in seiner Rede aber auch darauf, daß der Krieg eines seiner Ziele, den Zusammenbruch des Zarismus, erreicht hätte.

Nach der Veränderung der Verhältnisse in Österreich, genauer gesagt, nach der kaiserlichen Proklamation vom 16. Oktober, die Österreich zu einem Bundesstaat erklärte, konnte auch Tisza nicht länger am unveränderten Fortbestand des Dualismus festhalten, ja, er akzeptierte sogar den Sturz des Dualismus, hielt aber die Möglichkeit einer Personalunion für real. Denn seiner Rechtsauslegung nach bedeutete die Aufgabe des GA XII/1867 nicht zugleich die Außerkraftsetzung der Gesetze von 1723 über den gegenseitigen Schutz und die Personalunion. Der gegenseitige Schutz war seiner Meinung nach mit einer gemeinsamen Armee ebenso zu verwirklichen wie mit der völligen Trennung der Armee, wobei Tisza jetzt schon die letztere für vorteilhafter hielt. In der gespannten Atmosphäre der Parlamentsdebatte blieben die anklagenden Einwände der Opposition, Tisza hätte sie nach dem Juni 1912 für derartige Forderungen aus dem Sitzungssaal entfernen

lassen, nicht wirkungslos. Unter dem Druck der Ereignisse gab Tisza also zum Ende seines Lebens die mehrere Jahrzehnte hindurch vertretenen 67er Prinzipien auf und stellte sich auf den Standpunkt einer Personalunion.

Doch suchte er als Parteiführer sofort wieder nach Möglichkeiten in der neuen Situation und nach einem Ausweg aus der Krise. Da er aber die Wucht weder der außenpolitischen noch der innenpolitischen Veränderungen wirklich zu ermessen vermochte, mußte seine Suche nach Auswegen notwendigerweise anachronistisch sein, was die Empörung der demokratischen innenpolitischen Opposition, der Nationalitäten und der Ententemächte gegen seine Person nur noch steigerte. Für ihn war es eine nationale Notwendigkeit, daß „wir bestimmte Fragen klären, und zwar klären mit der seelischen Ruhe, die die ungarische Nation in den gegenwärtigen schweren Zeiten aufbringen muß, und klären in der Absicht, alle Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen, die die Position der ungarischen Nation verdunkeln und schwächen“. So formulierte er sein Hauptanliegen, und daraus leitete er die konkreten Momente für eine Überwindung der Krise ab.

An die erste Stelle setzte er eine für Ungarn günstige Friedensregelung. Als Ausgangspunkt empfahl er – unter Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland – das 14-Punkte-Programm Wilsons, womit er sich gründlich verspätete. Die Entente hatte sich inzwischen, nach der totalen Niederlage der Mittelmächte, schon weit von den Wilsonschen Grundsätzen entfernt, und die Bildung der Nachfolgestaaten auf den Ruinen der österreichisch-ungarischen Monarchie war zu einer Tatsache geworden. Die Erhaltung der territorialen Integrität des ungarischen Staates war also nichts weiter als eine eitle Illusion. Die Zeit war längst darüber hinweggegangen, und die während des Krieges mit Serbien, Rumänien und der tschechischen Emigration abgeschlossenen Geheimabkommen machten sie ohnehin unmöglich. Wir wissen nicht genau, ob Tisza bekannt war beziehungsweise wann er davon erfuhr, daß die Ententemächte mit Rumänien im August 1916 einen Geheimvertrag geschlossen hatten, wonach Rumänien bei einem Sieg nicht nur Siebenbürgen, sondern auch einen großen Teil des Gebiets jenseits der Theiß erhalten sollte. Den Memoiren Graf Batthyánys ist zu entnehmen, daß Tisza erst am Abend des 18. Oktober 1918 durch Benedek Jancsó davon erfuhr. Als er die Vertragsbestimmungen über die Grenzfragen las, rief er aus: „Das ist unmöglich, das ist absurd!“ Jancsó skizzierte ihm daraufhin den im Vertrag festgelegten Grenzverlauf, und Tisza schrie: „Dann fällt ja auch Geszt mit in dieses Gebiet.“ Jancsós Antwort lautete: „Ja, Exellenz! Geszt fällt mit in dieses Gebiet. Und Sie werden im Parlament des zukünftigen Großrumäniens gegen den Friedensvertrag protestieren können.“

Tisza regte also Ende Oktober 1918 zu einer Modifizierung der schon vorweg unabänderlichen historischen Fakten an. Und er sah dafür – wieder völlig illusorisch – zwei Grundvoraussetzungen. Zum einen mußten seiner Ansicht nach die inneren Zwistigkeiten und Gegensätze aus der Innenpolitik verbannt werden, zum anderen war es notwendig, gegen die Ungarnfeindlichkeit der internationalen öffentlichen Meinung vorzugehen. In bezug auf letztere hielt Tisza es für dringend

geboten, den „Irrglauben“ zu zerstreuen, daß die Ungarn die Nationalitäten unterdrückt hätten. Und in dieser Beziehung betrachtete er es auch als unaufschiebbare Aufgabe, die Behauptung von der Zusammengehörigkeit des tschechischen und slowakischen Volkes zu widerlegen, denn er war überzeugt, daß die entscheidende Mehrheit der Slowaken im Verband des ungarischen Staates zu bleiben wünschte. Kroatien hingegen „wird auch vom ungarischen Gesetz als eine separate politische Nation anerkannt, mit der unsere Staatsgemeinschaft also auf der Grundlage eines Verhältnisses zwischen zwei Brudernationen aufgebaut ist. Überhaupt handelt es sich um eine winzige Minderheit der Nationalitäten, die sich dem Grundgedanken des ungarischen Nationalstaates entgegenstellt.“ Die andere Sache, von der die siegreichen Ententemächte überzeugt werden mußten, war die innere Demokratie, die die allgemeinen Zustände des Landes charakterisiert. „Es ist nicht notwendig, daß wir uns auf diese Grundlage stellen“, erklärte Tisza, „denn auf dieser Grundlage stehen wir seit langem. Hier kann es Unterschiede in Nuancen geben. Und es gibt sie auch.“ Denn die Demokratie lasse sich nicht auf das Wahlrecht beschränken, die wichtigste Aufgabe in dieser Krisenzeit sei der Zusammenschluß der Ungarn, und mit der Beilegung aller Streitigkeiten müsse dem Ausland die nationale Einheit demonstriert werden. Das Wahlrecht aber könne nicht weiter ausgebaut werden, denn die ungarische Bevölkerung sei auf dem Gebiet der allgemeinen Kultur weit hinter den entwickelten westeuropäischen Staaten zurückgeblieben.

Schließlich rief Tisza auch dazu auf, den im Ausland verbreiteten Glauben zu zerstreuen, daß „die ungarische Nation je Aggressions- oder Expansionsabsichten verfolgt habe und diesen Krieg aus anderen Gründen und nicht unter dem Zwang der Erhaltung seiner Existenz begonnen habe. ... Glauben Sie mir, alles dreht sich um diese Frage, es ist geradewegs das schicksalsentscheidende Moment, ob die westlichen Großmächte zu der richtigen Einsicht kommen können und sich davon überzeugen, daß es sowohl in ihrem wohlverstandenen Interesse als auch im allgemeinen Interesse der Menschheit, im Interesse des menschlichen Fortschritts und der Freiheit liegt ..., daß die ungarische Nation im Donaubecken die welthistorische Mission erfüllt, die ihr bestimmt ist, und wir dürfen nicht zulassen, daß in dieser Hinsicht die Tatsache verwischt wird, daß die Monarchie und die ungarische Nation, die auf die Außenpolitik der Monarchie entscheidenden Einfluß hatte, alles zur Erhaltung des Friedens taten, daß sie in ihrem Friedenswillen eine Geduld aufbrachten, die sie in der ganzen Welt geradewegs lächerlich machte, und daß sie erst zu den Waffen griffen, als ihnen eine ganze Reihe von Beweisen die Gewißheit gab, daß planmäßig daran gearbeitet wurde, uns zuerst zu demütigen und dann zu vernichten.“

Tisza hielt damit ganz offensichtlich fast vollständig an seinen früheren Ansichten fest, obwohl die Geschichte sie unwiderruflich überholt hatte. Seinen Zielsetzungen konnten so von vornherein keinerlei Erfolg beschieden sein. Tisza wurde in Ungarn und im Ausland gleichermaßen angegriffen. Károlyi kritisierte ihn wegen seiner konservativen Ansichten in bezug auf das Wahlrecht, denn für ihn

war die Beurteilung dieser Frage die Scheidelinie der Demokratie. Die Hauptaufgabe im Hinblick auf den Friedensschluß und die Bewahrung der territorialen Integrität war für Károlyi die Demokratisierung und deren Eckpfeiler die Einführung eines möglichst demokratischen Wahlrechts. Eine Vereinigung mit den reaktionären Kräften hielt er politisch für unmöglich, denn dies würde gleichbedeutend mit der Untergrabung der Zukunft des Landes sein. Andere Kritiker Tiszas forderten, die Personalunion und der Frieden sollen nicht von jenen vorbereitet und realisiert werden, die ihr ganzes Leben lang das dualistische System verteidigt und den Krieg vom Zaun gebrochen hätten. Außerdem sei das Mandat der amtierenden Abgeordneten schon längst abgelaufen, und ein Parlament, das sich selbst überlebt habe, sei nicht befugt, legislative Aufgaben zu erfüllen. Sie forderten auch den Aufbau einer selbständigen ungarischen Außenvertretung. Die Abgeordneten der Nationalitäten wiederum kritisierten die Nationalitätenpolitik des dualistischen Systems. So blieb Tisza – ein Politiker, der seine Macht eingebüßt hatte – mit seinen Vorstellungen überwiegend allein. Auch die Mamelucken der Partei der Nationalen Arbeit folgten ihm nicht mehr.

Seine letzte Rede im Abgeordnetenhaus hielt Tisza am 22. Oktober 1918. Als habe er den Sturm der Zeit überhaupt nicht bemerkt, sprach er über die Verteidigung der verfassungsmäßig garantierten Rechte des Herrschers. All das machte seiner Meinung nach als Deák'sches Erbe das Wesen des Ausgleichs aus. Im weiteren ging Tisza dann noch einmal auf die Außenpolitik der Monarchie und die Umstände des Kriegsausbruches ein. Er nahm die auch von den ungarischen Staatsmännern unterstützte Außenpolitik der Monarchie in Schutz, deren Hauptanliegen die Bewahrung des Friedens in Europa gewesen sei, der gegen die aggressive Machtpolitik des zaristischen Rußlands hatte verteidigt werden müssen. In der europäischen öffentlichen Meinung hätte sich trotzdem die Überzeugung von dem gefährlichen, aggressiven Charakter des Dreibundes durchgesetzt, vor allem während der Balkankriege in den Jahren 1912/13. Dann verwies Tisza erneut auf seine bereits zitierten Vorlagen und Memoranden an den Herrscher, in denen er auf die neuen, für die Monarchie ungünstigen Balkanverhältnisse hingewiesen und auf die Gestaltung einer neuen Konstellation in diesem Raum gedrängt hatte. Die ersten Ergebnisse dieser aktiven Politik, die sich auf Bulgarien stützen, Serbien isolieren und Rumänien neutralisieren wollte, hätten sich im Sommer 1914 gezeigt. Der günstige Prozeß wäre jedoch durch die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand unterbrochen worden. Tisza ging im folgenden eingehend auf die einzelnen Abschnitte der Kriegskrise ein und skizzierte, welche Meinung er jeweils dazu vertreten hätte. Seine Ausführungen stimmen hier vollkommen mit den bereits veröffentlichten Dokumenten des Wiener Staatsarchivs überein. Wir können ihnen entnehmen, daß der Ministerpräsident die Gefahren für die gesamte Politik wohl erkannte. Die Zeit war nun aber endgültig über ihn hinweggegangen. Die Absicht, den Prozeß der Revolutionierung aufzuhalten, und die Aufforderung zu einem nationalen Zusammenschluß waren unter der Regierung Wekerle und der Führung Tiszas zum Scheitern verurteilt, und auch die For-

derung nach einem durch Waffen und Agitation zu sichernden weiteren Fortbestand des historischen Ungarn erwies sich als Illusion.

Die Zerstörung der letzten – nunmehr schon in allen Details naiven – Vorstellungen Tiszas war zu dem Zeitpunkt nur noch eine Frage von Stunden. Doch noch Ende Oktober bezeichnete Tisza die Teilnehmer der sich immer wieder formierenden Straßendemonstrationen als Operettenrevolutionäre. Seiner Meinung nach war der verlorene Krieg keineswegs gleichbedeutend mit einem Sturz des gegebenen staatlichen und gesellschaftlichen Systems. Unverändert vertraute er auf die Kraft der „Intelligenz“. Auch dem am 25. Oktober 1918 gebildeten Ungarischen Nationalrat maß er keine besondere Bedeutung bei, ebenso wie er die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte nicht für voll nahm, wengleich letztere bereits über ein bedeutendes Waffenarsenal und Munitionsvorräte verfügten. Die Nachrichten von der siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution Ende Oktober 1918 verblüfften ihn, doch war er zu einem Versuch bereit, der historischen Umgestaltung Einhalt zu gebieten. Derartiges hätte er noch am 31. Oktober 1918 unternommen, obwohl der Kaiser bereits am 16. Oktober ein Manifest an „seine treuen Völker Österreichs“ herausgegeben hatte, in dem er sie aufforderte, Österreich zu einem Bundesstaat umzugestalten. Das aber untergrub die Grundfesten des Dualismus.

Der Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution ging auf eine wirkliche Volksbewegung zurück. Die Unzufriedenheit der von der Front zurückkehrenden und größtenteils noch unter Waffen stehenden Soldaten sowie der Arbeiter, Bauern und kleinen Leute, die am meisten unter dem Krieg gelitten hatten, steigerte sich in eine revolutionäre, nach Neuem suchende Stimmung und mündete in einer einheitlichen Strömung. Nach zeitgenössischen Angaben hielten sich Ende Oktober 1918 fast 100 000 fahnenflüchtige Soldaten in Budapest auf. Den angeschwollenen Strom der Revolution konnte weder die parlamentarische Mehrheit der von Tisza geführten Partei der Nationalen Arbeit noch die zu gemäßigten Reformen bereite, im wesentlichen aber ebenfalls am gegebenen System festhaltende parlamentarische Opposition aufhalten. Auch die Partei Károlyis geriet in eine Krise, und ihre Basis war ziemlich eingeengt. Károlyi selbst ließ sich aber durch die Ereignisse von Ende Oktober nicht erschüttern. Der einst konservative Politiker ging seinen Weg weiter, den er im Juni 1912 eingeschlagen hatte. Am 4. Juni 1912, dem Tag, an dem der neue Wehrgesetzentwurf angenommen worden war, hatte Hauspräsident István Tisza auch Károlyi aus dem Sitzungssaal des Parlaments hinausführen lassen, und Károlyi war von da an ein Bündnis mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition eingegangen und hatte zusammen mit den sozialdemokratischen Politikern und den bürgerlichen Radikalen an den landesweit staatfindenden Wahlrechtsversammlungen teilgenommen. Noch vor Ausbruch des Krieges hatte Károlyi die Freundschaft der Entente gesucht und während des Krieges eine neue demokratische Unabhängigkeitspartei aufgebaut. Als ihm die zwingenden Forderungen der historischen Entwicklung klar wurden, entfernte er sich auch von seiner Partei und wählte die hervorrage-

den Führungspersönlichkeiten der bürgerlichen Radikalen und der Sozialdemokraten, Oszkár Jászi und Zsigmond Kunfi, zu seinen politischen Partnern. In seinen Memoiren schrieb er, daß in Ungarn in jener Zeit die Arbeiterklasse – verbunden mit ihrer Partei- und Gewerkschaftsorganisation – die einzige organisierte Kraft darstellte, auf die man fest bauen konnte.

Tisza wußte, daß sein Leben in Gefahr war. Freunde, die Familie und seine engere Umgebung machten ihn immer wieder darauf aufmerksam. An eine Flucht dachte er trotz allem nicht. Ein Davonlaufen hätte seinem Charakter und seinen Lebensnormen, zu denen er sich bewußt und stolz bekannte, widersprochen.

DUELLE UND MISSGLÜCKTE ATTENTATE

Bei einem Menschen wie István Graf Tisza, der sein ganzes Leben lang unter allen Umständen an seiner Überzeugung festhielt, gegenteilige Meinungen ignorierte und sich nicht um Popularität bemühte, nimmt es nicht wunder, daß er zahlreiche persönliche Gegner und Feinde hatte. Die Zusammenstöße mit ihnen spielten sich – dem zeitgenössischen Brauch und Ehrenkodex entsprechend – oftmals als Duelle ab. Manchmal war Tisza der Initiator, ein andermal wurde er von der Gegenseite herausgefordert. Charakter und Form der Duelle wurden von Fall zu Fall bestimmt, wobei es sich stets um Säbelgefechte handelte, die im allgemeinen in einem Fechtsaal der Innenstadt ausgetragen wurden. Einen tödlichen Ausgang schlossen die Duellbedingungen selbstverständlich aus. Unter den Duellgegnern Tiszas befanden sich Mihály Graf Károlyi, Dezső Polonyi, ein Politiker der Unabhängigkeitspartei, Aladár Graf Széchenyi, Aladár Graf Zichy und István Rakovszky von der Volkspartei. Da Tisza ein guter Säbelfechter war, trug er trotz seiner schlechten Augen zumeist den Sieg davon, und seine auf der Straße versammelten Anhänger brachten ihm dann stets warme Ovationen dar. Doch häufig mußte auch Tisza Verletzungen hinnehmen.

Die Gründe für die Duelle waren sowohl für die Zeit als auch für Tisza kennzeichnend. Eine dieser Affären begann zum Beispiel am 1. Januar 1913 im Gesellschaftsraum im Erdgeschoß des Nationalen Casinos. Wie einer der Hauptakteure, Graf Károlyi, beschrieb, war es am Nachmittag, „Tisza trat ein und streckte mir, als wäre nichts geschehen, die Hand zum Gruß entgegen: ‚Servus. Wie geht’s?‘ Ich ballte hinter dem Rücken die Faust und ging weiter. ‚Hast du mich nicht gehört?‘ fragte Tisza erbleichend. ‚Ich habe dich gehört‘, antwortete ich, ‚aber nach dem, was vorgefallen ist, will ich dich nicht mehr kennen.‘“ (Tisza hatte nämlich als Hauspräsident kurz zuvor die Abgeordneten, die gegen die Abstimmung des Rüstungsprogramms waren – darunter auch Károlyi –, mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal des Parlaments entfernen lassen.) Tisza griff daraufhin an seine dunkle Brille, als müsse er sie gerade richten, und eilte davon. Um acht Uhr erschienen bereits seine Sekundanten (Baron Sándor Vojnits und Viktor Molnár) im Casino und forderten eine Erklärung. Da benannte auch Károlyi seine Sekundanten (János Graf Hadik und Markgraf Ede Pallavicini), und die Parteien vereinbarten die Art und Weise des Duells. Am anderen Tag begaben sich die Duellanten in einen Fechtsaal der Budapester Innenstadt. Tisza fuhr in einer zweispännigen

Mietdroschke vor, bekleidet, wie seit Jahren üblich, mit einem dunklen Sakko, Károlyi traf mit dem Auto ein und trug ein Jackett, gestreifte Hosen und Lackschuhe. Punkt drei Uhr begann das Duell. Károlyi war ständig der Angreifer, und der seit Jahrzehnten trainierende Tisza wartete die Attacken des Gegners ab. Nach dem 16. Schlagabtausch folgte eine kurze Pause. Beide Fechter bluteten aus mehreren Kratzern, aber der Kampf wurde fortgesetzt. Beim 34. Schlagabtausch erhielt Károlyi am rechten Arm einen scharfen Schnitt. Das eine Stunde und zehn Minuten dauernde Duell wurde eingestellt. Der Beleidiger und der Beleidigte versöhnten sich aber nicht.

Schon bald kam es zu einem neuen Duell. Graf Széchenyi, der Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei im Komitat Somogy, der Tisza am 1. Januar im Casino „infolge seiner Kurzsichtigkeit und der Dunkelheit“ die Hand gereicht hatte, verständigte ihn in einem Telegramm, daß der Handschlag ein Versehen gewesen wäre und er Tizas Gruß in Zukunft nicht erwidern werde. Am 8. Januar fand das Duell Tizas mit Széchenyi statt. Es dauerte nur zwei Minuten, und Széchenyi wurde dabei leicht an der Stirn verletzt.

Nach Ausbruch des Krieges hatten die Duelle ein Ende. Die Opposition stellte sich hinter Tisza, der sich zum Krieg bekannte und auf einen sicheren Sieg hoffte. Als dann in den letzten Kriegsjahren die inneren gesellschaftlichen und politischen Gegensätze wieder aufflammten, brauchte man alle Kräfte für die politischen Auseinandersetzungen und vergeudete sie nicht an derartige Kavaliersproben.

Ein Zeichen dafür, daß sich die Atmosphäre um Tisza verdüsterte und seine Person zunehmend Haß auslöste, waren nicht so sehr die Duelle als vielmehr die Attentate, die es auch schon vor dem 31. Oktober 1918 gab. Das erste verübte der Abgeordnete der parteilosen Unabhängigen, Gyula Kovács, am 7. Juni 1912, den zweiten Attentatsversuch unternahm der zu den revolutionären Sozialisten gehörende János Lécai am 16. Oktober 1918. Die Zeitpunkte waren nicht zufällig, höchstens könnte die Person der Attentäter und natürlich die besondere Art und Weise dieser Attentate Anlaß zu Überlegungen geben.

Gyula Kovács' Tat war eng verknüpft mit der Verschärfung der parlamentarischen Geschäftsordnung, die die Bewegungsfreiheit der Opposition im Abgeordnetenhaus einschränken sollte, und mit der Annahme des seit langem debattierten Programmes der Wehrmachtsentwicklung. Die Opposition hatte am 4. Juni 1912 mit Pfeifen, Trommeln, Fußtrampeln und Klopfen auf den Bänken versucht, die parlamentarische Aktion des mächtigen Hauspräsidenten der Partei der Nationalen Arbeit István Tisza zu verhindern. Der Hauspräsident aber ließ mit Hilfe der inzwischen aufgestellten Parlamentswache die renitenten Abgeordneten gewaltsam aus dem Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses entfernen, und der Immunitätsausschuß der Partei der Nationalen Arbeit schloß sie für längere oder kürzere Zeit von den Parlamentssitzungen aus. Unter den ausgeschlossenen Abgeordneten befand sich auch der leicht aufbrausende und nicht eben über ein starkes Nervenkostüm verfügende Unabhängigkeitspolitiker Gyula Kovács. Die Annahme des Wehrgesetzentwurfes stieß nun auf keinerlei Hindernis mehr. Saalverweise für

Oppositionsabgeordnete wurden auch in den nächsten Tagen noch ausgesprochen. Am 7. Juni gelang es Kovács, mit irgendeinem Ausweis auf der Empore unter den Journalisten und der neugierigen Damenzuhörerschaft Platz zu finden. Als erneut Oppositionelle aus dem Saal entfernt wurden und die vornehmen Damen die Saalverweise mit lautem Gelächter begleiteten, rannte Kovács in den Sitzungssaal, zog eine geladene Kleinkaliberpistole hervor, schoß mit dem Ruf „Hier ist noch ein Oppositioneller!“ dreimal in Richtung des Hauspräsidenten Tisza (der aber unverletzt blieb) und zielte dann auf sich selbst. Die Kugel bohrte sich in seinen Kopf, er verlor das Bewußtsein, aber der Schuß war nicht tödlich. Die Abgeordneten der Partei der Nationalen Arbeit überwältigten den Attentäter, ließen aber, als sie seine Kopfverletzung sahen, von ihm ab.

Tisza hatte den Vorgang ohne äußerliche Zeichen der Erregung beobachtet, und obgleich er annahm, daß Kovács tot sei, führte er die Parlamentssitzung ohne Unterbrechung fort. Seine einzigen Worte zu dem Fall waren: „Der eben erfolgte Vorfall war die Tat eines armen Irren, der sich selbst der Hand der Justiz entzogen hat. Ich glaube, seinem Verhalten und seinem Schicksal können wir die Anteilnahme entgegenbringen, die man dem traurigen Betragen eines jeden wahn-sinnigen Menschen entgegenbringt, und damit wollen wir zur Tagesordnung übergehen.“

Gyula Kovács wurde in ein Sanatorium eingeliefert, wo man ihm durch Operation die Kugel aus dem Kopf entfernte. Auffallend viele erkundigten sich nach seinem Befinden, betrachteten ihn als Nationalhelden und als Vorbild für menschlichen Mut und Selbstaufopferung. Bekannte und unbekannte Besucher trafen mit großen Blumensträußen ein, die Post brachte zahlreiche Grußtelegramme und Briefe ins Sanatorium. In verschiedenen Städten wurde auch Geld für ihn gesammelt.

Natürlich gab es auch ein Untersuchungsverfahren gegen Kovács wegen Mordversuchs. Er hatte noch am Tage des Attentates gesagt, daß er Tisza nicht hatte erschießen wollen und mit seinem Selbstmordversuch die Absicht gehabt hätte, den Hauspräsidenten auf den Weg der Verfassungsmäßigkeit zurückzuführen. Die Immunität des Abgeordneten Kovács wurde aufgehoben, und man brachte ihn ins Gefängnis. Der Untersuchungsrichter vernahm auch Tisza, der erklärte, daß der Angeklagte seiner Meinung nach mehrmals auf ihn gezielt habe. Der Frage, ob er eine Bestrafung Kovács' wünsche, wich Tisza allerdings aus. Am 7. August verfügte der Untersuchungsrichter die Freilassung von Kovács, und zwar mit folgender Begründung: „Die Ärzte des kgl. Gerichts, die beauftragt wurden, den Geisteszustand von Gyula Kovács, der der Straftat des versuchten Mordes beschuldigt wird ..., zu beobachten und ein ärztliches Gutachten darüber zu erstellen, haben in ihrem Fachgutachten ausgeführt, daß Gyula Kovács zwar gegenwärtig nicht geistesgestört oder unzurechnungsfähig ist, daß er aber die in der Anklage genannte Tat in einer tiefen Bewußtseinsstörung ausgeführt hat ... und deshalb strafrechtlich nicht zur Verantwortung zu ziehen ist. Damit ist die Einstellung der Untersuchungshaft begründet.“ Die Budapester Staatsanwaltschaft legte gegen diesen

Beschluß Berufung ein und beantragte eine Überprüfung der fachärztlichen Gutachten beziehungsweise die Weiterleitung der Strafakten an den Anklagesenat des Strafgerichtshofes.

Die Überprüfung der fachärztlichen Gutachten bestätigte jedoch in den wesentlichen Punkten die Erkenntnisse der Gerichtsärzte. Am 16. und 17. Dezember kam es zur Schwurgerichtsverhandlung. Unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände und der Zeugenaussagen erklärten die Geschworenen Kovács schließlich für nicht schuldig. Der Präsident des Gerichtshofes ordnete daraufhin seine Freilassung an.

Der zweite Attentatsversuch gegen Tisza ging von dem Privatbeamten János Lékai aus und fand im letzten Abschnitt des Ersten Weltkrieges statt, als Tisza wegen der Kriegsschäden und der hohen Zahl der Gefallenen zur Zielscheibe des Volkzorns wurde. Am Nachmittag des 16. Oktober 1918 verließ Tisza in Begleitung seiner Gattin das Parlament, und als er sich auf dem Wege zu seinem Auto befand, wollte Lékai auf ihn schießen, doch die Pistole versagte. (Der Attentäter hatte nämlich keine Ahnung von Waffen, die revolutionären Sozialisten hatten ihm erst kurz zuvor in einem Nebenraum des Cafés im Parlament die Handhabung der Pistole erklärt.) Die in der Nähe befindlichen Polizisten und Tizas Chauffeur entrissen Lékai blitzschnell die Pistole, und der Attentäter wurde abgeführt. Berichten zeitgenössischer Blätter zufolge hatte sich Tisza dem entwaffneten Attentäter mit den Worten zugewandt: „Sie Unglücklicher, was haben Sie getan? Was wollen Sie von mir, der ich nicht mehr an der Macht bin?“ Und Lékai soll darauf geantwortet haben: „Ich wollte den Mann töten und mit ihm den Gedanken, der eine der Hauptursachen dafür ist, daß die Welt in Flammen steht. Ich bin krank, mein Leben ist nicht mehr viel wert, für mich ist es egal, wie ich sterbe.“

In diesem Fall handelte es sich also nicht mehr um das Attentat eines Einzelgängers, hier konnte man schon von einer organisierten Aktion sprechen. Die revolutionären Sozialisten sahen nämlich in dem Führer der Partei der Nationalen Arbeit den größten Widersacher einer sofortigen Beendigung des Krieges und einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft, und auch der Wunsch nach einer Genugtuung für all die Leiden, die der Krieg gebracht hatte, veranlaßte sie zu seiner Ermordung. Lékai, der unheilbar lungenkrank war, wollte sein Leben dafür opfern und hatte selbst darum gebeten, das Attentat auszuführen. (Der 23jährige Lékai war 1917 Mitglied des radikalen Galilei-Kreises geworden, hatte für die Zeitschrift *Ifjú munkás* [Jungarbeiter] gearbeitet und sich dann dem sozialrevolutionären Kreis um Ottó Korvin angeschlossen.) Nach dem Attentat wurde ein Prozeß gegen ihn angestrengt, doch während der bürgerlich-demokratischen Revolution kam er auf freien Fuß. Er nahm an der Gründung der Kommunistischen Partei Ungarns teil, und in der Ungarischen Räterepublik war er im Volkskommissariat für Unterrichtswesen tätig. Später wirkte er in der Emigration in mehreren Ländern im Auftrage der Kommunistischen Jugendinternationale, bis zu seinem Tode im Jahre 1925.

Nach dem Attentat wurde Tisza wiederholt von Freunden aufgefordert, seinen allgemein bekannten Wohnsitz in der Villa Roheim in der Hermina út zu verlassen, umzuziehen oder in die Provinz zu verreisen. Doch Tisza ließ sich nicht überreden, er wollte sich nicht verstecken. Er änderte nichts an seinen Gewohnheiten und gab auch seine täglichen Spaziergänge auf der Straße nicht auf.

Wie sehr Tisza politisch isoliert war, zeigte sich daran, daß sich seine Partei der Nationalen Arbeit am 22. Oktober 1918 auflöste und in die Verfassungspartei Andrássys einging. Im Abgeordnetenhaus schürte außer Mihály Károlyi vor allem der Journalist László Fényes mit seinen Reden die gespannte Atmosphäre. „In den Vorstädten ist das Elend so groß“, erklärte Fényes unter anderem, „daß das Volk früher oder später sein Schicksal selbst in die Hand nehmen wird.“

Am 23. Oktober gab Wekerle im Abgeordnetenhaus erneut seinen Rücktritt bekannt. Er begründete ihn damit, daß er sich nicht für geeignet halte, die Geschäfte weiter zu führen. Es sei die Ernennung eines Kabinetts wünschenswert, in dem alle parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen und nationalen Richtungen vertreten seien. Der König nahm die Demission der Regierung an, bat die Minister aber, bis zu seinem weiteren Beschluß die Amtsgeschäfte fortzuführen. Das war die letzte Sitzung des seit 1910 amtierenden Abgeordnetenhauses. Im Palais Károlyi wurde der Ungarische Nationalrat gegründet, der im wesentlichen aus drei Parteien bestand, aus der Unabhängigkeitspartei Károlyis, den bürgerlichen Radikalen und der Sozialdemokratischen Partei.

Wie es im Aufruf des Nationalrates hieß, hatten Absolutismus, Klassenherrschaft und die unselige Politik der Unterdrückung der Nationalitäten Ungarn ins Verderben gestürzt. Der mit unverfrorenem Leichtsinne und in selbstgefälliger Kurzsichtigkeit vom Zaune gebrochene Krieg „lieferte die Besten unserer Nation sinnlos auf die Schlachtbank ... das ungarische Parlament steht ohne jedes geistige und moralische Ansehen da ... die prinzipienlose, ihr Versprechen brechende ... gestürzte Regierung wurde zum Gegenstand des öffentlichen Hasses und der allgemeinen Verachtung ... über unsere Zukunft bestimmen ein Parlament und eine Regierung, die nur das Interesse einer kleinen Klasse und Gruppe vertreten und das willige Spielzeug fremder außenpolitischer Kräfte sind.“ Deshalb werde der Ungarische Nationalrat gebraucht, dessen Anliegen es sei, das zentrale Organ aller Bewegungen und Bestrebungen zu sein, die für die Rettung und für einen modernen Neuaufbau Ungarns eintreten. Der Nationalrat zähle auf die begeisterte Mitarbeit aller aktiven Bürger, denen das Interesse des Landes am Herzen liege. In zwölf Punkten benannte der Aufruf die dringlichsten Aufgaben, ohne die eine Rettung des Landes nicht vorstellbar sei. Es wurden alle, auch das Militär aufgerufen, sich anzuschließen. Die Völker und Regierungen des Auslandes forderte der Nationalrat auf, nicht mit der gegenwärtigen ungarischen Regierung, sondern mit dem Ungarischen Nationalrat Kontakt aufzunehmen, denn nur dieser sei berufen, im Namen der ungarischen Nation, die mit ihrem Blut und ihrer Arbeit Ungarn erhalte, zu sprechen und zu handeln.

Die Ereignisse überstürzten sich nun. Immer häufiger waren Losungen zu hören, die forderten, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Besonders laut wurden die Rufe nach Vergeltung in den letzten Oktobertagen, als der König unerwartet nicht Károlyi, sondern Hadik, der dem Andrassy-Kreis angehörte, mit der Regierungsbildung beauftragte. Die oppositionellen Kräfte bereiteten sich auf die Machtübernahme vor. In den Straßen wogten die Massen der Arbeiter, Soldaten und Jugendlichen. Die Soldaten folgten schon den Befehlen und Anweisungen des revolutionären Soldatenrates, der am 25. Oktober gegründet worden war. Am Abend des 28. Oktobers versammelte sich eine große Menge vor dem Lokal der Károlyi-Partei am Budapester Gizella tér (heute Vörösmarty tér). Barna Buza, László Fényes und István Friedrich hielten Reden und schlugen der Zuhörerschaft vor, nach Buda in die Burg zu gehen, damit die Macht sehe, hinter wem das Volk stehe. Auf der Kettenbrücke aber sprengten berittene Polizisten in die Menge, und Gendarmen und Polizisten begannen, auf die Demonstranten zu schießen. Es gab Tote und viele Verletzte. (Am 30. Oktober stellte sich dann allerdings auch die Polizei auf die Seite des Nationalrates.)

Die 48er Verfassungspartei hielt am Abend des 28. Oktober eine Versammlung ab, an der bereits die mit ihr verschmolzene Partei der Nationalen Arbeit teilnahm. Wekerle brachte seine Freude zum Ausdruck, daß die beiden Parteien sich zur Arbeit vereint hatten, und erklärte, daß man nun auch mit Taten gegen die revolutionären Strömungen auftreten müsse. Es gäbe den Beweis, daß die Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht von einer entgegengesetzten Strömung abgelöst werden würden, und deshalb werde man nun entschiedener vorgehen.

Nach ihm sprach Tisza. „Die Mitglieder der Partei müssen der Regierung zu Hilfe eilen, um das Land vor den Prüfungen einer revolutionären Parodie zu verschonen ... Die Lage des Landes ist schmerzlich und sehr traurig, denn wie es scheint, muß mit einer weitgehend feindlichen Gesinnung unseres Gegners gerechnet werden. – Die traurige Lage des Landes würde aber noch verschlimmert werden, wenn es in diesem Zustand unserer öffentlichen Verhältnisse gelänge, die innere Ordnung des Landes aufzuwühlen, und wenn in diesem Zustand unserer äußeren Verhältnisse die Regierung des Landes in den Staub der Straße stürzen würde oder in Hände geriete, die sie mißbrauchten, um den inneren Frieden des Landes zu zerstören.“

Das war die letzte öffentliche Rede Tiszas.

Der Nationalrat war inzwischen am 28. Oktober in das Hotel Astoria umgezogen und wirkte fast schon als Regierung.

Wie bekannt, trug die bürgerlich-demokratische Revolution am 30. Oktober den Sieg davon. Die Soldaten leisteten ihren Fahneid auf den Nationalrat, besetzten die wichtigsten öffentlichen Gebäude und Ämter, ein Oberleutnant wurde zum Stadtkommandant von Budapest ernannt, und am 31. Oktober kam endlich die Regierung Károlyi zustande.

DIE ERMORDUNG TISZAS

Am 31. Oktober belebten sich die Straßen von Budapest. Eine bunte Menge von Soldaten und Zivilisten wogte an diesem herbstlichen, etwas kühlen, regnerischen Tag durch die Stadt und wartete entschlossen und hoffnungsvoll auf den Ausgang der Dinge. Ihnen schlossen sich die Friedhofsbesucher zu Allerseelen an, die der Toten gedachten, Blumen zu den Gräbern brachten oder ihre im Kriege gefallenen Angehörigen betrauernten. Der Frost ließ die späten Herbstblumen noch nicht erstarren, ihre Farben wurden höchstens vom morgendlichen Rauhreif verändert, wodurch die herbstliche Farbenpracht der Natur noch bunter wurde. Die am Rande der Stadt liegenden Straßen schienen ausgestorben, hier hörte man höchstens Klänge, die von der Innenstadt herüberwehten, wo der Sieg der Revolution begrüßt wurde, oder es dröhnte der Lärm von schnell dahinfahrenden Militärautos, neugierig wahrgenommen von den hinter den Fenstervorhängen Hervorspähenden. Von Zeit zu Zeit fand sich auch auf den größeren Plätzen eine Menge ein, viele hörten den improvisierten revolutionären Reden der zufälligen Sprecher zu, die von der Regierungskrise und dem Zerfall des Militärs, genauer gesagt, dem Anschluß der überwiegenden Mehrheit des Militärs an den Soldatenrat, sprachen. Die Waffen blieben stumm, wer eine Waffe trug, maß dem keine Bedeutung bei, drückte sie höchstens als Symbol seiner im Krieg erfahrenen Leiden an sich oder streckte sie ab und zu in die Höhe, um seiner Freude Ausdruck zu verleihen. Es kam zu keinerlei Zusammenstößen. Die Exponenten der alten Ordnung nahmen zumeist die veränderten neuen Umstände zur Kenntnis. An Widerstand dachten sie nicht. Vor dem Hotel Astoria und vor dem Rathaus feierte die versammelte Menge in ihrem Freudentaumel vor allem Mihály Károlyi. Sie forderte die sofortige Beendigung des Krieges, manchmal ertönte aber auch der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen.

Die Mitglieder des Nationalrates und ihre begeisterten Anhänger betrachteten aus den Fenstern des Hotels und des Rathauses das Straßenbild, ohne bestimmte Vorstellungen zu haben. Wie ein Schiff, das seine Segel verloren hat und im Sturm auf den wogenden Wellen dahintreibt, schritten sie ziellos von einem Saal in den anderen, ohne zu irgendeinem konkreten Entschluß zu kommen. Deshalb war auch das, was in der Hermina út in der Villa Roheim passierte, überraschend. Hier wohnte der früher so mächtige Politiker István Graf Tisza mit seiner kränkelnden Gattin. Das in früherer Zeit zahlreiche Personal des Hauses war gründ-

lich geschrumpft, es gab nur noch ein paar Dienstboten, eine Köchin, den Diener und den Gärtner. In einem Raum des Souterrains drängte sich die Gendarmengruppe zusammen, die schon von der vorhergehenden Regierung als Wache für das Haus abkommandiert worden war. Tisza widerstrebte der offene Wachdienst, und auch die Gendarmen waren dazu nicht mehr bereit. Verpflegt wurden sie von den größeren Kasernen der Stadt, solange diese überhaupt noch bestanden, oder sie mußten sich selbst versorgen. So zogen auch am Vormittag des 31. Oktober einige von ihnen los, um die tägliche Nahrungsration aufzutreiben, aber sie kehrten nicht mehr zurück. Die Kasernen waren inzwischen von den Soldaten der Revolution besetzt worden. Über das Schicksal der ausbleibenden Gendarmen ist nichts weiter bekannt. Vielleicht haben sie sich wie ihre Kameraden Herbstastern an die Mützen gesteckt und sich dem neuen Heer der Revolution angeschlossen, oder sie kehrten zu ihren Familien zurück, um die verhaßte Dienstuniform ablegen zu können. Jetzt konnten sie ja frei handeln, die siegreiche Revolution hatte die Bande, die die alte Ordnung zusammengehalten hatte, zerschnitten. Was sie auch getan haben mögen, Tatsache ist, daß sie nach allem, was sie in der Stadt sahen, nicht mehr – weder mit noch ohne Nahrungsmittel – in die Villa in der Hermina út zurückkehrten. Die Dagebliebenen kauerten in dem ihnen angewiesenen Ruheraum im Souterrain des Hauses und grübelten über ihre sonderbare Lage nach. Einiges von der revolutionären Stimmung war auch in diesen abgeschlossenen Raum eingedrungen, doch das Wesentliche wurde ihnen nicht deutlich.

Tisza begriff fast nichts von den veränderten Verhältnissen. Seinen Glauben an das dualistische System und den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie konnten auch die ängstlichen Besuche und Warnungen der ihm Nahestehenden nicht ins Wanken bringen. Unter diesen Umständen kam ein Aufgeben oder Zurückweichen für ihn nicht in Frage, und an Flucht dachte er überhaupt nicht, nur seinen üblichen Spaziergang durch die Straßen unternahm er an diesem Tag nicht. Denn in den Vormittagsstunden war seine Nichte, Denise Gräfin Almássy, in Begleitung ihres Hausmeisters quer durch die Stadt zu ihm geeilt und hatte ihm von den revolutionären Bildern auf den Pester Straßen und den Losungen der Soldaten berichtet, die Tisza und dem Stadtkommandanten Géza Lukachich den Untergang wünschten. Die Stille in der Villa wurde immer wieder vom Lärm vorbeifahrender Militärautos zerrissen. Die selbstsichere Ruhe, die das Haus früher beherrscht hatte, wich nun einer ungeduldrigen Spannung. Da Tisza nicht wußte, in welcher Lage sich János Graf Hadik befand und welches Schicksal Géza Lukachich ereilt hatte, schrieb er an beide einige vertrauliche Zeilen, in denen er bewaffnete Kräfte anforderte und zugleich seine Dienste zur Aufrechterhaltung der Ordnung anbot. An Hadik schrieb er am 31. Oktober: „Wenn ich der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung in irgendeiner Weise dienlich sein kann, dann stelle ich mich Eurer Exzellenz zur Verfügung. In diesem Fall bitte ich aber, mir eine zuverlässige Patrouille zu schicken (Hermina út 35/a), an deren

Spitze ich meinen Bestimmungsort erreichen kann. Einen Brief ähnlichen Inhalts richte ich auch an Herrn Generalleutnant Lukachich.“

Den mit gleichem Text an Lukachich geschriebenen Brief ergänzte Tisza noch mit der Bitte: „Dem Überbringer meines Briefes bitte ich, einige mündliche Informationen über die Lage zu geben.“

Mit der Beförderung seiner Briefe betraute er den Hausmeister von Gräfin Almássy; die Schreiben konnten aber die Adressaten nicht mehr erreichen. Hadik hatte noch am Morgen sein Amt als Ministerpräsident niedergelegt, und Károlyi war mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Der Stadtkommandant Lukachich war gefangen genommen und ins Hotel Astoria gebracht worden. Die vor dem Hotel versammelte Menge schwor Rache und forderte die Auslieferung Lukachichs, weil er am 28. Oktober auf der Kettenbrücke den Feuerbefehl auf die nach Buda ziehenden Demonstranten gegeben und an den vorangegangenen Tagen die Erschießung vieler fahnenflüchtiger Soldaten befohlen hatte. Ihm retteten nur die Führer des am Vormittag des 31. Oktober ins Rathaus umgezogenen Nationalrates das Leben, denn während sie vom Balkon zu der aufgebrachten Menge sprachen, konnte der ehemalige Stadtkommandant in Zivilkleidern durch den Hinterausgang fliehen. (Die Briefe Tizas gelangten später ungeöffnet an seine Familie zurück. Aus diesem Grunde ist auch die einst weitverbreitete Angabe zu bezweifeln, wonach sich Freiherr István Vojnits im Auftrage Tizas zu Graf Batthyány, einem der Führer der Unabhängigkeitspartei, begeben und ihm die Möglichkeit einer Zusammenarbeit angeboten habe. Batthyány habe dies nicht abgelehnt, den Zeitpunkt für eine Vereinbarung aber nicht für geeignet gehalten und Tisza vielmehr zu schneller Flucht aufgefordert. Der Wahrheit halber ist hier hinzuzufügen, daß Batthyány selbst in seinen ausführlichen Memoiren nichts darüber schreibt!)

Gegen Mittag erschienen seltsam gekleidete, unerwartete Besucher in der Villa. Sie trugen Regenmäntel bzw. Soldatenuniformen. Auf ihr Verlangen hin ließ sie der Gärtner beim Gartentor ein, das auf Tizas ausdrücklichen Wunsch nicht verschlossen war. Ein Zivilist im Regenmantel, hochaufgeschossen, etwa 30 Jahre alt, konnte nach kurzem Wortwechsel, von dem sich die zurückgebliebenen Gendarmen schon fernhielten, mit Tisza sprechen. Der Inhalt dieses Gesprächs ist uns nicht genau bekannt, aber es wäre denkbar, daß der Besucher dem Politiker seine Unterstützung zusagte und ihn auf die lauernde Gefahr aufmerksam machte. Es wäre aber auch vorstellbar, daß die Gruppe in Wirklichkeit den Ort ausspähte und mit ihrem Besuch eine spätere Rückkehr vorbereitete. Am Nachmittag versammelte sich eine große Menge im nahen Stadtwäldchen.

Zwischen 5 und 1/2 6 Uhr hielten zwei mit Planen bedeckte Militärlastwagen in der unmittelbaren Nähe der Villa Roheim. Im Hochparterre der Villa hielten sich zu dem Zeitpunkt drei Personen auf: Tisza, seine Gattin und die junge Gräfin Almássy, die hinter einem Fenstervorhang die Straße beobachtete. Im Souterrain ging das Personal seiner gewohnten Hausarbeit nach. Inzwischen wurde das Telefon abgeschaltet. Die aus den Autos steigenden bewaffneten Männer handel-

ten so schnell und fast mit der Genauigkeit eines Uhrwerks, daß eine Zufälligkeit ihres Tuns ausgeschlossen werden kann. Die Soldaten in Uniformen verschiedener Waffengattungen gingen offenbar nach einem detailliert ausgearbeiteten Plan vor. Vier Mann begaben sich mit geladenen Waffen zur Wohnung, zwei gingen zu den gelangweilt Karten spielenden Gendarmen ins Souterrain, die auf die Aufforderung der Eintretenden hin sofort ihre Waffen übergaben und das Haus verließen. Einige Soldaten sicherten im Garten und auf der Straße die Durchführung des Mordplanes. Die anderen betraten die Halle und verlangten nach Tisza, der, die Pistole in der Hand, in Begleitung seiner Gattin und seiner Nichte, der Gräfin Almássy, in die Halle kam, wo er sich den auf ihn gerichteten Gewehren gegenüber sah. Als er erkannte, daß jeder Widerstand zwecklos war, kam er der Aufforderung der bewaffneten Männer nach und legte seine Pistole nieder – nach einer anderen Version warf er sie fort. Es begann ein kurzer Wortwechsel, in dem die Soldaten den einst so mächtigen Ministerpräsidenten für den Krieg und für alle Leiden verantwortlich machten. Dann fielen die Schüsse. Zwei waren für Tisza tödlich, und eine Kugel verletzte die Tisza zu Hilfe eilende Gräfin Almássy im Gesicht und an der Nase. Béla Rajner, ein junger Journalist, beschrieb die dramatischen Augenblicke des Geschehens aufgrund von zeitgenössischen Berichten und den Aussagen der Anwesenden – vor allem der Gräfin Almássy und des Personals, insbesondere des Dieners László Dömötör, der den Wortwechsel mit angehört hatte – wie folgt: Während einige Soldaten die Wendeltreppe ins Souterrain hinuntergingen, die Gendarmen entwaffneten und dann wegschickten, hielten sich drei Soldaten in der Halle auf. Der Diener László Dömötör stellte sich den drei Soldaten zitternd wie ein Blatt im Abendwind entgegen: „Was wollen Sie?“

„Wir suchen Seine Exellenz!“

„Ich werde nachsehen, ob er da ist.“

„Sie brauchen nicht nachzusehen, wir wissen, daß er da ist ...“

László Dömötör lief außer sich in Tiszas Zimmer:

„Euer Exellenz, es sind schon wieder Soldaten da!“

„Ängstigt euch nicht um mich und sitzt mir nicht ständig im Nacken“, antwortete Graf Tisza, und ein paar Minuten später stand er auch schon den drei Soldaten gegenüber ...

Jeder der Soldaten hielt ein Gewehr. Oberst Tisza hielt seinen Revolver in der Hand.

„Was haben Sie da in der Hand?“ fragte ihn der eine Soldat.

„Eine Waffe, Sie haben ja auch eine.“

„Legen Sie sie nieder!“

„Legen Sie auch die Ihre nieder!“

„Legen Sie sie sofort nieder!“

Ein paar Augenblicke des Zögerns, und Tisza warf seinen Revolver auf den Teppich, mit dem er wenigstens einen von den drei Männern hätte erschießen können, und stand nun unbewaffnet vor den dreien.

„Wissen Sie, daß ich Ihretwegen acht Jahre gedient habe?“ schrie der eine Soldat. „Sie haben den Krieg verursacht, Ihretwegen fanden viele Millionen Menschen den Tod.“

„Ich weiß, daß viele Millionen Menschen sterben mußten“, antwortete Tisza in diesen erschreckenden Augenblicken angesichts des Todes, „das schmerzt auch mich, doch bin ich nicht die Ursache dafür ...“

Dieses erregte Gespräch fand in Anwesenheit der Gräfinnen Tisza und Almássy statt. Tisza stand, an das Klavier gelehnt, rechts von ihm seine Gattin, links von ihm die junge Gräfin.

Die Soldaten schrien:

„Die Frauen sollen beiseite treten!“

„Ich gehe nicht weg“, antwortete Tizas Gattin.

„Ich auch nicht“, schluchzte Gräfin Almássy, die sich zu Gräfin Tisza neigte.

„Jetzt hat die Stunde der Abrechnung geschlagen“, brüllte der eine Soldat, und im nächsten Augenblick lösten sich auch schon die Schüsse aus den drei Gewehren.

So unerwartet und überraschend schnell die Soldaten gekommen waren, so schnell entfernten sie sich wieder. Ihre Spur verlor sich. Die Hausbewohner eilten in die Halle, einer der Diensthofen lief ins nahegelegene Bethesda-Krankenhaus, um ärztliche Hilfe zu holen. Der eintreffende Arzt konnte aber nur noch den Tod Tizas feststellen.

Die Nachricht von dem Mord verbreitete sich innerhalb von Minuten wie ein Lauffeuer in der ganzen Stadt. Die Massen, die die Revolution feierten, nahmen sie mit Genugtuung auf, der Führungsstab der Revolution bewertete die Ermordung Tizas als einen bedauerlichen Schandfleck, der auf seine Ideale gefallen war. Die rasante Entwicklung der Zeit verschleierte dann aber die Vergangenheit, und in den Vordergrund des alltäglichen Lebens traten die neuen Wege der Entfaltung. Denn es war eine außergewöhnliche Situation, die Revolution hatte gesiegt, der Krieg war zu Ende, aber das Land befand sich durch den verlorenen Krieg und durch andere Umstände in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage.

Károlyi überraschte die Mordnachricht, und die Mitglieder der Regierung machten sich, wenn auch nicht mit übermäßigem Eifer, an die Klärung der Umstände. Doch eigentlich verhielten sie sich in der Angelegenheit recht vorsichtig, sie fürchteten sich, die Mörder zu entlarven, denn womöglich hätte man diese als Nationalhelden gefeiert, und ihre Verhaftung oder ein Prozeß gegen sie hätte die ohnehin widersprüchliche und labile Stellung des Kabinetts Károlyi sehr unangenehm beeinflussen können. (Die zeitgenössischen Fahndungsakten sind übrigens verschollen.) Die Ungarische Räterepublik von 1919 erwies sich als noch weniger geeignet, irgendeinen Mordprozeß in die Wege zu leiten.

Nach dem August 1919 begann man dann unter dem konterrevolutionären Regime mit auffälligen Äußerlichkeiten, den Prozeß vorzubereiten. Die Beweggründe waren dabei hauptsächlich Vergeltungsmaßnahmen gegen die Revolutio-

näre. Man gedachte gar nicht so sehr die konkreten Umstände der Ermordung, die Person der Täter und die Gründe für ihre Tat aufzudecken, man suchte eher nach den „Anstiftern“, und die meinte man im Nationalrat und im Generalstab des Soldatenrates gefunden zu haben. Mit anderen Worten, die Revolution selbst wurde zum Hauptschuldigen gemacht.

Entsprechend der ursprünglichen Konzeption – die man dann auch zu beweisen versuchte – hatte der Nationalrat die Rolle des Anstifters gespielt und der elfköpfige Soldatenrat die Durchführung des Planes übernommen. Obwohl die Anklageschrift hervorhob, daß es nicht gelungen sei, den Mord in allen Details aufzuklären, stellte man doch eine dementsprechende Hypothese auf (sie ähnelt den obigen Ausführungen):

Am Vormittag des 31. Oktober, um 1/2 11 Uhr erschienen bei dem Journalisten Pál Kéri im Hotel Astoria der Vorsitzende des Soldatenrates, Hauptmann Imre Csernyák, Marineunteroffizier István Dobó, Fähnrich Tibor Sztanykovszky, Marineunteroffizier Tivadar Horvát-Sanovics, ein Fähnrich namens Láng und ein Matrose namens Müller. Einige von ihnen waren Mitglied des Soldatenrates. Kéri bedeutete ihnen, am Nachmittag um 4 Uhr wiederzukommen.

Pünktlich waren die Genannten am Nachmittag wieder zur Stelle. Mit ihnen kamen noch der Journalist József Pogány und der Chemieingenieur Marcell Gärtner. Alle trugen Soldatenuniformen und waren mit Mannlicher-Gewehren ausgerüstet. Kéri skizzierte ihnen das Haus in der Hermina út und den Garten und bestimmte für jeden den Platz und die Rolle, die er zu übernehmen hatte. Zwei graugrüne Militärautos warteten auf sie, und es dürfte etwa nachmittags 5 Uhr gewesen sein, als die Autos vom Astoria losfuhren. István Graf Tisza war den ganzen Vormittag des 31. Oktober in seinem großen Salon auf und ab gegangen. Von der Straße her hatte er Schüsse gehört, haßerfüllte Rufe waren zu vernehmen, und vor dem Haus sah er das feindliche Verhalten der Menge. Gegen 11 oder 12 Uhr vormittags stürzte Marcell Gärtner mit einigen bewaffneten Soldaten in die Villa, unter dem Vorwand, daß er den Militäranwalt Ruzicska suche. In Wahrheit war er aber gekommen, um sich davon zu überzeugen, ob István Tisza allein sei, und weil er sich ein wenig in der Villa und der Wohnung umsehen wollte. Als Marcell Gärtner wieder gegangen war, gab auch Tisza der Gräfin Almássy gegenüber zu verstehen, daß er den ganzen Besuch für einen Vorwand halte.

Die Familie speiste ruhig zu Mittag, zu Gast waren János Sándor und Baron Béla Radvánszky. Nach dem Essen drängte Tisza seine Gäste zum Aufbruch. Es schien, als ahnte er die Gefahr und wollte sie vor dem Bevorstehenden bewahren. Er gab ihnen noch seine Grüße an die Anhänger und Freunde im Parteiklub mit auf den Weg.

Als sich die Gäste entfernt hatten, kam ein etwa 30jähriger Mann in die Villa, der sich anbot, Tisza die erforderlichen Losungsworte zum Telefonieren mitzuteilen. Tatsächlich sagte er auch zwei Losungsworte, die Telefonzentrale stellte aber auch keine Verbindung her, als man die Losung sprach. Im Verlauf des Nachmit-

tags erschien der Gendarmeriewachtmeister Rákóczi, der den Befehl über die acht zum Schutz Tizas abkommandierten Gendarmen hatte, und wollte die Wache von der Villa abziehen, da er keine Ablösung bekomme und auch keine Verpflegung mehr aufzutreiben sei. Der ehemalige Ministerpräsident gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß die Gendarmen abgezogen werden sollten, wo sich die Lage doch nicht gebessert hatte. Daraufhin blieb die Wache, nur die Gendarmen Mihály Bagyó und János Kiss gingen in die Stadt, um Nahrungsmittel zu besorgen.

Inzwischen wurde es draußen dunkel. Die vom Hotel Astoria kommenden zwei Lastwagen hielten in der Nähe der Villa. Pál Kéri ging voraus bis zum Bethesda-Krankenhaus und sah sich um. Nach ihm kamen Dobó, Horvát-Sanovics, Pogány und Sztanykovszky, die gleich darauf den Garten betraten. Ihnen folgten Hüttner, Gärtner, Láng und Müller, Csernyák blieb am Tor stehen. Kéri ging draußen auf der Straße auf und ab. Die Gendarmen wurden im Nu entwaffnet, und sie machten auch nicht den Versuch, Widerstand zu leisten. Dann gingen die Männer, angeführt von Gärtner, in die Villa. Gärtner blieb in der äußeren Vorhalle der Wohnung von Graf Tisza stehen. Pogány, Dobó, Horvát-Sanovics und Sztanykovszky betraten von der Vorhalle aus die Halle. Im Hof beziehungsweise im Garten postierten sich Hüttner, Fähnrich Láng und der Matrose Müller. Sie hielten die Verbindung zur Außenwelt.

Als der Diener die bewaffneten Soldaten sah, rannte er erschrocken in den Salon und meldete jammernnd, daß bewaffnete Soldaten in die Halle eingedrungen seien und seinen Herrn mit dem Tode bedrohten. Er flehte den Grafen an, aus dem Fenster zu springen und zu fliehen.

Graf Tisza war dazu aber nicht bereit. Er erklärte: „Es gibt keinen Grund zu erschrecken! Herr Gott, László, du warst immer mein treuer Diener! Ich springe nirgendwohin. Wie ich gelebt habe, so werde ich sterben!“ Damit wandte er sich der Halle zu, öffnete die beiden Flügeltüren, die vom Salon in die Halle führten und trat hinaus. Ihm folgten seine Gattin und die Gräfin Almássy. In der Halle standen vier Männer mit geladenem Gewehr, in der Mitte Dobó, rechts von ihm Pogány, links Horvát-Sanovics und ein paar Schritte hinter ihm Sztanykovszky. „Wir sind gekommen, um abzurechnen“, begann Dobó, während Horvát-Sanovics Tisza anschrie, er solle seine Waffe niederlegen. Tisza hielt nämlich in der Rechten einen Revolver. Als der Graf sah, daß er mit dem Revolver sich und seine Angehörigen nicht schützen konnte, sie eher noch ins Unglück brachte, legte er die Waffe nieder. Inzwischen beschuldigte ihn Dobó, daß er den Krieg und all das Elend verursacht habe. Dann forderte er die Gräfinnen Tisza und Almássy auf, sich zu entfernen. Sie rührten sich aber nicht von der Stelle und erklärten: „Niemals!“ Da blickte Dobó nach hinten und fragte, ob die Verbindung stehe. Als seine Frage bejaht wurde, rief er mit erhobener Stimme: „Euer Exellenz, die letzte Stunde hat geschlagen!“ Drei der Männer hoben das Gewehr und schossen.

Tisza warf sich im selben Augenblick nach vorn und versuchte, mit dem rechten Arm das auf ihn gerichtete Gewehr zu Boden zu drücken, aber die Schüsse fielen schon, und während Gräfin Tisza ohnmächtig in die Knie sank, versuchte Gräfin

Almássy, Pogány die Waffe zu entreißen. Eine Kugel traf den Ex-Ministerpräsidenten in den Bauch, eine zweite brach ihm den linken Arm, und die dritte drang in die rechte Schulter ein, wo sie die zum Herzen führende Hauptschlagader durchschlug. Tisza brach sofort zusammen und war in wenigen Minuten tot. Gräfin Almássy wurde an der Nase und am Ohr verletzt und verlor ebenfalls das Bewußtsein.

Die Untersuchung ließ keinen Zweifel daran, daß Pál Kéri der geistige Inspirator des Mordes war.

Diese im damaligen Ungarn gerichtlich bestätigte Variante vom Ablauf der Ereignisse wurde aber durch zahlreiche Momente in Frage gestellt. Deshalb gaben viele den Presseorganen Recht, die den Mord als eine Aktion der damals die Hauptstadt überschwemmenden Soldaten hinstellten. Das schien viel wahrscheinlicher, denn die Anklage gegen den Nationalrat konnte im Prozeß nicht bewiesen werden. Trotzdem können einzelne Mitglieder des Soldatenrates nicht von vornherein von der Tat ausgeschlossen werden. Die schnelle, planmäßige Aktion setzte eine sorgfältige Ausarbeitung der Durchführung des Planes voraus, was eine völlig zufällige Handlung ausschloß und auch Zweifel an der Annahme aufkommen ließ, daß die Ermordung das Werk einfacher „umherstreunender Soldaten“ gewesen sei. Die an dem Mord Beteiligten hatten keinerlei Spuren zurückgelassen. Sie wußten sehr wohl, daß ihre Schüsse tödlich gewesen waren, denn sie sahen nicht mehr nach dem zusammengebrochenen Opfer, das später zu Gattin und Nichte sagte: „Sie haben mich erschossen, es ist zu Ende, das mußte so kommen.“ Das bis dahin stumme Telefon am Schauplatz war plötzlich wieder in Ordnung, auf der Straße fuhren die Straßenbahnen, und wenige Minuten später boten Villa und Umgebung ein ruhiges, friedliches Bild. Auf den Ruf des Dienstpersonals hin traf bald darauf ein Arzt vom Bethesda-Krankenhaus ein, dann auch der stellvertretende Polizeipräsident Béla Szentkirályi, in Begleitung eines Polizeiarztes. Auf die tragische Nachricht hin, die sich schnell in der Stadt verbreitete, kamen die Verwandten Tizas und seine nahen Bekannten. Es erschien auch ein Beauftragter des Kriegsministers Lindner, der sich davon überzeugen wollte, daß Graf Tisza wirklich tot war. Als er den Leichnam in Augenschein genommen hatte, sprach er im Namen der Regierung sein Beileid aus. Baron Béla Radvánszky entgegnete ihm gereizt: „Dafür danken wir nicht!“

Man stellte den Totenschein aus. Unter Name und Beruf stand: István Graf Tisza, Oberst. Als Todesursache wurde „Schußwunde“ eingetragen. Später belagerte eine ganze Armee von Journalisten das Haus. Einigen gelang es, bis in die Villa vorzudringen. Lajos Zilahy schrieb über den toten Tisza: „Um die Schläfen dunkle Furchen und Falten, mit pergamentener Stirn, tief eingesunkenen Augen, hochmütig zusammengepreßten Lippen und seinem auch im Tode ernsten und strengen bärtigen Antlitz ruht das vergangene, gestürzte, das tote Ungarn ...“ Mihály Károlyi sandte nachfolgendes Beileidstelegramm: „Ich halte es für meine menschliche Pflicht, über den tragischen Tod meines größten politischen Gegners aufrichtiges und tiefes Beileid zu äußern.“ Die Zeitungen vermieden im allgemei-

nen Beileidsbekundungen, sie zogen eher eine Bilanz seines Lebens. *Az Est* (Der Abend) schrieb zum Beispiel: „István Graf Tisza wurde gestern abend von drei Soldaten erschossen. Das Schicksal, das er stets mit trotziger Starrsinnigkeit herausforderte, hat sich nun für ihn erfüllt. Seine große Begabung und seine männliche Entschlossenheit setzte er mit unbeugsamer Konsequenz für schlechte Ziele ein. Seine Auffassung, sein Programm und seine ganze Ideenwelt waren uns fremd, und fast immer geißelten wir in erbarmungslosem Ton seine Voreingenommenheit, seine Einseitigkeit und den muffigen Konservatismus, mit dem er sich allen modernen Gedanken verschloß.

... Aber sein tragischer Tod erschüttert trotzdem. Er ist standhaft und wie ein Mann gestorben, so, wie er sein ganzes Leben lang gekämpft hat. Es ist unmöglich, ohne menschliche Anteilnahme vor seiner Bahre zu stehen. Er wurde ermordet, und diesen Mord hat die triumphierende Revolution der Menschenrechte nicht notwendig gehabt. Seine größte Strafe hätte ja gerade darin bestanden, mit eigenen Augen die Folgen seines furchtbaren Irrtums mit ansehen zu müssen: die großartige Entfaltung eines mit revolutionärer Kraft neuentstehenden, unabhängigen ungarischen Volksstaates ...“ Gyula Krudy schrieb in der Zeitung *Magyarország* (Ungarn): „Vergeblich hat er vor einigen Tagen die Revolution eine Parodie genannt, er saß seit Tagen in der Leichenhalle, alle Schritte, die an sein Ohr drangen, waren die Schritte des unbekanntes Henkers, sein Traum war der eines Macbeth, sein Erwachen das eines Scheintoten, sein Uhrzeiger die Hoffnungslosigkeit ...“

Die Budapester Trauerfeier für István Tisza fand am 2. November 1918, einem Sonnabendnachmittag statt. Der reformierte Bischof Elek Petri hielt die Trauerrede. Neugierige Fremde wurden aber nicht zur Bahre vorgelassen, nur Familienmitglieder und Freunde waren anwesend, so unter anderem Jenő Balogh, Albert Berzeviczy, Kunó Graf Klebelsberg, Gedeon Graf Ráday und Gyula Pekár. Noch am Abend des gleichen Tages machte sich der kleine Leichenzug nach Geszt im Komitat Bihar auf. In Cséffa, der Eisenbahnstation von Geszt, warteten viele Pferdekutschen. In strömendem Regen wurde Tisza in einem vierspännigen Wagen nach Geszt gebracht, wo man direkt den Weg zum Friedhof einschlug und den Leichnam in der Gruft der Familie Tisza beisetzte. An der Bahre sprach der reformierte Pfarrer des Ortes die letzten Abschiedsworte. Ein paar Tage später verstarb auch der Sohn István Tizas in Geszt an einer Grippe.

Die Konterrevolution wollte also, wie schon erwähnt, vor allem den Kreis um Károlyi auf die Anklagebank setzen. Darum forschte sie eigentlich auch gar nicht nach den Tätern, sondern suchte die Politiker, Journalisten und Soldaten, die beim Sturz des vor dem Oktober 1918 bestehenden Systems und beim Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution eine Rolle gespielt hatten, und bemühte sich, in ihnen die „Anstifter“, die Initiatoren und die Akteure bei der Ermordung Tizas zu finden. Der Beweis dieser Konzeption war jedoch außerordentlich schwierig und stellte die Gerichte letztlich vor eine unlösbare Aufgabe. Das zeigte sich an dem Beweisverfahren, das sich jahrelang hinzog, und an der mehr als zweiein-

halbtausend Seiten umfassenden Prozeßakte, in der die Polizei, die Gendarmerie und die Anwaltschaft eine ganze Heerschar von Zeugen oder besser gesagt, falschen Zeugen aufmarschieren ließen. Doch die Verdächtigten und ihre Rechtsvertreter konnten in den meisten Fällen die ihnen vorgeworfenen Anklagepunkte mit Leichtigkeit widerlegen, häufig mit Fakten, in anderen Fällen durch das Aufzeigen der Widersprüche in den Zeugenaussagen. Umsonst hatte man zum Beispiel den Journalisten László Fényes, der die Sinnlosigkeit des Krieges angeprangert und die Politik der Regierungen vor Oktober 1918 mutig angegriffen hatte, oder auch den Journalisten Pál Kéri, der zum engeren Kreis von Mihály Károlyi gehörte, mit selbstsicherer Schnelligkeit verhaftet, der Beweis ihrer „Mitschuld“ stieß auf immer neue juristische und faktische Hindernisse. Diejenigen, die ins Ausland emigriert waren – vor allem der Volkskommissar der Räterepublik, József Pogány, und der Vorsitzende des elfköpfigen Soldatenrates, Imre Csernyák –, widerlegten in unzähligen Briefen ihre Beteiligung an der Vorbereitung des Mordes.

Die Anklage der Anstiftung zum Mord, die gegen den Oppositionellen László Fényes vorgebracht wurde, baute sich zum Beispiel vornehmlich auf seiner angeblichen Äußerung auf, daß die Revolution nicht mit Weihwasser durchgeführt werden könne. Außer dieser Behauptung gab es aber auch die Aussage, daß Fényes am 30. Oktober 1918, also am Siegestag der Revolution, im Gebäude des Hotels Astoria einem erregten Matrosen, der sich nach dem Aufenthaltsort von István Tisza erkundigt hatte, das Gewehr weggenommen hatte. Das wurde von Lajos Hatvany bei seiner Zeugenvernehmung am 5. August 1921 vor dem Wiener Strafgericht bestätigt.

Pál Kéri hatte nach den Aussagen einzelner „Zeugen“ am Nachmittag des 31. Oktober 1918 gegen 4 Uhr im Otthon-Klub seine goldene Uhr hervorgezogen und gesagt: „István Tisza wird in anderthalb Stunden nicht mehr leben.“ Doch Kéri konnte mit Leichtigkeit beweisen, daß er niemals eine Uhr getragen hatte. Nach Angaben von dem ebenfalls emigrierten Henri Simonyi, dem Sekretär von Károlyi, hatte sich Kéri zur Mordzeit in der Wohnung einer bekannten Schauspielerin aufgehalten, dieses einwandfreie Alibi aber nicht publik gemacht, weil er seine Freundin nicht ins Gerede bringen wollte.

József Pogány, der der aktiven Beteiligung an der Ermordung beschuldigt wurde, hatte eben in der fraglichen Zeit zusammen mit Károlyi, Jászi und György Nagy auf dem Balkon des Astoria gestanden und zu der versammelten Menge gesprochen, um sie zu Ordnung und Ruhe aufzufordern (das hatten auch die damaligen Zeitungen berichtet).

Imre Csernyák wurde vom Wiener Gericht mehrmals vernommen, kam auch für einige Wochen in Untersuchungshaft, wurde dann aber, nachdem er mit Hilfe von Zeugen seine Unschuld beweisen konnte, freigelassen. Mehrere Zeugen behaupteten, er habe sich zur Zeit des Mordes im Budapester Militärkommando aufgehalten, wo er von Lukachich die Führung übernommen hatte. Gegen 1/2 6 Uhr, als der Mord passierte, habe er gerade Karl IV. genehmigt, mit Erzherzog

Joseph telefonisch Verhandlungen zu führen. In einer Note des österreichischen Bundesaußenministeriums an die kgl. ungarische Botschaft in Wien vom 2. Mai 1921 wurde die Auslieferung Csernyáks endgültig abgelehnt. Die Straftat, hieß es als Begründung, falle zwar in die Zeit der Oktoberrevolution, doch wie es scheine, war die ermordete Person der Stützpfeiler des ganzen damals zusammengebrochenen Systems, so daß der Mord von einem jeden begangen worden sein konnte. Die ungarischen Justizorgane könnten keinerlei Beweise vorbringen, die irgendeine Beteiligung Csernyáks an dem Mord belegten.

Noch im August 1919 wurde auch der Jurastudent Tibor Sztanykovszky verhaftet, der den Rang eines Fähnrichs besaß und sich vermutlich an der Arbeit des Soldatenrates beteiligt hatte. Anfangs leugnete Sztanykovszky seine Schuld, später legte er aber ein Geständnis ab. Ende November 1919 brachte man nämlich seinen früheren Bekannten, den Oberleutnant Sándor Hüttner, von Mezökövesd nach Budapest, und Hüttner gestand seine Teilnahme an dem Mord, erzählte die Umstände der Ermordung aber entsprechend den Wünschen der ihn gefangenhaltenden Polizisten und des Untersuchungsrichters Lajos Kovács, der übrigens noch im Verlauf des Prozesses Selbstmord verübte. Sztanykovszky schloß sich zu diesem Zeitpunkt der Aussage Hüttners an. Hüttner war übrigens Ende Oktober 1918 tatsächlich mehrmals in den Räumlichkeiten des Soldatenrates aufgetaucht und hatte während der Ungarischen Räterepublik mit Ottó Korvin und anderen Funktionären in Kontakt gestanden. Sein Lebenslauf war ziemlich wirr.

Bereits aus diesen wenigen Einzelheiten des Prozesses geht klar hervor, daß das umfassende Aktenmaterial zahlreiche Widersprüche und viele unbegründete Details enthält, die zur Rekonstruktion weder des Mordes noch der näheren Umstände geeignet waren. Pál Kéri schrieb 1935 in seinem Artikel *Mire volt jó a Tisza-pör?* (Wozu diente der Tisza-Prozeß?)¹⁰ über Hüttner:

„Dieser Hüttner hatte nichts mit der Ermordung Tiszas zu tun. Während der Kommune war er als aktiver Oberleutnant ein bezahlter Spitzel Korvins gewesen, dann hatte er bei den Rumänen gedient und sich gegen die Weißen betätigt, bis er weißen Offizieren in die Hände fiel und Angst bekam, daß man ihn ohne ein Wort erschlagen würde. In den Zeitungen, die der Gruppe um Tisza nahestanden, hatte er allerlei Schauermärchen gelesen, wie die Ermordung Tiszas vor sich gegangen wäre, und es war ihm in den Sinn gekommen, daß auch er ein Drückeberger der Oktoberrevolution war und die in der Angelegenheit genannten Personen flüchtig kannte, so meldete er sich also und berichtete, was er alles über den Fall Tisza wisse. Damit erreichte er, daß er seinen Henkern entging und von Miskolc nach Pest gebracht wurde. Es verhält sich so, wie es László Fényes in der Tisza-Verhandlung treffend sagte: Hüttner rettete sich in den Fall Tisza ... In Pest gestand er alles, was der Richter Kovács und die Detektive von ihm verlangten, nur damit sie ihm nichts taten und ihn nicht wieder zu dem weißen Kommando zurückschickten. So kann es nicht verwundern, daß ihn zum Beispiel bei der gerichtlichen

¹⁰ Magyarok (Die Ungarn), hrsg. v. Samu Fényes, III/4, Bukarest, Januar 1935.

Gegenüberstellung mit Denise Almássy und dem Dienstpersonal keiner mit Bestimmtheit erkannte. Einige sagten nur, er sei irgendeinem Verdächtigen wohl etwas ähnlich, aber wegen des Halbdunkels, das in der Halle geherrscht hatte, könnten sie sich nicht ganz bestimmt äußern. Als dann versuchsweise drei Gefängniswärter in Soldatenuniform vorgeführt wurden, glaubte man ebenfalls in einem von ihnen eine gewisse Ähnlichkeit mit irgendeinem Angeklagten zu entdecken.“

Das Geständnis von Hüttner und der ihn bestätigenden „Zeugen“ hat aber noch weitere schwache Punkte, die sich widerlegen lassen. Die Verteidiger der Angeklagten ließen zum Beispiel ebenfalls zahlreiche Zeugen aufmarschieren, die in vielen Punkten nicht nur die Anklage leugneten, sondern auch auf die verschiedenen Widersprüche in der Anklageschrift und auf die Unhaltbarkeit der Behauptungen hinwiesen. Ihre Fragen blieben jedoch unbeantwortet. Warum haben Zivile wie Kéri, Horvát-Sanovics, József Pogány und andere Militäruniform angezogen? Wie konnten die Mitglieder des von Imre Csernyák zusammengetrommelten Hinrichtungskommandos das Astoria durch die Tür in der Magyar utca verlassen, wo diese verschlossen war und nur ein einziges Mal geöffnet wurde, als der Nationalrat dem abgesetzten Stadtkommandanten Lukachich geradezu zur Flucht verhalf? Doch wie wir gesehen haben, konnten mehrere, unter ihnen auch Emigranten, beweisen, daß sie sich während der Tatzeit an einem anderen Ort aufgehalten hatten. Sogar der Marinewachtmeister István Dobó brachte Zeugen zur Unterstützung seiner Behauptung bei, daß er sich am Nachmittag des 31. Oktober 1918 im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung bei seiner Truppeneinheit auf dem Bahnhof von Kelenvölgy befunden hatte. Die Urteile beziehungsweise ihre Vollstreckung trafen so seltsamerweise fast ausschließlich diejenigen, die ihre der Anklage zugrunde liegenden Erklärungen und Geständnisse einerseits unter dem Einsatz von Polizeigewalt oder andererseits in der Hoffnung auf eine für sie mildere Bestrafung abgegeben hatten.

Das Militärgericht verurteilte den ehemaligen Marinewachtmeister István Dobó und den Fähnrich der Reserve Tibor Sztanykovszky zunächst zum Tode durch den Strang und Oberleutnant Sándor Hüttner zu 15 Jahren Gefängnis. Nachdem sie Berufung einlegten, änderte der Oberste Honvéd-Gerichtshof die Strafe für Sztanykovszky in 17 Jahre Gefängnis. Und er hat die 17 Jahre Freiheitsstrafe auch im Sterngefängnis von Szeged abgesessen. 1938 wurde er entlassen. Miklós Komjáthy und Sándor Hegedüs führten persönliche Gespräche mit ihm und versuchten, seine Rolle bei dem Tisza-Mord zu klären. Sie wollten die Umstände und die Durchführung des Mordes rekonstruieren. Doch ohne Erfolg. Die Gründe waren offensichtlich. Denn vor 1945 konnte Sztanykovszky bei eventuellen Erklärungen zu Recht mit Vergeltungsmaßnahmen des Horthy-Regimes rechnen, und darauf ist er vermutlich auch aufmerksam gemacht worden. Nach 1945 hätte er wegen seiner falschen Zeugenaussagen in bezug auf Hüttner zur Verantwortung gezogen werden können. So führte er nach seiner Haftentlassung scheinbar das übliche Leben der „kleinen Leute“. Aber sein Lebensweg blieb, wie Miklós

Komjáthy schrieb, ungewöhnlich verworren. Noch 1938 war er in die Pfeilkreuzler-Partei eingetreten. 1945 wurde er deshalb interniert. 1956 gelang ihm unter Berufung auf seine revolutionäre Rolle im Jahre 1918 und auf die 17jährige Gefängnisstrafe die Rehabilitation, seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei wurde rückwirkend bis 1918 anerkannt, und er wurde zum Verwalter der Kinderstadt Fót ernannt.

Miklós Komjáthy schreibt über seine Begegnungen mit ihm: „Tibor Sztanykovszky konnte ich 1958 ausfindig machen. Da lebte er bereits zwanzig Jahre auf freiem Fuß. Ich habe ihn zweimal in seiner bescheidenen Wohnung in Kőbánya aufgesucht. Auf meine Fragen hat er jedesmal höflich und bereitwillig geantwortet. Er berichtete mir ausführlich, wie die zum Mord bereite Gruppe das Astoria verlassen hatte. Doch wenn ich anfang, ihn über die Ankunft in der Villa Roheim, in der Wohnung Tizsas zu befragen, gab er ausweichende Antworten. Ich konnte ihn nie dazu bringen, etwas Konkretes bezüglich der Villa oder der dortigen Ereignisse zu sagen. Als ich ihn das dritte Mal aufsuchen wollte, traf ich ihn nicht zu Hause an. Da erzählte mir seine Quartiergeberin: Herr Sztanykovszky hat nicht an der Ermordung von István Tisza teilgenommen, damit tut er sich nur immer hervor.“

In einem Zivilprozeß verurteilte das Budapester Strafgericht Pál Kéri zum Tode durch den Strang und Marcell Gärtner zu 14 Jahren Zuchthaus. Kéri wurde jedoch nicht hingerichtet, im Rahmen eines Gefangenen austauschabkommens kam er 1922 in die Sowjetunion. Von hier aus reiste er nach Wien, und später floh er während des Zweiten Weltkrieges vor dem Faschismus in die USA. István Dobó ist unter rätselhaften Umständen im Gefängnis gestorben.

DIE MEINUNG DER ZEITGENOSSEN UND DER NACHWELT ÜBER TISZA

István Graf Tisza war eine außergewöhnlich charakteristische Gestalt seiner Zeit und eine Persönlichkeit von großem Format. Es nimmt somit nicht wunder, daß seine Rolle, sein Einfluß und seine Bedeutung im öffentlichen Leben, aber auch seine Person im Wandel der Zeiten von der jeweiligen Politik, Wissenschaft und Kunst, ja auch von dem einfachen Menschen auf der Straße eine recht widersprüchliche Bewertung erfahren hat.

Seine eigenen Parteianhänger schwörten auf ihn, folgten blindlings seinen Vorstellungen und standen Ende der 1890er Jahre an seiner Seite. 1910 folgten sie ihm auf seinen Ruf hin geschlossen in die neue Partei der Nationalen Arbeit. Und sie blieben ihm auch 1917 treu, als der neue Herrscher Karl IV. ihm das Vertrauen entzog und ihn zwang, sein Amt als Ministerpräsident aufzugeben. Für diese Führungsrolle besaß er zweifellos die persönlichen Eigenschaften, er war ein begabter Redner, konnte logisch denken, trat konsequent, geradezu starrsinnig für seine Grundsätze ein und bewies Mut, was auch als Charakterfestigkeit bezeichnet werden kann.

Er hatte viele Feinde, die ein breites, außerordentlich gemischtes politisches Spektrum bildeten. Sie gehörten zu ganz verschiedenen Richtungen, traten für unterschiedliche Ziele ein und kämpften mit den unterschiedlichsten Mitteln gegen ihn. Die agrarischen Großgrundbesitzer kritisierten in seinen Ansichten vor allem den „Merkantilismus“, sein übermäßiges Eintreten für Industrie und Handel, und klammerten sich an einzelne „nationale“ Forderungen und an die Aufrechterhaltung des bestehenden Parlamentarismus. Zu ihnen waren unter anderem die Grafen Andrassy, Apponyi und Bethlen sowie István Rakovszky von der Volkspartei zu zählen.

Die Liberalen, die Demokraten und vor allem jedoch die bürgerlichen Radikalen beanstandeten zusammen mit den Sozialdemokraten Tiszas zum Konservatismus neigende gesellschaftspolitische Ansichten. Nach 1910 griffen sie ihn wegen seiner Kriegsvorbereitungen und der retrograden Umgestaltung des bestehenden 67er Systems und seiner Regierungsführung an. Am lautesten meldete sich der Dichter Endre Ady gegen ihn zu Wort. Der Historiker Gyula Szekfü, der die

inneren politischen Spannungen während des Ersten Weltkrieges untersuchte,¹¹ sah in Ady – trotz gewisser Seelenverwandtschaft und Schicksalsgemeinschaft – einen Gegenpol zu Tisza. Das kann für den Zeitraum 1910 bis 1914 auch Geltung haben. Die Tisza-Feindlichkeit kennzeichnet aber nicht die gesamte Dichtung und Prosa Adys.

Tiszas anfänglicher Liberalismus wurde 1901 von Oszkár Jászi in der Zeitschrift *Huszadik Század* (Zwanzigstes Jahrhundert) noch gewürdigt. Und Ady hat um die Jahrhundertwende, in seinen Großwardeiner Jahren, eher die Agrarier angegriffen und sah im Fortbestehen der feudalen Institutionen und der ungelösten Nationalitätenfrage die Quellen des Übels.

Die bürgerlich-demokratische Revolution, hauptsächlich Mihály Graf Károlyi, wandten sich dann gegen das nach 1910 ausgebaute Regierungssystem, das vor allem mit dem Namen von István Tisza verbunden war. Dessen meiste Maßnahmen gingen auch weit über die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution von 1848 hinaus. In den schnell ablaufenden historischen Ereignissen spielten die Leiden des Krieges, die Kriegsniederlage, die hohe Zahl der Menschenopfer, Verwundeten, Kriegsinvaliden und Kriegsgefangenen, die Entbehrungen, der Mangel an Nahrungsmitteln und Industriegütern, die Inflation, die Arbeitslosigkeit – und die Aufzählung könnte noch fortgesetzt werden – eine entscheidende Rolle. Für all das machten die Menschen vor allem Tisza verantwortlich, denn er hatte das untergegangene System am prägnantesten repräsentiert.

Nach 1919 ergab sich sowohl in der historischen Beurteilung der Person István Tiszas als auch in der Frage der Aufklärung des Tisza-Mordes eine neue Situation. Das Tisza-Bild wurde nun der neuen, die Rechtsnachfolge des Staates vor 1918 betonenden Anschauung angeglichen. Damit erhob nicht nur der frühere enge Kreis Tisza auf ein Piedestal, auch viele seiner einstigen Gegner taten es nun, unter anderem István Graf Bethlen, der am 22. April 1926 über ihn sagte: „Tisza starb als Märtyrer der großen Sache der Nation und mit ihm gingen die Nation, das Land, der Thron, die Monarchie und der Ruhm von tausend Jahren zugrunde. So ist sein Name untrennbar mit der Sache der Nation verbunden, denn sein Sturz bedeutete auch den Sturz der Nation.“

Andere Nationen haben ein glücklicheres Schicksal als wir; sie können ihre großen Söhne feiern, die ihre Nation bereichert, glücklich und mächtig gemacht haben, die ihr Land erblühen ließen und deren Lebenswerk von Erfolg gekrönt war. Unsere Nation hatte in den letzten vier Jahrhunderten nur Märtyrer, und die Großen unserer Geschichte sind mit wenigen Ausnahmen durch ihren Sturz und ihr Märtyrertum unsterblich geworden. Das Leben des Dichters Miklós Zrínyi, von Ferenc Rákóczi, István Széchenyi, Lajos Kossuth und István Tisza ist eine einzige Tragödie; die Sache, für die sie kämpften, erlitt eine Niederlage, und mit dieser Niederlage stürzten auch sie. Es gibt nur wenige große Persönlichkeiten in der

¹¹ Két magyar sors a hanyatló korban (Zwei ungarische Schicksale in einer untergehenden Zeit), in: Három nemzedék (Drei Generationen).

ungarischen Geschichte der letzten vierhundert Jahre, die wir wegen ihrer Erfolge feiern können; und auch sie konnten ihre Ziele nur verwirklichen, weil sie fähig waren, ihre heiligsten Gefühle zu bezwingen und ihre Popularität auf dem Altar der nationalen Sache zu opfern ...

Das Beispiel Tizzas lehrt uns, daß diese Nation in den schwersten Zeiten unter der Führung eines starken und zielbewußten Willens und einer harten Hand fähig ist, ihre herrlichsten Eigenschaften zu entfalten und solche Tugenden an den Tag zu legen, die nur wenige Nationen aufweisen können, aber es braucht diese Führung, denn unter schwachen und ängstlichen Führern gewinnen schreckliche Vergehen die Oberhand über sie, vergißt sie sich selbst und geht blind ihrer selbstmörderischen Vernichtung entgegen.“

Dieser Kultus entstand teils wegen der differenzierter, durchdachter und weniger gewaltsam erscheinenden Kriegs- und Nationalitätenpolitik Tizzas. Bereits nach der Machtübernahme der Konterrevolution dachte man daran, eine Biographie István Tizzas zu schreiben. Kunó Graf Klebelsberg und der österreichische Historiker Pribram forderten Gyula Szekfü dazu auf. Nach ihren Plänen sollte das Werk in der Biographienreihe des Ricola Verlages erscheinen, in der bereits die Biographien von Lloyd George, Clemenceau, Wilson und anderen veröffentlicht worden waren. Szekfü übernahm den Auftrag und bat Klebelsberg, ihm die Familienschriftstücke des ehemaligen Ministerpräsidenten zu beschaffen. „So hauptsächlich Tizzas Standpunkt bezüglich der rumänischen und südslawischen Fragen“, schrieb Szekfü, „wo sich, wie ich glaube, die Absichten und die politische Weisheit Tizzas mehr bestätigen werden, als heute in der vom Gegner beeinflussten Literatur feststellbar ist.“ Schließlich hat Szekfü die Tisza-Biographie aber doch nicht geschrieben. In seinem Buch *Három nemzedék* (Drei Generationen) gab er nur eine Zusammenfassung seiner Ansichten über die Persönlichkeit und die Politik Tizzas:

„Sein Lebenswerk war mit bewußter Absicht und auch in Wirklichkeit vor allem ein politisches Werk. Als Staatsmann war er aus innerer Überzeugung ein Anhänger der Deákschen staatsrechtlichen Konstruktion, woraus ersichtlich wird, daß bestimmte nationale und staatliche Illusionen auf ihn ohne Einfluß bleiben mußten. Der äußere materielle Aufschwung Ungarns und die damit einhergehenden Bilder eines übertriebenen Selbstgefühls, die absurden und unmöglichen Wünsche des Imperialismus und die zwanzig und dreißig Millionen Ungarn beeinträchtigten ihn nicht in seiner Beurteilung der Bedeutung und der internationalen Stellung des ungarischen Volkes. Das Ungartum ist viel zu schwach und seine geographische Lage viel zu gefährlich, als daß es seine bisherige günstige Stellung und seine jahrhundertealte Hegemonie allein, aus eigener Kraft im Raum Mitteleuropas halten könnte – diese objektive Grundwahrheit war der Eckpfeiler der politischen Laufbahn von István Tisza ...“

Obwohl Szekfü die wichtigsten Züge des Tisza-Bildes erarbeitet hat, gab er in den Einzelheiten kein vollständiges Bild seines Lebenswerkes, denn er schrieb – wie erwähnt – keine Biographie des Politikers. Warum? Die Zeit hatte sich geän-

dert. Es traten wesentliche Veränderungen ein, die administrativen Verfahren gegen die sozialistischen und demokratischen Richtungen wurden härter. Da fügten sich weder der anfängliche Liberalismus noch der spätere Konservatismus Tiszas ins Bild. Denn auch das von den liberalen Ideen gereinigte 67er Regierungssystem der ersten Hälfte der 1910er Jahre hatte dem Sieg der Revolution von 1918 nicht den Weg versperren können. Der Liberalismus Tiszas war also zu viel, seine retrograden Maßnahmen und Bestrebungen zur Verhinderung einer Wiederholung der Revolution wiederum sah man als zu wenig an. Außerdem war der Name Tiszas trotz allem mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und mit seiner entschiedenen Absicht verbunden, die ungarische Suprematie über die Nationalitäten zu behalten. Die herrschenden Kreise der Konterrevolution aber versuchten mit aller Macht, das Odium des Krieges von sich zu weisen.

Die heutige Geschichtsschreibung hat lange Zeit kein Tisza-Bild erarbeitet, da eher die Erschließung der grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse im Vordergrund stand und nicht so sehr persönliche Porträts gefragt waren. Wenn trotzdem Biographien geschrieben wurden, dann gab die Forschung meistens dem Lebensweg großer Persönlichkeiten des Fortschritts den Vorrang. Über Tisza konnte man in den verschiedenen historischen Arbeiten höchstens einige zusammenfassende, meistens verurteilende Sätze lesen, die sich vor allem auf die polarisierte, eindeutig ablehnende Meinung Adys stützten, obwohl er doch – wie gesehen – kein gewöhnlicher Routinepolitiker in der ungarischen Geschichte war.

Heute macht sich nun eine Gegenwirkung dieser früheren einseitigen Darstellung bemerkbar. Sie kleidet sich zwar nicht in irgendein wissenschaftliches Gewand, ihre Vertreter geben sich anscheinend mit der Wiederbelebung des Tisza-Bildes aus der Zeit der Konterrevolution zufrieden. Interessant ist gleichzeitig, daß die westeuropäische und amerikanische Geschichtsschreibung im allgemeinen ihre eigene nuanciertere Tisza-Darstellung auf den historischen Quellen aufbaut.

Die Nachwelt wird sich vermutlich immer aufs neue fragen: Warum ist der Lebensweg dieses Politikers von großem Format in eine Sackgasse geraten? Wo, wann und warum hat er den Weg verfehlt? Was waren die Ursachen dafür, daß er die wichtigsten Zielsetzungen seines Lebens nicht verwirklichen konnte? Auf diese Fragen haben wir versucht, eine Antwort zu geben.

ZU QUELLEN UND LITERATUR

Das Quellenmaterial über die Laufbahn und die Todesumstände von Tisza ist recht umfangreich, die Literatur nimmt sich im Vergleich dazu viel bescheidener aus. Von großer Bedeutung unter dem Quellengut sind die Tisza betreffenden Akten im Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA, Wien, Politisches Archiv; Interna: Delegationsakten, Gemeinsame Ministerratsprotokolle, Korrespondenz mit Zivilbehörden Ungarn). Unentbehrlich sind die Schriften des Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv) zu diesem Thema, so die Protokolle des Ministerrates und das überlieferte Aktenmaterial des Ministerpräsidenten, des Innen- und des Justizministeriums. Der bedeutendste Teil des Tisza-Nachlasses blieb jedoch im Református Egyház Zsinati Levéltár (Synodalarhiv der Reformierten Kirche – Budapest) erhalten. Die Schriften von István Tisza oder von Jenő Balogh bzw. das Tagebuch von István Burián sind für die Forscher eine ungewöhnlich reiche Fundgrube. In den Képvisezőházi Naplók (Protokolle des Abgeordnetenhauses) können von Ende der 1880er Jahre bis zum Oktober 1918 – mit Ausnahme des Koalitionszeitraumes 1906–1910 – die Reden Tiszas zu Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft, Militärwesen, Politik und Kultur studiert werden. Seine Reden im Abgeordnetenhaus wurden übrigens zwischen 1930 und 1937 in vier dicken Bänden veröffentlicht. Seine Briefe und Studien sind in Gróf Tisza István összes munkái (István Graf Tiszas gesammelte Arbeiten). Bd I–IV. 1924–1937 erschienen. Siehe noch: Tisza, Stefan Graf: Briefe 1914–1918. Berlin (o. J.), Tisza István: Von Sadowa nach Sedan, Warnsdorf 1916.

Auch in den Tageszeitungen sind zu zahlreichen Themen Artikel zu finden, die teils von Tisza stammen, teils aber auch über ihn geschrieben wurden. 1911 begründete Tisza die Zeitschrift für Literatur, Kunst und Ideologie Magyar Figyelő (Ungarischer Beobachter), deren Chefredakteur Ferenc Herczeg war.

Nach Tiszas Tod wurden verschiedene publizistische Werke und studienartige Rückerinnerungen über sein Leben und seine politische Laufbahn, die gegen ihn gerichteten Attentate und seine Ermordung geschrieben. Das Institut für Politikgeschichte (Politikatörténeti Intézet – Budapest) bewahrt die fast zweieinhalbtausend Blatt Prozeßakten zum Tisza-Mord auf. Unter den Rückerinnerungen von Zeitgenossen und den Studien über Tisza seien folgende hervorgehoben:

ALBRECHT, Ferenc: Forrástanulmányok gróf Tisza István román nemzetiségi politikájáról (Quellenstudien über die rumänische Nationalitätenpolitik von István

Graf Tisza). Lugos 1933. – CZERNIN, Ottokár: Emlékeim Tisza István grófról (Meine Erinnerungen an István Graf Tisza). Budapest 1925. – DONÁTH, Regina: A Tisza István elleni merénylet a hírlapirodalom tükrében (Das Attentat auf István Tisza im Spiegel der Presse). Budapest 1935. – ERÉNYI, Gustav: Graf Stephan Tisza. Wien–Leipzig 1935. – KLEIN, Ödön: Tiszától – Tiszáig. Visszaemlékezések és adalékok (Von Tisza bis Tisza. Erinnerungen und Beiträge). Budapest 1922. – HERCZEG, Ferenc: Graf Stephan Tisza. Wien–Budapest 1926. – NÁDASDY, Béla: Az utolsó kísérlet, 1918. Tisza István gróf utolsó politikai missziója (Der letzte Versuch, 1918. Die letzte politische Mission István Graf Tisas). Budapest 1938. – RAJNER, Béla: Gróf Tisza István tragédiájának hiteles története (Die authentische Geschichte der Tragödie István Graf Tisas). Budapest 1935. – SCHMIDT, Henrik: Tisza István boldog évei (Die glücklichen Jahre István Tisas). Budapest 1923. – TONELLI, Sándor: Tisza István utolsó útja (Der letzte Weg István Tisas). Tagebuch des letzten Landeschefs von Bosnien-Herzegowina, Generaloberst Stephan Freiherr von Sarkotić. Szeged 1941. – Tisza-emlékkönyv (Tisza-Gedenkband). Debrecen 1928. – LÁNYI, Ladislás: Le comte Etienne Tisza et la guerre de 1914–1918. Paris 1946.

Unter der zumeist aus späterer Zeit stammenden Literatur über die Tätigkeit von István Tisza seien nachfolgende Publikationen hervorgehoben:

BEREND, T. Iván: Válságos évtizedek (Krisenjahrzehnte). Budapest 1982. – BÖLÖNY, József: Magyarország kormányai 1848–1975 (Ungarns Regierungen 1848–1975). Budapest 1982. – CHARMATZ, Richard: Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907. 2 Bde. Leipzig 1909. – Corpus Juris Hungarici. Budapest 1896–1918. A közös ügyek tárgyalására a magyar országgyűlés által kiküldött bizottság. Napló, Irományok (Die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten vom ungarischen Reichstag entsandte Delegation. Sitzungsprotokolle, Schriftstücke). Pest (Budapest), Wien 1871 ff. – CZERNIN, Ottokár: Im Weltkriege. Berlin–Wien 1919. – Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen. Hrsg. von Peter Berger. Wien, München 1967. – Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Seine Grundlagen und Auswirkungen. Hrsg. von Theodor Mayer. München 1968 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission Bd. 20). – Die große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. 40 Bde. Berlin 1922–1927. – DIÓSZEGI, István: Hungarians in the Ballhausplatz. Studies on the Austro-Hungarian Common Foreign Policy. Budapest 1983. – HÖTZENDORF, Conrad von: Aus meiner Dienstzeit 1906–1918. 4 Bde. Wien 1921–1925. – FISCHER, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf 1969. – GALÁNTAI, József: Der österreichisch-ungarische Dualismus 1867–1918. Budapest, Wien 1990. – GRATZ, Gusztáv: A dualizmus kora (Das Zeitalter des Dualismus). Bd. I–II. Budapest 1934. – Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. 1: Wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973; Bd. 2: Verwaltung und Rechtswesen. Wien 1975; Bd. 3: Die Völker des Reiches. Wien 1980; Bd. 4: Die Konfessionen. Wien 1985. –

HAJDÚ, Tibor: Károlyi Mihály (Mihály Károlyi). Budapest 1978. – HANÁK, Péter: Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Wien–Budapest 1984. – HANTSCH, Hugo: Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Wien, München 1953. – HEGEDÜS, Lóránt: Két Andrássy és két Tisza (Die beiden Andrássy und Tisza). Budapest 1941. – KANN, Robert A.: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. 2 Bde. Graz, Köln 1964 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, Bd. 4 u. 5). – KANN, Robert A.: The Multinational Empire. Bd. I–II. New York 1950. – KÁROLYI, Mihály: Egy egész világ ellen (Gegen eine ganze Welt). München 1923. – KOMJÁTHY, Miklós: Der gemeinsame Ministerrat der österreichisch-ungarischen Monarchie. Budapest 1966. – LUTZ, Heinrich: Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Frankfurt, Berlin, Wien 1979. – MACARTNEY, C. A.: The Habsburg Empire 1790–1918. London 1971. – MATSCH, Erwin: Geschichte des auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720–1920. Wien, Köln, Graz 1980. – MAY, Arthur J.: The Habsburg Monarchy 1867–1914. Cambridge 1951. – MÉREI, Gyula: A magyar polgári pártok programjai 1867–1918 (Die Programme der ungarischen bürgerlichen Parteien 1867–1918). Budapest 1971. – MISKOLCZY, Julius: Ungarn in der Habsburger-Monarchie. Wien, München 1959 (Wiener Historische Studien Bd. 5). – PÖLÖSKEI, Ferenc: Tisza István (István Tisza). Budapest 1985. – Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918). Eingeleitet und zusammengestellt von Miklós Komjáthy. Budapest 1966. – REDLICH, Josef: Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege. Wien 1925. – SETON-WATSON, R. W.: The Southern Slav Question and the Habsburg Monarchy. London 1911. – TAYLOR, A. J. P.: The Habsburg Monarchy 1809–1918. London 1967. – VERMES, Gábor: István Tisza. New York 1985. – ŽOLGER, Ivan: Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn. Leipzig 1911.

NAMENREGISTER

- Ady, Endre 17, 19, 153
 Almássy, Denise Gräfin 141, 142,
 144, 145, 146, 147, 151
 Andrássy, Gyula Graf jun. 27, 36,
 40, 42, 49, 50, 51, 55, 56, 61, 68, 70,
 76, 115, 120, 123, 138, 153
 Andrássy, Gyula Graf sen. 11, 84
 Apponyi, Albert Graf 27, 29, 33, 35,
 38, 40, 41, 42, 45, 47, 49, 50, 55, 56,
 57, 58, 68, 100, 115, 153
 Arany, János 22
 Auffenberg, Moritz Freiherr v. 69
- B**
 Babits, Mihály 17
 Bagyó, Mihály 146
 Balogh, Jenő 65, 81, 104, 148
 Bánffy, Dezső Baron 37, 38, 39, 41,
 49, 50
 Baross, Gábor 26
 Baross, János 67
 Bartók, Béla 17
 Batthyány, Lajos Graf 20
 Batthyány, Tivadar Graf 71, 120,
 129, 142
 Beöthy, László 81
 Beöthy, Pál 72
 Berchtold, Leopold Graf 76, 88, 89,
 90, 91, 92, 93, 96, 97, 101, 109
 Berzeviczy, Albert 63, 67, 68, 148
 Bethlen, István Graf 117, 153
 Bismarck, Otto Fürst v. 21
 Borromäus, Carl 64
 Böszörmény, László 20
- B**
 Brătianu, Ionel 97
 Braniște, Valeriu 97
 Burián, István Baron 81, 90, 91, 92,
 93, 100, 110, 111, 114, 118, 126
 Buza, Barna 139
- C**
 Clam-Martinic, Heinrich Jaroslav
 Graf v. 124
 Clemenceau, Georges 155
 Conrad von Hötzendorf, Franz Graf
 89, 91, 109, 113
 Constantinescu, Alexandru 97
- C**
 Csáky, Albin Graf 35, 40
 Csernoch, János 76, 81
 Csernyák, Imre 145, 146, 149, 151
 Cuvaj, Slavko 101, 103
 Czernin, Ottokar Graf 94, 100
- D**
 Dániel, Gábor 41, 48
 Darányi, Ignác 50
 Deák, Ferenc 28, 83, 131
 Degenfeld-Schonburg, Ilona Gräfin
 20
 Désy, Zoltán 80
 Dobó, István 145, 146, 151, 152
 Dömötör, László 143
- E**
 Egri, Béla 72
 Eötvös, József Baron 9, 18
 Eötvös, Loránd Baron 18
 Esterházy, Móric Graf 117, 120

- Fejérváry, Géza Baron** 41, 42, 51, 52, 53, 55
Fényes, László 138, 139, 149, 150
Ferdinand I., Zar von Bulgarien 90
Ferenczy, Károly 18
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 46, 100, 103, 109, 110
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich u. König von Ungarn 11, 26, 28, 30, 35, 36, 43, 45, 47, 51, 53, 62, 70, 76, 77, 92, 100, 104, 110, 111, 116, 117
Friedrich, István 139
Fürstenberg, Fürst 96, 97

Gärtner, Marcell 145, 152
Gautsch, Paul Freiherr von Frankenthurn 53
Ghillány, Imre 81
Gołuchowski, Agenor Graf 53

Hadik, János Graf 134, 139, 141
Hatvany, Lajos 149
Hazay, Samu Baron 61, 66, 81
Hegedüs, Sándor 151
Helfy, Ignác 20
Hieronymi, Károly 40, 61, 73
Hock, János 115
Holló, Lajos 115
Horthy, Miklós 123
Horvát-Sanovics, Tivadar 145, 146, 151
Horváth, Boldizsár 27, 84
Hüttner, Sándor 146, 150, 151

Irányi, Dániel 20

Jancsó, Benedek 129
Jankovich, Béla 81
Jászi, Oszkár 133, 149, 154
Jókai, Mór 27
Joseph, Erzherzog von Österreich 150

Juhász, Gyula 17
Justh, Gyula 36, 51, 58, 62, 72, 115

Karl I., österreichischer Kaiser s. Karl IV. 116
Karl IV., König von Ungarn 117, 118, 120, 121, 123, 138, 139, 149, 153
Károlyi, Mihály Graf 62, 67, 71, 115, 120, 123, 126, 128, 130, 132, 134, 135, 138, 139, 142, 144, 147, 149, 154
Károlyi, Sándor Graf 33
Kassák, Lajos 18
Kéri, Pál 145, 146, 149, 151, 152
Kernstok, Károly 18
Khuen-Héderváry, Károly Graf 42, 44, 60, 61, 66, 67, 68, 69, 70
Kiss, János 146
Klebelsberg, Kunó Graf 148, 155
Kodály, Zoltán 17
Komjáthy, Miklós 151, 152
Kónyi, Manó 29
Korvin, Ottó 137, 150
Kossuth, Ferenc 36, 42, 49, 55, 58, 67, 69, 72, 73
Kossuth, Lajos 30, 36, 154
Kossuth, Lajos Tódor 36
Kosztolányi, Dezső 17
Kovács, Gyula 135, 136
Kovács, Lajos 150
Kristóffy, József 52
Krobotin, Alexander Freiherr v. 89
Krudy, Gyula 148
Kunfi, Zsigmond 133

Láng, Fähnrich 145, 146
Lékai, János 135, 137
Lloyd George, David 155
Lukachich, Géza 141, 151
Lukács, László 59, 61, 71, 73, 80, 81, 83
Lukinich, Landtagspräsident 123

- Madarász, József** 20, 40, 51
Maniu, Iuliu 97
Mihali, Teodor 97
Mihu, Ioan 96, 97
Molnár, Viktor 134
Müller Matrose 145, 146

Nádasdy, Béla 121, 123, 126
Nagy, György 149
Návay, Lajos 61, 68, 72, 79
Nikolaus, Fürst von Montenegro
 124
Nikolaus II. Alexandrowitsch, russi-
scher Zar 90

Pallavicini, Ede Markgraf 134
Pekár, Gyula 148
Perczel, Dezső 41, 45, 46, 48, 49
Peter I. Karadjordjević, König von
Serbien 90
Petri, Elek 148
Petrović, General 124
Pius X. 64
Pogány, József 145, 146, 147, 149,
 151
Polonyi, Dezső 134
Pribram, Alfred F. 155

Ráday, Gedeon Graf 148
Radvánszky, Béla Baron 145, 147
Rákóczi, Franz II. 47, 154
Rakovszky, István 134, 153
Rauch, Levin 105
Rauch, Pavao 61
Ricardo, David 24
Rudolf, Kronprinz von Österreich
 30

Sándor, János 81, 145
Serényi, Béla Graf 61
Simonyi, Ernő 20

Simonyi, Henri 149
Skerlec, Iván 104
Smith, Adam 24
Sola, Vojislav 124
Stürgkh, Karl Graf v. 91, 94, 109

Szapáry, Gyula Graf 31, 33, 34, 35
Szász, Károly 21
Széchenyi, Aladár Graf 134, 135
Széchenyi, István Graf 154
Székely, Ferenc 61, 63, 79
Szekfü, Gyula 153, 155
Széll, Kálmán v. 40, 42, 44
Szentkirályi, Béla 147
Szepesházi, Imre 73
Szilágyi, Dezső 27, 40
Sztanykovszky, Tibor 145, 146, 150,
 151, 152
Szterényi, József Freiherr 57

Tallián, Béla 41
Teleki, Julia Gräfin 20
Teleszky, János 81
Thaly, Kálmán 47
Tisza, Ilona 21
Tisza, István Graf 7
Tisza, Kálmán 14, 20, 28, 29, 30, 31,
 34, 39, 40, 41
Tisza, Lajos 20
Tisza, László 21
Tomašić, Nikola 61
Tóth, Árpád 117
Trefort, Ágoston 35

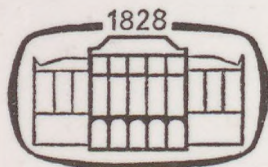
Ugron, Gábor 41, 49, 58

Városy, Gyula 64
Vaszary, Kolos 36, 76
Vázsonyi, Vilmos 49, 55, 120
Vojnits, István Freiherr 142

Vojnits, Sándor Baron 134
Vörösmarty, Mihály 22
Wekerle, Sándor 34, 36, 37, 47,
55, 76, 105, 121, 126, 131, 138,
139
Wilhelm II., deutscher Kaiser 67,
92, 109, 111

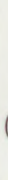
Wilson, Thomas Woodrow 129, 155
Zichy, Aladár Graf 134
Zichy, János Graf 61
Zilahy, Lajos 147
Zita Maria Adelgunda, Prinzessin
von Bourbon-Parma 116
Zrínyi, Miklós 154





Der Verfasser ist Professor an der Loránd-Eötvös-Universität Budapest, Inhaber des Lehrstuhls für Ungarische Geschichte der Neuzeit. In diesem Band stellt er einen der herausragenden Politiker der österreichisch-ungarischen Monarchie mit seinem Lebensweg dar. István Tisza war seit Mitte der 1880er Jahre bis zum Untergang der Monarchie Mitglied des ungarischen Parlaments und zweimal ungarischer Ministerpräsident. Selbstverständlich ergibt sich dadurch auch ein Blick auf Ungarns wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Lage, vor allem auf die stürmische Zeit der Jahrhundertwende, ermöglicht durch Forschungen in den Wiener und Budapester Archiven wie auch durch das Studium der Presse und der reichen ungarischen und internationalen Literatur.

Als Ergebnis dessen bricht der Verfasser mit den bisherigen manchmal extremen Auffassungen, hatten doch István Tizas Persönlichkeit und politische Tätigkeit lange Zeit hindurch zu leidenschaftlichen Debatten über ihn geführt. So lernt der Leser unter anderem Tizas frühe hochrangige wissenschaftliche und national-ökonomische Arbeiten, seinen politischen Liberalismus, seine hervorragenden menschlichen Eigenschaften, wie Tapferkeit und Konsequenz, kennen. Als Führer der Regierungspartei nach der Jahrhundertwende traten aber auch die Schwachpunkte seiner Konzeption zutage, beispielsweise seine Überbewertung der Stärke Deutschlands. Fast als einziger der damaligen Politiker erkannte er die von den Nationalitäten her drohende Gefahr für die Monarchie, doch fand er trotz aller Bemühungen keine Lösung. Am 31. Oktober 1918 wurde er in seiner Budapester Wohnung von unbekanntem Soldaten ermordet.



F. PÖLÖSKÉI: ISTVÁN TISZA

5088668